

kürbiskern

B 20094 F

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

Dieter Kühn: Börsenspiele

Uwe Johnson: Beisetzung Giangiacomo Feltrinelli

Peter O. Chotjewitz: Reden ist tödlich, Schweigen auch

Peter Nestler: Dürfen sie wieder kommen?

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

Martin Walser: Wovon und wie handelt Literatur?

Für die Einheit des VS - Gegen die Spalterfraktion:

*Martin Gregor-Dellin, Dieter Lattmann, Peter Adler,
Hannsferdinand Döbler, Elisabeth Endres, Hartmann Goertz,
Christian Grote, Joachim Hackethal, Friedrich Hitzer,
Burkhardt Kiegeland, Wolfgang Koeppen, Walter Kolbenhoff,
Franz Xaver Kroetz, Angelika Mechtel, Peter de Mendelssohn,
Erika Runge, Ulrich Sonnemann, Eckart Spoo,
Wilfried Schoeller, Hermann Stahl*

Friedrich Hitzer: Europäische Sicherheit

Lew Besymenski: Europa und seine Feinde

Oskar Neumann: Stimmen aus Polen

„Free Europe“ - Gespräch mit Hauptmann Czechowicz

Conrad Schuhler: Münchner Prozesse

Hans Schneider: Nach der Ratifizierung

Aufruf Bund demokratischer Wissenschaftler (BDW)

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgegeben von

Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann,
Conrad Schuhler, Hannes Stütz

Damnitz Verlag München

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

LITERATUR

Zu diesem Heft	355
<i>Dieter Kühn: Börsenspiele</i>	356
<i>Uwe Johnson: Beisetzung Giangiacomo Feltrinelli</i>	367
<i>Peter O. Chotjewitz: Reden ist tödlich, Schweigen auch</i>	372
<i>Peter Nestler: Dürfen sie wieder kommen?</i>	380

KRITIK

<i>Martin Walser: Wovon und wie handelt Literatur?</i>	390
Für die Einheit des VS — Gegen die Spalterfraktion: I. Dokumentation — II. „Fraktion unabhängiger Schriftsteller“ — III. Stellungnahmen	
<i>Martin Gregor-Dellin, Dieter Lattmann, Peter Adler, Hannsferdinand Döbler, Elisabeth Endres, Hartmann Goertz, Christian Grote, Joachim Hackethal, Friedrich Hitzer, Burkhardt Kiegeland, Wolfgang Koeppen, Walter Kolbenhoff, Franz Xaver Kroetz, Angelika Mechtel, Peter de Mendelssohn, Erika Runge, Ulrich Sonnemann, Eckart Spoo, Wilfried Schoeller, Hermann Stahl; P. E. N.-Resolution zur Gewerkschaftsfrage, Zwei Resolutionen der IG Druck und Papier</i>	402

KLASSENKAMPF

<i>Friedrich Hitzer: Europäische Sicherheit in einem noch unsicheren Land</i>	454
<i>Lew Besymenski: Europa und seine Feinde</i>	483
<i>Oskar Neumann: Stimmen aus Polen</i>	497
<i>„Free Europe“ Gespräch mit Hauptmann Czechowicz</i>	501
<i>Conrad Schubler: Münchner Prozesse</i>	509
<i>Hans Schneider: Nach der Ratifizierung</i>	516
Aufruf Bund demokratischer Wissenschaftler	523

ANMERKUNGEN

525

Wir hatten für dieses Heft das Thema „US-Imperialismus und anderes Amerika“ angekündigt. Es wird noch in diesem Jahr erscheinen.

Mit der Verschärfung der US-Globalstrategie spitzen sich auch die Auseinandersetzungen in der BRD zu. Auf unserem Kontinent wachsen die Chancen, den Imperialismus zur friedlichen Koexistenz zu zwingen.

Dagegen richtet sich der Vorstoß der vereinigten Rechten am 27. April 1972 — nicht nur die Regierung Brandt/Scheel zu stürzen, sondern jeden Ansatz zu einer Politik des Realismus in Europa zu ersticken. Wachsamkeit und Engagement sind nötig. Die europäische Sicherheitskonferenz wird letztlich durch den Kampf der Völker entschieden. Lew Besymenskis Artikel in diesem Heft zeigt, welche Dimensionen im Spiel sind. Die Stimmen aus Polen, die Interviews in München bestätigen es.

Wir dokumentieren die Erfahrungen von Schriftstellern im bayrischen VS, weil wir darin einen Spiegel der großen Auseinandersetzungen sehen.

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist Martin Walsers Rede beim 4. Bundestreffen der Werkstätten Literatur der Arbeitswelt in Frankfurt am Main vom 11. bis 14. Mai 1972. Sie verleiht den organisatorischen Anstrengungen von Schriftstellern einen inhaltlichen Akzent. Walsers Beitrag ist eine Aufforderung zur Diskussion, an der wir uns beteiligen wollen, mit dem Ziel, das Spiel der Reaktion zu verkürzen.

Wer immer hinter den Bombenanschlägen in unserem Land stehen mag — es gibt darauf nur eine Antwort, nur eine Verurteilung: die terroristischen Aktionen sind Provokationen gegen Demokratie; sie wirken so, als hätte sie die Reaktion in Auftrag gegeben — Bomben als Sympathiewerbung für Springer, Polizeistaat und US-Militär. Ob das Vorbild Anarchisten oder CIA-Spezialisten für Dirty Tricks sind, ist unerheblich.

„Die systematische Verunsicherung des öffentlichen Lebens in der BRD — teils mit — teils ohne Gewalt — paßt haargenau zu der maßlosen deutschnationalen Demagogie, wie wir sie z. B. auch von Vertriebenenfunktionären hören müssen. Man sollte nicht vergessen, daß politische Terror- und Gewaltakte in Deutschland von jeher ganz überwiegend von rechts ausgingen, wobei es nicht selten gedungene Elemente waren. Auch die schmutzige Figur des *agent provocateur* muß hierbei ins Auge gefaßt werden. Mit dem sturen Blick nach links ist es jedenfalls nicht getan“ (Hans Jürgensen, Polizeipräsident von Duisburg, zum Pressedienst Demokratische Aktion am 25. 5. 72).

Die in diesem Heft dargestellten Erfahrungen deuten auf eine Zäsur für die Demokratie. Was am 27. 4. 1972, dank entschlossenen Handelns von Arbeitern, Angestellten, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden u. a. verhindert wurde, was am 17. 5. 1972 durchkam, was am 22. 4. 1972 im bayerischen VS gelungen war, beweist: Wo der Antikommunismus zurückgewiesen wird, ist der Sieg der Vernunft möglich, ja gewiß.

München, im Mai 1972

Redaktion kürbiskern

Dieter Kühn Börsenspiele

Aus einem Romanentwurf

Die Fusion der Kabelwerke Lyon mit Magny/Morand wird einer Marthe Hanau und einem Lazare Bloch Geld einbringen, rasch und reichlich: die gezielte Veröffentlichung der ‚Gazette du Franc‘ über die günstige Bilanz der Kabelwerke, über die zukunftsreiche Fusion der beiden Firmen wird, so setze ich voraus, den erwarteten Kursanstieg ausgelöst haben. Auch setze ich voraus, daß Bloch/Hanau hier noch höhere Kursanstiege, Kursgewinne erwarten und deshalb über Mittelsmänner oder vertrauenswürdige Börsenhändler weiterhin Aktien der Kabelwerke kaufen. (Eventuell werde ich übrigens diesen Firmennamen im Roman ins Französische übersetzen müssen, aus der ‚AG‘ würde dann eine ‚S.A.‘, *société anonyme*.) Weiter setze ich voraus, daß Hanau und Bloch Aktien anderer Gesellschaften der Elektrobranche kaufen — Lazare Bloch mag sich mittlerweile intensiv in diesen Bereich eingearbeitet haben, nicht nur vom Kaufmännischen her, auch vom Technischen.

In einem längeren Gespräch, dessen Umgebung gleichgültig bleibt, es kann ebenso in einem Salon wie in einer Sauna stattfinden, erläutert Bloch der Hanau grundsätzliche Entwicklungstendenzen auf diesem Sektor: die wachsende Industrialisierung werde wachsende Elektrifizierung bedeuten. Die Elektrifizierung ebenso unablässig verbunden mit der Zivilisierung. Zwei Komplementärbezüge: Zivilisierung und Industrialisierung. Hier hänge alles ergiebig zusammen. Das heiße konkret: die Kabelproduktion werde in Zukunft stark ansteigen. Große Gebiete Europas noch nicht elektrifiziert — und wie sieht es in der Beziehung in überseeischen Ländern aus? Und weiter: für all die Kabel braucht man Kupfer: da dürfte in Zukunft also auch die Kupfergewinnung, Kupferverhüttung, Kupferverarbeitung immer lukrativer werden.

Ebenso zukunftsreich die Produktion von Elektromotoren. Zum einen von kleinen Elektromotoren, die in Betrieben, auch im Haushalt verwendet würden: enorme Möglichkeiten hier. Dann große Motore, etwa für elektrische Lokomotiven: eines Tages, das könne zwar noch eine Zeitlang dauern, aber man werde es noch erleben, eines Tages werde man auch weitgehend die Eisenbahnen elektrifizieren: die ersten E-Loks hätten sich bewährt, sie seien sauber, schnell, müßten nicht stundenlang vorgeheizt werden, man steigt ein, schaltet sie an, fährt los. Die E-Lok sei einfach die bessere Lösung, auch hier liege geschäftlich viel drin. Kurz: auf dem Sektor der Elektroindustrie sieht Bloch natürliche Wachstumstendenzen. Dieses Wachstum könne, sobald es erst einmal selbstverständlich erscheine, noch gefördert, beschleunigt werden. Deshalb müsse man sich nun

Dieter Kühn: Börsenspiele

systematisch in die Elektrobranche einkaufen, und hier als erstes die Aktienmehrheit von Kabel Lyon und Magny-Morand erwerben. In genau errechneter Dosierung und Terminierung müsse man dieser Branche, diesen Gesellschaften dann durch die ‚Gazette‘ eine glorreiche Zukunft zuschreiben. Man könne hierzu eine Hausformel entwickeln wie: Elektroindustrie = Zukunftsindustrie. Die drei Silben E-lek-tro müßten gleichsam galvanisiert werden. Hier müsse ein Reizwort entstehen.

Mit Kreditgeldern kaufen die Hanau und ihr Bloch Papiere des Elektrosektors, kaufen sie in großem Maßstab und zu niedrigem Kurs. Das setzt voraus, daß die Aufmerksamkeit des Börsenmarkts noch nicht allzu sehr auf diese Branche gerichtet ist: sobald das geschieht, kann hier ein Aufwind entstehen, können die Papiere rasch aufsteigen, sich spiralförmig höherschrauben, zu high-flyers werden; diesen Begriff lese ich in der Financial Times, auf rosa Papier gedruckt. Lazare Bloch und Marthe Hanau müssen also ‚gute Läufer‘ wittern, wo andere nach Möglichkeit nur ‚lahme Hunde‘ sehen.

Ich weiß nicht, ob die historische Marthe Hanau und/oder der historische Lazare Bloch ‚wirklich‘ an Gesellschaften beteiligt waren oder Gesellschaften in Aktienmehrheit besaßen, die Elektro- oder eventuell Radioartikel herstellten. Es wäre aber zumindest denkbar, daß man auf diesem Gebiet Ende der Zwanziger Jahre suggestive geschäftliche Möglichkeiten entwerfen konnte. Und ich muß ja nun bei der Hanau wie beim Bloch voraussetzen, daß sie große Phantasie besaßen im Entwerfen und Entwickeln geschäftlicher Projekte. Dabei wird nicht jede ihrer Aktionen auf Betrug, auf Manipulation abgezielt haben: die Grenze zwischen suggestiven Vorstellungen und manipulierenden Darstellungen wird bei ihnen aber recht bald durchlässig geworden sein.

Aktien der Elektro- oder Radiobranche konnten damals ähnlich attraktiv werden wie Papiere der Computerbranche Ende der Sechziger Jahre. Hier ließen sich für den Roman etliche Vorgänge als Vorlage nehmen. So hieß es seinerzeit in der Wall Street, man bräuchte nur den Lower Broadway runterzugehen, ‚computer service‘ zu brüllen, und man würde in Geld begraben. Gesellschaften mit dem Zusatzwort ‚Computer‘ im Firmennamen hatten sofort Zukunftsglanz. Was nun eigentlich so ein Computer ist, wie der funktioniert, was da hardware und software ist, was der Kern und was die Peripherie, und was zum Beispiel bits von bytes unterscheidet, wie soll man das als Börsenmann schon wissen? Aber daß hier Zukunftsaussichten liegen, und zwar glanzvolle, das hat so ein progressiver, so ein dynamischer, so ein kreativer und so weiter Börsenmann in den Fingerspitzen, im Riecher, im Blut, im Urin. Wenn diese Leitfiguren sich engagieren, ziehen viele andere mit: und siehe da, schon werden diese Papiere heiß, immer heißer, werden hot issues.

Zum Beispiel gab es da eine Firma, eigentlich völlig unbekannt, sie wurde entdeckt, als der Zusatz ‚computer service‘ in ihrem Firmennamen auftauchte:

rasch stieg die Aktie von 10 Dollar pro Stück auf 80 Dollar an, ohne daß sich einer der Spekulanten diese Gesellschaft genauer angeguckt hätte — zu dieser Zeit wirkte einfach die ganze Branche so unheimlich delirierend, man sah hier Zukunft, sehr viel Zukunft, da setzte man auch auf diese Firma.

Bis ein Pressebericht nannte, was diese Firma herstellte: es waren Schalldecken für Computerräume. Wie, kein Zubehör für Computer, keine Computerteile? Bloß so Schalldecken? Indeed. Da sauste der Kurs noch schneller runter als er hochgeklettert war: rums, war man bei einzwanzig pro Stück. Und heute importiert die Firma Reisekoffer aus Europa. Wer's nicht glaubt, der lese nach in der Financial Times vom 4. Mai 1970.

Da ich die Aktionen der Hanau weitgehend nach zeitgenössischen Vorlagen entwerfe (die Ähnlichkeiten zwischen meiner Hanau und der historischen Hanau werden immer zufälliger), kann ich also auch diesen Ansatz übernehmen. Und ich lasse Lazare Bloch mit der Hanau beispielsweise eine Kondensatorenfabrik kaufen, wichtig als Zulieferer für Radiohersteller. Bei solchen Käufen brauchen sie nicht selbst als Käufer aufzutreten, da läßt sich irgendeine Firma vorschieben. Diese neu erworbene Kondensatorenfabrik könnte die Rechtsform einer GmbH besitzen: da würde sie von Hanau/Bloch wohl gleich in eine Aktiengesellschaft umgegründet. Denn erstens kommen sie auf diese Weise leichter an Kapital, und zweitens ist da mal wieder eine Aktie, mit der sich etwas machen läßt.

Eigentlich sind die Produkte solch einer Firma nicht sonderlich attraktiv: kleine, meist silbern besprühte Würfel. Auch klingt das Wort ‚Kondensatorenbau‘ nicht gut im Firmennamen: sollte man dafür nicht einen Begriff wie ‚Radiotechnik‘ einsetzen? Da kriegt die Sache gleich eine andere Dimension! Und dann eine neue graphische Gestaltung des Firmenzeichens. Und die Prospekte und Briefköpfe neu entwerfen. Neue Firmenfarben ansetzen. Die Aktien der mit neuem Image ausgestatteten Firma wird die Hanau nun unter geschicktem Einsatz der ‚Gazette du Franc‘ hochtreiben. Natürlich müssen auch hier die Besitzverhältnisse kaschiert werden — auf keinen Fall darf die ‚Gazette‘ als Hauszeitung der im Verborgenen wachsenden Hanau-Gruppe erscheinen.

Zur Kondensatorenfabrik könnten Hanau/Bloch etwa noch eine Firma kaufen, die Isoliermaterialien herstellt, weithin die Umgebung verstinkend. Die Kurse dieser Gesellschaft mögen sich auf einen Mittelwert eingependelt haben, darunter sinken sie nicht ab, darüber steigen sie nicht auf, die Firma produziert gleichmäßig, ein ziemlich unansehnliches, gar nicht werbewirksames Produkt, aber die Sache läuft, nichts weiter aufregend daran. Bloch mag nun voraussehen, daß man in einer Zukunft wachsender Elektrifizierung immer mehr Isoliermaterialien brauchen wird, beispielsweise für Kabelhüllen, für Isolierplatten im Chassis von Geräten. Hier wäre ebenfalls Zukunft, und mit diesen Zukunftsaussichten möglicher Verdienst in der Gegenwart. Der Kurs dieser Firma wird bereits anziehen, während Hanau/Bloch Aktien zusammenkaufen lassen: selbst

bei gestreuten Käufen merken einige Profis, daß sich hier etwas rührt, sie nehmen Witterung auf — plötzlich ist der Wert wieder ‚interessant‘.

Zu diesem Zeitpunkt mag sich die Hanau bereits die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft gesichert haben. Über einen Vertrauensmann, der nach außen die Aktienmehrheit repräsentiert, kann sie nun auch dieser Firma ein besseres Image geben. Zuerst wieder das Umtaufen: das Wort ‚Isolierung‘ im Firmennamen ersetzt durch ‚Elektrifizierung‘. Denn: Isolierung, das klingt zu sehr nach Beharren, nach Absichern; wer isolieren will, der wirkt nicht aktiv, nicht zukunftsgläubig. Also weg mit diesem negativ eingefärbten Wort und her mit dem Reizwort, Zauberwort ‚Elektrifizierung‘.

Weitere Maßnahmen läßt sie durchführen durch den Vertrauensmann: er stellt einen neuen Vorstand ‚auf die Beine‘, Männer, die sich als ‚jung‘ und ‚dynamisch‘ bezeichnen lassen. Darüber berichtet die ‚Gazette du Franc‘: Kursanstieg. Dann könnte man durchklingen lassen, daß die Ingenieure der Firma an der Entwicklung neuer Produktionsmethoden arbeiten, die sowohl die Verwendung billigerer Grundmaterialien ermöglichen wie eine Verkürzung des Produktionsablaufs; nähere Angaben oder Belege sind hier nicht nötig — wenn die ‚Gazette‘ solch einen Hinweis gibt, wird der Kurs der Gesellschaft schon ansteigen.

Weiterer Kursanstieg könnte ausgelöst werden durch die vorläufige Ankündigung einer erfreulich hohen Dividende von beispielsweise 14 Prozent pro Aktie. Das muß keine offizielle Ankündigung von Vorstand und Aufsichtsrat zu sein, noch kein Beschluß der Hauptversammlung, es kann eine ‚inoffizielle‘ Meldung sein, eine Meldung ‚dem Vernehmen nach‘. Oder ‚nach Informationen aus bisher zuverlässig informierter Quelle‘. Zur Begründung ließe sich, ebenfalls ohne Details und Belege, ein verbesserter Auftragsbestand anführen. Und tatsächlich könnten Hanau/Bloch hier nachhelfen: die Kabel-AG wird von nun an den größten Teil des benötigten Isoliermaterials von dieser Firma beziehen.

Solche Umsätze im eigenen Haus sind zwar üblich, das ist noch kein Betrug, aber es ließe sich ‚der besseren Optik wegen‘ vortäuschen, daß diese Aufträge von außen kommen — und da finge der Betrug schon an. Und Betrug wäre auch, wenn Hanau/Bloch schließlich die angekündigte hohe Dividende von außen finanzieren, weil die Gesellschaft selbst dazu nicht in der Lage ist: da gibt man etwa in einer anderen Gesellschaft der eigenen Gruppe neue Aktien aus, überweist diskret einen Teil der einlaufenden Gelder an die noch stützungsbedürftige Firma, die nun Dividenden auszahlen kann und vielleicht noch zusätzlich einen Bonus, damit die schwache Firma recht stark und damit vertrauenswürdig und damit attraktiv erscheint. Falls später die Aktien dennoch einmal fallen sollten, so gäbe es weitere Methoden, das Image der Gesellschaft zu wahren: etwa, indem man Aktien zurückkaufen läßt, was man eigentlich nicht tun sollte, durch solche Stützungskäufe erzeugt man einen ‚falschen Markt‘, der zu ‚falschem Kurs‘ führt — aber was interessiert eine Hanau der Unterschied zwischen echten und fal-

schen Kursen? Kein Kurs gibt genau den Wert einer Gesellschaft wieder, jeder Kurs liegt entweder zu tief oder zu hoch — und sie erweitert nun diesen Spielraum.

Wenn man einen Aktienkurs hinauftreiben kann, so läßt er sich auch herunterdrücken. Das mag Hanau/Bloch notwendig erscheinen bei der Kabel-AG: sie wollen die Aktienmehrheit kaufen, und das zu möglichst niedrigem Kurs. Dazu müssen sie in der ersten Phase nicht einmal die Gazette einsetzen, da läßt sich auch viel per Telefon ausrichten.

Dazu brauchen sie einen Strohmann: günstig wäre etwa der Effektenberater einer kleineren Bank in Lyon. Der ruft nun einen Makler an oder einen Bankkollegen: dem Gespräch wird natürlich ein anderer Anlaß vorgespannt. Der Grund kommt erst gegen Schluß heraus, als Nebenbemerkung, als Schlenker: Nach allem, was man hier in Lyon so hört, scheint übrigens die Kabel-AG in der letzten Zeit ein paar Schwierigkeiten zu haben. Sicher wird der Gesprächspartner nun genauer nachfragen. Ja, also im erweiterten Vorstandsgremium scheint es nach der Fusion mit Magny/Morand nicht so recht zu klappen: mangelhafte Information, schlechte Kooperation; offensichtlich könnten sich einige der Herren von Magny/Morand noch nicht so ganz damit abfinden, daß ihre Firma nun 'geschluckt' wurde, sie wollen nach alten, oft überalterten Vorstellungen weitermachen. Wenn man nun als Ortsansässiger das zweifelhafte Vergnügen habe, einige dieser Herren etwas zu kennen, so würden einen diese Gegensätze, diese Spannungen überhaupt nicht wundern. Was man hier über einen dieser alten Knaben höre, das dürfte man eigentlich gar nicht weitererzählen: bezieht der doch tatsächlich ein Zirkular eines Astrologen, der regelmäßig Börsenprognosen aufstellt, abgeleitet von den Konstellationen sämtlicher Planeten unter besonderer Berücksichtigung des Finanzplaneten Pluto: da soll es im Kosmos bestimmte Grundrhythmen geben, die über Hausse und Baisse bestimmen, da laufe alles nach Naturgesetzen ab, die man nur aufspüren müsse. Wenn nun dieser Astrologe mal aufgefordert würde, einige Angaben näher zu begründen, zu belegen, so pflege er aus schnurrbartverhängtem Sehermund nur immer zu sagen: Es ist einfach so! Herzhaftes Gelächter an der Sprech- und in der Hörmuschel. Wieder ernster werdend mag der Effektenberater hinzufügen: Aber auch ohne diesen schrulligen Typ würde es nach dieser Fusion im neu zusammengesetzten Vorstand Schwierigkeiten geben, sowas kennt man ja, das sind altbekannte Probleme, die tauchen immer wieder auf — unsereins weiß da gleich Bescheid. Falls vertrauliche Informationen dieser Art nicht ausreichen, könnte man zusätzlich gehört haben, daß die Kabelwerke in letzter Zeit ein bißchen sehr viel Pech hatten mit ihren Maschinen. Man hatte offenbar in den vergangenen Jahren versäumt, hier notwendige, längst überfällige Investitionen durchzuführen. Sicher, es waren verdammt schwierige Jahre auch in dieser Branche, aber nun sitzt man da auf einem teilweise veralteten Maschinenpark, wurschtelt sich so durch mit

Reparaturen, aber gutgehen kann das auf die Dauer nicht. Man hätte sogar gehört, aus zuverlässiger Quelle, daß kürzlich ein größerer Auftrag an die Kabel-AG storniert wurde, nachdem eine erste Lieferung wegen verschiedener Qualitätsmängel zurückgewiesen worden sei; man munkle sogar von einem bevorstehenden oder zumindest angedrohten Prozeß — sowas wäre für die Kabel-AG natürlich äußerst peinlich.

Trotz/wegen der Aufforderung zu vertraulicher Behandlung dieser 'Informationen' wird der frisch Informierte nun einen guten Bekannten, Kollegen oder Freund weiterinformieren. Wenn der seinerseits weitergibt, was er aus zuverlässiger Quelle gehört hat, so läßt sich schon denken, was da nach kurzer Zeit herauskommt: ein total zerstrittener Vorstand, die Herren von der Kabelfirma und die Herren von der Elektromotorenfabrik hauen sich dauernd die Köpfe ein. Und aus der Kabelfirma kommen nichts als brüchige, bröckelnde Kabel, die von zornroten Kunden zurückgewiesen werden. Jedenfalls: die Aktien der Kabelwerke Lyon AG fallen.

Diese Talfahrt wird beschleunigt, wenn nun auch die 'Gazette du Franc' von der neuerlichen Entwicklung des Papiers berichtet: das schadet (vorübergehend) dem Image der Firma und fördert das Image der Zeitung. Denn sie zeigt damit erneut Objektivität: erst hatte sie eine Aufwärtsbewegung dieses Papiers angekündigt, anläßlich der bevorstehenden Fusion (hatte damit die Aufwärtsbewegung gefördert) — und nun berichtet sie vom stetigen Absinken dieses Papiers (fördert damit seinen Kursverfall). Hanau/Bloch warten ab, bis der Kurs ungefähr zum vorgeplanten Richtwert gefallen ist — dann lassen sie Papiere zusammenkaufen.

Wie führt man solche Käufe durch? Hanau/Bloch werden in verschiedenen Banken Händler haben, denen sie Vertrauensaufträge geben können. Oder sie wenden sich an Börsenmakler, die als zuverlässig gelten, ihre Auftraggeber nicht verquatschen: solche Händler können über Auftragsmangel nicht klagen und bekommen gute Provisionen. Eine Hanau und ein Bloch können hingegen keine Händler brauchen, die für sich mitkaufen, wenn sie größere Kauforders erhalten: durch eigene, großdosierte Aktienkäufe könnten sie eine unerwünscht breite Kaufbewegung auslösen. Denn bei solchen Käufen horchen die Profis auf, die ja bekanntlich das Ohr auf dem Boden haben — gleich kaufen die mit. Und dadurch wiederum werden die Mitläufer angestupst, die sich meist einfach mal anschließen, ohne Kenntnis, ohne Ahnung, die sich nur sagen: Da geht etwas vor, da hängen wir uns dran, da springen wir auf, da fahren wir mit, und wenn es wieder runter geht, springen wir rechtzeitig ab. Allerdings, so heißt es an der Börse, wird an der Börse nicht geklingelt! Soll heißen, niemand ruft da: Einsteigen, aussteigen! Da kann man sich also schon mal verfahren, verspringen.

Hanau/Bloch können nur mit vertrauenswürdigen Händlern arbeiten; sie werden auch dann noch sehr vorsichtig sein. So wird Bloch etwa einem Börsenhändler sagen oder sagen lassen: Kaufen Sie mal was von der Kabel-AG, nennt dabei

aber keine Zahl. Der Börsenhändler kauft eine vorsichtig geschätzte Summe von nominal Frs. 20 000, berichtet das Bloch oder einem Sekretär oder einem vorge-schobenen Börsenmann; und da heißt es: Naja, ein bißchen mehr kann es schon sein. Nun kauft der Börsenhändler für 80 000 ein, berichtet das, hört daraufhin: Ja, das ist schon besser — und dann eine Pause. Aus dieser Pause hört der hellhörige Händler heraus, daß er noch eine tüchtige Portion dazutun kann; er geht nun hoch auf, sagen wir, 150 000. Und jetzt lautet die Antwort vielleicht: So ist es richtig, vielen Dank.

Käufe lassen sich mit verschiedenen Methoden kaschieren. Einmal durch Zwischenhändler. Auch können Bankhändler die Aufträge über andere Banken ausführen: so wird ein Auftrag beispielsweise in Zürich erteilt, und ausgeführt wird er in Frankfurt — da soll mal einer erraten, für wen gekauft wurde!

Während Hanau/Bloch den Kurs der Kabel-AG niedrig halten, kann die Hanau die Aktien einer Gesellschaft hochputschen, an der sie sich kurzfristig beteiligen will. Geeignet wäre hierzu etwa eine Kupferminen-Gesellschaft. Seit Lazare gezeigt hat, suggestiv, wie sehr Elektrifizierung mit Zivilisierung und Industrialisierung gekoppelt ist, und was dies allein für die zukünftige Kabelproduktion bedeutet, seither mag sie auf der blanken Schreibtischplatte ihres holzgetäfelten Büros ein Stück Kupferkabel liegen haben, die Isolierung etwa zur Hälfte entfernt.

Soll die Hanau Aktien einer der großen Minen-Gesellschaften kaufen, im Kongo, in Rhodesien? Das hätte nicht viel Sinn, bei derart riesigen Gesellschaften kann sie die Kurse kaum beeinflussen. Da ist es viel günstiger, sie beteiligt sich an einer kleineren Gesellschaft, beispielsweise im benachbarten Spanien. Da gibt es etwa eine Compania Mineros Salud S.A., die fördert brav und gleichmäßig, aber der richtige Schwung, der fehlt noch. Diesen Schwung, das traut sich die Hanau zu, wird sie schon reinbringen. Sie läßt erst mal Aktien dieser Gesellschaft kaufen, selbstverständlich über Mittelsmänner, denn jetzt heißt es ganz besonders vorsichtig agieren: nichts darf bekannt werden über diese Käufe der Hanau, sie darf für die Öffentlichkeit einzig Herausgeberin der ‚Gazette du Franc‘ sein. Nur solange die Zeitung ‚unabhängig‘ wirkt, können ihre Stellungnahmen für die Hanau zu Buch schlagen.

Mit den Käufen der Minen-Aktien erster Kursanstieg der Minen-Aktien: in den letzten Jahren hat sich niemand um dieses Papier gekümmert, es schlummerte vor sich hin, nun plötzlich wird es wieder spekulativ interessant. Eventuell regt die Hanau über Freunde oder Bekannte eine angesehene Bank an, sich ebenfalls an dieser Gesellschaft zu beteiligen: das wird den Kursverlauf wiederum in deutlichem Knick anheben. Irgendwas, sagt man sich in Börsenkreisen, muß sich dort in Spanien tun, diese Bank kauft ja nicht blindlings: psychologische Vorbereitung der kommenden Aktion. Die Hanau läßt nun eine Meldung über den unerwarteten Kursanstieg in die ‚Gazette‘ setzen — damit folgt man nach außen hin der

journalistischen Sorgfaltspflicht. Wieder steigt die Kurve an. Inzwischen hat sich die Hanau reichlich mit Aktien dieser Kupfermine eingedeckt.

Und dann, rasch, der Clou, der Coup: eine dreiviertel Stunde vor Börsenschluß trifft ein Telegramm aus Spanien in Paris ein: Die Compania Mineros Salud S.A. hat zu günstigen Bedingungen die Schürfrechte für ein neu entdecktes Kupferminenvorkommen erworben, dessen Qualität und Quantität in gleicher Weise hervorragen: gediegenes Kupfer, also geringe Verhüttungskosten. Dazu, so kann jeder Börsianer schließen, die sowieso schon billigen Arbeitskräfte, dazu die kleineren Transportkosten innerhalb Europas: damit könnte diese Gesellschaft die amerikanischen, rhodesischen, kongolesischen, kanadischen Angebote unterbieten — Markteinbruch?

Rückfragen sind zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Außerdem: wie soll man als Börsianer diese Nachricht überprüfen? Zusätzlich könnte in diesem Telegramm noch das Gutachten zweier namhafter Geologen erwähnt sein — na bitte. Die Kurse schnellen hoch, sagen wir, von 142 auf 361. Am nächsten Tag berichtet auch die ‚Gazette‘ über dieses Telegramm, gibt es im Wortlaut wieder. Die Kurse ziehen weiter an: etwa auf 439. Schätzwerte sickern durch über das enorme Gesamtvorkommen der neuen Funde. Und wie man hört, seien die geologischen Bedingungen äußerst günstig. Und aus regierungsnahen Kreisen verlautet, das spanische Handelsministerium wolle durch günstige Kredite die Anschaffung neuer Maschinen ermöglichen. Das alles treibt hoch.

Bei sehr günstigem Kurs läßt die Hanau ihre Aktien wieder verkaufen, gestreut, in unauffälligen Portionen. Das wird den Kurs dennoch negativ beeinflussen, aber bald kann es ihr egal sein. Schließlich wird die ‚Gazette‘ eine Meldung bringen, nach der sich die Kupferfunde bei näherer Überprüfung durch ein hinzugezogenes Geologen-Gremium als bei weitem nicht so ergiebig erwiesen hätten, wie zuerst angenommen. Zugleich wird von der fristlosen Kündigung einiger Vorstandsmitglieder berichtet, die als Insider durch rechtzeitige Käufe und Verkäufe am Kursgewinn teilnehmen wollten. Ebenso läßt sich berichten, daß ein Prozeß angestrebt werde gegen die beiden Geologen, deren Gutachten diese Meldung auslöste — auch sie hatten sich rechtzeitig an den Papieren beteiligt, was natürlich eine Schweinerei ist.

Die ‚Gazette‘ mag diesen Vorgang sehr kritisch kommentieren: ein äußerst bedauerlicher Fall von Kursmanipulation, der aber nicht als symptomatisch gelten dürfe für das Börsengebaren im Allgemeinen, vielmehr sei auf allseitig verstärkte Bemühungen zu verweisen, den Börsenmarkt sauber zu halten. Dieser Aufgabe hätte sich auch die Redaktion der ‚Gazette‘ verschrieben: ihr Beitrag dazu sei die ebenso rasche wie zuverlässige Information.

Damit Leser nicht annehmen, ich würde hier ganz wilde Geschichten ausdenken über das kapitalistische Räuberleben, werde ich im Roman wohl einen Hinweis bringen müssen auf die Vorlage dieses Entwurfs: der Fall Tasminex. Eine austra-

lische und keine spanische Gesellschaft, und es wurden Nickelfunde vorgetäuscht — sonst aber lief der Schwindel fast genauso ab.

Und noch ein Beleg dürfte angebracht sein, damit niemand glaubt, ich würde Gespenster sehen in der möglichen Verbindung von eigenem Engagement auf dem Effektenmarkt und manipulierenden Darstellungen durch Börsenzeitungen: ich habe während der Vorarbeiten zu diesem Kapitelentwurf in ‚Capital‘ 12/70 einen Bericht gelesen über den Hanseatischen Börsenbrief — er wurde zu dieser Zeit zum Verkauf angeboten, für 180 000 Mark. 1962 hatten ein Jurist und ein Bankkaufmann den Hanseatischen Wirtschaftsverlag gegründet; in diesem Verlag gaben sie dann den Börsenbrief heraus. Im Briefkopf zeigte er als Emblem eine alte Kogge. Dieser Informationsdienst brachte es auf etwa 7000 Abonnenten. Herausgeber Brincken verdiente viel Geld: „Mein Vermögen kratzte die Millionengrenze.“ Die Wirtschaftszeitschrift ‚Capital‘ berichtet weiter: „Immer und immer wieder pries der ‚Hanseatische Börsenbrief‘ die Aktien der Immobilienfonds-Firma Gramco von den Bahamas zum Verkauf an. Wertpapier-Experten wie die Aktien-Analysten der Firma Portfolio Management hielten in ihren Münchener Börsenbriefen stets dagegen und warnten vor dem spekulativen Exotenpapier. „Nach dem Kurszusammenbruch von Gramco ist diese Aktie Favorit“, wollte der Hanseat seinen Lesern immer noch weismachen, als Gramco längst vom Vertriebsverbot bedroht war, und die Aktie von 63 Mark auf 35,50 Mark absackte. Der Favorit wird jetzt mit 7 Mark notiert. Das Werben für Gramco hatte einen plausiblen Grund. Denn die Hamburger hatten sich selbst mit Gramco-Aktien vollgepumpt. Als der Kurs verfiel, gerieten die auf Hausse hoffenden Hanseaten in die Finanzklemme, ihre Kogge lief auf Sand. Wie hoffnungslos sie sich verspekulierten, weiß ein Insider: „Brincken kaufte 12 000 Stück privat und 17 000 Stück für Kunden.“

Sobald Marthe Hanau und Lazare Bloch die Aktienmehrheit der Kabelwerke Lyon und der Magny/Morand S.A. besitzen, werden sie über Vertrauensmänner aktiv. Eine knappe Notiz in der Gazette mag über erste personelle Veränderungen im Vorstand berichten: einer der Herren von Magny/Morand (unter Insidern bekannt als ‚notorischer Querkopf‘) hat sich, ‚dem Rat seines Arztes folgend‘, in den Ruhestand zurückgezogen. Ebenfalls ‚aus gesundheitlichen Gründen‘ legt ein weiteres Vorstandsmitglied die Tätigkeit nieder. Damit kommen zwei neue Männer in den Vorstand. Prompt werden Entlassungen durchgeführt in Herstellung, Vertrieb, Verwaltung; dafür kommen auch hier ‚neue, junge‘ Leute herein, die den ‚frischen Wind‘ forcieren.

Dann eine außerordentliche Hauptversammlung, über die von der ‚Gazette‘ ausführlicher berichtet wird. Natürlich sieht man unter den Gästen, nicht mal unter den Ehrengästen dieser HV eine Madame Hanau oder einen Monsieur Bloch. Sie lassen sich konsequent von Mittelsmännern vertreten, die vorher genau instruiert wurden. Beispielsweise leiten sie den Vorschlag weiter, die Fusionsgesellschaft

umzubenennen: Hanau/Bloch lassen einen Namen vorschlagen, der auch weitere Firmen einschließen kann, einen Namen, der Größe erkennen läßt, einen Namen als Programm und Verpflichtung, einen Namen mit Zukunftsglanz, einen Namen wie: Compagnie Nationale d'Electrification S.A. Ein breiter, klangvoller Name, der sich auch günstig abkürzen läßt: C. N. E.

Für die Leitung des geschäftsführenden Vorstands der Compagnie Nationale d'Electrification schlägt der Aufsichtsrat einen neuen Vorsitzenden vor. Sicher steht auch eine Hanau hinter diesem Vorschlag: die erneuerte Gesellschaft braucht eine ‚energische, dynamische Führungskraft‘. Dieser neue Mann muß schon bei seiner ersten Vorstellung einen äußerst positiven Eindruck machen.

Dritter Hauptpunkt der Tagesordnung: Beschluß einer längst erwarteten Kapitalerhöhung vor allem für Neuinvestitionen. Geplant wird hier in erster Linie die Anschaffung neuer Maschinen zur Kabelproduktion. Vorgesehen ist außerdem die ‚energische Durchforstung des Typenprogramms‘ von Elektromotoren: Konzentration auf wenige Modelle, Rationalisierung, höhere Produktion, günstigere Preise, damit besserer Absatz, höherer Umsatz. ‚Bei der C. N. E. hat man die Ärmel aufgekrempt‘, kann die Gazette schreiben. Deutliche Kurserholung. Ob alle geplanten Maßnahmen durchgeführt werden, ist da nicht so wichtig: Hauptsache, schon diese Möglichkeit fördert die Kursentwicklung.

Nach dieser Hauptversammlung, auf der ‚die Weichen für die Zukunft gestellt wurden‘, wollen größere Aktionäre, Börsenhändler, Makler mehr erfahren über den neuen Vorstandsvorsitzenden der Compagnie Nationale d'Electrification. Denn: dieser neue Mann ist das neue Programm. Denkbar, daß die ‚Gazette du Franc‘ solch eine Formel aufgestellt und popularisiert hat: ‚Der neue Mann ist das neue Programm.‘ Da muß man sich nicht allzu sehr mit technischen Details befassen, von denen man sowieso nichts versteht, da kann man sich an diesen Jaques Parent halten, der nun die C. N. E. repräsentiert.

Der Effektenberater der Lyoner Privatbank, der Insider-Informationen über die zeitweilige Krise der Gesellschaft bringen konnte, der wird nun sicher wieder angerufen. Wie zu erwarten, kann er auch diesmal Genaueres berichten: Ja, er hat diesen neuen Vorstandschef schon vor der HV kennengelernt, bei einer geschäftlichen Besprechung, und da hatte sich gleich gezeigt, daß dieser Monsieur Parent ebenso rasch wie energisch ist.

Zur einprägsamen Charakterisierung könnte der Informant hier ein Detail anführen: dieser Parent trägt keine Handschuhe, wie üblich, sondern Stiefel; eine kleine Marotte, gewiß, aber das paßt zu ihm, Parent soll ein vorzüglicher Reiter sein, wie man hört, in der Camargue soll er oft ganze Tage im Sattel sitzen. Und er war auch sofort bei der Belegschaft der fusionierten Firmen beliebt: bei aller Energie zeigt er Selbstironie. Wenn er in einer Halle auftaucht, pflegt er zu sagen: Ich komm mal eben angestiefelt, um zu schauen, wie es bei euch läuft. Sowas käme gut an. Er spreche dann mit Meistern wie Arbeitern detailliert über Produktionsvorgänge, honoriere hier Initiativen mit Geldgeschenken: auch dies

habe die allgemeine Arbeitsmoral erheblich gesteigert. Ebenso verstärke er die Effizienz der Vorstandsarbeit: wie man höre, habe er den anderen Vorstandsmitgliedern Gewinn-Richtzahlen vorgeschrieben und ein, wie es heiße, realistisches und bewegliches Verhältnis zwischen Leistung und Gehalt eingeführt: wer gut arbeitet, wer zusätzliche Initiativen entwickelt oder Ideen, der bekommt ohne lange bürokratische Manöver mehr Geld.

Es ist nicht allzu schwierig, solch einen Mann aus Versatzstücken zusammenzumontieren, nach Vorlagen und Einfällen. Satz um Satz läßt sich hier ein Strichmännchen aufpappeln und aufpolstern zu einem Pfundskerl, Bombenkerl. Solche Erscheinungen lassen sich fast aus der Luft greifen, aus dem Ärmel schütteln, aus dem Zylinder zaubern, aus dem Boden stampfen.

28. März, 1972

Mittags Verabschiedung durch einen Kollegen Feltrinellis am neuen Flughafen von Frankfurt: Beerdige vorsichtig! (Kann Amerikanisch, der Mann: BURY WITH CARE.)

In Mailand die Kreuzung der Straßen Romagnosi und Andegari, bei aller Enge, dicht besetzt durch Polizei und Militär in einzelnen Wachen, aufgesessen auch. Ein Verkehrspolizist, in dunkelblauer Uniform mit weißbeschriftetem Tschako, stellt eine zivile Aufsicht dar. Als ob es vor kurzem gebrannt hätte, oder es sei ein Angriff durch Fallschirmjäger vorhergesagt.

Das Institut geschlossen. Der Eingang zum Verlag bewacht von einem jungen Mädchen, das den Fremden mehrmals den Weg weist, und dann noch einmal (weil der eine nur Französisch spricht, womöglich). — Era niente, signori.

Das Haus Feltrinelli am hellen Nachmittag mit der ganzen Außentür zugestellt, jedoch die kleine zum Klappen nicht verschlossen. Die Hausmeisterei besetzt mit Pförtner, Kinderfrau, Dienstmädchen. Alle mögen erst gemeinsam erlauben, daß die Besucher in den vierten Stock dürfen. Die beiden Fahrstühle, noch aus den Anfängen der Erfindung, knarren vertraulich. In der Enge vor den Innenflügeln: Mi scusa. Dienerschaft, die ungebührlicher Weise vorangeht.

Wieder zu ebener Erde fällt die mannshohe Eichentür auf, die den großbürgerlichen Innenhof verteidigt. Mit Messern, mit Hämmern, durch Sprünge nicht leicht zu überwinden. Unverhofft dahinter der einstürzende Himmel, in der Enge bequem gelagert das letzte Modell von Citroen, elegant in seiner grauen Farbe, seinem durch Chauffeurs Pflege erhaltenen Neuzustand.

All diese Türen öffnet das Personal sehr gewandt, schließt sie rasch, wie der Herr es gewohnt war. Man kann einem Toten recht wohl bedientet sein. Von außen sieht das Haus gleich wieder reglos aus. Militär und Polizei haben beobachtet, woher der Wagen kam, wohin er sich einordnet. Einer mit Gummiknüppel sähe die beiden fremden Insassen gern deutlicher.

(Eine Taktfrage: Geben die Gäste dem für solche Fahrt doch auch Angestellten ein Geld zum Trinken? — Im Zweifel ja. Gesprochen in verlässlich konservativem Ton.)

Die Stadt ist besetzt von Streitkräften. An strategischen Punkten, die fast ohne Ausnahme Bankportalen ähneln, stehen sie in Reihe, nicht stramm, den Gewehr-lauf nach unten. Der kommandierende Offizier versucht jeweils um die Ecke zu sehen, dirigiert Verhalten der Mannschaft mit Fingerzeichen, kündigt Ereignisse an, mag eins nur ein Wagen mit einer gewissen Nummer sein.

Die Straße, die auf den Hauptfriedhof zuführt, ist in ihrer ganzen Länge mit dicht besetzten Transportwagen von Polizei und Militär bestellt. Die Polizei

gibt sich mit Aufschriften zu erkennen, die anderen verweisen auf ihre Zugehörigkeit zur N.A.T.O. vermittelt frisch gemalter Trikolore. Die Uniformierten halten Maschinenpistolen im Schoß, jedem lehnt am Knie ein plastenes Schutzschild, es sind Holzknüppel zu sehen, lockere oder verschnallte Kinnriemen, Offiziere mit Funksprechgeräten. Der Corriere della Sera schreit in Ampelpausen von Kiosken her MILANO SUL CONTROLLO. Bis in den letzten Wortsinn hinein geben die Hubschrauber über dem Aufmarschgebiet der staatserhaltenden Zeitung recht.

Vor der Friedhofskapelle bestehen Leute in grauen Uniformen den ganzen Platz in Doppelreihe, Ehrenwache umgebaut in drohende Sperre, die wiederum von einem Zivilpolizisten angeleitet wird. Dies eine Auto winkt er auf den Platz ein, nachdem der Kommandeur die Meldung des Chauffeurs gebilligt hat: Sono compagni di Feltrinelli. Der Wagen darf die bewachte Fläche vollständig durchfahren, bis an den Bogenang der Kapelle.

(Der Chauffeur windet sich mit lang erübter Geschwindigkeit vom Sitz, um doch wenigstens eine Tür für Herrn öffnen zu können. Das Problem mit dem Geld fürs Trinken wird ordentlich und altfränkisch erledigt, in der Verbeugung ist das Schließen der Tür enthalten.)

Aus dem Innern der Kapelle schwankt ein steifes grünes Gebinde in den Bogenang, schräg vorwärts gehalten. Dem folgt, auf den Stufen schräg, der eichen-gelbe Sarg, in betonter Abweichung von der Form eines Kastens, mit wenigen Knubbenstummeln verziert. Sobald er wieder in Linie mit dem grünen Ding ist, heben fast alle schweigend die linke Hand als Faust. Die acht unter dem Sarg gehen langsam, das Gedränge steht noch still, dennoch scheint der Vorgang zu laufen, zu rennen.

Noch vor dem offenen Himmel hält der Sarg an. Hinter ihm wird so rasch ein freier Raum gerissen, als würden die Menschen abgesaugt. Vorangerissen wird auch die Witwe, als wehrte sie sich gegen die Männer an ihren Armen. Ein jetzt zerfetztes Gesicht, ohne Besinnung, der Mund wie zum Schreien offen.

Die Angehörigen sind eben hinter dem Sarg zum Stehen gekommen, schon befiehlt eine Stimme: Avanti. Das Stimmengemurmel ist inzwischen laut genug, dennoch bleiben Schritt des gärtnerischen Kunstwerks und des Sargs synchron beim Einschwenken in den Durchgang zum Gräberfeld. Zehn Meter hinter dem Sarg ist das nicht mehr zu schaffen, einmal wegen des nun von außen einsetzenden Menschendrucks, zum anderen, weil die Polizei mit Ketten Hand in Hand die Mittelsäule des Trauergefolges eingefangen hat. In den Schultern sieht man, wie Leute über die Schuhspitzen derer hinter ihnen stolpern.

Allmählich haben die verschiedenen Gruppen des Zuges sich auf die gleichen Takte und Worte der Internationale geeinigt. Der jugendliche Gesang ist getragen, betrübt, betulich; nicht energisch, nicht wütend. Trauergäste weiter vorn im Zug heben blind Fotoapparate über sich und versuchen den eigenen Hintergrund aufs Bild zu kriegen.

Weißes, ferienhaftes Vorsommerlicht. Staub kommt hoch.

Die Polizei sieht an den singenden Leuten vorbei. Es sind auch junge Kerle, und sie verstehen den Text; sie wüßten ihn nicht auf sich selber anzuwenden. Ihre Gesichter bleiben still, stumpf, wenden höchstens Neugier auf, als nach der Internationale der Schrei einsetzt

BORGHESIA! AS-SAS-SI-NA!

Den haben womöglich die marmornen Todesvillen ausgelöst, die mittlerweile den Weg säumen. Die Namen unterhalb der Simse sind die einzige Repräsentanz des mailänder Großbürgertums. Sind sie ferngeblieben aus Angst, so müßte es eine sein von der dummlichen Art, denn die einmütig schreiende Masse bemerkt wohl das Schweigen der Andersdenkenden oder Ausländer, ohne sie zu bedrohen. Der Tote war mit seinen kapitalistischen Kollegen nicht freund; erst haben sie ihn belächelt, nunmehr ächten sie ihn.

Ein Kollege anderer Art ist gekommen: Giulio Einaudi.

Fünf Meter entfernt, an der Fuß-Seite des Sarges, schlagen neun Stimmen vor: Bandiera rossa . . . Wenige Takte, und die Menge verspricht einander wehmütig: Facciamo rivoluzione.

Als das gärtnerische Gebinde am Portal der Grabeshalle Feltrinelli angelangt ist, verharrt der Sarg. Es ist so still, man hört eine Kleinbürgerin (Hausnäherin, etc.) die Umstehenden bitten um mehr Atemraum für ihr Kind, ein achtjähriges Mädchen mit einem Sträußchen aus meist Osterglocken. Während der Sarg den Weg in das Gefängnis antritt, in diesem Ruck, kommt wie einstudiert die Anrede, das Gelöbnis

FELRNELLI!

COMPAGNO!

ESTATO!

AS-SAS-SINATO!

SARRAI — VENDICATO!

Wieder sind viele linke Arme mit Faust oben. Von den rechten bleiben viele in Brusthöhe, wo die Nikon ruht in der schützenden Armbeuge, unter recht aufmerksamem Zeigefinger in der Nähe des Auslösers. Sehr teure Maschinen, für die jugendlichen Trauergäste durch Ankauf kaum erschwinglich.

VIVA MASS!

VIVA LENNIN!

VIVA MAU-SO-TUNG!

Es sind auch Junge ohne Umweg von der Universität gekommen, halten Lehrbücher vor der Brust, ein Mädchen einen Kalender für das Jahr 1972.

Der Sarg wird in die Familiengruft gequetscht, behindert von den schwarzuniformierten Angestellten der Friedhofsverwaltung (schmutzig blaue Hemden, Kragen zerknüllt, verschmutzt). Die Polizeikette (die bei einem Einschnürungsversuch auch von jungen Händen, zivil gekleideten Kerlen im Oberschulalter, geflickt wurde) fädelt sich aus dem Gedränge weg, in Richtung Grufteingang. Wie-

derum wird die Bourgeoisie eine Meuchelmörderin genannt, Feltrinelli Rache versprochen; gelegentlich klappt einer nach. Immer von neuem das Klicken von Kameraverschlüssen. Endlich macht eine jener Hände in der Nähe des Eingangs, die sonst Sprechchöre mit Krümmung anforderten, abwinkende Bewegungen. Für Unaufmerksame wird übersetzt: Shsht! Shsht!

Es spricht eine Abgeordnete der K.P.I., Onorevole, auch Autorin des Verlages Giangiacomo Feltrinelli. Aus acht Metern Entfernung sieht sie aus wie eine Bäuerin, die trösten kann wie sie Erbitterung verabfolgt. Eine Schwester könnte so reden. Sie wird mit dem Weinen nicht ganz fertig, und die Zuhörer nehmen sich immer mehr Schweigen an.

Applaus. Linke Fäuste. Sprechchöre.

Es spricht ein westberliner Verleger im Namen der anwesenden Verleger, Schriftsteller, etc., des Auslands. Er macht es auf italienisch, indem er abliest von Stichworten auf Zetteln mit dem modischen Aufdruck DON'T FORGET in Rot. Der ist zu leise; an ihm probiert das Publikum seine Rechte aus: VOCE! Ungeduldige, verlegene Handbewegung.

Weniger Applaus. Keine linken Fäuste. Zum Füllen der Zeit einen der drei Sprechchöre.

In der Pause klettert ein Mädchen in Hosen, neunzehn oder einundzwanzig Jahre alt, einen toten Baum hinauf und richtet sich zwischen den abgesägten Aststümpfen ein. Sie will aber nicht besser sehen als andere, sie läßt sich ihre Kamera hochreichen, dann die Leinentasche mit den Filmen. Später wird sie auch Gefälligkeitsaufnahmen machen für einen ihr Fremden, der unten mit seinem Teleobjektiv nicht so recht zum Schuß kommt.

Es spricht jemand auf französisch. Es ist sein erster öffentlicher Auftritt, seit er mit dem Tode Che Guevaras zu tun hatte, und offenbar setzt er seine Berühmtheit voraus. Ostentativ kümmert er sich nicht um Rufe nach größerer Lautstärke, diagnostiziert und doziert vor sich hin. Da im Hintergrund auch noch ins Italienische übersetzt wird, kommt nicht viel durch. Das war eben irgend so ein Franzose. Anständig von ihm.

VIVA MARX.

VIVA LENIN.

VIVA MAO-TSE-TUNC.

BOR-GHE-SI-A...

Das Mädchen läßt sich vom Baum herunterhelfen. Die fremden jungen Herren fassen gern zu, und sie muß vielmals sagen: GRAZIE. Oh! Oh! GRAZIE! Die Geräusche, die während der ganzen Zeit aus dem Inneren der Gruft zu hören waren, sind nicht mehr zu bemerken. Offenbar steht der Sarg nun fest und sicher bei denen der Familie (aus einer Pietät. Gegen den Wunsch des Toten, der anderswohin wollte als in dies Monument des Reichtums). Es werden die letzten Blumensträuße nach vorn weitergegeben. Nicht alle treffen genau durch die Türöffnung, fallen den Soldaten zu Füßen, werden zertreten (wie dem einen Foto-

grafen, zur Rechten des Eingangs, ein ungeschickt zugeschleuderter Film). Eine von zwei roten Nelken schafft es noch.

In dem gelben Gesträuch rechts neben dem Eingang verfangen sich rote Blumen. Es scheint auch, als würden rote Bänder dort hinübergeschlungen.

Leute drängen nun schon rückwärts aus dem zu dicht bestandenen Gelände. Dabei merken einige, daß sie auf Grabsteinen gestanden haben.

Rechts vorn läßt ein junger Mann sich ein wenig anheben und fordert die Massen auf, den Toten auch zu lieben als einen Kommunisten, als einen ... Für Ausländer schwer faßlich. Aus dem Hintergrund schreit ein einziges Wort dagegen. Die Antwort ist ganz von Heiserkeit zerkratzt, der Agitator versinkt wieder.

Die Angestellten der Friedhofsverwaltung schieben den linken Türflügel zuerst zu. Von innen ist noch einmal etwas zu hören: wie die Deckplatte über ihre Fassung gewuchtet wird, ungleich einsetzt, dann sauber absinkt. Die in den schwarzen Uniformen, fett, amtlich, blank im Gesicht, sind auch Sieger. Schließlich sind sie dienstlich am Werke.

Jedes Mal, wenn Einer nicht hinsieht, ist der linke Flügel ein wenig vorgeschoben. Es ist bereits die Verglasung zu erkennen. Auch der rechte Flügel hat sich erheblich bewegt.

Wer will, kann den Rauch von Zigarette in der Luft spüren (non sie fuma in cimitero).

Die Trauergäste versichern einander: nunmehr könne man gehen. (Giangiacomos Chauffeur sucht nach seinen beiden Schutzbefohlenen, den Fremdlingen.) Es heißt: jetzt komme nichts mehr; und dergleichen. Es klingt nicht ganz behaglich, weil vor dem Friedhof Militär und Polizei warten. Die Streitkräfte hätten am Ende gern über die Fahrübung hinaus ein mehr vollständiges Manöver.

Die Türflügel sind geschlossen. Der Direktor des Friedhofs, eleganter grauer Anzug, elegant geschnittene Beamtenhaare, verschließt die Tür nicht ohne Umstand, prüft nach, richtet sich auf, nimmt mit nachsichtigem Lächeln Abschied von der Versammlung. Fragt man ihn, so war er es, der die Sache erledigte.

Fragt man die Kommunisten, so war der Tote am Ende ein Kommunist.

Fragt man Kapital und Industrie, so war er nach wie vor einer der ihren.

Fragt man die Maoisten ...

Immerhin die Jugend Mailands, nach wohlmeinender Schätzung zu zehn-, nach vorsichtigerer zu siebentausend anwesend, sie hat dem Toten versprochen: rächen werden sie ihn.

(Der Todesfall ist nicht aufgeklärt.)

Siebentausend. Sie werden dem Apparat der kapitalistischen Herrschaft nicht erliegen. Noch in zehn Jahren nicht werden sie Prämien zahlen für das erste oder ein zweites Kind, für sie wird es das bürgerliche Wohnen nicht geben, ein Leben als hätten wir Frieden, das nicht. In zehn Jahren muß man sie nur noch suchen, sie finden, sie an das Versprechen für Giangiacomo Feltrinelli erinnern.

Rächen werden sie ihn.

Peter O. Chotjewitz
Reden ist tödlich, Schweigen auch

Pino Pinelli saß auf einem Stuhl im Mailänder Polizeipräsidium. Außer ihm befanden sich der Brigadier Vito Panessa, der Kommissar der politischen Polizei, Luigi Calabresi, und weitere vier Polizeibeamte im Zimmer.

Pinelli war todmüde. Das Verhör dauerte mit Unterbrechungen seit 77 Stunden und verlief zeitweise recht lebhaft.

Er wurde geblendet und angeschrien. Er wurde gehohlet, wenn Calabresi etwas nicht gefiel. Wenn Pinelli Durst hatte, erhielt er gesalzenes Wasser.

Die Beamten hoben ihn auf, wenn er einschlief und vom Stuhl fiel. Sie arbeiteten in mehreren Schichten. Er wollte schlafen, denn er war nervös und müde, aber sie ließen ihn nicht. Der mehrtägige Schlafentzug war eine von Calabresis Methoden, mit der er gute Erfolge erzielte.

Erstaunt bemerkte Pinelli, daß alles geschah, was gelegentlich in den Zeitungen stand und was Freunde erzählt hatten, die von Calabresi verhört worden waren. Am Freitag, dem 12. Dezember 1969, hatte Pinelli in einer Gastwirtschaft am Stadtrand von Mailand mit Mario Magni und Mario Pozzi von 16 bis 17.30 Uhr Karten gespielt. Um 16.30 Uhr wurde in der Bank für Handel eine Aktentasche mit einer Bombe gefunden. Sieben Minuten später explodierte in der Bank für Landwirtschaft eine weniger starke Bombe. 16 Menschen kamen ums Leben. Als Pinelli gegen 19 Uhr die Räume des von ihm geleiteten Anarchistenzirkels „Ponte della Ghisolfia“ betreten wollte, kamen ihm die Beamten der politischen Polizei entgegen. Es war keine Verhaftung, sondern mehr die höfliche Einladung zu einem kleinen Gespräch im Polizeipräsidium.

Pinelli war ganz ruhig. „Wir haben nichts gegen Dich“, sagten die Beamten, „wir wissen, daß Du sauber bist.“ Sie stiegen in einen Fiat 850. Pinelli folgte ihnen auf seinem Motorroller.

Die ersten 48 Stunden verliefen verhältnismäßig friedlich. Pinelli sorgte sich, weil er wußte, daß man sich zuhause Sorgen machte. Einmal hatte Calabresi mit Pinellis Frau telefoniert und sie gebeten, bei der Eisenbahn anzurufen und mitzuteilen, daß Pinelli krank sei und nicht zur Arbeit gehen könne. Im Hintergrund hörte sie noch einmal Pinellis Stimme.

Das war am Sonntagmorgen gewesen. Pinelli hätte ein Bad gebraucht, frische Wäsche, ein Bett, eine ordentliche Mahlzeit, ein klärendes Gespräch mit seiner Frau und einem Anwalt. Die Polizei durfte niemanden länger als 48 Stunden ohne Haftbefehl arrestieren. Die Zeit war verstrichen und Calabresi machte keine Anstalten, ihn in das Gefängnis San Vittore zu überführen.

Calabresi hatte die übliche Karte gespielt.

Wir wissen, daß Du unschuldig bist. Aber wir wissen auch, daß Du uns helfen

Peter O. Chotjewitz: Reden ist tödlich, Schweigen auch

kannst, die Täter zu finden. Du kennst Dich aus in den Anarchistenzirkeln. Du bist kein kleiner Fisch, sondern ein bekannter Anarchist. Wir haben Mittel, Dich zu zwingen. Wir können Dich um Arbeit und Brot bringen. Oder redest Du lieber?

Wir können Dich hierbehalten. Eine glaubwürdige Anklage ist schnell konstruiert. Du setzt Deine Ehe aufs Spiel. Oder weißt Du nicht, daß Deine Frau leichtsinnig ist? Sprich, wenn Du nach Hause möchtest, Pinelli.

Pinelli sorgte sich nicht um seine Frau. Sie war eine gute Genossin. Er glaubte auch nicht, daß die Eisenbahn ihm einfach kündigen konnte. Er war unschuldig. Aber Calabresis Methoden taten doch ihre Wirkung. Am Montagvormittag durfte Pinellis Mutter ihren Sohn kurz besuchen. Sie fand ihn ruhig und gelöst. Er lächelte ein wenig.

Am Montagnachmittag verschärfte Calabresi das Verhör. Seit der Festnahme waren 67 Stunden verstrichen. Es war der 15. Dezember 1969. Er rief abermals bei Pinellis Frau an und forderte sie auf, bei der Eisenbahn anzurufen. Ihr Mann stehe unter Verdacht und sei verhaftet worden.

Beides stimmte nicht, war aber geeignet, Pinelli bei seinen Vorgesetzten zu diskreditieren. Er ließ Pinellis Arbeitsbuch holen und behauptete, gewisse zeitliche Übereinstimmungen von Pinellis Reisen mit Sprengstoffanschlägen auf Eisenbahnanlagen festzustellen. Pinelli hatte so schnell keine Gegenbeweise parat und Calabresi sah eine Chance, ihm Angst zu machen. Er begann zu bluffen.

Das Karussell der sich ständig wiederholenden Fragen lief. Calabresi fragte Pinelli, was er über die Attentate wisse.

Er wußte nichts.

Calabresi fragte ihn, ob er wisse, wer daran beteiligt sei.

Pinelli wußte es nicht.

Calabresi fragte, ob er Valpreda in Rom kenne.

Pinelli kannte ihn. Valpreda war einer der führenden römischen Anarchisten. Jeder kannte ihn. Pinelli hatte ihn gelegentlich zu politischen Gesprächen getroffen. Persönliche Beziehungen hatten sie nicht.

Calabresi brachte andere Namen auf den Tisch.

Pinelli kannte einige von ihnen.

Calabresi fragte Pinelli, ob er wisse, daß Valpreda an den Attentaten in Rom und Mailand beteiligt war, und sich während des Anschlages auf die Bank für Landwirtschaft einige Stunden lang in Mailand aufgehalten hatte.

Pinelli glaubte es nicht.

Calabresi warf Pinelli vor, daß die Kartenspieler und die anderen Zeugen sein Alibi nicht bestätigt hätten.

Pinelli ließ sich nicht einschüchtern. Es war möglich, daß der eine oder andere sich von der Polizei kaufen ließ. Aber es war unglaublich, daß beide Mitspieler und alle anderen Anwesenden sich kaufen oder einschüchtern ließen.

Calabresi zog sehr hoch. Valpreda hat alles zugegeben. Claps hat alles zugegeben. Merlino hat ein volles Geständnis abgelegt. Sie haben Dich schwer belastet. Wir wissen, daß Du an dem Attentat beteiligt bist. Wir haben Zeugen dafür, daß Du an Sprengstoffanschlägen auf Eisenbahnzüge und andere Anlagen beteiligt bist. Spuck aus, es ist die letzte Möglichkeit, Dich zu entlasten. Pinelli belastete niemanden. Es war nicht seine Art. Er glaubte auch nicht, daß er belastet sei. Selbst wenn Valpreda oder sonst jemand ihn belastet hatte, setzte es doch voraus, daß sein Alibi nicht bestätigt worden war. Calabresi hatte es zwar behauptet, aber Pinelli glaubte es nicht.

Es gab noch einen Grund, warum Pinelli seiner Sache so sicher war: Von untergeschobenen Provokateuren abgesehen, verwarf die anarchistische Bewegung in Italien die Anwendung von Gewalt, aber sie lehnte es auch ab, sich der Gewalt anderer zu unterwerfen. Sie leistete Notwehr, auch gegen polizeiliche Übergriffe, dort wo Notwehr geboten und gestattet war. Pinelli selber lehnte die Gewaltanwendung ebenfalls ab. Von ihm waren noch nicht einmal Affekthandlungen zu erwarten. Er war ein besonnener, ruhiger und ausgeglichener Mann.

Pinelli wollte mit der Sache nichts zu tun haben. Er wollte heraus. Calabresis Vorgesetzter, der Questor, war unter Mussolini Leiter eines KZ-Lagers gewesen. Calabresi selber hatte seine Ausbildung als Beamter der politischen Polizei in den USA erhalten. Das schlug sich in der Behandlung politischer Gegner nieder. Die Arbeiter hatten sich als treue Untergebene zu verhalten. Die Funktionäre der Arbeiterorganisationen waren nur solange gern gesehen, wie sie die Interessen der Unternehmer vertraten. Auch legale Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft mußten deshalb diskreditiert werden.

Jedes Attentat bewies, daß die politische Tätigkeit der Arbeiterschaft gefährlich war und immer auf der Grenze zur Ungesetzlichkeit stand. Umfangreiche Gegenmaßnahmen, die sich auch gegen Unbeteiligte richten konnten, waren erforderlich. Jeder Schritt der arbeitenden Bevölkerung, der eine Verminderung der Rechte des herrschenden Besitzstandes zur Folge hatte, war ungesetzlich. Jede Revolution war die Summe aller nur möglichen Gesetzesverstöße. Calabresi war einer der vielen Beamten eines großen Apparates, der die bestehenden Gesetze zu schützen hatte.

Pino Pinelli begriff, daß er in diesen Apparat hineingeraten war und nur herauskommen würde, wenn Calabresi dadurch sein Ziel erreichte.

Calabresi war unzufrieden. Pinelli war ein typischer Anarchist. Am Arbeitsplatz und in ihren Zirkeln machten sie sich stark. Vor der Polizei hatten sie Bange. Keine klare Linie. Man mußte ihm einfach alles zutrauen. Anders ging es nicht. Sogar Dinge, die mit den Zielen seiner Bewegung unvereinbar waren. Pinelli war verheiratet, hatte Kinder und arbeitete regelmäßig und zufriedenstellend bei der Eisenbahn. Ein Anarchist, der ein Arbeiter war und so lebte als sei er ein normaler Bürger. Diese Anarchisten. Natürlich hatte Pinelli seine Vorzüge.

Als Anarchist war er von vornherein schuldig, so absurd der Vorwurf auch sein mochte.

Aber er war unbequem und störrisch.

Was hatte Calabresi falsch gemacht?

Er hatte das Verhör verschärft. Manch einer war unschuldig, aber wenn man ihn hart genug anfaßte, gab er doch etwas zum Besten. Es brauchte ja nicht wahr zu sein. Nur glaubhaft.

Pinelli hatte jedoch immer mehr abgeschnallt. Begreiflich. Er war seit 70 Stunden arrestiert. Die Mailänder politische Polizei machte wache Männer müde. Aber das war kein Grund, Calabresi vor den Kopf zu stoßen.

Wenn Pinelli nicht bald gesprächig wurde, waren mehr als drei Tage nutzlos verstrichen. Calabresi verfluchte seine Leute, die ihm ausgerechnet Pinelli angebracht hatten. Er hatte nichts gegen Pinelli. Aber Pinelli schwieg und Calabresi hatte keinen Schuldigen. Er war als guter Polizist verschrien. Man erwartete von ihm, daß er die Schuldigen in Ruhe ließ und einen Schuldigen fand. Er mußte Pinelli einbläuen, was er hören wollte, bis Pinelli es mit den Zähnen wieder ausspuckte, damit er zum Nachspülen endlich einmal ungesalztes Wasser bekam. Die angekündigte Pressekonferenz mußte seit Stunden verschoben werden. Alles was fehlte, war ein Protokoll mit Pinellis Unterschrift.

Calabresi packte die Haare des müden Anarchisten und riß seinen Kopf nach hinten. Dann stellte er die Lampe neu ein. Entweder Pinelli unterschrieb ein Geständnis, daß er selber an den Attentaten führend beteiligt gewesen sei oder Calabresi mußte den anderen Weg nehmen, Pinelli zum Reden zu bringen: Indem er ihn für immer zum Schweigen brachte. Das war überhaupt das Beste. Wenn Pinelli tot war, konnte Calabresi seine gute Meinung über ihn offen äußern. „Spring aus dem Fenster, Pinelli, spring. Du bist todmüde, Pinelli, Du willst raus hier, Du steckst tief in der Nervenkrise, Du bist doch erledigt Pinelli. Warum springst Du nicht?!“

Pinelli begriff die Gefahr nicht. Er hatte nur einen Gedanken: Reden ist tödlich. Solange er lebte, konnte er sein Geständnis widerrufen. Ein lebender Pinelli konnte jeden Prozeß zum Platzen bringen. Deshalb mußte er sterben, sobald er ein Geständnis abgelegt hatte. Er würde nicht der erste sein, der in einem Gefängnis zum Schweigen gebracht wurde. Er würde bei einem Fluchtversuch erschossen werden oder die Wassersuppe war vergiftet. Dann war nichts mehr zu widerrufen. Als Toter war Pinelli schuldig. Dann gab es nur noch das Geständnis mit seiner Unterschrift.

Calabresi ahnte nicht, was in Pinelli vorging. Er war ärgerlich. Er holte aus. Pinellis Kopf flog wieder nach hinten. Es war eine der wenigen Befriedigungen, die dieser Beruf bot. Ein mieser Beruf: Unschuldige schuldig zu machen, um Schuldige unschuldig zu machen.

Seit der Spaltung der sozialistischen Einheitspartei im Juli 1969 waren mindestens 145 Bomben explodiert. Die Attentäter hatten politische Motive. Es galt

neue politische Schwergewichte zu bilden. An keinem der Sprengstoffanschläge waren Anarchisten beteiligt. Die Attentäter waren ehrbare Demokraten. Ihre Handlanger, die die Bomben anfertigten und legten, waren alte und neue Faschisten. Einige von ihnen waren Polizeispitzel. Sie wurden in die Anarchistenzirkel eingeschleust. Ihre Arbeit war schwierig. Nach außen hin mußten sie als Anarchisten wirken. Sie mußten die Polizei über alles unterrichten.

Nach innen versuchten sie, ihren Zirkel zu kriminellen Handlungen zu veranlassen. Wenn es mißlang, mußten sie selber kriminell werden.

Calabresi hatte die Aufgabe, sie dabei zu unterstützen. Er verfluchte seine Arbeit. Ständig zu lügen. Über jedes Attentat vorher Bescheid zu wissen, ohne es verhindern zu können, weil ein verhindertes Attentat seinen Zweck nur halb erfüllte.

Die Hintermänner saßen ganz oben. Calabresi machte den Dreck. Aber er stand zu seiner Arbeit, weil er ihren Sinn begriff und sie für richtig hielt. Die Bürgerschaft mußte einsehen, daß es so nicht weiterging. Sie mußte lernen, daß die Arbeiterbewegung zu stark geworden war und zu frech. Die besten Argumente dafür waren Tote. Die Bürgerschaft mußte das Gefühl haben, daß Teile der Arbeiterbewegung zum Gegenangriff auf die Gesetze und Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft übergegangen waren. Daß der Staat wankte. Daß man die Freiheit einschränken mußte, um sie zu verteidigen. Daß man sie notfalls so lange verteidigen mußte, bis nichts mehr von ihr übrig blieb. Daß ein rascher Wechsel erforderlich war, der einen starken Präsidenten an die Macht brachte.

Das Attentat auf die Bank für Landwirtschaft war der Höhepunkt dieser Entwicklung. Calabresi hatte die ehrenvolle Aufgabe, den Beweis für die Existenz einer anarchistischen Verschwörung zu liefern, die den Anlaß bot, die Arbeiterbewegung zu liquidieren.

Aber dieser verfluchte Pinelli schlief andauernd ein. Wenn man ihn ohrfeigte wimmerte er nur noch. Er war halb ohnmächtig und schwieg. Calabresi kochte. Seine Karriere stand auf dem Spiel. Er mußte Pinelli zum Reden bringen. Wieder hob er den Arm und blickte voller Verachtung unter sich, wo Pinelli saß.

Pinelli spürte einen harten Schlag und einen Schmerz, als werde er in zwei Teile geschnitten. Seine Glieder, über die er zuvor keine Kraft gehabt hatte, weil er so müde und zerschlagen war, zuckten heftig. Dann hatte er das Gefühl, als hingen Arme und Beine nicht mehr mit ihm zusammen. Sie schmerzten nicht mehr. Sie waren nicht mehr da. Sein ganzer Körper war, von den Schultern abwärts, spurlos verschwunden. Einen Moment lang war Pinelli hellwach. Er registrierte alles was mit seinem Körper und seinen Gliedmaßen vorging. Dann geriet er in tiefe Nacht. Aber um ihn herum wurde es lebendig. Es war wie ein Traum, dem er nicht ausweichen konnte. Er träumte, Calabresi habe ihn mit der Handkante erschlagen.

Calabresi erschrak. Der Schlag war lediglich als kleine Aufmunterung gedacht gewesen, damit seine schlechte Laune sich etwas besserte. Dieser Pinelli trieb es

zu arg. Er zuckte am ganzen Körper, dann schlaffte er völlig ab und hing da, wie ein nasser Sack.

Pinelli sah, wie Calabresi seine Augenlider hob und ihm tief in die Pupille sah. Sie war starr und reagierte nicht. Pinelli träumte, er sei tot und alles, was geschah, geschehe wirklich. Er sah Calabresi nervös hin und her gehen.

Calabresi überlegte. Dann griff er zum Telephonhörer und rief die Vermittlung an. Er bat, einen Krankenwagen kommen zu lassen. Pinelli war nicht mehr zu helfen. Jetzt konnte Calabresi den wartenden Reportern mitteilen, was Pinelli ihm in den letzten Stunden seines Lebens erzählt hatte. Aber war es glaubwürdig? Wenn sich herausstellte, daß Calabresi ihn mit einem Handkantenschlag umgebracht hatte? Ließ sich das nicht vertuschen? Und wenn Pinelli gar nicht tot war? Calabresi bezweifelte, ob es klug gewesen war, den Krankenwagen rufen zu lassen. Er mußte gleich jemand in die Telephonzentrale schicken und den Zeitpunkt seines Anrufes korrigieren lassen. Er durfte erst einige Minuten später angerufen haben.

Später vergaß er es wieder.

Was glaubten die Leute? Auf welche Schlagzeile würden die bürgerlichen Zeitungen sich gierig stürzen? „Mailand: Verdächtigter Anarchist begeht Selbstmord, indem er sich aus dem Fenster des Polizeipräsidiums stürzt!“

Das war glaubwürdig und es befreite Pinelli von dem schrecklichen Schicksal, den Rest seines Lebens als halbgelähmter Krüppel zu verbringen.

Calabresi gab den Polizeibeamten ein Zeichen und öffnete das Fenster. Gemeinsam wucherten sie den schweren Mann über die Fensterbank.

Pinelli träumte erschrocken, er falle vier Stockwerke tief und bleibe ohnmächtig liegen. Er hörte Schritte und spürte eine Person, die sich über ihn beugte. Er stöhnte. Dann schwanden ihm abermals die Sinne. Von Ferne hörte er die Sirene des Krankenwagens.

Die Pressekonferenz konnte anfangen. Pinelli war überführt. Seine Verteidigungsposition war unhaltbar geworden. Sein Alibi war nicht bestätigt worden. Zeugen hatten ihn schwer belastet. Namen und Einzelheiten konnten nicht bekanntgegeben werden, um die weiteren Ermittlungen nicht zu beeinträchtigen. Als Pinelli einsehen mußte, daß weiteres Leugnen zwecklos war, hatte er sich verzweifelt aus dem Fenster gestürzt. Lieber tot, als ein Geständnis abzulegen. Durch seinen Selbstmord beschuldigte er sich selber jener Verbrechen, derer er bereits hinreichend verdächtig war. Es war der letzte Beweis, der noch gefehlt hatte, wenn man sich vor Augen hielt, wer Pinelli gewesen war. Einer der Führer der etwa zweitausend Mailänder Anarchisten.

Mit dieser Wendung hatte Pinelli nicht gerechnet. Er hatte gedacht, er werde davon kommen, wenn er nur schwieg. Er hatte nicht erwartet, daß sein Tod sich als Schuldbekennnis auslegen ließ. Einem Mann wie Pinelli nutzte seine Unschuld gar nichts.

Im Gesicht des Polizeipräsidenten, der die Presseerklärung abgab, standen

schmerzliche Falten. Die Questur hätte es lieber gesehen, wenn Pinelli in der Lage gewesen wäre, sein folgenschweres Geständnis selber abzulegen. Es bedeutete das Ende der anarchistischen Bewegung. Pinelli hatte es selber eingesehen. Pinellis letzte Worte waren: „Das ist das Ende der Anarchie.“

Calabresi wollte es selber gehört haben.

Wir müssen hinzufügen, daß Calabresis Rechnung nicht völlig aufging.

Sein Vorgehen erfüllte seinen Zweck insofern, als man Pinelli monatelang für einen der Hauptschuldigen hielt und deshalb nicht nach den tatsächlichen Tätern zu suchen brauchte. Calabresi und die anderen fünf Polizeibeamten, die bei dem Unfalltod Pinellis zugegen gewesen waren, wurden deshalb allesamt befördert. Was Pinelli selber betraf, so erwies er sich hingegen über seinen Tod hinaus als störrisch. Der Journalist Aldo Palumbo, der zuerst zu Pinelli geeilt war, hatte auf die Uhr geschaut. Es war Null Uhr drei, als Pinelli aus dem Fenster fiel. Die Telefonzentrale hatte den Krankenwagen auf Anweisung Calabresis dagegen schon um 23 Uhr 57 alarmiert.

Um die Umstände von Pinellis Todessprung noch etwas zu illustrieren, hatte der Brigadier Panessa erklärt, er habe versucht, Pinelli zurückzuhalten. Pinelli habe sich aber losgestrampelt und aus dem Fenster gestürzt. Dem Brigadier habe er nur einen Schuh zurückgelassen. Als Pinelli im Krankenhaus entkleidet wurde, trug er indessen wieder beide Schuhe. Er mußte sich deshalb Vorwürfe gefallen lassen.

Es wurde auch moniert, daß die politische Polizei die Bombe aus der Bank für Handel, die nicht explodiert war, gesprengt hatte, statt sie gründlich zu untersuchen und Hinweise auf die Person der Hersteller zu sichern.

Es fiel auf, daß Pinelli nicht aus der Nase und den Ohren geblutet hatte, wie das bei Stürzen aus großer Höhe geschieht und daß seine Arme und Beine unverletzt waren, obwohl auch Selbstmörder ihre Gliedmaßen unwillkürlich schützend vorstrecken, wenn sie aus dem Fenster springen.

Man fand dagegen eine tödliche Verletzung im Nacken Pinellis, die nicht von seinem Sturz herrührte.

Man wunderte sich, daß der Körper des Anarchisten gegen zwei Vorsprünge in der Mauer des Hauses am zweiten und dritten Stockwerk gestoßen war, so als habe man ihn eng an der Wand herabgleiten lassen. Warum hatte Pinelli im Sprung keine Kurve beschrieben?

Man fragte auch warum es sechs Polizeibeamten nicht gelungen war, einen Mann daran zu hindern, aus dem halb- oder gar nicht geöffneten Fenster des kleinen Zimmerchens zu springen. Aber das alles wurde erst Monate später bekannt.

Da kritisierte man Schreie und das Geräusch umfallender Stühle, die kurz vor Pinellis Tod aus dem Zimmer Calabresis zu hören gewesen waren.

Unbekannte Täter verübten einen Einbruch in der Wohnung von Aldo Palumbo. Er hatte kurz nach dem Fenstersturz die etwas leichtsinnige Bemerkung gemacht, er habe den Eindruck gehabt, als versuchten die Polizisten aus dem vierten Stock

einen großen Karton herabzuwerfen. Seine Wohnung wurde lediglich verwüstet und diese Maßnahme dient üblicherweise dazu, jemanden einzuschüchtern. Man suchte auch jahrelang Pinellis Kleidungsstücke, um etwaige Beschädigungen festzustellen. Aber sie waren verschwunden.

Schließlich wurde öffentlich erklärt, gegen Pinelli habe keinerlei Verdacht bestanden und sein Alibi sei niemals bestritten worden. Der Generalstaatsanwalt Bianchi d'Espinosa strengte gegen den Leiter der politischen Polizei, Antonino Allegra, ein Verfahren wegen widerrechtlicher Festnahme Pinellis und gegen Calabresi wegen fahrlässiger Tötung an. Als man ihm vorwarf, Pinelli getötet zu haben, erinnerte sich Calabresi, daß der Anarchist bereits in den frühen Abendstunden Selbstmordabsichten geäußert habe. Nun mußte er sich vorwerfen lassen, einen potentiellen Selbstmörder nicht besser bewacht zu haben. Es war zum Kotzen. Calabresi und die anderen beteiligten Polizisten waren dadurch gezwungen, sich daran zu erinnern, daß Pinelli ruhig und bei bester Laune gewesen war und daß man sich sogar kleine Witze erzählt hatte.

Das verschlimmerte jedoch nur ihre Lage. Denn nun beschuldigte der Untersuchungsrichter Gerardo d'Ambrosio Calabresi und die anderen fünf Beamten, Pinelli vorsätzlich getötet zu haben und warf ihnen Freiheitsberaubung und Amtsmissbrauch vor. Der Generalstaatsanwalt hatte die Anzeige der Witwe Pinellis niedergeschlagen. Der Untersuchungsrichter ging soweit, sogar Pinelli wieder auszugraben.

Aber so viele Umstände Pinelli auch verursachte, zu offensichtlich war, daß der listige Anarchist der Polizei lediglich eine hinterlistige Falle gestellt hatte, in die der arme Calabresi blind hineingetappt war. Als Anarchist hatte Pinelli stets mit seinem Tod rechnen müssen; es war ein Betriebsunfall.

Vom Standpunkt der Polizei und der öffentlichen Gewalt aus betrachtet, war hingegen Calabresi ein Mißgeschick passiert, wie es jedem pflichtbewußten Polizisten einmal widerfahren kann.

Peter Nestler Dürfen sie wiederkommen?

Zu dem hier abgedruckten Text schreibt uns Peter Nestler:

„Es handelt sich um einen Film, den ich (als Produzent des 2. Kanals des Schwedischen Fernsehens, zusammen mit meiner Frau Zsófia im Sommer dieses Jahres in West-Deutschland gedreht hatte. Zwei Tage vor der Sendung wurde dieser Film gestoppt (sie war am 10. 10. 71 geplant). Da dies ein dritter von ähnlichen Fällen war, war das der Anlaß zu heftigen internen Auseinandersetzungen, die auch schließlich nach außen drangen. Man bezeichnete den Film als nicht TV-mäßig, weil er Analysen liefere statt „fesselnde Bilder“, des weiteren hätten die sprechenden Personen (Abendroth, Kühnl, Behrisch, Schofs) keine Ausstrahlung und „alle griffen die SPD an“, die Schulbuchzitate seien nicht typisch für heutige westdeutsche Schulbücher ... etc.

Aftonbladet ließ durchblicken, daß es sich um ein in letzter Minute gestopptes gesellschaftskritisches Programm über den Neonazismus in der BRD handele, das auch kritisch gegenüber der Sozialdemokratie sei.“

Wir veröffentlichen die fürs schwedische Fernsehen „anstößigen“ Statements.
Redaktion kürbiskern

Sprecher:

Als der Faschismus in Deutschland die Macht bekam, bedeutete das Krieg; das bedeutete Tod für 52 Millionen Menschen.

Der größere Teil der deutschen Kriegsmacht wurde gegen die Sowjetunion eingesetzt.

Die deutschen Faschisten ermordeten 8 Millionen Menschen in Zuchthäusern, Konzentrationslagern, Vernichtungslagern.

Bei der Potsdamer Konferenz wurde vereinbart, daß der deutsche Militarismus für immer ausgerottet werden solle, so daß Deutschland nie wieder seine Nachbarn und den Weltfrieden bedrohen könne.

Heute gibt es bewaffnete Terrorgruppen in Westdeutschland. Die führen Bombenanschläge aus und Überfälle. Es gibt eine legale faschistische Partei und die Sammelbewegung „Aktion Widerstand“ fordert offen den Tod von Brandt und Scheel.

In westdeutschen Schulbüchern steht:

„Die deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung sind auch heute — rechtlich gesehen — ein Teil des Deutschen Reiches.“

„Im Südosten Schlesiens liegt das zweitgrößte Industriegebiet Deutschlands.“

„Alle Anstrengungen der BRD, den Kommunismus von sich fernzuhalten, müs-

Peter Nestler: Dürfen sie wiederkommen?

sen vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, das gleiche Ziel in der ganzen Welt zu erreichen.“ (danach Titel „Die Bücher von heute sind die Taten von morgen.“ Heinrich Mann)

Brigitta Wolf:

Was gibt es im deutschen Strafvollzug noch an nationalsozialistischer und autoritärer Denkweise, was unpopuläre Minderheiten betrifft?

... In der Arrestzelle, die meistens im Kellergeschoß liegt und mit einem Gitter abgeteilt ist, gibt es eine Holzpritsche mit blanken Brettern. Kein Kissen, keine Matratze. Während der Hungertage bekommt der Gefangene nur 700 Gramm Brot am Tage und schalen Surrogatkaffee. Er muß auf dem harten Bett liegen, wodurch sich sein Nervenzustand verschlechtert. Er kann nachts nicht schlafen, der Haß verdichtet sich, er wird aggressiv vor Hunger und Verbitterung. Jeden dritten Tag kriegt er eine Matratze rein, die oft fleckig ist von Sperma und Urin. An diesem Tag bekommt er Normalkost, aber am nächsten Tag kommt die Matratze wieder raus und er muß wieder auf blanken Brettern liegen. Das wiederholt man raffiniert, dosiert — damit der Gefangene nicht vor Hunger stirbt. Und das Fürchterliche ist, daß man auch in der neuen Dienstordnung, die jetzt am 1. Mai 1971 herausgekommen ist, diese barbarische Strafe, die eigentlich an mittelalterliche Gefängnislöcher erinnert, noch nicht abgeschafft hat. Im Gegenteil: in diesem Buch steht, daß nicht nur gesunde Gefangene auf diese Weise behandelt werden können, sondern — wenn die Anstaltsleitung sich ein Alibi durch die Zustimmung des Anstaltsarztes beschafft, so dürfen auch kranke Gefangene, psychisch abnorme Gefangene, schwangere Frauen, Frauen, die noch ihre Kinder säugen, in diese Zellen gelegt werden und auf diese Weise behandelt werden.

Der gegenwärtige Zustand ist gesetzlos. Man entschuldigt sich mit etwas, was man das „Gewohnheitsrecht des besonderen Gewaltverhältnisses“ nennt. Man kann das vielleicht so übersetzen: wenn eine Anordnung in einem staatlichen Machtsystem zur Gewohnheit geworden ist, dann soll sie nicht mehr in Frage gestellt werden.

Prof. Reinhard Kühnl:

Das Problem liegt nun so, daß in Deutschland nicht nur diese allgemeinen Bedingungen gegeben waren, sondern noch eine Reihe spezifischer Bedingungen dazu kommen, die bewirkt haben, daß in Deutschland diese faschistischen Tendenzen stärker — wesentlich stärker, als in anderen kapitalistischen Ländern waren. Die erste dieser besonderen Bedingungen sehe ich darin, daß in Deutschland im 19. Jahrhundert die bürgerliche Revolution gescheitert war, d. h. der Versuch, den alten Feudalstaat und die Monarchie durch eine parlamentarische Demokratie zu ersetzen; daß also hier in diesem Lande, in Deutschland, der autoritäre Obrigkeitsstaat erhalten blieb und daß dieser Obrigkeitsstaat auch die Mentali-

täten der Bevölkerung in besonderem Maße autoritär beeinflusst hat. Hier in Deutschland blieb die Tugendskala... auch für das Bürgertum herrschende Tugendskala, also Zucht und Disziplin, Gehorsam und soldatische Tapferkeit galten als die höchsten Tugenden. Dieser Mangel an liberaldemokratischen Traditionen hat also dazu geführt, daß die faschistischen, autoritären Mentalitäten hier besonders stark waren. Und daß der Faschismus an diesen autoritären Traditionen in seiner Ideologie und in seiner Agitation anknüpfen konnte. Es kam hinzu, daß der Aufstieg Deutschlands zur Industriemacht später erfolgte, als der etwa in England oder in Frankreich — das hängt mit der langen politischen Zersplitterung Deutschlands zusammen, und hängt damit zusammen, daß es erst relativ spät gelang, die nationale Einheit herzustellen. Die Folge jedenfalls dieses verspäteten Kapitalismus war, daß in dem Augenblick als auch der deutsche Kapitalismus die Tendenz entwickelte — wie damals alle imperialistischen Staaten — über seine Grenzen hinauszugreifen und etwa Kolonialgebiete zu erobern, daß in diesem Augenblick die Welt bereits verteilt war. England und Frankreich hatten ihre Kolonialreiche bereits errichtet. Da aber dieses Deutschland eine mächtige Wirtschaftskraft entwickelte, unternahm es natürlich den Versuch, zu einer Neuaufteilung der Welt zu gelangen. Ein Versuch, der im Ersten Weltkrieg mündet. Aber: Deutschland wird zwar 1918 geschlagen, aber seine Wirtschaftskraft wird doch nicht soweit vernichtet, daß sie sich nicht hätte erneut konsolidieren können. Und so kam es also dazu, daß nach einer Konsolidierungsphase der deutsche Imperialismus einen zweiten Versuch gemacht hat, die Welt nach seinen Gesichtspunkten und seinen Interessen neu zu verteilen. So kam es also gerade in dem Augenblick, als dann noch eine ökonomische Krise dazu kam, die das kapitalistische System insgesamt erschütterte, so kam es also dann zu diesem Bündnis zwischen der ökonomisch herrschenden Klasse und der faschistischen Massenbewegung, die aufgrund der Arbeitslosigkeit und der Massenkrisenangst entstanden war, zu einem Bündnis, das zur Errichtung des faschistischen Systems führte, und dessen Inhalt und Zweck darin bestand, die Demokratie zu vernichten, die Arbeiterbewegung — den Feind des Kapitals — zu zerschlagen, einen starken diktatorisch geführten Staat aufzubauen und mit Hilfe dieses starken Staates das imperialistische Programm doch noch in die Wirklichkeit umzusetzen. Nach 1945, nachdem der Faschismus militärisch total geschlagen war, dominieren zunächst sozialistische Tendenzen, die darauf zielen, die Grundlagen des Faschismus zu beseitigen und eine radikaldemokratische und sozialistische Demokratie zu errichten, aber infolge der amerikanischen Intervention gelingt es nach 1948/49, die alte Gesellschaftsordnung, die den Faschismus einst hervorgebracht hatte, wieder herzustellen; es gelingt weiterhin, die Führungsgruppen, die das Dritte Reich getragen hatten, wieder in ihre Machtpositionen einzusetzen — etwa in die Verwaltung, in die Justiz, auch im Erziehungswesen, in der Presse, in der Wirtschaft, im Militär, im Geheimdienst, in der Ministerialbürokratie. Und es gelingt weiterhin — auch vermittelt durch diese Führungsgruppen, die Men-

talität der Bevölkerung in starkem Maße an die früher dominierenden, autoritären Denk- und Verhaltensformen zu binden, und diese autoritären Traditionen wieder nutzbar zu machen für ein neues politisches Herrschaftssystem. Die CDU/CSU hat ihre Agitation von Anfang an auf diese autoritären Traditionen abgestellt. Es kommt hinzu, daß mächtige Pressekonzerne — vor allen Dingen der Springerkonzern — diese autoritären Denk- und Verhaltensformen tagtäglich ansprechen und fördern; und es kommt eben ferner hinzu, daß die Lebensbedingungen der breiten Massen in einem wesentlichen Ausmaß nach wie vor von autoritären Strukturen bestimmt werden, sei es im Betrieb, sei es in der Verwaltung, sei es im Militär. So kann man also generell sagen, daß die grundsätzlichen Grundlagen des Faschismus nach wie vor vorhanden sind, so daß also auch weiterhin mit dem Entstehen und dem Aufstieg und den Chancen faschistischer Tendenzen zu rechnen ist, obwohl man andererseits betonen muß, daß gerade in den letzten Jahren die prinzipiell antifaschistischen Kräfte, d. h. die radikaldemokratischen und sozialistischen Kräfte bedeutend angewachsen sind.

Fontana:

Es ist so viel über den Rassismus gesprochen worden, der in Amerika besteht und sich dauernd zeigt, und wir haben uns immer wieder darüber verwundert, auf welche Weise man die Neger in Amerika behandelt. Leider gibt es auch hier, vor unseren Augen, einzelne derartige Vorfälle, recht häufig übrigens im Gebiet von Remscheid und Umgebung. Ich wiederhole: es handelt sich um häufige Fälle von Rassismus. Diese finden sich vor allem bei den Arbeitgebern, die noch verwurzelt sind in den Ideen, die sich während einer langen Periode vor dem Krieg verbreitet hatten... heute, zirka 30 Jahre nach dem letzten Krieg, gibt es diese Vorfälle immer noch. Man braucht nur die Krisenperiode von 1965/67 zu nennen, eine Periode, in der der größte Teil der Entlassenen Ausländer waren. Das deutet darauf hin, daß noch heute diese Fälle von Rassismus vorkommen.

Einen Fall von Rassismus hatten wir hier in einem Unternehmen in der Nähe, dem Dowidat-Werk. In diesem Unternehmen sind Arbeiter verschiedener Nationalitäten beschäftigt, und man hat in gewisser Weise immer die Deutschen bevorzugt, und war immer ein wenig gegen die Ausländer eingestellt. Besonders eine Person in diesem Unternehmen, es handelt sich um einen Deutschen, hat etwas getan, was im Gegensatz steht zu zivilisiertem Leben und zu den Ideen der Brüderlichkeit, der Gemeinschaft. Diese Person hat sich erlaubt, öffentlich zu sagen, die Italiener glichen sehr den Tieren und daß sie sich von den Tieren nur dadurch unterschieden, daß sie einen schlechten Charakter hätten und mit erhobenem Kopf gingen, sowie auf zwei Beinen. So etwas ist wirklich erschütternd, wenn man daran denkt, daß wir alle Menschen sind, daß wir alle von einer Familie kommen.

Wir lassen unsere Familien in Italien, wir lassen unsere Kinder dort, um hierher zu kommen, um zu arbeiten und um uns das zu verschaffen was uns unser eige-

nes Land nicht geben kann. Und dann werden wir auf diese Weise behandelt. Solche Vorfälle dürften nicht sein.

Arno Behrlich (ehemals leitender Sozialdemokrat, bekämpfte den Nazismus auch als Emigrant in Schweden): Vielleicht sollte ich einige Worte über das alte Schweden sagen. Das können nur Dankesworte sein: daß ich mich in Schweden aufhalten durfte, als in Europa von Norwegen bis Griechenland die Lichter gelöscht wurden, als die Nazis und das Stiefelvolk in Europa herumtrampelten. Ich habe dem Gewerkschaftsverband zu danken und besonders Emil Malmberg von der Typografengewerkschaft und der AB Arbetarnas Tryckeri, wo ich Arbeit bekam. Ich habe Evert Kumm und Tage Erlander zu danken, ich habe Alva und Gunnar Myrdal zu danken und ABF (Arbeiterbildungsvereinigung). Dankbar bin ich Torgny Segerstedt und Viktor Vinde. Aber meine Hochschule in Schweden war das Gefängnis Kronohäktet in Falun. Aber ich danke den Schweden auch dafür. Ich meine, wir hatten einen echten Interessenkonflikt. Ich habe viel in Schweden gelernt, aber ich meine, das schwedische Modell taugt nicht für Deutschland. Wir, die deutschen Emigranten in Schweden, dachten viel an die Nachkriegszeit, und so schrieben wir im Juli 1944 eine Broschüre mit dem Titel „Über die Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“. In dieser Broschüre arbeitete viel Willy Brandt und ich werde einige Stellen aus der Broschüre zitieren. Willy Brandt schrieb: „Auf der Tagesordnung steht ja nicht allein die Entfernung einer politischen Spitze, sondern auch die Überwindung des gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftslebens umspannenden nazistischen Systems. Die Ausrottung nicht nur einer Führergarnitur, sondern auch der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Faschismus. Positiv ausgedrückt steht die Aufgabe einer grundlegenden demokratischen Neugestaltung von Staat und Gesellschaft.“ Und so sprach Willy Brandt in Stockholm von „Ausrottung des Nazismus bis auf seine Wurzeln“. Und er sagte, „die Aufgabenstellung sei die totale Überwindung des Nazismus und seiner Helfer und Helfershelfer, also die Ausschaltung nicht nur der offenen, sondern auch der getarnten Nazis.“ Was in dieser Broschüre geschrieben stand, entsprach der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in Deutschland. Es entsprach dem Potsdamer Vertrag, nämlich „daß Nazismus und Militarismus mit den Wurzeln ausgerottet werden sollten“, daß grundlegende Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, besonders in der Wirtschaft durchgeführt werden sollten und daß die Macht der Monopole für immer in Deutschland vernichtet werden sollte. Die Broschüre entsprach den Programmen aller Parteien nach 1945. Die Kommunisten forderten nach 1945 „Demokratie in Deutschland“, die Sozialdemokratie forderte „Sozialismus für Deutschland“ und die CDU/CSU verwarf den Kapitalismus. Die CDU erklärte, daß das kapitalistische System den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei. Aber das Unglück in Deutschland nach 1945 begann mit dem Auseinanderbrechen der Kriegsallianz zwischen Amerika und der Sowjetunion. Schon in

Nürnberg kamen die Übelsten frei, nämlich Schacht und von Papen. Hitlers Kumpane aus der Wirtschaft, die Wehrwirtschaftsführer, wurden formal verurteilt, bekamen aber rasch wieder die Freiheit und die Macht zurück. Es ging, wie Theodor Plivier nach 1918 schrieb: „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“ Man kann sagen: „Der Führer ging, seine Wehrwirtschaftsführer, seine Generale, seine Nazigrößen blieben.“ Thomas Mann hat in seinen Briefen aus Amerika die Befürchtung geäußert, daß die USA einen Bund schließen würden mit allen Ganz- und Halbfaschisten in ganz Europa, wenn die nur Antikommunisten wären. Die USA, so sagte Thomas Mann, würden nicht versuchen, die Welt zu erobern, die USA würden die Welt ganz einfach kaufen. Und jetzt begann in Deutschland die Ära der gebrochenen Versprechen. Unter der Anleitung der USA begann die Renazifizierung, die Restauration, die Remilitarisierung. Und statt dem Antisemitismus wurde der Antikommunismus zur Richtschnur gemacht — obwohl Antikommunismus und Antisemitismus Zwillingbrüder sind. Adenauer selbst begann, seine Versprechen, die er dem deutschen Volk gegeben hatte, zu brechen, nämlich „daß es nie mehr deutsche Soldaten und deutsche Uniformen geben solle“. Adenauer begann, um sich herum Hitlers übelste Figuren zu versammeln, zum Beispiel Globke. Er sammelte Hitlers Generale, Hitlers Wehrwirtschaftsführer und Hitlers Propagandisten, wie zum Beispiel Kiesinger. Und alles geschah im Zeichen des Antikommunismus. Potsdam wurde zur Makulatur. Die Aufrüstungspolitik, die Blockpolitik führten zur deutschen Teilung. Das Wettrüsten begann und alle Hoffnungen und alle Ansätze zu einem demokratischen Deutschland wurden zerstört. Immer größer wurde die Kluft zwischen den Worten des Grundgesetzes und der Wirklichkeit in Deutschland. Auf dem Papier — so kann man sagen — ist alles in Ordnung. Aber die Realität ist überall ganz anders. Anfangs widersetzte sich die deutsche Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher dieser Politik. Aber Schumacher war leider ein Illusionist. Er sprach von „Sozialismus für Deutschland“ und er versäumte, die Voraussetzung für Demokratie in Deutschland zu schaffen. Unterdessen kauften die Amerikaner Deutschland und die Deutschen. Sie kauften sie mit Geld, sie kauften sie mit Machtpositionen, sie kauften sie mit Titeln und Orden und Pfründen. Und fast alle, alle Deutschen kamen. Auch die Sozialdemokraten. So muß man sich heute an Heinrich Heine erinnern: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“

Wir folgten Amerika durch dick und dünn, durch Nässe und Trockenheit, durch Kummer und Freude. Wir folgten Amerika in die Sümpfe Vietnams, wir sammeln Amerikas Dollarmakulaturen in den Tresoren der Bundesbank, wir importieren die Inflation Amerikas, wir kaufen Amerikas Rüstungsschrott. Wir investierten bis jetzt 300 Milliarden Mark ins Wettrüsten. Und jetzt sind wir wie Amerika eine ausgelaugte Gesellschaft. In der Bundesrepublik fehlen zum Beispiel 70 000 Lehrer. Man kann sagen: die Politik der CDU/CSU ist bankrott. Wenn wir mithalten wollten im Wettlauf zum Jahr 2000, dann mußte die CDU/

CSU zur Seite gestoßen werden in der deutschen Politik. Und so bekamen wir vor zwei Jahren einen Regierungswechsel, aber wir bekamen keinen Machtwechsel. Willy Brandt, der neue Bundeskanzler, wollte die Sachen besser machen als die CDU/CSU, aber er wollte sie nicht anders machen. Er wollte der Kanzler der inneren Reformen werden, aber er hat nicht den Mut, die Kriegskasse anzurühren. Er hat nicht den Mut, diese Pestbeule aufzustechen, die das Wettrüsten ist. Ich möchte sagen, mein Freund Willy Brandt ist ein waschechter deutscher Sozialdemokrat. Er ist ein typischer Mann der Halbheiten. Er fällt zum Beispiel in Warschau auf die Knie, aber gleichzeitig schickt er einen Kranz nach Friedrichsruh, wo der große Polenhasser Bismarck ruht. Willy Brandt finanziert mit Steuermitteln die Revanchistenorganisationen in der Bundesrepublik, dieselben Organisationen, die schreien: „Brandt an die Wand!“

Brandt beginnt eine neue Ostpolitik und sucht gleichzeitig Einverständnis bei der CDU/CSU, trotzdem die ... Kontinuität von den Alldeutschen über die Völkischen, die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten zur CDU/CSU offenbar ist. Jetzt rächen sich die alten sozialdemokratischen Sünden. Beim SPD-Parteitag in Karlsruhe 1964 saß man unter einer großen Karte mit den Grenzen des Reiches von 1937 und da stand in Riesenbuchstaben „Erbe und Auftrag“. Ist es merkwürdig, wenn die Landsmannschaften Willy Brandt jetzt einen Verräter nennen? Die SPD hat seinerzeit den üblen Nazi Kiesinger auf den Kanzlerstuhl gehoben, die SPD hatte Strauß geholfen, nach seiner Niederlage in der Spiegelaffäre wieder ministrabel zu werden. Wenn man Willy Brandt neben Kiesinger sitzen sieht, Herbert Wehner neben Strauß, da denkt man an Karl Sinoilsky: „Jetzt lehnen ihre Köpfe aneinander, die gegenseitig sich ins Höllenfeuer wünschten.“

NPD, Landsmannschaften, Revanchisten, Aktion Widerstand, dies alles ist nur die Spitze des Eisberges in Deutschlands neonazistischer Bewegung. Die große Gefahr für die deutsche Demokratie ist die CDU/CSU. Die große Gefahr sitzt in den sogenannten staatstragenden Parteien.

Prof. Walter Abendroth:

Im engeren Sinne faschistische Bewegungen haben sich in der Bundesrepublik immer wieder dann ergeben, wenn ökonomische Rezessions- oder Krisensituationen eingetreten sind. In der Aufbauperiode der Bundesrepublik ist die Sozialistische Reichspartei zunächst ungeheuer stark gewachsen, um dann — auf dem Höhepunkt der Konjunkturperiode ins Nichts — formell — abzusinken. Ins Nichts, was ihren Masseneinfluß betrifft; ins Nichts keineswegs, was ihre Kaderbildung und die Vermittlung zu neuen faschistischen Wellen anbetrifft. Das zeigte sich sofort, als die Rezessionsperiode 1966/67 sich ankündigte.

Damals stieg die NPD als neue Sammelpartei faschistischer Kleinbürger und kleiner Industrieller rasch auf, um dann abermals, sobald die neue Konjunktur die Rezession überholte, formaliter — das heißt im Masseneinfluß — zurückzu-

gehen. Aber, wie damals bei der Sozialistischen Reichspartei, so blieb jetzt bei der NPD ein Kader — und nunmehr ein erweitertes Kader — zurück, das sich z. B. in der Aktion Widerstand und in zahllosen ähnlichen Gruppierungen mit quasi terroristischen Formen bis zur nächsten Rezession hinüberrettete.

Dabei ist diese Kontinuität im engeren Sinne unmittelbar faschistischer Bewegungen dadurch vermittelt, daß in Staatsapparat und Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland die Garantie dafür geboten ist, daß im Ernstfalle profaschistische, autoritäre Machtgruppen ihre Macht nicht nur erhalten, sondern im Aufstieg der Bundesrepublik ausgebaut haben. Machtgruppen, zunächst einmal in der Sozio-Ökonomie. Bekanntlich ist in der Bundesrepublik Deutschland der Konzentrationsgrad des industriellen und des Bankkapitals ständig gestiegen, und die Managerführungen dieser Konzentrationsgruppen leben in unmittelbarer Kontinuität zu den gleichen Gruppen, die beim Übergang von der autoritären Diktatur Hindenburgs zum Dritten Reich den Sieg des Faschismus vermittelt haben und die im Dritten Reich die wirtschaftliche Führung des Reiches gestellt haben. In der staatlichen Bürokratie ist die Lage keineswegs anders: bei der Restauration der Bundesrepublik und der Gründung der Bundesrepublik wurden die bürokratischen Kader des alten Dritten Reiches nunmehr in die neuen bürokratischen Kader der Bundesrepublik und ihrer Länder unmittelbar eingebaut. Das gilt übrigens auch für den Bildungsapparat der Bundesrepublik Deutschland, nicht zuletzt für die Universitäten. Diese Tendenz wurde verstärkt, als die Bundesrepublik remilitarisiert wurde, weil selbstverständlich diese Remilitarisierung nur in unmittelbarer Anknüpfung an die Kader der Armeen des Dritten Reiches möglich war. Diese Führungsgruppierungen der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland werden natürlicherweise in wirtschaftlichen Aufschwungsperioden sich mit der Beherrschung der Bundesrepublik in normalen, formaliter weitgehend rechtsstaatlichen und parlamentarischen Formen zufrieden geben. Wird jedoch in einer Krise dies Gleichgewicht gestört, so werden sie in der gleichen Weise zu neuen Herrschaftsformen, zu neuen terroristischen Formen überleiten, wie einst 1933. Daß dem so ist, zeigt sich in sehr vielen Zusammenhängen. Zunächst einmal in der Kontinuität der antikommunistischen Ideologie. Diese Kontinuität erklärt sich dadurch, daß während des Dritten Reiches die alte Tradition der damaligen deutschen Arbeiterbewegung weitgehend terroristisch zerbrochen werden konnte, und daß in der Wiederherstellungsperiode der Bundesrepublik die Hoffnung auf die Eroberung der DDR, die Eingliederung der DDR in das bundesrepublikanische Herrschaftssystem zunächst auch von den westlichen Alliierten gefordert wurde. Von dort aus wird das Problem des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik zu einer entscheidenden Fragestellung gerade auch hinsichtlich der Wiederbelebbarkeit faschistischer Strömungen im Falle einer Krise. Solange politische und ökonomische Führung der Bundesrepublik sich die Hintertür offenhalten, mit dem Mittel der Nichtanerkennung der polnischen Grenzen, der tschechischen Grenzen

und der Deutschen Demokratischen Republik, also die Voraussetzungen für Expansion nach dem Osten beizubehalten, wird dieser aggressive Antikommunismus nicht nur zur innenpolitischen Bedrohung der Bundesrepublik selbst, sondern wie einst beim Aufstieg des Dritten Reiches zur unmittelbaren Bedrohung des europäischen Friedens, sobald irgendeine reale Chance in dieser Richtung besteht. Diese reale Chance scheint zwar im Augenblick ausgeräumt zu sein, aber es ist typisch, daß selbst die sozialliberale Koalition, die gegenwärtig die Bundesrepublik führt, sich noch immer weigert, die völkerrechtliche Anerkennung des anderen Staates auszusprechen. Denn diese völkerrechtliche Anerkennung würde ja ganz offenkundig, mindestens nach der völkerrechtlichen Seite und der Seite der internationalen Beziehungen, jede Chance zur Wiedereroberung der DDR für immer sperren. Daß die Regierung Brandt diesen Schritt nicht wagt, der — wie jedermann sofort erkennen kann — in Wirklichkeit nur der friedlichen Fortentwicklung Europas dienen würde, und damit auch der Annäherung der beiden deutschen Staaten, liegt daran, daß auch die Regierung Brandt nicht riskieren will und nicht riskiert, diesen letzten — sozusagen — Angriffspunkt faschistoider und imperialistischer Bestrebungen zu liquidieren. Das wagt sie nicht — was die sozialdemokratische Führung anbetrifft, weil die sozialdemokratische Partei in der ganzen Aufstiegsperiode der Bundesrepublik die antikommunistische Ideologie akzeptiert hatte, wie sie aus dem Dritten Reich überliefert war, und sich mit den Flüchtlingsverbänden teilweise liiert hatte.

Charakteristisch für diese schwankende Haltung der sozialdemokratischen Führung ist es, daß radikaldemokratische und sozialistische Kritik von links, wie sie etwa durch die jungsozialistischen Organisationen getragen wird, immer wieder zu parteidisziplinarischen Maßnahmen und zu Ausschlüssen führt, sobald auch nur die geringsten Kontakte mit Kommunisten aufgenommen werden. Während andererseits, trotz der zweifellos progressiveren Ostpolitik Brandts, sozialdemokratischen Führungsmitgliedern der Flüchtlingsverbände jede nationalistische Kritik an dieser Außenpolitik gestattet bleibt. So wird z. B. der Abgeordnete Hupka auch dann nicht ausgeschlossen oder sonst behelligt, wenn er sich öffentlich sogar gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausspricht. Selbstverständlich ist in der liberalen Partei die Lage keineswegs günstiger. Diese Situation ist um so riskanter und gefährlicher, wenigstens für den Fall, daß irgendwann eine internationale Krise oder eine sozioökonomische Krise eintritt, als die zur Zeit zersplitterten und kleinen, unmittelbar faschistischen Gruppierungen den Rückhalt an einer, wenn man so will, Wiederholung der alten Harzburger Front genießen. Der rechte Flügel in der CDU/CSU, vor allen Dingen repräsentiert durch Strauß, äußert sich immer wieder in aggressiver Weise gegen die Ostländer und insbesondere gegen die DDR, und hat Hintergrundsverbindungen zu den rabiatesten faschistischen Gruppierungen aufrechterhalten. Das Verbindungsglied sind zum Beispiel die außerbayerischen CSU-Freundesorganisationen. Die CDU/CSU im ganzen nützt diese politische Situation in höchst charakteri-

stischer Weise. Obwohl zur Zeit große Teile des deutschen Monopolkapitals um unmittelbarer Profitmöglichkeiten willen natürlich damit einverstanden sind, daß eine zeitweise, relative Normalisierung auch des völkerrechtlichen Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten stattfindet, betreibt die gleiche CDU/CSU öffentlich eine demagogische Agitation gegen die Moskauer Verträge.

Fred Schofs:

Mein Name ist Fred Schofs, ich wohne in Frankfurt am Main, bin 61 Jahre alt. Ich emigrierte in meiner Jugend nach USA und entstamme einer sozialdemokratischen Familie aus dem Rheinland. Im Jahre 1937, nachdem ein halbes Jahr vorher in Spanien der Bürgerkrieg ausgebrochen war, ging ich dann mit den amerikanischen Freiwilligen nach Spanien, um dem spanischen Volk in seinem Kampf gegen den Franco-Faschismus und für den Erhalt der Demokratie in Spanien zu helfen.

Für den aktiven Kampf, den die deutschen Spanienkämpfer im Sinne der Demokratie und des Friedens in der Welt ableisteten, wurde ihnen keine Entschädigung, auch keine Versicherungszeiten angerechnet.

Wir kämpften in Spanien für die Demokratie und den Erhalt des Friedens in der Welt, die Legion Condor hat auf bestialische Weise dem spanischen Volk gezeigt, was Faschismus bedeutet.

... sie halfen mit, daß das faschistische Regime in Spanien sich festsetzen konnte, sie verhalfen Franco zur Macht. Ihnen, die dem Faschismus dienten, wird die Zeit, die sie in Spanien verbrachten, als volle militärische Dienstzeit — auch was die Versicherungszeiten anbetrifft — angerechnet.

Martin Walser Wovon und wie handelt Literatur?

1. Einteilung im Interesse der Interessen

*Denn die Wirklichkeit ist, wenn sie den Menschen einschließt,
nicht nur das, was sie ist, sondern auch alles, was ihr fehlt, alles,
was sie noch werden muß . . .*
(Roger Garaudy)¹

Es wäre in jedem Fall vorzuziehen, für eine Erfahrung, die man immer wieder macht, eine Erklärung nach Art der Naturwissenschaft geben zu können. Es wäre für die Literaturtheorie ein Vorteil, wenn die Biochemie uns schon bestätigen und regelmäßig formulieren könnte, daß unser Gedächtnis sich eher durch negative Eindrücke bildet, also eher durch Verletzung oder Verlust als durch Wohlbefinden und Besitz. Hätte man alles Nötige andauernd, könnte sich Gedächtnis überhaupt nicht bilden. Und es leuchtet auch noch ein, daß das Gedächtnis als Natur jene Situationen bevorzugt speichert, die einmal Gefahr oder Verletzung bedeuteten. Das merkt man sich. So entsteht dann Geschichte. Aber auch das Bedürfnis nach Gefahrlosigkeit, Sicherheit usw. Man emanzipiert sich, formuliert das Bedürfnis als ein Recht, als Menschenrecht. Ein entscheidendes Kampfmittel war und ist dabei die Beschwörung, der Vertrag, die Schrift, die Literatur. Als Mythologie, als Theologie, als Psychologie, also Soziologie. Jeweils mit entsprechenden Ausdrucksformen. Die Entwicklung und die Behauptung des Menschenrechts war immer Anlaß und wichtigste Tendenz der Literatur. Aber Literatur nimmt auch an der Herrschaft teil, an deren Erringung sie mitgearbeitet hat. So wird aus fortschrittlicher Literatur zusehends konservative Literatur. Diesen Prozeß hat das europäische Bürgertum in den letzten 200 Jahren deutlich demonstriert. „Jede neue Klasse“, sagt Marx, „bringt . . . nur auf einer breiteren Basis als die der bisher herrschenden ihre Herrschaft zustande . . .“² Weil also Geschichte bisher sichtbar ein Prozeß der Befreiung ist, ein Prozeß der Annäherung an die Demokratie, deshalb kann man ungeniert von Fortschritt sprechen und, zur Kritik, Literatur einteilen in fortschrittliche und konservative. Die herrschende Literaturkritik teilt auch so ähnlich ein, etwa in avantgardistisch und traditio-

nell, aber grob gesagt soll damit das Gegenteil ausgedrückt werden: avantgardistisch ist da fast immer der unpolitische Autor, der tendenzlos, also der, der politisch unwillkürlich für das Bestehende Partei ergreift, also Avantgardist ist der Konservative. Und der, der praktiziert, daß Literatur eine Funktion habe in der Veränderung, also im Fortschritt der Gesellschaft, der gilt als der traditionelle oder konservative Schriftsteller. Das ist verständlich. Die herrschende Kritik ist am meisten an der Literatur interessiert, die an der Herrschaft teilnimmt und sie bestätigt, indem sie sich die Ideologie von der schon erreichten Demokratie zu eigen macht, bewußt oder unbewußt. Durch ihre Werke zeigt diese Literatur dann wie von selbst, daß Zukunft nur noch zugelassen ist als vorsichtigste Wiederholung der Gegenwart. Der sogenannte Pragmatiker entscheidet, wieviel Geschichte noch stattfinden darf. Utopie wird durch Science Fiction ersetzt: also Zukunft als pure Multiplikation der Gegenwart, als pure Übertreibung dessen also, was man an Angst und Kitzel schon hat.

Wenn es aber wahr ist, daß Anlaß oder Thema der Literatur traditionell immer das war, was dem Autor, bzw. seiner Klasse noch fehlte an menschlicher Bedingung, oder das, worunter er und seinesgleichen deshalb zu leiden hatten, dann fehlt dem Autor als Teilnehmer der Klassenherrschaft jetzt dieser Anlaß. Sein Thema aus der bürgerlichen Aufstiegs- und Kampfeszeit schrumpft zur Nebensächlichkeit. Was jetzt gebraucht wird, sind ganz genaue Verbesserungen der Herrschaftstechniken, und die liefern Medizin und Soziologie viel besser als die Schreiber von Romanen, Stücken und Gedichten. Aber für die Ideologie-Pflege sind die dichtenden Schreiber nach wie vor unersetzlich. Die Ideologie der Endzeit, die Variation und Verbreitung des Eindrucks, daß nichts mehr kommt und nichts mehr geht, eben dieses ganze Endspielspiel ist auf den Schriftsteller als Dichter nahezu angewiesen. Und in Zusammenarbeit mit einer alerten Kritik wird die frühere Funktion, bzw. das realistische Thema ersetzt durch einen raschen Wechsel der Perspektiven auf die behauptete Perspektivlosigkeit. Und daher die von Mal zu Mal umwertende Arbeit der Kritik: ohne politisches Bewußtsein wahrscheinlich, sicher aber ohne das Bewußtsein, politisch zu handeln, einfach um den folgenlosen Wechsel von absurd zu sprachanalytisch-strukturalistisch und von sprachanalytisch-strukturalistisch zur neuen gefühlsechten Innigkeit jeweils nicht nur mitzumachen, sondern, um auch etwas beizutragen, durch rasches Benennen, deshalb bewertet die Kritik die jeweils frische literarische Attitüde als die Literatur überhaupt. Die gerade noch aktuell gewesene Attitüde bezeichnet sie nicht anders als es der Verkaufsstrategie tut, wenn er den nachlässig werdenden Konsumenten mit Schreckwörtern, wie *altmodisch* und *up-to-date* zur Kasse jagt.

Zweifellos sind diese jeweils kunstaktuellen, blickfüllenden, rasch kanonisierten Literaturhaltungen nicht realistisch. Mögen sie sich der „dialektischen Selbsterzeugung neuer Formen“ (Viktor Schklowskij) verdanken.³ Die realistische Schreibart ist die auf ihren Anlaß bezogene. Und dieser Anlaß ist eben nicht in

der Literatur zu suchen, sondern in der Realität. Das heißt nicht, daß der Realismus ein unveränderlicher Spiegel sei, der über der Realität schwebt, um sie einzufangen. Der realistische Autor antwortet schreibend immer auch auf das aktuelle Stadium der realistischen Ausdruckspraxis. Aber der realistische Autor gibt keine Antwort zweimal. Realismus und Manierismus scheinen mir die zwei Bezeichnungen zu sein für diese zwei Arten, literarisch zu arbeiten. Manierismus scheint mir besser zu passen als Formalismus, weil ja durch die Auffassung von der autonomen Entwicklung der Formen auch das Bewußtsein der Autoren gegenüber der realen Erfahrung verändert wird. Grob gesagt: es wird erfahrungsunabhängiger, das Bedürfnis nach Erfahrung wird eingeschränkt, alles Inhaltliche wird zum Vorwand, es verliert jede andere Bestimmtheit außer der: Ausdruck der Bewußtseinsattitüde zu sein, also Erfahrung und Ausdruck werden ein und dasselbe, eine Manier. Ein Roman des Autors Ingomar von Kieseritzky gab dem Kritiker Wolfgang Werth Anlaß, diese Praxis in einer ganz unkritischen Kritik, aber eindrucksvoll, zu beschreiben: die Sprache werde in diesem Roman: „ein tautologisches System, das nichts als sich selbst vermittelt“, „Rezeitation von Wörtern und Sätzen, deren Strukturen mit jeder Wiederholung weniger abbilden, bis der Punkt erreicht ist, wo es gleichgültig wird, ob man spricht oder schweigt.“⁴ Eben diese unanlässliche und deshalb auf Wiederholung ein und desselben angewiesene Schreibweise führt in jeder Hinsicht zur Manier. Ein ausgeschriebener Realist kann da sowohl landen wie einer, der, aus welchen Gründen auch immer, sich vor Erfahrung, bzw. Arbeit hüten muß. Es gibt diesen Autor, der nur noch der Grammatik oder nur noch sich selbst begegnet, am deutlichsten als Positivismus-Fan oder als verzückten Belletristen. Als Positivismus-Fan arrangiert er sich mit nicht viel mehr als dem grammatischen und idiomatischen Material. Als verzückter Belletrist wendet er sich selber an. Er läßt seine Sensibilität auf einen beliebigen Wirklichkeitsausschnitt reagieren und führt vor, was sie dabei, bzw. was er alles in dieser Wirklichkeit entdeckt. Aber — und das macht den Manierismus — es wird in der Wirklichkeit immer wieder nur die Struktur der Autorensensibilität entdeckt. Die Tendenz ist also tautologisch. Die Tendenz des Realisten: kritisch.

2. Über angemessene und unangemessene Ansprüche an den Realismus

Die Werke beider Schreibweisen, der selbstgenügsamen und damit zum Manierismus tendierenden und der kritischen und damit realistischen, haben die Entstehungsbedingung miteinander gemein: die Schreiber antworten auf einen Mangel, den sie erleben. Aber im einen Fall stellt sich der Mangel dar als etwas, was schlechterdings zum menschlichen Leben gehört, im anderen Fall gilt der Mangel als bedingt und die Bedingung ist zu ändern. Die manieristische Ausdruckspraxis will keinen irgendwoher stammenden Anspruch an sich stellen lassen, da sie sich als Kunst versteht und diese Kunst will sich so wenig mit der

Realität vergleichen lassen wie sich früher der Monarch von etwas anderem als unmittelbar von Gott herleiten lassen wollte. Die realistische Ausdruckspraxis stellt an sich selber den Anspruch, nachprüfbar zu sein als Ausdruck eines historischen Moments. Ohne eine gesellschaftliche Funktion sähe sie sich nicht gerechtfertigt, z. B. als Kunst usw. Es ist klar, daß sich nur zu viele Leute finden, die diesen Anspruch der realistischen Schreibweise bereitwillig zu ihrer eigenen Sache machen und sich selbst zu den Prüfern dieses Anspruchs. Der Realismus braucht deshalb andauernd Theorie, damit beantwortet werden kann, welche Ansprüche angemessen sind und welche nicht. In den letzten fünfzig Jahren haben sich fast nur noch Marxisten, bzw. Sozialisten um diese Theorie bemüht. In unserem Bereich haben Benjamin und Lukacs durch ihren unausgetragenen Gegensatz die vorläufig letzten Positionen markiert. Zu Benjamin könnte man noch Brecht und Eisler stellen; zu Lukacs noch Becher. In der Bundesrepublik ist diese Diskussion, die in den Zwanzigerjahren groß begonnen hat, so gut wie ausgestorben. Oder sie war so gut wie ausgestorben, muß man sagen. Auch das Entstehen der *Gruppe 61* und des *Werkkreises Literatur der Arbeitswelt* mußte dazu führen, daß die Realismusdiskussion wieder begann. Zum Beispiel zur Klärung der Frage, was die realistische Praxis leisten kann und was nicht. Fangen wir mit dem Selbstverständnis an.

Im Vorwort zur 1. Werkkreis-Anthologie („Ein Baukran stürzt um“) steht: „Das Selbstverständnis, kein Schriftsteller zu sein, ermöglicht eine weitgehende Befreiung von den Erwartungen, die die Literatur, will sie so anerkannt sein, zu befriedigen hat und die der Schreibende erfüllen will, wenn er sich als Schriftsteller fühlt. Erwartungen, die sich zu einem großen Teil den Bedingungen des Literaturbetriebs unter kapitalistischen Verhältnissen unterwerfen müssen, und die sich zum andern aus dem herrschenden bürgerlichen Geschmack bilden, der weitgehend nur noch geschichtlich gerechtfertigt wird.“⁵ Inzwischen hat der Werkkreis 3 Sammlungen mit Texten von Arbeitern und Angestellten veröffentlicht, was jetzt durch empirisches Urteil begründet werden kann, hätte schon im Vorwort des 1. Werkkreis-Buches erschlossen werden können: es gibt keinen Anlaß, bürgerliche oder sonstige Autoren, die den ganzen Tag schreiben, Profis und die — vorläufig oder immer — am Feierabend Schreibenden, Amateure zu nennen. Ich halte diese 3 Textsammlungen für die wichtigsten Anthologien seit 1945. Ihre wirkliche Bedeutung wird erst dann für alle faßbar werden, wenn wir — durch kein neues 1933 unterbrochen — der Demokratie am Arbeitsplatz nähergekommen sein werden; jeder Schritt dahin wird auf den Kulturbetrieb zurückwirken, die sogenannte Arbeitswelt wird nicht mehr exterritorial sein, und die heutigen Werkkreis-Kollegen werden nachträglich als die wirkliche Avantgarde erkannt werden. Es gibt keinen Qualitätsbegriff, auch nicht in der verschrobensten Ecke des Literaturbetriebs, nach dem die Beiträge dieser 3 Sammlungen etwa keine Literatur wären. Das Erstaunliche ist, daß die Werkkreis-Aufforderung zu *Berichten* ermuntern wollte, und was zurückkam, waren ver-

schiedene Arten von Prosa, die so schwer entscheidbar aus Monolog, Erzählung, Studie und Bericht zusammengesetzt sind wie heute alle literarische Prosa. Daß das so wirkt, mag an den literarisch entwickelten Maßstäben der Herausgeber liegen. Sie haben vielleicht das weggelassen, was zu sehr von abgelebten bürgerlichen Literaturvorbildern überlagert war. Daß sie aber diese Beiträge überhaupt fanden, zeigt ja, daß unter Arbeitern und Angestellten moderne Schriftsteller sind. Und es wäre grotesk, wenn es nicht so wäre. Aber das Verdienst des Werkkreises bleibt es, dies wieder bewußt gemacht zu haben, nachdem durch den Faschismus alles, was so schon in den Zwanzigerjahren begonnen hatte, ausgerottet worden war. Es gibt sicher inzwischen auch schon Lesebuchkommissionen, die fähig sind, diese Werkkreis-Literatur in den Schulgebrauch zu nehmen, um endlich die Mär von der blinkenden Pflugschar durch die Akkord-Erfahrung zu ersetzen.

Nach meiner Meinung wäre es aber falsch, wenn die Arbeiten aus dem Werkkreis unter der vom Werkkreis selber verwendeten Marke „Arbeiterliteratur“ bleiben müßten. Die literarische Antwort, die hier erteilt wird der Frechheit der Chefs, der Nötigung zum Betrug durch die Firma, der Hierarchie der Medizinmandarine, dem Zynismus des Kapitalfunktionärs, dem Wortschatz und der asozialen Hygiene des Unternehmers, der perfekten Unterlegenheit der Arbeitslosen in der Perfektion der Arbeitsbeschaffungsorganisation, dem Tod des Arbeitskollegen und ... und ... und ... — zu den meisten dieser Beiträge könnte man ehrenwerte Vergleichsnamen aus der heutigen Literatur nennen —: diese literarische Antwort empfiehlt, diese Schriftsteller nicht zu Verfassern einer Spezialliteratur zu machen. Wolfgang Röhrer, Horst Kammrad und Harald Schmid stellen in ihrer Programmschrift („Es gibt sie halt, die schreibende ‚Fiktion‘ in „Gruppe 61“, S. 199) fest: „... eine Literaturform, die von vorneherein ‚bürgerlich‘ ist, gibt es nicht ...“⁶ So ist es. Und deshalb ist es nicht nötig, im Werkkreis die Ideologie einer Spezialliteratur zu pflegen. Dafür gibt es weitere Gründe.

Im Vorwort der letzten Werkkreis-Veröffentlichung (Lauter Arbeitgeber) heißt es: „Die Gründung oder Mitarbeit an einer innerbetrieblichen Werkszeitung ist wichtiger als die Veröffentlichung eines Berichtes in einer bürgerlichen Zeitung.“⁷ Das steht unter der Überschrift: „Nicht beim Literaturmachen stehenbleiben“. Andererseits steht in der schon erwähnten Programmschrift von Röhrer, Kammrad und Schmid einleuchtend genug, daß der Werkkreis sich auch als „Selbsthilfe-Organisation“ verstehe, weil es „unter den Werkstätigen eine große Zahl von Schreibenden oder Schreibfähigen gebe, deren schöpferische Fähigkeit und kritische Phantasie wegen ihrer benachteiligten sozialen Lage und der entfremdeten beruflichen Tätigkeit zu verkümmern drohen.“⁸ Damit fängt doch einmal alles an. Auf diesen durch die Produktionsverhältnisse gehemmten Ausdruckskräften baut der Werkkreis doch auf. Daß er diese zu befreienden Kräfte dann möglichst schnell politisch aktivieren möchte, scheint sinnvoll, weil die erwünschte

Aktivität ja eben das ändern soll, was die Werkkreis-Selbsthilfe nötig gemacht hat: das kapitalistische Produktionsverhältnis. Trotzdem halte ich diesen Aktivismus für einen Irrtum der Werkkreis-Kollegen. Ich muß noch einen Satz aus jenem hitzigen Vorwort zitieren: „Die Solidarisierung von Lohnabhängigen in einem Betrieb mit dem Ziel, einen Betriebsrat zu gründen, den der Unternehmer bisher nicht zugelassen hat, ist wichtiger als beispielsweise die Überlegung, ob man sich dem deutschen Schriftstellerverband anschließen solle oder nicht.“⁹ Nicht nur weil ich am Eintritt dieses Schriftstellerverbandes in die Gewerkschaft mitarbeite, halte ich das für *keine* Alternative. Ich begreife aber die Befürchtung der Werkkreiskollegen — sie kommt an vielen Stellen zum Ausdruck —, die Befürchtung, daß die schreibenden Arbeiter und Angestellten vom aneignungserfahrenen Literaturbetrieb auf Nimmerwiedersehen entdeckt werden könnten. Hier hat der Werkkreis die Chance, den Einzelnen vor der Schau-wo-du-bleibst-Situation zu bewahren, ihn zumindest zu stabilisieren gegen einen Literaturbetrieb, der mit seinem als Kritik aufgemachten Streichel- und Watschensystem solange am Autor herummurxt, bis der systemgerecht geworden ist. Man konnte kürzlich in der *Süddeutschen Zeitung* einen Bericht von Edmund Wolf lesen, der auf fast groteske Weise zu belegen scheint, wie gewaltig das Aneignungsvermögen des Bürgertums entwickelt ist. Schon die Überschrift ist typisch: „Die erlösten Stimmen. Proletarier schreiben Englands neues Drama.“ Um Englands neues Drama schreiben zu können, mußten sie offenbar zuerst von ihrer proletarischen Herkunft „erlöst“ werden, und zwar mit Hilfe der BBC und des besonders fortschrittlichen Royal Court Theaters. In dem Bericht heißt es z. B.: „David Mercer, der Marxist, sagt, daß es ihm unmöglich sei, ... mit Arbeitern zu sprechen ... Daheim in Wakefield spüre ich noch etwas von der alten Brutwärme, aber sehr bald übermannt mich chronisch-irritierte Langeweile, wir haben einander nichts zu sagen ... Meine kulturellen Wurzeln und Wahlverwandtschaften binden mich an die Traditionen der Bourgeoisie.“¹⁰ David Mercers Vater war Lokomotivführer, und er hat diesen Vater, muß man nach diesem Statement schon sagen, in seinem Haggerty-Stück erfolgreich ausgebeutet. Und ähnliche und noch grotesker klingende Bekenntnisse gibt es von Alan Sillitoe, Ted Whitehead und anderen. Wird hier eine Art Selbsthaß einfach zurückprojiziert auf die Herkunft? Sind das Karrierenarben? Oder ist es Snobismus? Oder verdankt sich das der suggestiven Fragestellung eines Journalisten, dem an solchen Ergebnissen lag? Eines ist sicher, wo auch immer sie selber ihre Wurzeln sehen mögen, wer die Stücke kennt, sieht, daß die Wurzeln in der proletarisch-kleinbürgerlichen Herkunft liegen; was sie schreiben, ist eine Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Klasse, aus der sie stammen. Und deshalb sage ich auch, dieser selbstgefällige Bericht in der bürgerlichen Zeitung *scheint* nur zu belegen, daß sich Werkkreis-Autoren durchweg als Arbeiterschriftsteller verstehen sollten. In Wirklichkeit haben eben diese englischen Autoren in der englischen Gesellschaft eine Wirkung, über die sie selber offenbar nicht Bescheid wissen. Da

bekanntlich die Art und Weise, wie man erlebt, sehr früh geprägt wird, ist heute noch viel beweisbarer, was Alexander Alexandrowitsch Bogdanov vor über 50 Jahren schrieb: „Hinter dem Verfasser, dem Individuum, steckt das Kollektiv als Verfasser, die Klasse; und die Dichtung ist ein Teil des Bewußtseins dieser Klasse, des Kollektivs.“¹¹ Also keine zu große Scheu davor, daß die von Arbeitern und Angestellten geschaffene Literatur ihre Wirkung auch dort ausübe, wo traditionell die bürgerliche Kunst herrscht. Im Gegenteil! Die Theater und das Fernsehen z. B. werden von allen bezahlt, aber einseitig eingesetzt zur Repräsentation und Darstellung der Interessen einer Minderheit. Darauf antwortet man nicht mit Selbstbeschränkung, sondern mit Angriff. Wenn wir wie die Engländer alle paar Jahre ein paar junge Stückeschreiber aus dem Ruhrgebiet hätten, hätten unsere Bühnen schon weniger Recht, die Arbeitskraft so vieler Theater zur Herstellung von möglichst feierlich und brutal gemachten Aufführungen historischer Stücke zu verschwenden. Die wichtigere Frage bei einer Diskussion über das Literaturprodukt ist sowieso die Frage, ob es als Ausdruck eines wirklichen Verhältnisses genügt, ob es den historischen Moment enthält, der es veranlaßt hat. Wenn diese Frage bejaht werden kann, muß man nicht mehr die Wirkung diskutieren, sondern nur noch die Verbreitung organisieren.

Trotz einer Fülle marxistischer Erkenntnis darüber, daß das Wichtigste am Realismus seine nie zum Schema, nie zum Mechanismus erstarrende Fähigkeit sein muß, den historischen Prozeß durch alle Verdinglichungen hindurch zu erkennen und darzustellen, hat sich ein linkes Mißverständnis und ein unangemessener Anspruch gegenüber der Literatur gebildet und erhalten: am deutlichsten von Georg Lukacs ausgearbeitet und verbreitet; am knappsten formuliert in seinem Aufsatz „Es geht um den Realismus“: für den „bedeutenden Realisten“ sagte Lukacs, entstehe „eine ungeheure, eine doppelte künstlerische wie weltanschauliche Arbeit: nämlich erstens das gedankliche Aufdecken und künstlerische Gestalten der Zusammenhänge; zweitens aber, und unzertrennbar davon, das künstlerische Zudecken der abstrahiert erarbeiteten Zusammenhänge — die Aufhebung der Abstraktion.“¹² Soviel wenigstens ist von diesem Mißverständnis noch übrig geblieben, daß man unter Linken einen völlig unrealistischen Optimismus hinsichtlich der Herstellbarkeit des sogenannten Kunstwerks antrifft. Analytisch aufdecken, künstlerisch zudecken.

Die Auswahl der Werkkreis-Anthologien beweist, daß in ihrer Praxis keine Lukacs-Gestaltungstheorie mehr herumspukt — dazu werden viel zu viel „offene“ Formen präsentiert —, aber einen Rest des linken Köhlerglaubens findet man noch in den Werkkreis-Kommentaren; da ist öfter vom Literarischen die Rede, als handle es sich dabei um das Verpackungsmaterial für eine Ware, die es auch ohne Verpackung schon gibt und die man durch die Verpackung besser an den Mann zu bringen hofft. Ich kann nicht eine Ungeduld kritisieren, die ihren Anlaß in den menschenunwürdigen Bedingungen der kapitalistischen Produktion hat. Aber daß Literatur einfach verfehlt werden muß, wenn man sie für nichts

als für eine Frage der Verpackung, also der Form hält — denn um nichts anderes als einen negativen Formalismus handelt es sich da —, das kann der Blick in die linke Literaturgeschichte lehren. Aber noch wichtiger als das, scheint mir, daß man von den gerade zum Literaturmachen Befreiten nicht sofort wieder verlangen sollte, ja nicht beim Literaturmachen stehen zu bleiben. In dieser Forderung findet sich jene linke Ungeduld, die im Grunde genommen Literatur für überflüssig hält. Für einen Umweg. Wer selber sein Bewußtsein mit direkter Information und durch politische Praxis entwickelt, für den hat dann Literatur nur noch den Sinn, möglichst schnell Praxis zu ermöglichen oder in Praxis zuzugehen. Auch er glaubt, es gibt Kenntnisse, die man noch nachträglich in eine möglichst zündende literarische Verpackung wickelt. Für einen Schriftsteller ist mit dieser Ansicht kein Frieden zu schließen, kein Bündnis einzugehen. Schreiben ist für Schriftsteller die Herstellung des Ganzen. „Kunst geht aufs Ganze“, hat Johannes R. Becher gesagt.¹⁴ Und sein Landsmann Hölderlin hat gesprochen von der „Vollständigkeit... des Bewußtseins“, „womit der Dichter auf ein Ganzes blickt“. Das heißt doch, was Literatur leisten kann, das kann man nur ganz haben oder gar nicht. Man kann dem Literaturprodukt Informationen, Meinungen, Standpunkte *entnehmen*, aber man kann nicht Informationen, Meinungen und Standpunkte nehmen und daraus Literatur machen. Das heißt: man kann Literatur nicht in Dienst nehmen. Literatur ist von Anfang an Befreiungsenergie, als solche dient sie von selbst zum Herrschaftsabbau. Und noch ist nirgends eine Gesellschaft entstanden, wo diese Funktion überflüssig geworden wäre. Das nutzlose und übereilte Indienstnehmen der Literatur kommt wahrscheinlich daher, daß man 1. die nichts als subjektivistische, in der Tautologie verendende Herrschaftsliteratur vermeiden wollte und daß man 2. der um ihr Recht kämpfende Klasse auf schnellstem Weg und mit allen Mitteln zum Selbstbewußtsein verhelfen wollte oder mußte.

Wir arbeiten jetzt unter anderen Bedingungen. Vor allem kann man jetzt über den Arbeitsvorgang des sogenannten Künstlers nicht mehr mit dem idealistischen Optimismus feudaler und hochbürgerlicher Zeiten sprechen und dafür die aus heruntergekommenem Religionsgut stammenden Wörter wie *Inspiration* und *schöpferisch* verwenden.

Jetzt kann man wissen, daß es keine nennenswerten Erfahrungen gibt, die einer allein macht. Also die Kunst hat keine subjektive Wurzel. Erfahrungen machen alle; erleiden alle. Wie man aber vom Erleiden zum Ausdruck, von der Wut zum Wissen kommt, das wiederum ist nicht damit beschrieben, daß man sagt, wer die Begabung hat, wer schöpferisch ist, der kann das eben, der deckt auf und deckt wieder zu, der beherrscht die Form, von dem kann man, wenn man ihn richtig konditioniert, etwas Bestimmtes verlangen. Auch das halte ich für idealistische Denkweise. Ausarbeitenswert wäre vielmehr die Erkenntnis, daß künstlerische Arbeit von selbst durch und durch gesellschaftlich ist, Ausdruck einer Klassensituation. Und weil das von selbst, ohne Auftragserteilung so ist, läßt sich daraus

auch die gesellschaftliche Funktion und Brauchbarkeit von Literatur erkennen. Wäre es für alle gleichermaßen sinnfällig, was ihre Erfahrungen für sie bedeuten, dann wäre die Spezialarbeit der Literatur nicht notwendig und die Demokratie wäre morgen zu haben. In Wirklichkeit werden uns aber unsere wirklichen Erfahrungen verstellt. Trotzdem beginnen immer einige, ihre Erfahrungen anzuwenden. Warum? Vielleicht sind sie weniger stabil oder sie wurden ermutigt durch die fortschrittliche Literatur oder durch den Werkkreis. Und trotz der Betonung der Technik und des Machenkönnens, der man auch im Umkreis Benjamins und Brechts begegnet — was auch mit deren Herkunft zu tun haben mag —, ich halte die Not immer noch für einen unverächtlichen Produktionsanlaß. Ich halte es immer noch für möglich, daß einer schreibt, weil es ihm sonst zu viel wird, weil er die Schnauze voll hat, weil es ihm jetzt allmählich reicht, weil er sich nicht mehr anders helfen kann, weil er sonst nicht mehr weiter weiß. Meistens gibt das Lesen den letzten Ausschlag. In den Büchern ist ja schon immer mehr Menschenrecht verwirklicht als irgendwo sonst in der Welt. Und wer nicht liest, schreibt auch nicht.

Aber diese anfängliche Spontaneität geht rasch über in einen Arbeitsprozeß. Die sich vom Schreibenden entfernenden Sätze stehen ihm gegenüber. Je mehr von ihm selber da steht, desto mehr muß er sich in der Folge danach richten. Es gibt ein Hin und Her zwischen ihm und dem Geschriebenen. Er erfährt durch das Schreiben mehr von sich, als er wußte. Zum Beispiel über die Erfahrungen seiner Klasse. Er hatte das nicht so parat. Aber jetzt wird es aufgerufen, abgerufen, jetzt wird es anschaulich, nachprüfbar. Stimmt es? hält es sich? ist es eine Antwort auf das, was ihm passiert ist? ist ihm so zumute? ist es das, was er immer schon einmal sagen wollte? kann er das dem Kollegen Sowieso zum Lesen geben? kann der das bestätigen? ist es auch nicht übertrieben? man will sich ja nicht lächerlich machen. Erika Ruckdäschel hat in der 1. Werkkreis-Anthologie geschrieben: „Es geht mir aber auch darum, daß ich in letzter Zeit glaube, ich könnte die Dinge und Vorgänge besser verstehen, wenn ich sie ausdrücke.“¹⁶ Das heißt, durch das Schreiben verändert sie sich. Es ist ihr durch das Schreiben klar geworden, was in ihren Erfahrungen steckte. Sie hat es herausgebracht. Wenn sich einer ein 2. Mal zum Schreiben hinsetzt, tut er es schon weniger spontan, also schon gewitzter. Er beginnt, sich und seinen schwer durchschaubaren Vorrat von Erfahrungen zu provozieren. Durch sozusagen technische Veranstaltungen. Er teilt sich auf in einen Dialog. Arrangiert etwas als eine Folge von Fragen. Versetzt es in verschiedene Zeiten. Usw. Bei den einzelnen Veranstaltungen merkt er sehr schnell, was bei ihm zieht und was nicht. So lernt er immer besser dieses Spiel mit sich selbst, dieses Sich-in-Bewegung-bringen, Sich-abklopfen bis in den untersten, d. h. am weitesten abgesunkenen Erfahrungsbereich. Und was er entdeckt: er ist kein Einzelner. Und die wichtigsten Erfahrungen sind offenbar die, die die meisten Leute machen. Natürlich ist es für ihn ganz entscheidend, mit Kollegen diese Schreibarbeit zu diskutieren. Aber soviel er

auch dazulernt, so wichtig für ihn das Erlernen alles Methodischen ist: wirklich lernen kann er nur das Erfahren, nicht das Schreiben. Der Blick auf die Wirklichkeit, der wird trainiert. Aber das Schreiben bleibt ein komplizierter, nicht unmittelbar kommandierbarer Vorgang. Im Gegenteil, je weiter es sich von der anfänglichen Spontaneität entfernt, desto schwieriger wird es. Für jeden. Aber so wie der Schreiber sich durch das Schreiben änderte, so kann sich, weil Lesen nur eine andere Art von Schreiben ist, auch der Leser ändern. Wie kann das vor sich gehen? Der Schreiber macht mit jedem Satz, den er aus sich entfernt, etwas wortfest und anschaulich, was vorher schwankend, unsicher, flüchtig, unentschieden war. Wenn Peter Neuneier in seinem Roman „Akkord ist Mord“ zu dem Satz kommt: „Wenn man für seine paar Kröten so schuftet muß wie ich, ist das ganze Leben beschissen!“¹⁷, dann hat er damit die Stimmung des Ausgebeuteten plakatreif, lesebudhreif, auf jeden Fall überlieferungsreif zum Ausdruck gebracht. Aber der nächste Satz heißt dann: „Ich habe abends schon Angst vor dem nächsten Morgen.“ Dieser Satz ist entstanden, weil der Satz vorher anschaulich geworden war, er ist eine Antwort auf ihn. Erst dieser Satz von der Angst, glaube ich, hat eine entdeckende Funktion. Der Satz vorher faßt etwas exemplarisch zusammen, was jeder Ausgebeutete schon so weiß. Der Satz mit der Angst setzt sich der Stimmung des 1. Satzes entgegen. Er setzt diese Stimmung nicht fort. Er springt. Dadurch produziert er eine neue Qualität. Der konstatierende Satz wirkt abschließend, Resignation stiftend. Der entdeckende Satz wirkt aktivierend. Mit einer beschissenen Lage gibt es eine Vereinbarung: man findet sich ab. Angst ist unerträglich, zwingt zum Handeln. Und so weiter. Wenn der Schreiber also durch die Tätigkeit des Schreibens auf vollkommen dialektische Weise Bewußtsein gebildet hat, dann kann der Leser nicht umhin, diese Bewußtseinsbildung zumindest im Augenblick mitzumachen. Entdeckt er in der hier produzierten Erfahrung auch noch sein Interesse, dann aktiviert er den Prozeß des Schreibens um so heftiger auch in seinem Bewußtsein.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich dieser Vorgang simulieren läßt. Das heißt, ein Schreiber, der alles schon weiß, oder alles schon besser weiß, der kann nicht mehr so schreiben, daß es zu jener spannenden Entdeckungsfahrt kommt, an der der Leser dann wirklich teilnimmt. Wenn der Autor die Arbeit des Schreibens nicht zur eigenen Veränderung braucht, dann wird er auch keinen anderen verändern. Möchte ich behaupten. Und das, soweit es Literatur betrifft. Pädagogik ist vielleicht (!) etwas anderes. Was für den Autor nicht notwendig ist, wird für den Leser schon gar nicht notwendig. (Ich meine natürlich nicht, daß eine Erregtheit und Bewegtheit, in die man bei der Schreibarbeit geraten kann, die Sätze und damit den Leser in Schwung bringen soll, sondern ich meine die Strecke, die der Autor schreibend zurücklegt. Er ist nachher nicht mehr, wo er vorher war oder nicht mehr der, der er war. Das ist das, was sich mitteilt.) Und dieses ihn selbst verändernde Schreiben, ist das Handeln des Schriftstellers. Es ist schon gehandelt, wenn einer über Monate ein „Betriebstagebuch“ führt, in dem

er auf alle Finten eines Chefs dadurch antwortet, daß er sie in Prosa darstellt.¹⁸ So behauptet er sich. Und wenn er das anderen anbietet und sie, als Kenner, stimmen zu, dann entfaltet das Literaturprodukt seine organisierende Kraft. Wem die Literatur eine zu langwierige Wirkungsweise hat, der muß sich eine andere Art zu handeln suchen. Aber nur Enttäuschung und Resignation oder Einschüchterung und Entfremdung kann die Folge sein, wenn von der Literatur Wirkungen wie im Hau-ruck-Verfahren erwartet werden. Verglichen mit dem unmittelbaren politischen Handeln wird Schreiben unter allen Umständen eine mindere Art des Handelns bleiben. Brecht eröffnet seine „Thesen für proletarische Literatur“ so: „Kämpfe, indem du schreibst! Zeige, daß du kämpfst! Kräftiger Realismus! Die Realität ist auf deiner Seite, sei du auf ihrer! Laß das Leben sprechen!“¹⁹

Im Gesicht eines auf seine Verlorenheit eher stolzen Schriftstellers können solche Aussprüche schmerzliches Zucken hervorrufen. Das ist das wirklich Erstaunliche, daß den meisten, die in der Kulturindustrie arbeiten, immer mehr verlorengeht, was der Anlaß zu dieser Arbeit war: daß sie Leben erhalte und menschenwürdig mache. Inzwischen fühlt sich einer schon gerechtfertigt, wenn er zur Verdinglichung der Brutalität, zur Verabsolutierung der Verzweiflung, zur Fetischisierung der menschlichen Unmenschlichkeit ein paar neue Zuckungen liefert. Bewußtsein, das von sich keine Arbeit mehr verlangt, sondern sich mit Reaktion begnügt und alle anderen einlädt, die genießbar gemachte Heillosigkeit eben so reaktiv, so passiv zu genießen, dieses Bewußtsein ist vom Bewußtsein, das den Massen den status quo als heile Welt verkauft, überhaupt nicht verschieden: beide feiern die Geschichtslosigkeit; beide sind stolz auf ihren antiaufklärerischen Effekt; die Praxis beider, der Virtuosen der Schwärze und der des Vergoldens, wirkt zynisch, verglichen mit der gesellschaftlichen Praxis. Beide dekorieren einen Zustand wie für immer, obwohl sie doch ursprünglich zu dessen Veränderung berufen waren. Das ist, glaube ich, der wichtigste Beitrag des Werkkreises zur gegenwärtigen Szene: in jeder Zeile dieser Literatur werden die Virtuosen der menschlichen Inkompetenz als inkompetent für das Menschliche entlarvt. Als realistische Literatur zeigt sie, was wirklich geschieht, und fordert dadurch, was geschehen muß.

(Und zur Fortsetzung der Diskussion im nächsten Medium, dem Film, und als ein Hinweis darauf, daß Walter Benjamin und wahrscheinlich seine ganze ästhetische Fraktion ein unhaltbares Vertrauen auf die Veränderung der Produktionsweise setzten, ein Zitat aus dem „Spiegel“, das beweist, daß sich beim Film ganz genau der aus der Literatur bekannte Vorgang wiederholt: Vom selbstgenügsamen Macher bis zum Service durch Pseudokritik; da heißt es also: „So existiert nach Kubrick keine Zivilisation ohne Gewalt? Die pure Story, in der Tat, läßt den Autor als reaktionären Pessimisten erscheinen. Seine artifizielle Vollkommenheit jedoch hat ihn schon rehabilitiert: die Musik ist meist elektronisch verfremdet, die Interieurs erscheinen grotesk stilisiert, und alle Charaktere sind

Karikaturen. Der Film, obschon glatt und offensichtlich ohne ‚Humanität‘ („Time“), läßt jede Deutung zu.“²⁰)

Literaturhinweise:

- ¹ Roger Garaudy: Statt eines Nachwortes zu „D'un Réalisme sans Rivages“, in: Marxismus und Literatur, herausgegeben von Fritz J. Raddatz, Hamburg 1969, Bd. II, S. 227.
- ² Marx/Engels: Deutsche Ideologie, Werke, Berlin 1969, Bd. III, S. 48.
- ³ Boris Eichenbaum: Aufsätze zur Theorie und Geschichte der Literatur, Frankfurt 1965, S. 47.
- ⁴ Wolfgang Werth: Reden über Schweigen, in: Die Zeit, 14. 4. 1972, S. 33.
- ⁵ Ein Baukran stürzt um, herausgegeben von Karl D. Bredthauer, Heinrich Pahl und Erasmus Schöfer, München 1970, S. 17.
- ⁶ Wolfgang Röhrer, Horst Kammrad, Harald Schmid: Es gibt sie halt, die schreibende „Fiktion“, in: Gruppe 61, Neuwied 1966, S. 199.
- ⁷ Lauter Arbeitgeber, herausgegeben von der Werkstatt Tübingen, Jürgen Alberts, Albert Scherer, Klaus Tscheliesnig, München 1971, S. 14.
- ⁸ Gruppe 61, a.a.O., S. 202.
- ⁹ Lauter Arbeitgeber, a.a.O., S. 14.
- ¹⁰ Edmund Wolf: Die erlösten Stimmen. Proletarier schreiben Englands neues Drama, in: Süddeutsche Zeitung, 4./5. März 1972.
- ¹¹ Helga Gallas: Marxistische Literaturtheorie, Neuwied 1971, S. 77. (Dazu auch: Igor A. Caruso, Soziale Aspekte der Psychoanalyse, Stuttgart 1962.)
- ¹² Bertolt Brecht: Notizen über realistische Schreibweise, in: Schriften zur Literatur und Kunst, Frankfurt 1967, Bd. II, S. 199.
- ¹³ Georg Lukacs: Es geht um den Realismus, in: Marxismus und Literatur, a.a.O., Bd. II, S. 69 f.
- ¹⁴ Helga Gallas, a.a.O., S. 79.
- ¹⁵ Friedrich Hölderlin, Sämtliche Werke, Kleine Stuttgarter Ausgabe, Bd. 4, Stuttgart 1962, S. 162.
- ¹⁶ Erika Ruckdäschel: Der Hohlraum, in: Ein Baukran stürzt um, a.a.O., S. 112 ff.
- ¹⁷ Peter Neuneier: Akkord ist Mord, Köln 1972, S. 65.
- ¹⁸ Helmut Creutz: Bilanz mit Fünfzig, in: Lauter Arbeitgeber, a.a.O., S. 67 ff.
- ¹⁹ Bertolt Brecht, Thesen für proletarische Literatur, in: Schriften zur Literatur und Kunst, Frankfurt 1967, Bd. II, S. 204.
- ²⁰ Der Spiegel: Brutalität in Serie, Jahrgang 1972, Nr. 8, S. 129.

Für die Einheit des VS — Gegen die Spalterfraktion

Dokumentation und Stellungnahmen zu den Vorgängen im VS

Herausgeber: Hartmann Goertz, Peter de Mendelssohn, Hermann Stahl, Elisabeth Endres, Friedrich Hitzer, Angelika Mechtel

I. Dokumentation

Chronologie der Ereignisse

Briefe an Dr. Eberhard Horst von Friedrich Hitzer, Angelika Mechtel, Willi Baumann. Registerbericht VR 4257 vom 10. 4. 72

II. „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“

Selbstdarstellung

Aus Werner van der Bourgs gesammelten Briefen an VS-Mitglieder und andere Personen.

III. Stellungnahmen:

Martin Gregor-Dellin

Dieter Lattmann

Peter Adler

Hannsferdinand Döbler

Elisabeth Endres

Hartmann Goertz

Christian Grote

Joachim Hackethal

Friedrich Hitzer

Burkhardt Kiegeland

Wolfgang Koeppen

Walter Kolbenhoff

Franz Xaver Krotez

Angelika Mechtel

Peter de Mendelssohn

Erika Runge

Ulrich Sonnemann

Eckart Spoo

Wilfried Schoeller

Hermann Stahl

P. E. N.-Resolution zur Gewerkschaftsfrage

Zwei Resolutionen der IG Druck und Papier

I. Dokumentation

Chronologie der Ereignisse

November 1971: Der Vorstand des VS in Bayern billigt das Verhalten der bayerischen Delegierten, die bei der Berliner Konferenz einstimmig, einschließlich Dr. Horst und Zierer, für den Gewerkschaftsanschluß gestimmt haben.

Beim ersten Gesprächsabend nach der Berliner Delegiertenkonferenz hält Otto Zierer eine leidenschaftliche Rede für den Gewerkschaftsanschluß. Von Mitgliedern hinterher zur Rede gestellt, bezeichnet er seinen Sinneswandel als „taktisches Manöver“. Gegenüber Gregor-Dellin: Man könne sich der allgemeinen Tendenz nicht widersetzen.

Anfang des Jahres 1972 erzählt Otto Zierer mehreren Mitgliedern, er habe von der CSU Angebote erhalten zur Gründung eines bayerischen Gegenverbandes oder eines separaten bayerischen VS. Alle Posten seien praktisch vergeben, man verfüge auch über die nötigen Mittel. Er werde jedoch nichts unternehmen bis zur Entscheidung in der Mitgliederversammlung im Frühjahr. Horst, darüber informiert: „Ich weiß davon. Wir werden uns aber nicht beirren lassen und die Gewerkschafts-Diskussion bis zum Frühjahr sachlich zu Ende führen.“ (Am 29. 3. in Gegenwart von Aberle, Gregor-Dellin, Grote, Korschunow, Mönnich und Ude, erklärt Zierer: „Das Angebot kam über von der Osten-Sacken.“)

Mittwoch, 9. Februar: Zierer stellt im Kultusministerium an einen Regierungsbeamten in Gegenwart von Horst und Gregor-Dellin die Frage, ob die Subventionen auch an einen kleineren bayerischen Verband weitergezahlt würden. Der Regierungsbeamte: Die Subventionen seien nicht abhängig von der Zahl der Mitglieder.

Freitag, 11. Februar: Die 26 Fragen an die Gewerkschaft werden im Vorstand formuliert. Zierer teilt dem Vorstand mit, Dolezol verbreite das Gerücht, er, Zierer, sei nur aus taktischen Erwägungen vorübergehend für den Gewerkschaftsanschluß, um dann im entscheidenden Moment nein zu sagen. Zierer distanziert sich von solchen Gerüchten.

Donnerstag, 17. Februar: In der außerordentlichen Mitgliederversammlung werden u. a. Horst und Zierer in die Gewerkschafts-Kommission gewählt und akzeptieren das vorgeschlagene Verfahren: Die Kommission arbeitet ein Protokoll aus, das gegengezeichnet und dem Vorstand zur Erörterung vorgelegt wird. Dieser nimmt bis zur Mitgliederversammlung dazu Stellung.

Montag, 21. Februar: Zierer erklärt, er sei sicher, die Forderungen seien so hoch geschraubt, daß die IG Druck und Papier ablehnen müsse.

Freitag, 25. Februar: Erste Gesprächsrunde mit der Gewerkschaft, die überraschend positiv verläuft. Bis Anfang Mai sollen auch die offenen Fragen geklärt sein. Weitere Gespräche werden vereinbart.

Montag, 28. Februar: Auf telefonische Anfrage von Gregor-Dellin, was er, Zierer, denn nun meine, antwortet er wörtlich: „Es wird jetzt schwer sein, ein Nein zu formulieren.“

Sonntag, 5. März: Dr. Horst teilt Gregor-Dellin mit, er wisse, daß sich am Montag eine „Fraktion“ gründen werde. Er, Horst, sei auch eingeladen, gehe aber nicht hin.

Montag, 6. März: Gründung der „Fraktion“ Norden. Zierer unterschreibt ein Papier, das sich gegen jeden Gewerkschaftsanschluß ausspricht. Zierer zu Dr. Ott: „Sie können unbesorgt beitreten, das geschieht mit voller Billigung des Vorsitzenden Dr. Horst.“ (In der Vorstandssitzung vom 29. 3. belastet Zierer vor 6 Vorstandsmitgliedern Dr. Horst, indem er erklärt, er sei „in voller Übereinstimmung mit Horst zur Fraktion gegangen“.)

Dienstag, 7. März: Auf der Fahrt zur 1. Sitzung der VS-Kommission erklärt Zierer gegenüber Gregor-Dellin, am Abend zuvor habe sich die Norden-„Fraktion“ gegründet, das könne dem Vorstand nur recht sein. Am Freitag bei der Vorstandssitzung werde man für klare Verhältnisse sorgen, er habe sein Papier mit der Ablehnung bereits vorbereitet. Zierer vergleicht die „Fraktion“ mit der SS: „Auch die Schutzstaffel hat sich erst gegründet, nachdem der linke Meinungs-terror überhand nahm.“ Daraufhin kommt es zum Bruch zwischen Zierer und Gregor-Dellin. Auf der Rückfahrt, nachdem Zierer der Kommission seine bereits vollzogene Meinungsänderung nicht hat erkennen lassen, wird Gregor-Dellin von Horst mitgenommen, der nun ebenfalls bekennt, er habe sich gegen den Gewerkschaftsanschluß entschieden und werde die Mitglieder noch im März durch ein Mitteilungsblatt davon informieren. Gregor-Dellin macht ihn darauf aufmerksam, daß man erst den Abschluß der Gespräche abwarten müsse, und warnt ihn von Zierers Aktivitäten.

Donnerstag, 9. März: Pressekonferenz der „Fraktion“ Norden, bei der bekannt wird, daß Zierer das Gründungspapier bereits am Montag unterschrieben hat. Man läßt durchblicken, daß auch andere Vorstandsmitglieder folgen werden. Außerdem wird gesagt, am nächsten Tag bei der Vorstandssitzung würden die Würfel fallen.

Freitag, 10. März: Da Horst in der Vorstandssitzung auf die Erklärungen vom Vortag nicht eingeht, stellt Gregor-Dellin die Fragen: Ob die in der „Fraktions“-Pressekonferenz abgegebenen Erklärungen den Tatsachen entsprächen, und woher die „Fraktion“ ihre Informationen habe? Dies löst — nachdem Horst anfangs erklärt, er habe von allem nichts gewußt — jene Auseinandersetzung aus, in deren Folge fünf Mitglieder des Vorstands die Abberufung von Zierer und Hochrain verlangen (Dr. Ott hat seinen Rücktritt aus dem Vorstand erklärt). Horst enthält sich der Stimme.

Montag, 13. März: Die Vorstandsmitglieder erfahren aus der Zeitung, daß Horst den Vorstand abberufen hat und zurücktritt. In der dpa-Erklärung werden die wirklichen Gründe für die Arbeitsunfähigkeit des Vorstands (Zierers und Hoch-

rains Unterschriften unter dem „Fraktions“-Papier und die Torpedierung der Gewerkschafts-Verhandlungen) nicht genannt.

Dienstag, 14. März: Sechs Vorstandsmitglieder stellen in einem Brief den Sachverhalt der Abberufung richtig.

Mittwoch, 15. März: Gregor-Dellin und andere erhalten Drohbriefe, Gregor-Dellin auch anonyme Anrufe.

Donnerstag, 16. März: Erwartungsgemäß erhebt die Gewerkschaft Einspruch gegen das Verfahren und sieht sich außerstande, die Verhandlungen nach Zierers Unterschrift unter dem „Fraktions“-Papier mit der Kommission in der alten Zusammensetzung weiterzuführen.

Montag, 20. März: Horst und Zierer geben ohne Wissen des Vorstands ein Mitteilungsblatt mit den ablehnenden Stellungnahmen zum Gewerkschaftsanschluß heraus. Damit drohen die Verhandlungen der Kommission ganz zu scheitern.

Dienstag, 21. März: Zierer läßt sich von der „Fraktion“ als Kandidat für den Vorsitz aufstellen. Der „Fraktionsreport“ erscheint.

Freitag, 24. März: Die IG Druck und Papier erklärt sich zu weiteren Gesprächen mit Angelika Mechtel, Irina Korschunow, Gregor-Dellin und Friedrich Hitzer bereit.

Mittwoch, 29. März: In Abwesenheit des für zweieinhalb Wochen aus Gesundheitsgründen verreisten Vorsitzenden — und nach dessen Unterrichtung — tritt der Vorstand zusammen und beschließt die Einberufung der Mitgliederversammlung für den 22. April. Aberle, Gregor-Dellin, Grote, Korschunow, Mönnich und Ude fassen diesen Beschluß satzungsgemäß, nachdem Zierer im Auftrag der „Fraktion“ gegen einen solchen Beschluß eine einstweilige Verfügung angedroht hat. Zierer begründet seine Androhung, die „Fraktion“ müsse bis zur Mitgliederversammlung 400 Mitglieder haben. Der Vorstand findet sich unter diesen Umständen nicht bereit, einer weiteren einseitigen Beeinflussung und Verunsicherung der Mitglieder tatenlos zuzusehen.

Mittwoch, 5. April: Nach seiner Rückkehr stimmt der Vorsitzende Dr. Horst dem Vorstandsbeschluß und dem Termin der Mitgliederversammlung zu, nachdem er sich von der Legalität des Vorstandsbeschlusses durch Rechtsberatung überzeugt hat. Gregor-Dellin reist daraufhin ab. Kaum hat er München verlassen, übergibt Dr. Horst an Zierer a) eine Rücktrittserklärung gegenüber dem Registergericht zur persönlichen Vorlage und b) die Schlüssel der Geschäftsstelle.

Freitag, 7. April: Ausgerüstet mit der Erklärung Dr. Horsts erscheinen die „Fraktions“-Mitglieder Zierer, Norden, Festerling und Parth auf dem Amtsgericht München, Registergericht, und beantragen die Einsetzung eines „Notvorstands“ mit Zierer, Festerling und Parth und dessen Eintragung ins Vereinsregister. Noch am gleichen Tag bezeichnet sich Zierer gegenüber der Akademie Tutzing und in Briefen an Mitglieder bereits als eingesetzten „Notvorstand“ und amtierenden Vorsitzenden.

Sonntag, 9. April, 17.00 Uhr: Zierer teilt Frau Gregor-Dellin telefonisch mit,

ihr Mann habe die Geschäftsstelle nicht mehr zu betreten. Er, Zierer, sei jetzt Notvorstand. Daraufhin ruft Frau Gregor-Dellin zum Rechtsschutz ihres Mannes und des amtierenden Vorstands den Bundesjustitiar zu Hilfe.

Montag, 10. April: Das Registergericht hat den Notvorstand nicht eingetragen, da schwerwiegende Rechtszweifel bestehen. Morgens um 9 Uhr erwirken der Sozios des Bundesjustitiars, der stellv. Vorsitzende Gregor-Dellin und das Vorstandsmitglied Grote in Begleitung des Bundesvorsitzenden die eindeutige Klärung der Rechtslage: Der stellv. Vorsitzende vertritt — nach dem Rücktritt Horsts — den Verband bis zu Neuwahlen gerichtlich und außergerichtlich. Inzwischen tagt die „Fraktion“ um 10 Uhr bereits in der Geschäftsstelle: Zierer, van der Bourg sen. und jun. Da die Geschäftsstelle nicht geöffnet ist, erwirkt der stellv. Vorsitzende durch Verlesen des Gerichtsprotokolls die Übergabe der Geschäfte. Damit scheint der seit Beginn des Jahres vorbereitete Handstreich der „Fraktion“ auf den bayerischen Verband und den Vorstand — geplant von Norden, ausgeführt von Zierer, unter stillschweigender Duldung durch den Vorsitzenden Dr. Horst — endgültig abgewehrt. Die „Fraktion“ droht neue Gegenmaßnahmen an ...

An den
Vorsitzenden der VS-Landesgruppe Bayern
Dr. Eberhard Horst
8031 Gröbenzell
Weiherweg 41

München, 11. März 1972

Lieber Herr Dr. Horst,
bei der Pressekonferenz von Peter Norden erfuhr ich, daß Otto Zierer am 6. März 1972 die „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“ mitgegründet hat. Er ist einer der Unterzeichner des Papiers dieser Gruppe, die einen kompromißlosen Kampf gegen die Gewerkschaftsorientierung des VS ankündigt. Es handelt sich hier um die Plattform einer Spaltergruppe, die dem VS schadet. Peter Norden bestätigte bei dieser Konferenz, daß Sie schon vor dem 6. März 1972 über die Pläne der Gruppe eingeweiht gewesen seien und lediglich um eine zeitliche Verschiebung der Fraktionsgründung gebeten hätten. Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Dr. Horst mit Otto Zierer zusammen, schon am 25. Februar 1972 — als wir mit den Gewerkschaften die erste Verhandlung führten — von diesen antigewerkschaftlichen Fraktionierungsplänen Bescheid wußten. (Otto Zierer wußte doch zumindest, daß ihm von führender Stelle der CSU — nach der Westberliner Entscheidung — zur Gründung eines Gegenverbands Geld angeboten wurde.) Einige Tatsachen nähren diesen Verdacht:
— Ihr Verfahren bei der Ausarbeitung der 26 Fragen;
— die zunächst unerklärliche Eile, mit dem Landesbezirk der IG Druck und Papier sowie dem DGB-Landesbezirk Bayern zu verhandeln;

— Ihre Weigerung, die Kommission vor den Verhandlungen einzuberufen, um damit den neuen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu den 26 Punkten zu sagen.

Aber nach ihrer Äußerung vor dem DGB-Haus haben Sie ja vernehmlich mich „als Zuhörer, meinetwegen als Kontrolleur“ bezeichnet. Im Interesse unserer Sache habe ich darauf verzichtet, daß die Kommission — wie das in jedem demokratischen Verband üblich ist — vorher tagt. Oder wäre es Ihnen lieber gewesen, daß ich vor den Gewerkschaftern erklärt hätte: ich kann nicht mitreden, weil ich vorher nicht gefragt worden bin?

Selbst die Anlage Ihrer Punkte, in denen nur gefordert aber nichts angeboten wird — nach dem Muster, die Arbeiter und Angestellten sollen jetzt das bezahlen, was wir nicht einmal vom bayerischen Kultusministerium bekommen — wirft jetzt, bei aller Fleißarbeit, ein merkwürdiges Licht auf Ihr Verhandlungsgedaren. Hatten Sie schon damals die Absicht, den Verhandlungspartner nur zu spielen?

Sicher ist, daß Sie beide — Dr. Eberhard Horst und Otto Zierer — am 7. März 1972 den anderen Kommissionsmitgliedern gegenüber so taten, als wollten Sie noch entsprechend dem Auftrag der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 17. Februar 1972, in Verantwortung für den Ruf und die Interessen der Schriftsteller im bayerischen Landesverband des VS, mit den Gewerkschaften korrekt verhandeln. Sie haben kein Wort von der antigewerkschaftlichen Spalterfraktion gesagt, der zu diesem Zeitpunkt Otto Zierer bereits als Gründungsmitglied angehörte — eine Tatsache, die auch Ihnen bekannt war.

Auch bei dieser Zusammenkunft wandten Sie, wie ich jetzt weiß, eine Taktik des Überfahrens an. Auch hier wollten Sie an Ort und Stelle das von Ihnen mitgebrachte Protokoll — dem zunächst nur Sie und Zierer (ist das Zufall?) zustimmten — durchziehen. Angelika Mechtel und ich haben, wiederum in Rücksicht auf Sie, mitdiskutiert. Oder wäre Ihnen eine Weigerung lieber gewesen?

Erst auf mein Betreiben hin waren Sie überhaupt geneigt, Ihren Protokollvorschlag den Gewerkschaften zur Ansicht vorzuschlagen. Und nur unter diesem Vorbehalt haben Mechtel und ich — und wie mir scheint auch Gregor-Dellin — an der Diskussion über die einzelnen Punkte teilgenommen. Wie am 25. Februar 1972 forderten Sie ein Entgegenkommen heraus, das selbst einen gutgläubigen mißtrauisch machen müßte. Aber wir waren gutgläubig, genauer gesagt, wir handelten guten Glaubens. Sie haben uns bewußt getäuscht.

Sie erinnern sich daran, daß wir Ihnen bei der Überbeanspruchung Ihrer Arbeitskraft gerade für diesen Landesverband helfen wollten, und ich habe Ihnen auch vorgeschlagen, die Arbeit auf verschiedene Schultern zu verteilen. Aber offenkundig gibt es Gründe, warum hier auch nur Sie und Zierer die Hauptlast tragen wollen. Ich machte Sie bei unserer Sitzung am 7. 3. 1972 auch mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Veröffentlichung eines einseitigen Protokolls 1. die Vereinbarungen vom 25. 2. 1972 nicht einhält, weil bei dieser Gelegen-

heit der Austausch von Protokollen und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Protokolls beschlossen wurde und

2. ein solches Vorgehen nur zu Mißverständnissen, schlimmstenfalls zu Verdächtigungen führen muß — die bayerische VS-Kommission verhandle jetzt nur zu dem Zweck, unter den Autoren Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen, diese zu desavouieren und die Gespräche schließlich platzen zu lassen. Dieser Tatbestand ist jetzt offenkundig, was Zierer betrifft. Zierer hat spätestens seit dem 6. 3. 72 die volle Absicht, im Umgang mit den Gewerkschaften gleichsam wie ein Unternehmer aufzutreten, der es darauf anlegt, nur zum Schein zu verhandeln, den Gesprächspartner zu täuschen und die wenig informierten Schriftsteller antigewerkschaftlich einzustimmen. Das ist ein Spiel mit gezinkten Karten, das ich als gewähltes Mitglied der Kommission — nicht als Zuhörer, Herr Dr. Horst! — nicht verantworten kann. Dieses Gebaren schadet dem VS, es schadet in den Augen der Öffentlichkeit dem Ruf der Schriftsteller, es schadet all jenen, die sich um die Solidarität der arbeitenden Menschen — gegen die Willkür der Verleger und Medienbosse bemühen. Es schadet auch Otto Zierer selbst. Aber das ist ja nun seine Sache.

Leider kann ich Sie von diesen Vorwürfen nicht ausnehmen. Ihr Name steht zwar nicht auf dem Gründungspapier der Spaltergruppe Norden-Hochrain-von der Osten-Sacken. Peter Norden, der Sprecher dieser Gruppe, hat jedoch bei besagter Pressekonferenz einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Ihnen und der Gruppe hergestellt. Ziemlich triumphierend ließ er — einen Tag vor der Sitzung des bayerischen VS-Vorstands — durchblicken, was da alles geschehen würde. Ist das merkwürdig, wenn ein so einfaches Mitglied wie P. Norden über interne Vorstandsvorgänge so gut Bescheid weiß? Mich wundert jetzt auch nicht mehr, wie ein so einfaches Mitglied über die Namen derer verfügen konnte, die die außerordentliche Mitgliederversammlung vom 17. 2. 72 beantragt hatten.

Ihr mit Gregor-Dellin gezeichnetes Dementi reicht nicht aus, um den Tatbestand eines Doppelspiels auch Ihrerseits aus der Welt zu schaffen. Weder gegenüber dem Verband noch den Gewerkschaften noch der Öffentlichkeit können Sie den schweren Verdacht zerstreuen, daß Sie ein von Ihnen mitinitiiertes Verhandlungsangebot nicht korrekt und aufrichtig führten, zumal Sie schon in der Kommission einen Teil der Mitglieder buchstäblich überfahren haben.

Aus den genannten Gründen kann ich es nicht mehr verantworten, mich mit meinem Namen an dem von Ihnen vorgelegten Protokollentwurf zu beteiligen. Mit Otto Zierer unterzeichne ich — aufgrund seines Doppelspiels — kein Protokoll. Mit Zierers Ausschluß aus dem Vorstand ist ja auch sein Mandat in der Kommission zuende.

Ich bestehe darauf, daß die Vereinbarung vom 25. 2. 72 eingehalten wird, das heißt den Verbandsmitgliedern kann nur ein Protokoll vorgelegt werden, das von beiden Seiten ausgearbeitet wird. Ein Protokoll zur Gegenzeichnung kann nach Lage der Dinge von der gewerkschaftlichen Seite zumindest als ein merk-

würdiges Angebot angesehen werden. Im übrigen frage ich mich, wie Sie die Logik zusammenbringen, einerseits zu verneinen, daß die 26 Fragen beantwortet worden sind, andererseits aber von der gewerkschaftlichen Seite erwarten, noch einmal großzügiges Entgegenkommen zu zeigen?

Es ist notwendig, daß die Kommission zu einer Sitzung zusammentritt, wo ohne die Beteiligung von Otto Zierer ein Protokoll unsererseits angefertigt wird, das nicht zur Gegenzeichnung, sondern zu einem Vergleich mit dem Protokoll der Gewerkschaftsseite herangezogen wird. Wenn es sich dann herausstellt, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt, werden diese festgehalten. Und dies namentlich. Mit freundlichen Grüßen

(Friedrich Hitzer)

Durchschläge an: VS-Bundesvorstand, Kommissionsmitglieder: Gregor-Dellin, Korschunow, Mechtel; IG Druck und Papier, Wili Baumann, Landesbezirk DGB, Jakob Deffner.

Herrn Dr.

Eberhard H o r s t

VERBAND DEUTSCHER SCHRIFTSTELLER

IN BAYERN e. V.

8000 München 22

Thierschstr. 17/II

München, den 11. 3. 72

Sehr geehrter Herr Dr. Horst,

als sich die Kommission am 7. März im „Haus des Sports“ traf, um ein gemeinsames Protokoll zum Gespräch mit der IG Druck und Papier in München, das am 25. Februar stattgefunden hat, aufzusetzen, geschah das aufgrund des Mandats, das jedes Kommissionsmitglied von der Mitgliederversammlung des VS in Bayern am 17. Februar erhalten hatte.

Damals hatte sich die MV mit großer Mehrheit für einen Kommissionsvorschlag entschieden, der sich zusammensetzte aus a) dem Vorstand des VS in Bayern, vertreten durch Sie, Otto Zierer und Martin Gregor-Dellin, b) den Mitgliedern Irina Korschunow als Kinderbuchautorin und mir, die ich mich mit den Problemen der alten Schriftsteller befaßt habe, c) dem Mitglied Friedrich Hitzer, der sich aufgrund eigener Gewerkschaftserfahrungen als Kommissionsmitglied qualifizierte. Zum Zeitpunkt der MV war von einer Fraktionsbildung „unabhängiger Autoren“ im VS noch nichts bekannt. Es ist fraglich, ob Otto Zierer als Mitbegründer dieser Fraktion von der MV noch in diese Kommission gewählt worden wäre.

Tatsache ist, daß Otto Zierer dieses Mandat als vertrauenswürdigen Vorstandsmitglied und nicht als Mitbegründer der „Fraktion unabhängiger Autoren“ erhalten hat, und, daß Otto Zierer heute dem Vorstand nicht mehr angehört.

Da diese Fraktion am 6. März gegründet wurde und der Vorstand des VS in Bayern laut Presseinformation der Fraktion von der Gründung unterrichtet war,

hatte sich am 7. März die Situation, die zur Mandatsgebung geführt hatte, bereits grundlegend verändert, und es wäre Ihre Pflicht und die Pflicht von Otto Zierer gewesen, die Kommission von den veränderten Standorten zu unterrichten.

Das geschah nicht. Stattdessen wurde ein bereits fertig ausgearbeitetes Protokoll auf den Tisch gelegt, das Sie gemeinsam mit dem Fraktionsgründungsmitglied Otto Zierer zusammengestellt hatten. Hinzu kommt, daß Sie dieses Protokoll vor unserer Zusammenkunft lediglich einigen Kommissionsmitgliedern zur Einsichtnahme vorgelegt haben.

Weder Friedrich Hitzer, noch ich waren über dieses Protokoll informiert. Es lagen nicht einmal genügend Kopien für jedes Kommissionsmitglied vor, so daß ich bis heute — außer den 26 Fragen, die mir auf mein Drängen hin kurzfristig (einen Tag vor dem Gespräch mit der IG Druck und Papier) zugeschickt worden waren — nichts in Händen habe, was mit der Tätigkeit dieser Kommission zu tun hat.

Bislang habe ich dieses „Versehen“ auf Ihre Arbeitsüberlastung, die nicht zu leugnen ist, zurückgeführt. Aber so, wie sich inzwischen die Situation im VS in Bayern verändert hat, ist diese Unterlassung nicht mehr als Versehen, sondern nur noch als Taktik zu werten.

Diese Taktik ist nicht im Sinne der Mitgliederversammlung, die mir im guten Glauben ein Mandat als Kommissionsmitglied erteilt hat.

Da sich also die Situation inzwischen grundlegend verändert hat und einige Kommissionsmitglieder offensichtlich wissentlich am 7. März über einige wichtige neue Tatbestände hinweggetäuscht wurden, ist mir heute nicht mehr möglich, meine Einwilligung zur Veröffentlichung des am 7. März bearbeiteten Protokolls zu geben. Ich lehne in dieser Form auch eine Unterzeichnung des Protokolls in den Mitgliedernachrichten des VS ab, die Ende März erscheinen sollen.

Ich bestehe darauf, daß die Kommission zu einem neuen Arbeitsgespräch zusammenkommt (wobei ich darauf verweisen möchte, daß ich vom 19. 3. bis 26. 3. nicht in München bin) und, daß dann ein neues Protokoll ausgearbeitet wird. Dieses Protokoll muß entsprechend den Abmachungen mit der IG Druck und Papier mit dem Protokoll der Kommission der IG Druck und Papier abgestimmt werden, ehe es zu einer Bekanntgabe im VS in Bayern kommt.

Ich muß auf diesen Forderungen bestehen, da ich mich verantwortlich fühle für ein Mandat, das mir von den Mitgliedern des VS in Bayern übertragen wurde, und das ich korrekt und im Sinne aller Mitglieder erfüllen muß und erfüllen will.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

(Angelika Mechtel)

Je eine Kopie an: IG Druck und Papier — Herrn Baumann und Herrn Deffner; Bundesvorstand des VS — Dieter Lattmann; Kommissionsmitglieder Hitzer, Korschunow, Gregor-Dellin, Zierer.

Herrn

Dr. Eberhard Horst

8031 Gröbenzell

Weiherweg 41

16. 3. 1972

Sehr geehrter Herr Dr. Horst,

zuerst muß ich Sie um Verständnis dafür bitten, daß ich Ihren Brief erst heute beantworten kann. Wie Sie wissen, befand ich mich bis zum 13. März im Skiurlaub, und unglücklicherweise habe ich mir dabei eine Verletzung zugezogen, so daß ich zur Zeit nur begrenzt „einsatzfähig“ bin.

Inzwischen habe ich sowohl aus der Presse als auch aus einer Durchschrift des Briefes von Friedrich Hitzer an Sie (vom 11. 3. 72) entnehmen müssen, daß sich die interne Auseinandersetzung im VS in Bayern in so dramatischer Weise zugespitzt hat, daß Sie den Vorstand abberufen und Ihren eigenen Rücktritt erklärt haben. Wir haben keineswegs die Absicht, uns in diese internen Auseinandersetzungen des VS einzumischen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß dieser Konflikt innerhalb des VS unvermeidlich auch die Verbindungen berührt, die durch unser Sondierungsgespräch am 25. Februar angeknüpft wurden.

Gestatten Sie, daß ich unseren Standpunkt in der gebotenen Kürze (und Vergrößerung) skizziere:

1. Mit einiger Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, daß auf Ihrer Seite die Absicht besteht, ein Protokoll von dem Sondierungsgespräch am 25. 2. 72 im Wortlaut zu veröffentlichen. Eine Maßnahme dieser Art, zumal einseitig, war am 25. 2. nicht erwähnt worden. Nach unserer Auffassung ist es allgemein üblich, vor einer beabsichtigten Veröffentlichung eines gemeinsamen Protokolls das Einverständnis beider Seiten herbeizuführen.

2. Einige Ihrer schriftlich vorgelegten Fragen haben überregionale Auswirkungen, und wir waren deshalb übereingekommen, dieselben an den Hauptvorstand der IG Druck und Papier weiterzuleiten. Solange diese Antworten noch ausstehen, scheint es uns voreilig, die Ergebnisse unserer Besprechung überhaupt zu publizieren. Zwangsläufig muß hierbei eine unvollständige Information entstehen, verbunden mit der Gefahr, angesichts der gespaltenen Meinung innerhalb des VS in Bayern erneute Mißverständnisse und Kontroversen auszulösen.

3. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage halten wir es momentan nicht für sinnvoll, den von Ihnen zugestellten Entwurf eines Protokolls über das Sondierungsgespräch vom 25. 2. 72 zu überarbeiten. Vielmehr möchten wir Sie darum ersuchen, von einer Verbreitung dieser Aufzeichnung Abstand zu nehmen. Dies scheint uns um so mehr geboten, als zumindest zwei Mitglieder der VS-Kommission inzwischen erklärt haben, dieses Protokoll nicht zu unterzeichnen.

4. An Stelle dessen bieten wir Ihnen erneut an, in ein weiteres Gespräch über die noch offenen Fragen einzutreten. Dies sollte zweckmäßigerweise dann geschehen, wenn die Antworten unseres Hauptvorstandes vorliegen. Bei dieser Gelegenheit

könnte man sich auch über den Inhalt und die Verwendung eines Protokolls verständigen.

5. Da sich Herr Otto Zierer durch seine Unterzeichnung der Plattform der „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“ eindeutig gegen einen Anschluß des VS an die IG Druck und Papier entschieden hat, dürfen wir wohl erwarten, daß er künftig nicht mehr der VS-Kommission angehören wird. Andernfalls sähen wir uns außerstande, die begonnenen Gespräche in der bisherigen Freimütigkeit weiterzuführen.

Soweit unser Standpunkt zur derzeitigen Sachlage. Wie vereinbart, werde ich Ihnen die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu den noch offenen Fragen sobald wie möglich zukommen lassen. Ich würde es begrüßen, wenn unmittelbar danach ein weiteres Gespräch zwischen dem VS und der IG Druck und Papier in Bayern zustande käme.

Mit freundlichen Grüßen

(Willi Baumann)

Durchschrift an: Herrn M. Gregor-Dellin, Herrn F. Hitzer, Frau I. Korschunow, Frau A. Mechtel; Herrn D. Lattmann; Hauptvorstand der IG Druck und Papier; DGB, Landesbezirk Bayern.

Amtsgericht München
Registergericht
VR 4257

München, den 10. 4. 72

Betr.: Verband Deutscher Schriftsteller in Bayern e. V.

Es erscheinen auf der Geschäftsstelle folgende Herren, je ausgewiesen durch amtl. Ausweise und Sachkenntnis.

- a) Herr RA Dr. Hertin, Berlin,
- b) Dellin Martin Gregor, Schriftsteller in Gröbenzell, Kochelseestr. 88, derzeitiger stv. Vorsitzender,
- c) Lattmann Dieter, Schriftsteller in München, Heimstätterstr. 28,
- d) Dr. Christian Grote, Redakteur, Vorstandsmitglied des Vereins.

Die erschienenen Herren erklären übereinstimmend:

Wir haben von dem Antrag der Herren Norden, Zierer, Festerling und Willy Parth vom 7. 4. 72, der auf Bestellung eines mehrgliedrigen Notvorstandes lautet, Kenntnis genommen.

Wir widersetzen uns diesem Antrag. Herr Martin Gregor-Dellin ist nach wie vor vertretungsberechtigtes und im Vereinsregister eingetragenes Vorstandsmitglied. Die dem Registergericht vorliegende Erklärung des 1. Vorsitzenden vom 11. 3. 71, wonach dieser seinen Rücktritt erklärt, wird nicht angezweifelt, soweit es sich um den Rücktritt nur des 1. Vorsitzenden handelt. Soweit eine Abberufung der übrigen Vorstandschaft zur Frage steht, werden jedoch erhebliche Bedenken an-

gemeldet, ob eine wirksame Abberufung der übrigen Vorstandsmitglieder stattgefunden hat.

Unstrittig jedoch ist, daß gem. § 31 der Satzung der 2. Vorsitzende, Herr Martin Gregor-Dellin gar nicht durch den 1. Vorsitzenden abberufen werden kann. Im übrigen bliebe auch bei einer Abberufung nach § 31 der Satzung der abberufene Vorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung, in der Neuwahl erfolgen könnte, im Amt (§ 32 d. Satzung).

Aus diesen Gründen wird der konkrete Antrag gestellt, den Antrag der Herren Norden, Zierer, Festerling und Parth vom 7. 4. 72 auf Bestellung eines Notgeschäftsführers kostenpflichtig zurückzuweisen, da hierfür kein Bedürfnis besteht. Herr Martin Gregor-Dellin übergibt Einladung zur nächsten Jahres-Mitgliederversammlung, die am 22. 4. 72 stattfinden soll, zu den Akten.

Eine Abschrift dieses Protokolls wird Herrn 2. Vorsitzenden übergeben.

v.g.u.u.

Krautwurst, Rpf.

Dr. Paul W. Hertin, Martin Gregor-Dellin, Dieter Lattmann, Christian Grote

II. „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“

„Am 6. März 1972 gründeten Mitglieder des VS in Bayern die ‚Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS‘ mit dem Ziel, den vom Bundesvorstand des VS (Verband Deutscher Schriftsteller) angestrebten Beitritt zur IG Druck und Papier zu verhindern und den Verband Deutscher Schriftsteller VS zu erhalten.

Das Gründungsprotokoll trägt folgende Präambel: ‚Die Freiheit des Geistes, die Unabhängigkeit der Meinung und die Toleranz Andersdenkenden gegenüber sind die Arbeitsgrundlagen der deutschen Schriftsteller im VS (Verband Deutscher Schriftsteller). Die unterzeichneten Mitglieder des VS anerkennen die sozial- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit der Gewerkschaften. Sie sehen aber ihre persönlichen, berufsspezifischen Belange durch den Anschluß an eine Gewerkschaft nicht gegeben und werden sich daher mit allen demokratischen Mitteln einer — wie auch immer gearteten — Auflösung des VS widersetzen.“

(Aus: Presseinformation der ‚Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS‘ vom 9. 3. 1972)

„Wer die Mitgliedschaft in der Fraktion erwerben will, sollte sich erst genau prüfen. Kann er es dann immer noch nicht lassen, findet er am Ende dieser ersten Information ein Beitrittsformular. Im übrigen ist die Mitgliedschaft kostenlos. Zweimal werden wir diese Intensiv-Informationen an alle Mitglieder des VS in Bayern versenden, am 23. März und am 15. April 1972, danach ist sie nur noch für Fraktionsmitglieder bestimmt. Ab 1. Mai erscheint der -fr- sodann wöchentlich. Für Fraktionsmitglieder ist der Bezug kostenlos, für Redaktionen der Medien steht er im Vierteljahres-Abonnement zum Preise von DM 33,97 (inklusive Mehrwertsteuer und Porto) zur Verfügung, an andere Bezieher wird der Fraktions-report -fr- nicht abgegeben.“

(Aus: VS fraktions-report, Intensiv-Information für VS-Fraktionsmitglieder vom 23. 3. 1972)

„Wir wissen, daß der VS seit Anfang 1971 systematisch von Basis-Gruppen der dju und der DKP unterwandert wird und haben darum an den Bayern-VS-Vorstand einen

Antrag auf Aufnahmesperre bis zum 3. Juni 1972 gestellt. Der Antrag wurde mit Schreiben vom 14. März 1972 abgelehnt, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Vorstand schon arbeitsunfähig war.“

(ebenda, Seite 7)

„Für diesen fraktions-report hat die Redaktion zwei Anzeigenseiten bekommen. Wir veröffentlichen sie heute nicht, da wir das Geld (je DM 1000,—) vielleicht später brauchen. Den Inserenten schon jetzt besten Dank.“

(ebenda, Seite 10)

„Ich bin weder CDU- noch CSU-Mitglied, sondern arbeite schöpferisch an Public-Relations-Problemen dieser demokratischen Parteien. Wie es der Teufel will, wurde mir gestern eine Zeitung der SPD (Münchner Post) in die Hand gedrückt. Sie können sich lebhaft vorstellen, daß ich nicht wenig erstaunt war, gerade Sie im Impressum als ständigen Mitarbeiter aufgeführt zu sehen und einen Artikel von Ihnen zu lesen, der übelste Wahlkampflosos ist. Gerade gegen die Art von Wahlkampf erarbeite ich — völlig frei in meiner Meinung seitens meiner Auftraggeber — mein PR-Konzept.“

(Peter Norden in einem offenen Brief an Dieter Lattmann, ebenda, Seite 16)

„Retten Sie den VS und retten Sie damit die Demokratie in unserem Vaterland!“

(ebenda, Seite 15)

„Darauf Zierer: ‚Die Fraktion hat keinerlei Spaltungsabsicht, sondern ist einzig und allein gegründet worden um der ‚schweigenden Mehrheit‘ und all jenen, die in den letzten Versammlungen dem Meinungsterror von Lattmann und seinen Sturmtruppen von dju und DKP ausgesetzt waren und die sich nicht mehr zu artikulieren wagten, endlich auch Stimme und Organisation zu geben.“

(ebenda, Seite 13)

FRAKTION MARSCHIERT

Aus Werner van der Bourgs gesammelten Briefen an VS-Mitglieder und andere Personen:

„Das SIGNAL VON MÜNCHEN, der 6. 3. 1972, aber wird von allen VS-Verbänden gehört werden!

Wir hatten und haben nicht die Absicht, den VS zwischen die Mahlsteine politischer Machtkämpfe kommen zu lassen.

Wie recht wir mit der Gründung der Fraktion aber hatten, das beweist Ihre Pressekampagne, die mit Diffamierungen, mit geschickter Agiprop (falsche Schreibweise im Original. Die Herausgeber) nunmehr versucht, das Terrain zurückzuerobieren, was Sie und Ihre Freunde bereits verloren haben.

Sie sollen Ihre persönliche politische Einstellung kundtun, so oft und so viel Sie wollen und mögen. Im Falle der Fraktion ist und bleibt dies Mundtotmachen — Kasernierung des Geistes! Wenn der von Ihnen, sehr geehrter Herr Lattmann, am 17. 2. 1972 prophezeite Kampf diese Wege geht, dann können wir uns leicht ausrechnen, was wir dann noch zu sagen hätten, wären wir erst ganz unter Ihrer erstrebten politischen Gewalt. Wenn Sie nicht in der Lage sind, menschlicher zu agitieren, dann werden Sie nicht nur Ihren Stuhl, sondern in Kürze ihr Gesicht verlieren — wenn dies nicht bereits schon geschehen ist.

Hiermit fordere ich Sie in aller Form auf, in Kürze zu den Veröffentlichungen, die unsere Fraktion ‚als eine Art Aktion Widerstand‘ bezeichnen, Stellung zu nehmen. Ich muß nicht nur eine persönliche, sondern eine öffentliche Klärung in der gesamten Presse fordern. Alle zivil- und strafrechtlichen Schritte behalte ich mir vor.“

(Aus: Offener Brief an Dieter Lattmann und Reinhard Baumgart vom 11. 3. 1972)

„Warum haben Sie dann nicht als der redliche und aufrichtige Mann, der Sie immer sein wollten — von Anfang an Dieter Lattmann wegen seiner SPD-Zugehörigkeit oder Friedrich Hitzer wegen seiner DKP-Zugehörigkeit angegriffen?!

Warum nicht Frau Dr. Runge, deren Theaterstück ganz links ist etc. etc.?! Glauben Sie denn wirklich, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder Ihnen und Ihren Freunden diese Lüge abnimmt?! Glauben Sie wirklich, daß die Lüge von der Abspaltung — nach all den vielen Lügen, die uns auf den Tisch geworfen wurden, noch zieht?! Hängen Sie ruhig Ihr Mäntelchen nach dem Wind, es fragt sich nur, welcher Ihnen stärker ins Gesicht bläst. Ich fordere Sie hiermit auf, die infamen Behauptungen, die ‚Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS‘ sei eine extreme Gruppe und sie beabsichtige eine Politisierung, gegenüber allen VS-Mitgliedern zurückzunehmen — oder wenn Sie glauben, dies nicht tun zu müssen, mit Fakten zu belegen.

Ich behalte mir ausdrücklich vor, gegen Sie zivil- wie auch strafrechtlich wegen Verdacht der üblen Nachrede und Verstoß gegen das GG § 9 vorzugehen.“

(Aus: Brief an Martin Gregor-Dellin vom 15. 3. 1972)

„Daß Sie sich weigerten, meinen Artikel ‚... und Marx schweigt!‘ kostenlos in *publikation* zu veröffentlichen, kann ich aufgrund Ihrer politischen Einstellung verstehen — nur legen Sie sich damit zugleich auch mit Ihrem Blatt fest.

Inwieweit sich dies auf den Absatz auswirken wird, weil eine Vielzahl der VS-Mitglieder — getreu unserer Satzung — politisch nicht behelligt sein will — ist Ihr Problem. Auf mich müssen Sie allerdings in Zukunft als Abonnent verzichten, denn ich bestelle hiermit *publikation* ab! ... Sie gehören scheinbar auch zu denen, die wutentbrannt nunmehr Amok laufen, um das letzte Stück persönliche freie Willensbildung einer Parteidisziplin zu unterwerfen. Glauben Sie mir, sehr geehrter Herr Eilers — die Richtigkeit meines Entschlusses, mich der Fraktion anzuschließen, ist allein schon durch das Verhalten des Herrn Lattmann und seiner Gesinnungsfreunde in den letzten Tagen mehr als bestätigt worden.

Lügen, Verleumdungen, Beleidigungen häufen sich — Meinungsterror wie zu alten Zeiten und das in einer Demokratie. Verfälschte Pressemeldungen von VS-Journalisten — es ist wie ein Signal!

Die Quittung für diese unseriöse Haltung werden Ihnen und Ihren Gesinnungsfreunden die geben, die das bessere, das wahre Argument haben.“

(Aus: Brief an Wolfhart Eilers, Chefredakteur von *publikation*, vom 13. 3. 1972)

„Betr.: Ihr AZ-Artikel vom 9. 3. 1972 ‚Spaltungsversuch im VS‘, vom 13. 3. 1972 ‚Weiterarbeit unmöglich‘.

Bezug: Bildung der ‚Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS‘, Pressekonferenz der Fraktion vom 9. 3. 1972.

Als Gründungsmitglied der o. a. Fraktion fühle ich mich durch Ihre leichtfertige wie unwahre Berichterstattung brüskiert, persönlich beleidigt und diffamiert.

Am 9. 3. 1972 publizieren Sie die Lattmannsche Meinung, daß die Fraktion eine ‚Art Aktion Widerstand‘ sei.

Damit wird der Versuch unternommen, uns an die Seite der NPD zu stellen, die seinerzeit mit dieser Parole gegen unsere Demokratie agitierte.

Ich verwehre mich ganz entschieden gegen eine solche Unterstellung und werde mit allen mir zur Verfügung stehenden zivil- und strafrechtlichen Mitteln gegen eine solche Unterstellung vorgehen! ...

Jeder Tag bringt neue Überraschungen. Dieter Lattmann scheint Amok zu laufen — die Masken fallen schneller als wir dachten. Seien Sie versichert, sehr geehrte Frau Grunert-Bronnen, wir haben die Absichten durchschaut, und wir werden uns zu wehren wissen.

Wir sind aber nicht bereit, wortlos Beleidigungen und Diffamierung hinzunehmen. Sollten Sie vergessen haben, daß wir — noch — in einer Demokratie leben?! Meinungsterror und einseitige Berichterstattung — Mundtotmachen Andersdenkender, wir haben das alles erlebt und Sie können versichert sein (Sie könnten meine Tochter sein!!), daß wir „Alten“ dies nie, nie mehr zulassen werden. Glauben Sie nicht, daß uns Pressekampagnen Ihrer Art müde machen könnten — glauben Sie nicht, daß wir uns mit Lügen und Agiprop (so im Original. Die Herausgeber) weichkochen lassen — es fragt sich, wer die Dialektik besser beherrscht.“
(Aus: Brief an Barbara Grunert-Bronnen vom 13. 3. 1972)

Anmerkung:

Das Gründungsmitglied der „Fraktion“, Mitarbeiter und Mitherausgeber des „Fraktionsreports“, Werner van der Bourg, hat neben weiteren Briefen an VS-Mitglieder seine Ansichten in ähnlicher Form an den DGB-Vorsitzenden Vetter, an Zeitungen und Nachrichtenagenturen geschickt. Ein entscheidender Anlaß zu dieser Veröffentlichung ist ein Brief Werner van der Bourgs an Frau Anneliese Friedmann, Herausgeberin und Verlegerin der *Münchner Abendzeitung*, bei der Barbara Grunert-Bronnen beschäftigt ist. Aus naheliegenden Gründen kann aus diesem Brief kein Auszug gebracht werden. Werner van der Bourg firmiert als Schriftsteller, Immobilienberater und Inhaber eines Musikstudios.

„Man hört niemals mehr von Freiheit reden, als wenn eine Partei die andere unterjochen will, und es auf weiter nichts abgesehen ist, als daß Gewalt, Einfluß und Vermögen aus einer Hand in die andere gehen soll.“
Goethe

III. Stellungnahmen

Martin Gregor-Dellin

Gibt es noch einen dritten Weg?

Was ich vor einem Jahr an Bedenken gegen einen Gewerkschaftsanschluß des VS vorgebracht habe, brauche ich heute nicht zu bedauern. Es hat die Verhandlungspositionen geklärt und verbessert. Was mich aber damals, und bis vor kurzem, am meisten gewundert hat, war das Schweigen derer, die jetzt plötzlich am lautesten beteuern, sie wollten den „guten alten VS“ retten. Offenbar war ich weder ihr Mann, noch vertrat ich ihre Ziele. Sollte es nicht nachdenklich stimmen, daß sie sich erst zu einer „Fraktion“ formierten, als die IG Druck und Papier ihre Absicht durchblicken ließ, sich zu einer Medien-Gewerkschaft zu erweitern? Erst in diesem Augenblick sahen ihre verborgenen Auftraggeber die wirkliche „Gefahr“: aber nicht für den VS, sondern für ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen in den sich abzeichnenden Medien und Medien-Verbänden.

Was sie fürchten, ist nicht die künftige Organisationsform des VS, sondern seine Stärke.

Diese Zusammenhänge sind, wie ich zugebe, nicht leicht zu durchschauen. Sie haben aber die Beurteilung der Gewerkschaftsfrage entscheidend verändert. Zwar räumen sie nicht alle Bedenken aus, die sich für viele aus ihrem Selbstverständnis als Schriftsteller, ihrem Begriff von Literatur, ergeben. Es kann auch sein, daß im Prozeß der Meinungsbildung Fehler gemacht worden sind, daß der Informationsstand lückenhaft war, und daß manche, die weiter voraussahen, und viele der Jüngeren ihre Ungeduld nicht zähmen konnten. Es gibt Mitglieder, die dadurch verunsichert wurden. Aber so wenig man den Rhein bei Köln dazu bewegen kann, wieder umzukehren, so wenig kann man hinter die gegenwärtige Situation im VS zurück.

Sie hat ihre eigene Geschichtlichkeit, aus der sich Konsequenzen ergeben. Das werden vor allem jene Abwartenden beklagen, denen die Entwicklung zu schnell ging, die sich aber andererseits von der Politik der „Fraktion“ abgestoßen fühlen und nun nicht wissen, wo sie sich orientieren sollen. Sie werden zu nichts gezwungen werden, und es wird Übergangslösungen geben, die ihre Interessen sichern. Zugleich müssen sie aber wissen, daß es seit der „Fraktions“-Gründung nur noch zwei Möglichkeiten gibt: Entweder auf der Ebene von Landesvereinen einflußlos zu verkümmern, oder mit der großen Mehrheit einen gewiß schwierigen, aber übersehbaren, aussichtsreichen Weg anzutreten, dessen Risiken nach dem neuesten Stand der Verhandlungen so gut wie beseitigt sind. Man mag einen Gewerkschaftsanschluß so wenig „lieben“ wie Sicherheitsgurte oder Postleitzahlen — die Vernunft gebietet es aber, sich ihrer zum eigenen Vorteil zu bedienen.

Die Skeptischen, Unentschlossenen müssen sich aber in diesem Augenblick noch aus einem anderen Grund mit den „Befürwortern“ verbünden: um den Anschlag auf die Einheit des Verbandes abzuwehren. Denn darum geht es heute in Wirklichkeit. Mit der „Fraktion“ und ihrem Kurs wird es keinen Bundesverband mehr geben. Und eine dritte Gruppe „außerhalb“ hätte keine Chance. Die Vertretung aller Interessen, aller Auffassungen kann nur in einem auch zahlenmäßig großen, bundesweiten VS gesichert werden. Daher ist auch eine einseitige „Politisierung“ in der Gewerkschaft am wenigsten zu befürchten, wenn man nicht dem Mißverständnis unterliegt, die Leitung und Interessenvertretung eines Verbandes von Publizisten und Medienautoren sei keine „Politik“ — was wäre es wohl sonst? Wir sind keine Vereins-Fetischisten. Ist dies ausreichend klaggestellt, so werden auch die älteren Mitglieder ihre Verbündeten in den Jungen wiederfinden. Denn sobald Schriftsteller aufhören, in der nächstjüngeren Generation ihre eigene Jugend wiederzuerkennen, geben sie auch ihre Zukunft auf. Wer sollte sonst für ihre Interessen kämpfen? Wem kann überhaupt daran gelegen sein, solche Gegensätze aufzureißen? Dies ist keine Frage des Alters oder des Selbstverständnisses, sondern der Selbsterhaltung, und der leiseste Instinkt sollte einem Schriftsteller sagen, wo in dieser Auseinandersetzung heute sein Platz ist.

Die Alternative heißt: voran auf dem eingeschlagenen Weg, oder zurück. Man bleibt ja auch nicht auf einem Bahnübergang stehen, wenn der Zug kommt. Mit der „Fraktion“ zurück können und wollen wir nicht. Wir müssen weiter — mit einer größtmöglichen Mehrheit, die den Pluralismus der Meinungen und Individualitäten auch in einer künftigen Organisationsform sichert. Einen dritten Weg gibt es nicht.

Dieter Lattmann

Politisierung des VS?

Als der Verband deutscher Schriftsteller (VS) am 8. Juni 1969 im Kölner Gürzenich unter Heinrich Bölls Stichwort „Ende der Bescheidenheit“ gegründet wurde, war das natürlich ein Politikum. Von Anfang an betonte das Grundsatzzprogramm: „Vom Schriftstellerverband reden, heißt von sehr praktischen, sehr politischen Dingen reden. Es heißt von dem sprechen, was alle Autoren angeht und um dessentwillen man zurückstellen sollte, was die meisten trennt. Ohne Entschluß zur Sachlichkeit kann das nicht abgehen.“

Ebenso deutlich wurde erklärt: „Die Konzeption ist gewerkschaftlich ... Verhandlungen werden ergeben, in welcher Form sich die Assoziation an den Deutschen Gewerkschaftsbund anbietet.“ Schließlich wurde auch darüber niemand im Zweifel gelassen, daß ins Konzept die Forderung gehörte: „Vom Schriftstellerverband wird Engagement verlangt, und er wird sich engagieren: Für den fortschreitenden Prozeß, der das Ziel aller ernsthaften Bestrebungen nach Demokratisierung ist. Gegen alles Totalitäre und die Fortsetzung politischen Handelns mit Mitteln der Gewalt ... Wo wären die deutschen Schriftsteller, die sich nach dem Tausendjährigen Reich leisten könnten zu sagen, Politik gehe sie nichts an? Nur wird man vom Verband der Autoren kein politisches Unisono erwarten dürfen. Konflikten, die aus der Ungleichheit der Temperamente und Intentionen rühren, muß der VS sich stellen, und zwar ohne Angst, die Spannungen würden ihn gleich wieder zerbrechen.“

Es kann deswegen einigermaßen verwundern, daß drei Jahre nach der VS-Gründung innerhalb des Schriftstellerverbandes Stimmen laut werden, die von einer beängstigenden Politisierung sprechen. Denn einzig die Tatsache, daß endlich das Selbstverständnis vieler Autoren politischer geworden ist, hat die Chance für die Beendigung des organisatorischen Dilettantismus in eigener Sache gebracht. Ein Zurück hinter diesen Stand der Entwicklung käme der Selbstaufgabe des VS gleich, und zwar völlig unabhängig von vorübergehenden Konstellationen in den Vorständen in Bund und Ländern.

Ermutigt durch die Ergebnisse des Stuttgarter Schriftstellerkongresses vom November 1970 und durch die Präzisierung des VS-Programms auf der Bundesdelegiertenversammlung im November 1971 in Berlin, hat der VS-Bundesvor-

stand sich bemüht, Konsequenzen aus dem von den Mitgliedern erteilten Auftrag zu ziehen. Das ist in vollem Gang. Daß dieser Prozeß sachbezogener VS-Arbeit der ständigen Kritik durch die Mitglieder unterworfen ist, versteht sich von selbst. Nur kann niemand behaupten (was in letzter Zeit manchmal geschieht), der derzeitige Bundesvorstand vollziehe etwas anderes als Schritt um Schritt das auf dem Schriftstellerkongreß und den Delegiertenversammlungen beschlossene Programm. Überall in der Demokratie ist es so, daß nur diejenigen Einfluß auf die Zielsetzung und die Tätigkeit einer Organisation ausüben, die aktiv mitarbeiten, in der Willensbildung mitdiskutieren und sich an Wahlen beteiligen.

Soviel zur Ausgangslage. Jetzt zum aktuellen Stand: Im VS in Bayern, der größten der zehn Landesgruppen, hat sich kürzlich eine Fraktion gegen den Gewerkschaftskurs formiert. Sie wird im Kern von einem Dutzend Autoren getragen, die für sich in Anspruch nehmen, die gesamte VS-Konzeption zu revidieren und den Schriftstellerverband zurückzuführen zu berufsständischem Selbstbegnügen in traditioneller Isolation. Diese Gruppe hat keine Alternative anzubieten, sie erschöpft sich in Negation. Zu offener Diskussion tritt sie nicht an, sie versucht erst gar nicht, auf den Mitgliederversammlungen des VS die für ihre Vorstellungen erforderlichen Mehrheiten zu gewinnen — sie hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie und behauptet, ohne es beweisen zu können, sie handle im Namen einer „schweigenden Mehrheit“.

Wie sie handelt, das ist neu im VS. Einige Wortführer der Fraktion haben den Meinungsstreit auf ein Niveau gesenkt, das Denunziation an die Stelle von Information setzt und Zweckgerüchte an den Platz von Tatsachen. Offenbar ist es für einige Mitglieder der Fraktion unerträglich, überstimmt zu werden. Was sie in offener Abstimmung nicht durchsetzen können, versuchen sie nun durch eine Drucksachen- und Pressekampagne zu erreichen, die keineswegs dazu angeht, dem VS nach innen und außen zu nützen.

Ich meine, unterhalb einer gewissen Niveaugrenze des Sachlich-Überprüfbaren und in der Form Glaubwürdigen sollte man im VS nicht argumentieren. Ich gehe deswegen nicht auf jenen „Fraktionsreport“ ein. Auch nicht auf die wachsende Zahl von Enten, die ein Public-relations-Mann mit Hilfe des Springer-Inlanddienstes in der einschlägigen Presse das letternschwarze Schwimmen lehrt. Dabei ist zu viel Selbstenthüllung im Spiel, um das Dementi zu lohnen.

Wie sehr jedoch einigen Fraktionsmitgliedern jedes Mittel recht ist, um die Einigkeit der Einzelgänger zu hintertreiben, das zeigt die neueste Münchner Erfahrung: Am 6. April begab sich Peter Norden auf das Registergericht beim Amtsgericht. Er erkundete die Chancen, Bayerns VS durch einen Handstreich von scheinbarer Legalität unter die Kontrolle der Fraktion zu bringen. Tags darauf kehrte er wieder, begleitet von den Fraktionsmitgliedern Otto Zierer, Gerd Festerling und Wolfgang Parth. Die vier Fraktionäre erklärten dem zuständigen Rechtspfleger, der bayerische VS sei ohne handlungsfähigen Vor-

stand, und sie beantragten die Bestellung eines Notvorstands, bestehend aus ihrem Quartett. Gleichzeitig überbrachten sie die Rücktrittserklärung Eberhard Horsts vom 7. April zu den Akten des Registergerichts. Sie verließen die Szene am Freitagnachmittag.

Am Montag, dem 10. April, morgens um 9 Uhr, gelang es Rechtsanwalt Hertin aus der Kanzlei Nordemann gemeinsam mit Martin Gregor-Dellin, Christian Grote und mir, den wahren Sachverhalt beim Münchner Registergericht klarzulegen. Das Amt protokollierte, daß der 2. Vorsitzende des VS in Bayern, Martin Gregor-Dellin, bis zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am 22. April den Bayern-VS leitet und rechtlich vertritt sowie das Hausrecht in der Geschäftsstelle ausübt. Dort übrigens mußte Otto Zierer erst juristisch informiert werden, daß er nicht zur Machtübernahme befugt sei.

Vilshofener Bauerntheater? Man kann die Polarisierung auch so betreiben. Nur folgenlos bleibt das nicht. Der VS kann es sich nämlich nicht leisten, in Provinzialismus zurückzufallen. Er kann es sich nicht leisten, daß mit den Existenzsorgen älterer Autoren ein zynisches Spiel getrieben wird. Denn die Fraktion nimmt diese Alten, für die sie in Wahrheit nichts auszurichten vermag, für die eigenen Emotionen in Anspruch. Der VS kann und will es sich auch nicht leisten, daß eine kleine Spaltergruppe, die im Schriftstellerverband keinen nennenswerten Rückhalt besitzt, im Dienst reaktionärer Politik publizistisch zu einer angeblich bundesweiten Bedrohung aufgebläht wird.

Erst unlängst stellte eine dpa-Umfrage die tatsächlichen Verhältnisse klar: Demnach bejaht die große Mehrzahl der VS-Landesgruppen wie auch beide Fachgruppen (Übersetzer und Kritiker) den geplanten Anschluß an die Gewerkschaft; der Spaltergruppe gibt man nirgends Raum.

Der VS in Bayern hat am 22. April auf seiner Jahreshauptversammlung Gelegenheit, die Vorgänge auszudiskutieren und zu klaren Entscheidungen zu gelangen.

Peter Adler

Nach soviel Grübeln über Briefen unbekannter Kollegen die „erste zusammenhängende Dokumentation“, bei der ich endlich einmal nicht das Gefühl hatte, nachdenken zu müssen. Dank der „fr-Rechercheure“, die den „Dingen nachgegangen“ sind, war ich dabei wie bei „Bild“. Wirklich „spannend“. Wie gut konnte ich mir Dieter Lattmann vorstellen, der plötzlich „aufgeschreckt“ wurde, um später „voll schöner links-faschistischer, diktatorischer Züge“ einen „politischen Amoklauf“ zu unternehmen, oder Martin Gregor-Dellin, der, vielleicht, schon auf der Suche „nach neuem Weizen“ ist. Oder den Schriftsteller, der sich „als erster in die Hosen machte“. So direkt, glaube ich, haben sich Informationsblätter schon seit Mai 45 nicht mehr ausgedrückt. Ein Bild, dessen Farbe man beinahe riechen kann und gleich hinterher Anrufungen der „Freiheit des Geistes,

Unabhängigkeit der Meinung und Toleranz Andersdenkenden gegenüber“. Keinerlei Beschwerden bei der Atemwende: an der „Gallist'schen Krankheit“ leidet Herr Norden jedenfalls nicht.

„Frisch und jung“ ist das alles, und ich kann mir ohne Schwierigkeiten vorstellen, daß z. B. Herr Mende „Dokumentationen“ in diesem Stil fabelhaft findet. Bei Otto Zierer kann ich mir das schon weniger gut vorstellen und auch bei Werner v. d. Bourg habe ich Mühe. Der machte sich ja erst vor vier Wochen so sachliche Sorgen um meine Unabhängigkeit, daß ich über seinen Brief nachdachte.

Leider kann ich den Herrn Kollegen nicht heiterer stimmen. Ich habe weder einen Arbeitsvertrag, noch eine Nebenbeschäftigung. Ich lebe davon, daß ich Blätter vollschreibe und dann verkaufe. Ich kann (wenn mir fr-Mitglieder gedanklich folgen wollen) keine Rechnungen schreiben, wie das Lieferanten sonst tun. Denn die Preise setzen die Kunden fest. Ich muß daraus schließen, daß ich als unabhängiger Autor abhängiger bin als abhängige Lohn- und Gehaltsempfänger. Um als unabhängiger Autor so unabhängig wie Abhängige zu leben, müßte ich Beststeller schreiben können. Oder ich muß mich mit Kollegen zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen, die mächtiger ist als der VS — so mächtig, daß meine Kunden höflich nach der Rechnung fragen. Natürlich glaube ich selbst nicht, daß es jemals dazu kommen könnte. Aber da mir die erste Möglichkeit Schwierigkeiten macht, bin ich dafür, die zweite Möglichkeit zu realisieren, soweit die Kräfte reichen.

Ein Verband, der an ältere und kranke Schriftsteller Unterstützung verteilen muß, weil er zu ohnmächtig ist, die Medien-Industrie zu zwingen, Alters- und Krankengeld an Leute zu zahlen, von denen diese Industrie lebt, kann nur ein organisatorischer Anfang sein. Und ein Verband, dem Autoren angehören, die nur schreiben oder auch schreiben, und Autoren, die manchmal schreiben und manchmal Honorarzettel für Autoren ausfüllen, die nur schreiben — ein Verband, in dem einige Mitglieder von einigen anderen Mitgliedern abhängig sind, ist keine wirtschaftliche Interessengemeinschaft. Eine Gewerkschaft wäre das schon eher.

So viel ich weiß, werden Gewerkschaftsmitglieder, die keine SPD-Anhänger sind, nicht terrorisiert. Und da sogar Angehörige der „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“ in Gewerkschaften organisiert sind, ohne ihre unabhängige Meinung, ihre Freiheit des Geistes und so weiter verloren zu haben, könnte man eigentlich beruhigt sein.

Aber ich bin's nicht. Denn über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der IG Druck und Papier habe ich noch nicht viel erfahren. Und über ein paar Selbstverständlichkeiten, die diese Ergebnisse enthalten müßten, nur Negatives. Das Selbstverständlichste ist für mich, daß die Gewerkschaft, in die ich eintrete, sich mit allen unabhängig-abhängigen Autoren, die eintreten wollen, solidarisch erklärt. Unter Solidarität verstehe ich, daß sich die Gewerkschaft, der ich als Autor angehöre, für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des ältesten Kollegen genauso

einsetzt, wie für die Rechte des jüngsten Kollegen. Wenn die IG Druck und Papier das aus irgendwelchen Gründen nicht zusichern kann, muß man über andere Möglichkeiten diskutieren.

Hannsferdinand Döbler

Biedermanns Erklärung

Hiermit erkläre ich, daß ich meine Ansichten ändere, sobald neue Gesichtspunkte auftauchen, daß aber keine neuen Gesichtspunkte auftauchen können, was meine wahren Ansichten angeht. Daraus erklärt sich, daß ich einerseits durchaus aufgeschlossen bin, andererseits aber natürlich genau weiß, was ich will. Was ich will, verrate ich nur im kleinen Kreis, berichtige mich aber, sobald der Kreis noch kleiner wird.

Meine Glaubwürdigkeit, die allein schon im Brustton meiner Überzeugung hinlänglich zum Ausdruck kommt, opfere ich kalten Blutes für höhere Werte, und diese wiederum für Interessen, die ich klugerweise zu den meinen gemacht habe. Daß ich nichts gegen die Gewerkschaften habe, weiß jeder, der mich kennt, da ich gegen niemanden und nichts irgendetwas habe. Andererseits bestehe ich selbstverständlich darauf, volle Klarheit zu erhalten über alle Schritte, die jetzt und in aller Zukunft getan werden oder getan werden könnten, wo immer sie hin führen und wer immer sie anführt, denn dieses bin ich meinem Gewissen schuldig. An meiner Wahrheitsliebe zweifle ich nicht, ebenso wenig möchte ich anderen raten, dies zu tun, jedoch sehe ich mich nicht verpflichtet, in jedem Falle meine rechte Hand wissen zu lassen, was meine Linke tut, und sie zu maßregeln, wenn sie die Linke betrügt.

Meine Stellungnahmen, von hohem sittlichen Ernst getragen, verdächtigen meine Gegner übelster Machenschaften. Eben dieser Machenschaften wegen halte ich jedes Mittel für erlaubt, das meinen Gegnern schadet. Sie, die das Bestehende verändern und das Gewordene in Frage stellen wollen, behaupten, für eine Mehrheit zu sprechen, die in Wirklichkeit ich selbst verkörpere.

Eben deshalb habe ich das Recht, alles zu tun, um das Bestehende zu erhalten und das Gewordene zu schützen, denn was nicht mir nützt, kann auch anderen nichts nützen. Wer mich der Lüge überführt, zeigt damit nur, daß er gegen mich ist; wer mich der Täuschung anklagt, richtet sich selbst. Den Blick unbeirrbar rückwärts gerichtet werde ich festhalten an dem, was mich am Fortschritt hindert. Falls es aber trotzdem zu Fortschritten kommen sollte, werde ich mich an ihre Spitze zu setzen versuchen, um das Schlimmste zu verhindern. Denn jedermann weiß, daß ich nur das Beste gewollt habe, ob ich nun Pro oder Contra sprach — auf meine Vorurteile kann man sich verlassen, vor allem, wenn sie höheren Ortes gefördert werden.

Gegeben in der Stunde der Not

Ein Biedermann

Elisabeth Endres

Für die Unabhängigkeit der Schriftsteller

Peter Norden gibt seiner Fraktion einen schönen Namen — wer weiß, was in den letzten Jahren mit Worten wie Freiheit und Frieden, letztlich auch mit dem Wort Widerstand für gefährlicher Unfug getrieben wurde, der ist allerdings skeptisch, wenn wieder einmal das Wort ‚unabhängig‘ mißbraucht wird. Unabhängig wovon? Von der Gewerkschaft. Die Gewerkschaft mache die Schriftsteller abhängig, so kann man Peter Nordens vielfachen Äußerungen entnehmen — von Hauptvorständen, Satzungen, Ideologien.

Aber wie sieht die Sache wirklich aus? Der Schriftsteller ist abhängig geworden durch die Entwicklung seiner ‚Partner‘. Wer hat denn noch ‚Partner‘ unter den Großverlegern? Es war ein Mann wie Peter Härtling, der in seinem Vortrag ‚Das kranke Buch‘ auf diese Situation hingewiesen hat; auf die Konzentration im Verlagswesen. In der Praxis ist nicht der Verleger, sondern etwa ein Lektor Partner des Schriftstellers. Der Lektor ist seinerseits abhängig von Kalkulationen, von Überlegungen der Leistungen in der Werbeabteilung, es ist der Redakteur, der sich nach den Anweisungen der Verleger, der Intendanten, der Rundfunkräte usw. richten muß.

Nun also: ist die Gewerkschaft unser Ausweg? Schließen wir uns der Gewerkschaft an, haben wir damit nur den ersten Schritt vollzogen.

Wer für den Gewerkschaftsanschluß plädiert, plädiert meines Erachtens dafür, daß wir anfangen, uns unabhängig zu machen. Nicht daß dies so ohne weiteres zu erreichen ist. Wir werden unsere Rechte und Interessen in der Gewerkschaft auch durchzusetzen haben — in ihr und mit ihr. Leonhard Mahleins Rede in Westberlin legt davon Zeugnis ab, daß die IG Druck und Papier bereit ist, unsere Forderungen aufzugreifen, sie ist bereit, uns zu helfen, damit wir tariffähig werden. Für manche steht die Gewerkschaft im Verdacht, unbeweglich zu sein. Eine Organisation von Funktionären zu bilden, die an unserer Arbeit, unserer Notlage kein Interesse hätten. Sollte dies in einzelnen Fällen zutreffen, müssen wir unsere Stimme erheben. Von entscheidender Bedeutung ist aber die Absicht der IG, eine Mediengewerkschaft aufzubauen. Wir würden also in eine IG eintreten, die bereit ist, sich zu entwickeln, sich zu verändern.

Wir würden uns mit anderen verbinden, etwa mit Kollegen von Funk, Fernsehen, Film, Presse, bildenden Künstlern usw. In jedem der uns verwandten Berufszweige sind die Dinge in Bewegung gekommen. Unabhängigkeit ist eine große Sache — wir erreichen sie nicht von heute auf morgen, sondern in einem Prozeß. Sicher ist, daß wir weniger abhängig werden können als wir es heute sind. Das bedarf der Mithilfe aller — der älteren und der jüngeren Autoren.

Machen wir mit unserer Arbeit weiter. Tragen wir mit unseren Kenntnissen durch praktische Tätigkeit dazu bei, daß unsere Entscheidung in Hamburg nicht eine bloße Abstimmung sein wird, sondern eine Entscheidung auf der Grundlage

einer zweckmäßigen, unseren elementaren Interessen entsprechenden Medienkonzeption.

Hartmann Goertz

Der Stil: frisch und jung!

Jung und frisch, so charakterisiert der Stilist unter Punkt 14 den Stil des VS-Fraktions-Report vom 23. März 72: ebenso *frisch und jung* wie kurz und klein, *fr'* genannt. Da *nimmt* man einfach *seinen Hut*, denn es geht um *Meinungsterror*. Es soll nach einer *Zuchtpfeife getanzt* werden, man kann es mit den *Trimmspielen immer noch nicht lassen*.

Wenn man sich wie *berufene Fachleute* nur über das Vokabular der ersten Seite des *fr'* *ehrenamtlich den Kopf zerbricht*, dann findet man die Quelle dieses forschenden und ausgesprochen munteren Stils in den Gefilden eines gewissen Partei-Deutchs, mit dem politische Suppen an den noch glosenden Feuern der kaum bewältigten Vergangenheit gewärmt werden.

Vom Kopf-zerbrechen kommt man schnell zum Kopf-schütteln, denn am Schluß der ersten Seite des *fr'* wird noch rasch an den Frühlingsanfang erinnert! Dann bekommt man gleichsam einen kameradschaftlichen Schlag auf die Schulter mit der herzhaften Aufforderung: *Und nun viel Spaß!* Da steht das anbetreffende VS-Mitglied mit dem *fr'* und *seinem Schicksal in der Hand* und muß fürchten, daß ihm ein *Beschluß entrissen* wird. *Die Stunde der Wahrheit* ist gekommen. Fast hört man sie schlagen, diese Stunde, ob *aufmüßiger Bayer* oder Balte. Der Spaß an der Freude wird mühsam, wohin soll man sich wenden. Halten wir fest: Norden ist nicht immer eine Himmelsrichtung!

Die Wolken des Unmuts brauen sich zusammen, die *Wogen schlugen* und schlagen noch immer *hoch*. Wer ahnt es schon, *unter welcher Fuchtel er stehen wird*. Aber wie man weiß, *spielen ja die Kohlen eine Rolle*. So sieht man sich erst einmal um in der *guten VS-Stube*. Wer auch immer die *Rolladen hochzieht* und *Licht hereinläßt*, die *Geschichte wird spannend!* Wer ließe sich gern an die *Wand drücken*, noch dazu in einer Atmosphäre, die *gebildeter Menschen nicht würdig ist*. Es ist nicht mehr die Frage: wer *als erster* oder *als letzter in die Hosen macht*. Wer den *Topf zum überlaufen* bringen will, der heizt mit *Intensiv-Informationen* ein und läßt die *Katze aus dem Sack!* Jetzt sind die *Fronten klar*, die *Stoßtruppen* formieren sich. *Man schießt sich ein*, und das *Dilemma ist komplett!* Wieder einmal soll die *Demokratie in unserem Vaterland gerettet werden* und mit ihr der VS. Aus den *Hintergrundsberichten* kann jeder entnehmen: *Das nächste Ei kommt!* Merke: die Wienerwaldhenne hat gute Freunde. Sie ist schwer zu stoppen! Hüten wir uns vor *geisternden Gerüchten* und den sogenannten *Hütern der Freiheit*. Hoffen wir auf den *Hauch der Freiheit*, der schon in alle *gefahren ist*. Tatsächlich: *Die Rolladen sind hochgezogen!* (Die Zitate aus dem VS fraktions-report sind kursiv gesetzt)

Christian Grote

Sehr geehrter Schriftsteller-Kollege Norden,

der Verband deutscher Schriftsteller in Bayern e. V. (VS in Bayern) ist laut § 2 seiner Satzung die Berufsvertretung der deutschsprachigen Schriftsteller in Bayern, fördert (§ 2) unter Ablehnung aller undemokratischer Einflüsse das geistige und kulturelle Leben der deutschsprachigen Schriftsteller. Er schützt und fördert die gemeinsamen Interessen auch mit gewerkschaftlichen Mitteln (§ 4). Die Mitglieder sind verpflichtet (§ 17), die Satzungen und satzungsgemäßen Beschlüsse des VS in Bayern und des Gesamtverbandes (VS) einzuhalten und zu erfüllen. Wenn das Mitglied den Grundsätzen oder Interessen des Verbandes, seinen Satzungen oder satzungsgemäßen Beschlüssen zuwiderhandelt, erfolgt (§ 15) der Ausschluß.

Dies als Präambel. — Die Sprache Ihres *fraktions-reports* vom 23. 3. 72 läßt vergessen, daß da Mitglieder des Verbandes deutscher Schriftsteller schreiben und sich im Interesse von Schriftstellern äußern. Wie soll ein Schriftsteller, der ja auch ein besonders guter Leser sein sollte, etwa folgende Worte und Ausdrücke verstehen: *Meinungsterror*, *Lattmanns Verbands-Zuchtpfeife*, *Rote Zelle im VS*, *Trimmspiele*, *Fuchtel der Gewerkschaft*, *Diktat der DJU*, in die *Hosen machen*, im VS in Bayern erprobte Methoden: *Diffamierung*, *Agitation* und *Propaganda*. Welcher Stil ist das? Sie selbst nennen ihn *jung und frisch*. Finden Sie wirklich? Schriftsteller Peter Norden schreibt einen „lieben“, einen „offenen“ Brief an den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Schriftsteller, auch Peter Nordens Verband. Norden hat 45 Bücher veröffentlicht, erfährt man da. Bei Hugendubel in München kennt man Dieter Lattmanns Namen nicht. Wollen Sie, Herr Norden, künftig mit solchen Kriterien, in einem solchen Ton mit Schriftstellerkollegen, mit den Mitgliedern Ihrer *fraktion* verfahren?

Ich bin bis zur Neuwahl des Vorstandes am 22. 4. 72 ordentlich und satzungsgemäß gewähltes Vorstandsmitglied des VS in Bayern, außerdem gewählter Delegierter desselben Verbandes zur Bundes-Delegiertenversammlung. Meine Aktivität bestand, laut Ihrem *fraktions-report* „im Wesentlichen darin, mich als Vorstandsmitglied des VS zu bezeichnen“. Zusammen mit meinen Vorstandskollegen habe ich alles getan, satzungsgemäß und im Interesse aller Mitglieder des VS in Bayern zu handeln. Wir haben peinlich darauf geachtet, gerade in der Gewerkschaftsfrage korrekt und dem Auftrag nach zu verfahren. Niemand hat innerhalb des Vorstands ein Hehl aus seiner persönlichen Meinung über den Gewerkschaftsanschluß zu machen brauchen. Wir alle fühlten uns den Gegnern, Befürwortern und Meinungslosen unter unseren Mitgliedern gleichermaßen verpflichtet und verantwortlich. Die a. o. Mitgliederversammlung vom 17. 2. 72 kam satzungsgemäß zu Stande und dort wurde ordnungsgemäß und demokratisch abgestimmt. Weder standen die Mitglieder dort „unter dem Diktat der DJU“ noch „unter der Fuchtel der Gewerkschaft“. Was heißt das eigentlich,

Herr Kollege Norden, „Diktat der DJU“? Müssen sich Mitglieder des VS in Bayern verteufeln lassen, weil sie einer Gewerkschaft bereits angehören? Wäre es nicht besser gewesen, gerade solche Mitglieder nach ihren Erfahrungen als Schriftsteller innerhalb einer Gewerkschaft zu befragen (ich selbst gehöre übrigens dem erweiterten Vorstand der RFFU, Verband Bayerischer Rundfunk, an)? Die ‚Fraktion unabhängiger Schriftsteller‘ hat sich, so scheint mir, durch diese Haltung nicht nur für die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft, sondern auch bei einem gewerkschaftsähnlichen Verband wie dem Verband deutscher Schriftsteller disqualifiziert. War das Ihre Absicht, Kollege Norden? Was wissen Sie und Ihre Freunde denn von der Möglichkeit, unabhängiger und freier Schriftsteller als Mitglied einer Organisation zu sein, die sich gegen Unfreiheit und Diktatur, gegen Unterdrückung und Ausnutzung wesentlich entschiedener und ausdauernder gewandt hat, als das deutsche Schriftstellerverbände getan haben? Ihr Kollege Zierer erklärte, Ihre ‚fraktion‘ müsse der „schweigenden Mehrheit“ des VS in Bayern zu Wort und Stimme verhelfen. Warum haben Sie oder Herr Zierer (der dem engeren Vorstand angehört und der eben diese „Mehrheit“ neulich mit „Hühner“ bezeichnete) eigentlich nicht die satzungsmäßigen Möglichkeiten unseres Verbandes dazu benutzt? Dem Vorstand und vielen Mitgliedern ging es nicht um „rote Zellen“, um „praktizierte Demokratie“, wie Sie sie verstehen, oder um Überstimmungen — es ging ihm und geht ihm um klare, unmanipulierte Informationen, um verantwortlichen Sprachgebrauch, um sachliche Argumente. Geht es Ihnen auch darum?

Als ich im Vorstand und dann noch einmal in der Mitgliederversammlung vom 17. 2. 72 die Fragen hörte, die der VS durch seine Delegation der Gewerkschaft stellen wollte und sollte, da mußte ich an mich halten. Denn hier fordert ein kleiner Verband alle Rechte der IG Druck und Papier, ohne auch nur einmal von eigenen Pflichten zu sprechen. Und Sie zitieren auch entsprechend auf S. 2 Ihres ‚reports‘ und implizieren Unzumutbarkeit: „Als Mitglieder einer Organisationsgliederung sind Sie den innergewerkschaftlichen Regeln und Beschlüssen unterworfen.“ Aber natürlich, Herr Norden! Auch aus diesem Grund habe ich anfangs § 15 und 17 unserer eigenen Satzung zitiert. Diese Pflichten schon haben Sie und Ihre ‚fraktions‘-Kollegen nicht ernst genommen, genau so wenig, wie sie sich der Rechte und Möglichkeiten innerhalb unseres Verbandes bedient haben, um Ihre Sache durchzusetzen. Praktizierte Demokratie?

„Demokratie will gelernt sein“, schreiben Sie an Dieter Lattmann. Meinen Sie wirklich, in dieser Beziehung ausgelernet zu haben?

Darf ich noch einmal von der „schweigenden Mehrheit“ Otto Zierers sprechen. Natürlich mußten meine Vorstandskollegen und ich gerade die Aufgaben des Verbandes, wie sie in § 4 der Satzung festgelegt sind, im Interesse vieler „schweigender“ und bedürftiger Mitglieder im Auge behalten, als wir uns um die Konditionen eines Gewerkschaftsanschlusses bemühten. Dies vorausgesetzt — glauben Sie aber nicht auch, daß die publizierenden Schriftsteller und damit eine

Gruppe von Kollegen, die vor allem der jüngeren Generation angehört, die sich engagiert und kritisch mit der Gegenwart auseinandersetzt und in den verschiedenen Massenmedien und Organisationen um Freiheit der Meinungsäußerung und um die Rechte des Berufsstandes und des einzelnen Mitmenschen kämpft, daß diese Gruppe die Zukunft des Verbandes entscheidend mitbestimmen sollte, ja die geistige Zukunft des Verbandes darstellt? Wollen Sie wirklich, einseitiger sogar als einige Mitglieder konservativer Parteien, Autoren wie Tankred Dorst, Erika Runge, Carl Amery, Reinhard Baumgart, Dieter Lattmann, Wolfgang Bächler, Horst Bienek, Wolfgang Ebert, Christian Enzensberger, Manfred Grunert, Günter Herburger, Barbara König (um einige beliebige zu nennen) über Ihren roten Kamm scheren? Wie sieht eine ‚fraktion‘ oder gar ein neuer Schriftstellerverband aus, in dem diese Autoren fehlen?

Wir haben im Vorstand versucht, mit Worten, also mit dem Medium des Schriftstellers, Herrn Hochrain und kürzlich Herrn Zierer den Schaden zu schildern, den die Gründung Ihrer ‚fraktion‘ unserer Überzeugung nach angerichtet hat, Schaden für den Verband, für die gemeinsame, berufsständische Sache, für die Stellung des Schriftstellers in unserer Gesellschaft. (Über Methoden und Manipulation möchte ich hier bewußt nicht sprechen.) Ich selbst werde trotz meiner Spracherfahrungen bei der CSU-Novelle zum Rundfunkgesetz, bei den Gesprächen mit Herrn Hochrain und Herrn Zierer, bei der Lektüre Ihres ‚fraktionsreports‘, nicht mit dem Versuch aufhören, eine Sprache zu gebrauchen, die ich für die einzig mögliche Sprache von unabhängigen, freien, kritischen Schriftstellern in einem Verband deutscher Schriftsteller oder in einer Industriegewerkschaft Druck und Papier, jedenfalls aber in einer freiheitlichen Demokratie halte.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr Christian Grote

Joachim Hackethal

Agitprop eines Organisierten

Man möge verzeihen, daß ich von mir rede und mich weniger auf den Tenor einer der beiden sogenannten Fraktionen einstimme, von denen die Befürworter des Gewerkschaftsgedankens, nach meiner Meinung, keine Fraktion sind, weil eine so zukunftssträchtige Idee wie der Gewerkschaftsgedanke keiner fraktionellen Absprache bedarf. Was mir zur Stunde vielmehr wichtig erscheint, ist die Erfahrung, die ich in über zehn Jahren als Freischaffender mit der Gewerkschaft gemacht habe. Einmal als Mitglied der Bühnengenossenschaft in der Gewerkschaft Kunst des DGB, zu der ich als Dramaturg, Regisseur und Schauspieler schon früh Zugang hatte. Die Bühnengenossenschaft ist eine Institution, die — wie ich fürchte — schon über siebzig Jahre besteht, was ihr schon etwas an Elan genommen hat, die aber gerade im Augenblick, angesichts der Etatkürzungen und

Theaterschließungen, für ihre Mitglieder an Bedeutung gewinnt. Auch hier müßte der Weg zu einer „IG Kultur“ führen.

Da mir als Film- und Fernsehschaffender im „Bund der Film- und Fernsehschaffenden“ auch noch die Angestelltengewerkschaft offensteht und ich, wegen vieler abgelehnter und einiger überraschenderweise doch veröffentlichter Zeitungsglossen und Artikel auch noch Zugang zur „dju“ in der Gewerkschaft Druck und Papier hätte, stelle ich eine recht anstrengende Verwirklichung der IG Kultur in meiner Person dar und müßte, schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, die Einheitskultur-gewerkschaft anstreben.

Nun habe ich mich als Schriftsteller auch immer anders und freier gefühlt auf Kosten meiner Versorgung und meiner Einnahmen, weil sich leider keiner der Schriftsteller schon vor siebzig Jahren Gedanken darüber gemacht hat, wie man auch aus Schreibenden Genossen machen kann, die auch eine so vorzügliche Altersversorgung haben wie sie die Münchner Bühnenversorgung darstellt. Hier wird der Bühnenschaffende und sein Arbeitgeber zu gleichen Teilen zur Kasse gebeten. So bleibt also die Freiheit des Schriftstellers nach eigener Façon zu verhungern und seine Kranken und Alten nach dem Prinzip eines „Vereins Verschämter Armer“ durch zusammengebettelte Almosen zu versehen. Die Summe, die dabei im Spiel steht, entspricht dem alljährlichen Aufwand der Stadt München für die Unterhaltung der Anlagenbänke.

Vor einigen Jahren nun hatte ich einen Kontrakt mit einem Privattheater einzuklagen, einer GmbH & Co KG, der juristisch schwer beizukommen ist. Die Gewerkschaft übernahm anstandslos die Anwalts- und Prozeßkosten in erster Instanz, die ich verlor. Die Gewerkschaft ging mit mir in die zweite Instanz, die, was häufiger vorkommen soll, zu einer ganz anderen Beurteilung der Rechtslage gelangte und meiner Klage stattgab. Mein Gewerkschaftsbeitrag hatte sich also sehr bezahlt gemacht. Auch ein zweiter Fall, einen Stückvertrag betreffend, endete mit einem frühen außergerichtlichen Vergleich, weil der Gegner auf den sehr versierten Genossenschaftsanwalt traf.

Hier ist es im Augenblick allerdings nötig, die Rechtsberatung der Bühnengenossenschaft auszubauen und zu verjüngen und dafür mehr Mittel zu erhalten. Niemand, der mit den Gewerkschaften zu tun hat, darf zu sicher sein, daß jeder Funktionär dort auch wirklich funktioniert. Hier liegt es an den Partnern, dem Vorstand einer Fachschaft, das Optimum zu erreichen.

Auch sind die umfangreichen Informationsschriften des „Bundes der Film- und Fernsehschaffenden“ in der Angestelltengewerkschaft eine Fundgrube für alle, die nicht von großmächtigen Gesellschaften aufs Kreuz gelegt werden wollen. Manches Kleingedruckte und Kleinkarierte konnte denen schon mit Hilfe der Gewerkschaft ausgetrieben werden. Nach drei Jahren hat sich die Mitgliedschaft dieser Fachgruppe verzehnfacht und der starke Zustrom hält noch an. Kaum eine Versammlung dieser Fachgruppe in München hat unter dreihundert Teilnehmer, frühen waren es dreißig. Das Zweite Deutsche Fernsehen darf die bei ihm

beschäftigten Schauspieler und Regisseure nicht mehr als freischaffende Unternehmer betrachten und damit die sozialen Leistungen sparen. Ein Problem, das die Autoren bei den Anstalten „öffentlichen Unrechts“, trotz lebhafter Bemühungen, noch nicht für sich entscheiden konnten. Auch hier erwiesen sich die Gewerkschaftssekretäre, im Verein mit Mitgliedern der Fachgruppe, als geübte und erfahrene Verhandlungspartner. Es soll nicht geleugnet werden, daß es Anlaufschwierigkeiten in diesem für Gewerkschafter ungewohnten Metier gab. Auch hier blieb die Selbständigkeit der Fachgruppe voll gewahrt und wurde noch befördert durch die fast zu aufwendigen, regelmäßigen Zeitschriften und sehr begünstigt durch häufige Versammlungen in Gewerkschaftshäusern ohne den Mief und die Enge mancher Gaststättenhinterzimmer, auf die wir ja jetzt noch immer angewiesen sind.

Nützlich auch der viel billigere und dabei sehr leistungsfähige Automobilclub ACE (Automobilclub Europa) des DGB, besonders für Schriftsteller, die sich — entgegen den Intentionen des Finanzamtes — den Luxus eines Kraftfahrzeuges doch leisten.

Bei der Bühnengenossenschaft zahle ich 1 Prozent meiner Gage Gewerkschaftsbeitrag und in Monaten ohne entsprechende Beschäftigung 2 DM Mindestbeitrag, eine Regelung, die wir auch anstreben sollten. Zu keinem Zeitpunkt hatte ich in den letzten zehn Jahren Schwierigkeiten, wenn ich, in schöner Selbsteinschätzung, in einer Sparte null Mark Einnahmen einsetzen mußte, denn das weiß auch die Gewerkschaft: Ein Prozent von nichts ist nichts!

Friedrich Hitzer

Störmanöver im VS

Die Gründung einer rechten Spalterfraktion ist kein zufälliges Ereignis. Sie widerspiegelt Vorgänge der großen Politik, ist Ausdruck der Polarisierung zwischen demokratischen und reaktionären Kräften in unserer Gesellschaft. Das „Signal von München“ — die Bezeichnung kommt aus den Reihen der Spalterfraktion — ist Nachhall der Straußschen Losung „Die Rettung Deutschlands kommt aus Bayern“. Wie eine solche Rettung zum Schluß aussieht, vermittelt die einstige „Hauptstadt der Bewegung“ des Jahres 1945. Katastrophen beginnen nicht mit Trümmern, sondern mit der Prostitution des Bewußtseins.

Die Sprache der Spalter verrät sich selbst. Womit hier spekuliert wird, bedarf keiner Argumente im einzelnen. Dagegen gibt es nur eines: Kampf. Ich will damit nicht sagen, daß alle Gründungsmitglieder und weitere vereinzelte Anhänger der „Fraktion“ wissen, worum es geht, oder gar ahnen, wohin es gehen könnte. Manche meinen vielleicht in der augenzwinkernden Kumpanei ausgedienter Kasinokameraden, in einer Welt, in der angeblich alles käuflich sei,

gehörten Denunziation, Diffamierung und Hinterlist zum Geschäft. Ein solches Geschäftsgebahren steuert allemal auf den Konkurs hin. Nur geht es hier um mehr als das Risiko einer Arturo-Ui-GmbH.

Auch vor 1933 stand viele Jahre lang die Gewerkschaftsfrage im Mittelpunkt der Organisationsanstrengungen deutscher Schriftsteller. Nicht jeder, der damals gegen einen Gewerkschaftsanschluß war, gehörte zugleich dem nationalsozialistischen Verband an — dem harten Kern der Gewerkschaftsgegner. Nicht jeder, der heute gegen eine gewerkschaftliche Orientierung des VS stimmt, wird sich unbedingt mit dem Vorgehen und den Zielen der rechten Spalterfraktion identifizieren. Vielleicht erinnern sich aber manche ältere Kollegen daran, wie überraschend schnell sie aus dem Elfenbeinturm politischer und sozialer Abstinenz auf den Müllplatz der Reichsschrifttumskammer gesetzt wurden. Damals wie heute sind hinter dem Für und Wider einer gewerkschaftlichen Organisation der Schriftsteller die Interessen diametral entgegengesetzter Gesellschaftsformationen zu suchen. Wären es nur ein paar Autoren in Bayern, die sich da streiten, bliebe dies bis zur Lächerlichkeit unwichtig. Auch was die Qualität der Führung dieser Spalter betrifft, könnte man ihre Auftraggeber eher bedauern. Die „Intensiv-Informationen“ sind so mies und liederlich, daß man immerfort an die Enttäuschung von Schreibern denken muß, die offenbar keine Gelegenheit hatten, bei *Bild* direkt angestellt zu werden. Norden, Zierer, von der Osten-Sacken, van der Bourg, Hochrain u. a. handeln — wohl frei und unabhängig — im Auftrag bestimmter Kräfte.

Strauß und Co. machen ernst, auch im VS. Wie das vonstatten geht, zeigen die Vorgänge um das CSU-Rundfunkgesetz. Entsprechende Vorlagen und Durchsichtungsstrategien gibt es auch in den anderen Bundesländern. Die nächste Runde dürfte bei einer absoluten Mehrheit der CDU in Baden-Württemberg stattfinden.

In diesem Zusammenhang wird ein Satz aus der „Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft“ vom 15. Februar 1972 verständlich. Er gibt einen Hinweis auf das an legalisierte Putschen gemahnende Vorgehen der CSU. „Wir können uns Männer am Rundfunkplatz vorstellen, die der Meinung sind, daß Fortschritt ohne Gewerkschaft möglich ist, daß Fortschritt mit den Unternehmern durchgeführt werden muß, zu denen Männer an der Spitze von Weltkonzernen zählen, wie in Bayern Siemens, Grundig, MAN, BMW, Osram und andere.“ Ist schon vergessen, daß der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch die NSDAP, Sätze wie diese aus den Kreisen der Großindustrie vorausgegangen sind? Ich will damit nicht sagen, daß uns ein derartig brutales Vorgehen unmittelbar bevorsteht. Auch damals griff man erst dann zu diesen Mitteln, als gar nichts anderes mehr ging.

Ich kann mir aber gut vorstellen, warum ein Cäsar Axel Springer und seine engsten Freunde alptraumähnliche Vorstellungen bekommen — schon beim bloßen Gedanken an eine Mediengewerkschaft, auf der Grundlage der jeweils dazu-

gehörigen Technik. Ich kann auch verstehen, warum Strauß und Barzel Anfang dieses Jahres mit Herrn Bauer eine gemeinsame publizistische Linie festgelegt haben. In dieser Frage ist der Bauerkonzern kein Konkurrent von Springer.

Leonhard Mahlein sagte vor den VS-Delegierten in Westberlin: Es reiche zur Durchsetzung eigener Interessen nicht aus, daß Autoren aufhörten, Bücher, Theaterstücke und Artikel zu schreiben, „sondern es geht um die Verweigerung jeder Form von Reproduktion, die mit ganz geringen Ausnahmen nur durch die Arbeiter und die Angestellten der Druckereien und der Funk- und Fernsehanstalten erfolgen kann.“

Auch das CSU-Rundfunkgesetz ist nur die Spitze eines Eisbergs: Es geht hier um den ersten politischen Schritt einer durch und durch monopolisierten Medien- und Kulturindustrie unter der Kontrolle der radikalen Minderheit des großen Kapitals. Da wird dann ausgeschwitzt, kaltgestellt, herausrationalisiert, wer nicht mithalten kann, die Millionen Abhängigen durch vorfabrizierte Unterhaltung so zu gängeln, daß die Macht der großen Konzerne gesichert bleibt. Individuelle Phantasie ist hier nicht gefragt. Sie ist überflüssig, steht im Weg. Gebraucht werden Fließbandarbeiter an der Schreibmaschine, die das herstellen, was die Marketing-Abteilungen vorgeben. Das wäre eine Gesellschaft, in der zwei Prozent alles beherrschen, die Mehrheit bedient würde wie Analphabeten, die lesen, aber nicht denken dürfen. Der als Sklave gehaltene Märchenerzähler des altertümlichen Despoten ist an Ideenreichtum vergleichsweise ein König gegenüber dem Worthersteller der Springer, Thompson, Bauer usw. Daß das letztlich nicht funktionieren kann, will ich hier nicht erörtern. Warum werden aber Schriftsteller, der VS, die RFFU, die dju von diesen Kreisen plötzlich so ernst genommen?

Schriftsteller, die einen wesentlichen Beitrag zu einer von der IG Druck und Papier bejahten Mediengewerkschaft leisten können, sind nicht mehr nur ein paar dahindämmernde — und bisweilen, zumeist nur zufällig, erfolgreiche, im Alter vergessene Randfiguren der Gesellschaft, sondern arbeitende Menschen, die an der Seite der Gewerkschaft, der größten Organisation der Abhängigen, neues Selbstbewußtsein, mehr Unabhängigkeit, mehr Macht erhalten könnten. Ohne gewerkschaftliche Stärke wird dieser Beruf weiterhin „gesundgeschrumpft“ werden. Wer den Gewerkschaftsanschluß ablehnt, verläßt sich nur auf Subventionen aus Gnade. Ich ziehe vor, um unser vorenthaltenes Recht zu kämpfen. Wir haben etwas anzubieten, was wir künftig nicht als Hofnarren der Herrschenden hergeben, sondern als Gleichberechtigte der Millionen Abhängigen verdienen.

Viele wissen noch nicht, was der Gewerkschaftsanschluß für Schriftsteller bedeutet. Ich habe volles Verständnis dafür, kein Verständnis aber für diejenigen, die die Einheit unseres Verbands sprengen wollen. Die rechte Spalterfraktion ist nichts anderes als die von der CSU gewünschte Vereinigung von Erfüllungsgehilfen, die Springers Alpträume vor der Mediengewerkschaft verfliegen lassen

sollen. Auch wenn die rechte Spalterfraktion von seiten der Großverleger, Medienbosse und der CSU „Zucker“ erhalten sollte, um die noch wenig Informierten zu verwirren, am Kern der Sache wird das nichts ändern: Die künstlerische Phantasie kann nicht erkaufte, sondern nur erkämpft werden. Das beginnt, wie wir alle wissen, mit elementaren sozialen Voraussetzungen, die fälschlicherweise immer wieder als „pragmatisch“ bezeichnet werden: menschenwürdige Verträge, Tariffähigkeit, gesicherte Altersversorgung.

Wir kommen nicht umhin, alte Gewohnheiten in Frage zu stellen und Konflikte durchzustehen. Sind aber nicht die Besten unserer deutschen Literatur Beispiele dafür, daß sich dieser Kampf lohnt? Haben wir vergessen, wieviel Nerven, Überwindung von Angst und Resignation es die deutsche Arbeiterbewegung gekostet hat, etwa den Achtstundentag und eine autonome Gewerkschaft durchzusetzen? Lohnt es sich nicht, unsere Rechte und Träume von besseren Arbeitsbedingungen zu erkämpfen? Der Alptraum der Springer und Strauß bedrückt uns nicht. Wenn die in der „Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft“ beispielhaft angeführten Weltkonzerne auf den Fortschritt ohne Gewerkschaften und damit vor allem auf Strauß und die CSU setzen, gibt es für uns nur eines: unser Fortschritt ist nur an der Seite der Gewerkschaft möglich.

Dr. Eberhard Horst, unser bisheriger Vorsitzender in Bayern, hat sich in dieser Sache leider nicht eindeutig gegen die rechte Spalterfraktion ausgesprochen. Wird er das noch tun?

Wird er sich auch von den „Emotionen und Ideologien“, denen er sonst so abhold ist, distanzieren, die von der „Fraktion“ massiv, von ihm selbst in scheinbar sachlichem Ton geschürt wurden? In den von der Mehrheit des Vorstands in Bayern inzwischen als illegitim bezeichneten Mitteilungen vom 20. März 1972 läßt Dr. Horst keinen Zweifel daran, daß Angelika Mechtel und ich an den Zuspitzungen im Verband schuld seien. Die Veröffentlichung der Briefe von Angelika Mechtel, Willi Baumann und mir belegt, daß wir zur rechten Zeit Otto Zierers Doppelspiel aufgedeckt haben. Das ist keine Schuld, sondern unser Auftrag.

Dr. Eberhard Horst, der als Vorsitzender in Bayern den Stuhl für die Schriftsteller im Rundfunkrat einnimmt, weiß, wie schwer er es hatte, seine Stimme gegen den brutalen Druck der CSU zu erheben, als es galt, für die Meinungsvielfalt und gegen ein Gleichschaltungsgesetz aufzutreten. Zugegeben, sein Stuhl ist leichter umzustoßen als der, den Willi Rothe für den DGB einnimmt. Muß man aber dem Druck nachgeben? Wie so viele, die um die internen Vorgänge des CSU-Rundfunkgesetzes Bescheid wissen, ist auch dem bisherigen Vorsitzenden des VS in Bayern bekannt, warum heute mehr und mehr Menschen wieder vorziehen zu schweigen und zu verschweigen. Ist die Lehre der Geschichte denn vergessen, daß auf die Phase des Schweigens die des Verstummens folgen könnte? Ein Detail aus der Kommissionssitzung vom 7. 3. 1972 im „Haus des Sports“ verdeutlicht meine Vorwürfe gegenüber Eberhard Horst. Otto Zierer tat so

aufrichtig entsetzt, als ich ihm von den Kundgebungen der sogenannten „Aktion Widerstand“ („Brandt an die Wand!“) mit Gerhard Freys „Deutscher Volksunion“ und der „Aktion Oder-Neiße“ erzählte, auch erzählte, wie diese neonazistischen Organisationen unter dem knüppelharten Schutz der Münchener Polizei gegen alte und junge Antifaschisten ihre Hetze feiern konnten. Gregor-Dellin, vor Entsetzen bleich und stumm, hörte mit an, wie mir Zierer zu Munde redete. Zierer plädierte für die Ostverträge („Schöner wär's zwar, wenn mir die Gebiete bis zum Ural hätten, aber des geht holt net!“); sein Kommentar zu meinen Ausführungen über die Zurückhaltung der SPD, ihre Anhänger zu aktivieren: „Die alte Schwäche der SPD.“ Gegenüber Martin Gregor-Dellin hatte Zierer den Sachverhalt so dargestellt, daß es eben — wie vor 1933 — verständlich sei, wenn die Schutzstaffeln gegen den „linken Terror“ organisiert würden. Eberhard Horst mußte eigentlich meine Vorwürfe verstehen. Er war ja mit am Tisch und hat mit Otto Zierer die Mitteilungen vom 20. 3. 1972 herausgegeben. Hat sich der ‚starke Mann‘ der rechten Spalter — Otto Zierer — ihm gegenüber auch so geschickt getarnt wie gegenüber Mechtel, Baumann und mir? Oder war Dr. Horst in das Planspiel der ‚Fraktion‘ eingeweiht?

Wohin das führt? Dieter Lattmann bezeichnete die Spalter als eine Art „Aktion Widerstand“ im VS. Nun: vorläufig sehe ich Otto Zierer noch nicht auf der Straße. Ich hoffe aber, daß all jene, die jetzt wieder Morgenluft wittern, nicht vergessen, daß meine Generation eines nicht mehr abnehmen wird, was nach 1945 in dem Stammsatz der Konjunkturritter und Anpassungszyniker seinen Ausdruck fand: „Wir haben von nichts gewußt.“ (Ich meine nicht die Millionen Betrogenen.) Damit befinden wir uns im Einklang mit der Einstellung aller europäischen Völker — und der UNO-Charta.

Natürlich glaubt die rechte Spalterfraktion auf altbekannte Methoden setzen zu müssen, wenn die Argumente ausgehen. Wenn gar nichts mehr geht, muß der Antikommunismus her und das verlogen-gefährliche Geschwätz vom „linken Terror“. Kommunisten sind hier nur die Sündenböcke. Der Antikommunismus richtet sich gegen alle Demokraten. Ob das die Demokratie überleben wird, hängt davon ab, ob die Demokraten ihre Sache richtig verteidigen.

In Bayern gab es einmal einen Vorsitzenden des Schriftstellerverbands, dessen entscheidendes Wort in diesem Zusammenhang so geflügelt ist, daß man es fast nicht mehr zitieren mag. Hier und heute ist es wieder angebracht: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit des Jahrhunderts.“ Einen Thomas Mann haben wir jetzt nicht zu wählen. Wir wollen jedoch einen Vorstand, der Manns Tradition und nicht jener der Reichsschrifttumskammer verpflichtet ist.

Am 3. 2. 1972 stand in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Gedicht:

Gib Alarm / Sammle Deine Freunde / nicht / wenn die Hyänen heulen / nicht / wenn der Schakal Dich umkreist / oder die Haushunde kläffen / nicht / wenn der Ochs unterm Joch / einen Fehltritt tut / oder der Muli am Göpel stolpert / Gib Alarm / Sammle Deine Freunde / wenn die Karnickel die Zähne blecken /

und ihren Blutdurst anmelden / Wenn die Spatzen Sturzflug üben / und zustoßen / Gib Alarm.

Sein Autor — Heinrich Böll — hat dieses Gedicht unserem Verbandsmitglied Ulrich Sonnemann gewidmet. Die Chancen, daß es nicht am Ende erneut zu einer „inneren“ und „äußeren“ Emigration deutscher Schriftsteller kommt, sind günstig, wenn die Demokraten gemeinsam handeln.

Burkhardt Kiegeland

Ich bin vor zwei Jahren in den VS eingetreten, weil mir Dieter Lattmanns Politik eine Wandlung des Verbandes vom allseits mit gutem Wohlwollen betrachteten Honoratiorenstammtisch zur wirksamen (oder zumindest wirksameren) Interessenvertretung zu versprechen schien.

Ich bin für den Beitritt zur Gewerkschaft Druck und Papier, und zwar aus schierem Eigennutz. Ich kenne die Argumente und Praktiken der Verlegerseite aus langjähriger Erfahrung als Verlagslektor zu gut, um mich heute als Sachbuchschreiber und Übersetzer irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Sieht man von den wenigen Ausnahmen ab, dann existiert die von älteren Kollegen oft beschworene Partnerschaft zwischen Autor und Verleger nicht mehr. Wir, die wir von Verlagen abhängig sind, verhandeln in der Regel nicht mehr mit dem sich als Vermittler begreifenden Lektor, sondern mit von ihren Arbeitgebern abhängigen Verlagsfunktionären, die uns gegenüber die Interessen des Verlages durchzusetzen haben. Wie gesagt, es gibt Ausnahmen, doch wer ist schon so töricht, sein Erwerbsleben auf Ausnahmesituationen gründen zu wollen. Neulich stand ich mit einem Münchner Verleger in Verhandlungen wegen einer wissenschaftlichen Übersetzung. Die Sache zerschlug sich, weil dem Verleger mein Preis zu hoch erschien. Er gab den Auftrag schließlich einer sprachkundigen Hausfrau aus seiner Bekanntschaft, die, Zitat: „ist nicht auf das Geld angewiesen und macht's mir billiger.“ Gegen solche Methoden können sich heute einzelne Autoren oder Übersetzer ebenso wenig zur Wehr setzen wie ein schwächlicher Feierabend-VS. Ein Gewerkschaftsbeitritt des VS zerstört hier keinerlei partnerschaftlichen Verhältnisse. Er schafft hier vielmehr die Voraussetzungen, daß wir heute dreißigjährigen Buchautoren oder Übersetzer nicht in dreißig Jahren wiederum als arme, alte Sozialfälle Klagelieder singen müssen.

Die jüngsten Aktivitäten der Norden-Zierer-Gruppe nach sachlichen Gesichtspunkten zu beurteilen, ist mir nicht möglich. Was hier an bodenloser Verlogenheit und professioneller Hetze geschieht, das kann nicht auf sachlich begründbaren Ängsten einer Gruppe beruhen, die befürchtet, ihre berufsständischen Interessen als Schriftsteller könnten vernachlässigt werden.

Es liegt denn auch nahe, den Verleumdungsfuror der Fraktion, dem ja viel Künstliches und Aufgeblähtes anhaftet, mit anderen, „höheren“ Interessen in

Verbindung zu bringen. Mit den Interessen einer Partei etwa, deren ständige Beateuerungen, sie sei demokratisch, nachgerade lästig fallen. Das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis zwischen Peter Norden und der CSU ist ja unbestritten. Aber mit diesem Argument mache ich eigentlich schon den Fehler, mich der Mittel des Gegners zu bedienen, der seit Jahr und Tag auf Dieter Lattmanns Mitgliedschaft in der SPD herumhackt, um so die parteipolitische Polarisierung des VS zu betreiben. Diese Polarisierung ist in den vergangenen Wochen mit einer Schärfe eingetreten, die mich überrascht. Und zwar bin ich überrascht, nicht weil mich politische Fronten schreckten, sondern weil ich die Schamlosigkeit, mit der einige Leute vorgegangen sind, unter Schriftstellern nicht für möglich gehalten hätte. Und weil ich es in solchen Fragen gern mit den altmodischen Begriffen Ehrlichkeit und menschlicher Anstand halte, möchte ich meine Kolleginnen und Kollegen auffordern, dem Schindluder, das von der Norden-Zierer-Gruppe betrieben wird, ein Ende zu bereiten. Die Wahl am 22. April gibt uns dazu Gelegenheit.

Wolfgang Koeppen

An Friedrich Hitzer

Ich bin für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Schriftsteller, die in der Arbeitswelt auch ihre Arbeit vor Ausbeutung sichern sollten. Überdies sehe ich in der Gewerkschaft organisiert und mächtig die alten Ideale der Humanität, der Solidarität, des Sozialismus, der Internationale, der Brüderlichkeit. Für sie sollte der Schriftsteller nicht nur in seinem Werk, auch im Leben gemeinsam mit allen für Menschenrechte kämpfen. Ob allerdings ein noch so hart erhandelter Tarifvertrag die Schwierigkeiten des Schriftstellers, den ich als Schwierigen, als Einzelgänger und Außenseiter begreife, aufheben könnte, bezweifle ich. Das Schreiben, von mir verstanden, ist mehr eine Passion, oft eine Last, als ein ordentlicher Beruf, und der Anspruch, davon leben zu wollen oder zu müssen, wird jeder Gesellschaft verdächtig werden. Manchmal wünschte ich mir so etwas wie den Bund der sowjetischen Schriftsteller, der die materielle Existenz seiner Mitglieder sichert; aber dies geht ja wohl leider nur um den Preis der Staatsabhängigkeit, die ich natürlich auch nicht will.

Walter Kolbenhoff

Als ich diesen sogenannten VS fraktions-report las, wurde mir, gelinde gesagt, angst und bange. Ich hatte eine Vision — es war mir, als erlebte ich die ungewissen bedrohlichen Zeiten kurz vor 1933 noch einmal. Manchem Jüngeren mag das

unverständlich und übertrieben erscheinen; das liegt daran, daß er jene Zeiten nicht mitgemacht hat. Vor allem erschreckte mich in der Schmierage dieses Herrn Norden die Sprache, der ganze Ton, der so verdammt dem ähnelte, dessen sich seinerzeit diejenigen bedienten, die nichts anderes im Sinne hatten, als einen Keil in den damaligen SDS zu treiben, ihn zu spalten, um dann — nach dem Sieg — darüber zu bestimmen, was deutsche Literatur zu sein hatte. Wir wissen alle, was daraus wurde.

Ich möchte also besonders die älteren unter uns, die sich jener Zeit noch genau so gut erinnern wie ich, dringend bitten, diesen fraktions-report-Schmutz noch einmal anzusehen, wenn sie ihn nicht schon angeekelt weggeworfen haben, und Vergleiche anzustellen. „Man merke sich die Namen!“ — Wer wird da nicht wach, wenn er so einen Satz liest?

Wir müssen einfach etwas dagegen tun, damit so unverschämte und gefährliche Drohungen nicht mehr ausgesprochen werden dürfen.

Franz Xaver Kroetz

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wird über Mehrheiten im VS geredet, kommt immer der Moment, daß jemand mahnend, lächelnd und genüsslich hämisch erklärt, die Hälfte der VS-Mitglieder sei über 60 Jahre alt.

Was heißt das, liebe ältere Kolleginnen und Kollegen? Doch nichts anderes, als daß so mancher Mehrheitsstrategie (hauptberufliche Tätigkeit!) Ihr Alter dazu benützt, dem VS Reaktion und Vergreisung anzudichten.

Dagegen sollten Sie sich wehren, so wie wir, die halt zufällig ein bißchen jünger sind, sich dagegen wehren, radikal nur deswegen genannt zu werden, weil wir 30 sind.

Wir wollen doch ganz genau unterscheiden und uns, jenseits der Mehrheitsstrategen, treffen:

Wer den „Fraktionsreport“ gelesen hat, weil er ihn zugesandt bekommen hat, der darf doch eigentlich mit den Absendern kein Wort mehr wechseln. Was darin behauptet und unterstellt wird, wir wollen es ehrlicher Weise beiseite lassen, erst die Zeit wird die Wahrheit erbringen; aber *wie* sich dieser Report — sichtlich — an die älteren Kolleginnen und Kollegen wendet, das empfinde ich schlicht und einfach als bodenlose Frechheit. Welche Achtung müssen die Herausgeber dieses Reportes von ihren Kolleginnen und Kollegen haben, daß sie es wagen, diese in der Manier der „Bildzeitung“ und der „Landserheftchen“ anzusprechen? Glauben diese Herrschaften, weil die Mehrzahl der VS-Mitglieder über 60 Jahre alt ist, diese Mehrheit wäre deswegen so verkalkt und alterstauglich, daß sie nicht

mehr in der Lage wäre, mit der Problematik ihres Berufsstandes anders vertraut gemacht zu werden, als mit dem Jargon, mit dem man Hinterwäldler und Geistesschwache aktiviert?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich im Namen aller dagegen protestieren!

Meine Mutter, und sie ist eine schlichte Hausfrau, hat den „Fraktionsreport“ in die Hände bekommen und ein wenig darin gelesen. Dann hat sie ihn mir mit der Bemerkung ausgehändigt: „Das soll eine Veröffentlichung des Schriftstellerverbandes sein? Mit dieser Art von ‚Schreibe‘ hat man im 3. Reich die Landbevölkerung zu aktivieren versucht!“ Und dann schüttelte sie den Kopf. Meine Mutter ist 63 Jahre alt und ich schätze und ehre sie und ihre Ansichten.

Wie gut war es, daß ich ihr antworten konnte: „Das ist keine Publikation des VS, das ist eine Privatinitiative.“ — „Von wem?“ wollte sie wissen. „Von unwichtigen Leuten!“ habe ich geantwortet.

Hoffentlich entspricht das nicht nur heute, sondern für immer der Wahrheit. Jene, die diesen Report zusammengezimmert haben, haben sich damit selber deklassiert und ihr wahres Gesicht gezeigt. Haben sie nicht gedacht: Der Großteil der VS-Mitglieder ist alt und demnach verkalkt und absolut unkritisch? Deshalb hauen wir ihnen mit bewährter Terminologie eines über den Kopf, dann machen sie die Augen auf, sehen zuerst uns — und stehen damit auf unserer Seite? — Doch, sie haben es sich so ausgedacht!

Liebe Mitglieder, lassen Sie uns alle, jung und alt, zusammenhelfen, daß diesen schlechten, nichtsnutzigen Kollegen die Rechnung gemacht wird: Ohne Amt und Würde, das wird man ihnen nicht ersparen können, sollen sie nachdenken, bis sie ihre Fehler eingesehen haben, und wieder Achtung verdienen.

Wählen Sie heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Leute, denen Sie vertrauen, sondern auch Leute, die Ihr Vertrauen verdienen.

Die, die den Fraktionsreport geschrieben haben sind das nicht, das — zumindest — haben sie mit dieser Veröffentlichung bewiesen.

Mit kollegialem Gruß

Angelika Mechtel

Einige Anmerkungen — aus meinen Erfahrungen, die ich in zahlreichen Gesprächen mit älteren Schriftstellern gesammelt habe.

Nicht nur die bayerische Landesgruppe des VS ist, wie man so schön sagt, „überaltert“, niemand wird das bestreiten wollen. Aber ist es richtig, diesen Autoren pauschal und allgemein zu unterstellen, sie seien grundsätzlich gegen einen Beitritt in eine Gewerkschaft? Das bezweifle ich. Träfe diese Unterstellung zu, würde das bedeuten, daß alle diese Autoren, bezogen auf die bayerische Landesgruppe, rein gefühlsmäßig entschieden hätten, also Entscheidungen ohne ausrei-

chende Informationen trafen. Es würde gleichzeitig bedeuten, daß diese Autoren keinen Anteil mehr an dem nehmen, was um sie herum vorgeht. Anteil nehmen heißt: sich informieren. Und der Informationsstand zur Gewerkschaftsfrage war bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir die Antworten auf unsere 26 Fragen in der Hand hielten, noch nicht so weit fundiert, daß man sich eindeutig dafür oder dagegen entscheiden konnte. Vor allem dann nicht, wenn man in die Arbeit der Gewerkschaft keinen anderen Einblick, als den aus der Presse, also keinen „Blick hinter die Kulissen“ getan hatte.

Ich spreche bewußt von einer Unterstellung, da ich bei keinem meiner Gesprächspartner — sie waren alle über 65 Jahre alt — auf Desinteresse gestoßen bin. Sobald das Gespräch auf die derzeitigen Verbandsaktionen, also auch auf die Gewerkschaftsfrage, kam, bin ich weder auf strikte Ablehnung, noch auf Gleichgültigkeit oder begeisterte Zustimmung gestoßen. Kritische Skepsis und ernsthafte Abwägung der Problematik haben eindeutig überwogen. Einige der befragten Autoren, die aus dem Bayerischen Verband ausgetreten waren, sind nach der Gründung des Bundesverbandes in der Hoffnung wieder eingetreten, daß es zu einer Art „Gewerkschaft der Schreibenden“ kommt. Einwände gegen einen Gewerkschaftsanschluß wurden erhoben, wenn die Furcht aufkam, er müsse vielleicht mit dem Verlust der individuellen Freiheit oder mit einer festen politischen Ausrichtung — einer Zwangsjacke — bezahlt werden. Selbst solche Autoren, wie etwa Otto von Taube — er wird dieses Jahr 93 — sagten dazu: „Paul Ernst, den ich sehr geschätzt habe, sagte zwar: ‚Nein, das ist doch unmöglich, man kann doch keine Dichtergewerkschaft bilden‘. — Aber es wird ja vielleicht nötig —.“ Als ich vor einem Jahr mit dreißig Autoren sprach, hatte ich selbst noch nicht genügend Informationen, um einen eindeutigen Standpunkt guten Gewissens einnehmen zu können. Damals war ich mir nur über eines im Klaren: Das Berufsbild des Schriftstellers in der Öffentlichkeit sollte geändert werden, um damit einen ersten Schritt auch aus der sozialen Misere hinauszutun.

Hätte ich damals die Informationen gehabt, die ich heute habe, hätte ich vielleicht manchem meiner Gesprächspartner seine Angst vor diesem „voluminösen Gewerkschaftsapparat“ nehmen können.

Wir können nichts verlieren, aber einiges dazugewinnen. Die individuelle Freiheit jedes Einzelnen wird nicht beschnitten — das wäre zudem grundgesetzwidrig.

Ich verstehe jene Autoren, die sagen „wir Schriftsteller sind die letzten Individualisten“ (auch, wenn ich das für mich persönlich nicht nachvollziehen kann — ein Generationsproblem?), aber keinem dieser Autoren wird dieser Individualismus genommen. Wer bisher im VS nicht aktiv war, muß das auch nicht als Gewerkschaftsmitglied sein.

Wer aber gerade das Gegenteil befürchtet, daß nämlich jene Gesprächsabend und Diskussionen, die uns bisher zusammengeführt haben, dann wegfielen, braucht diese Furcht nicht zu haben. Wenn es zu einem Gewerkschaftsbeitritt

kommt, wird die „Fachgruppe Schriftsteller“, genauso wie bisher, Gesprächsabend, Diskussionen, aber auch Seminare veranstalten können — und das in eigener Verantwortlichkeit.

Es wird sich einiges ändern, wenn wir einer Gewerkschaft angehören. Die, die unter unseren Kollegen bisher aktiv waren, werden sich in absehbarer Zeit z. B. mit Verlegern an einen Tisch setzen und über Honorarfragen verhandeln können, was bisher nicht möglich war, da wir eben „nur ein Verein“ waren.

Heute aber kommt es darauf an, sich zu informieren und dann zu entscheiden. Jede Entscheidung ohne Information ist eine Glaubensentscheidung — aber Gewerkschaft ist keine Konfession. Und ich wehre mich dagegen, wenn pauschal gesagt wird, unsere älteren Kollegen seien allgemein „gegen die Gewerkschaft“. Sie sind skeptisch, das kann ihnen niemand verdenken. Aber sie argumentieren doch nicht nur auf der Basis von Emotionen.

Oder sollte ich, da ich hier aus meinen Gesprächserfahrungen spreche, auf die einzigen 30 älteren Autoren gestoßen sein, die erst abwägen, um dann zu entscheiden?

Peter de Mendelssohn

Ich spreche hier als einfaches Mitglied des VS Bayern, das keinerlei Amt oder Funktion im Verband innehat. Ich bin der Auffassung, daß das Vorgehen der „Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS“ ein Putschversuch zur Erlangung der Kontrolle über die Leitung des VS und eine Verschwörung gegen den Bestand des VS und seine freie Willensbestimmung ist.

Jede Minderheit innerhalb eines Staates oder eines Verbandes hat das Recht, sich mit den legitimen Mitteln der Verfassung oder Satzung zu einer Mehrheit zu machen. Niemand im VS kann und darf der Fraktion das Recht streitig machen, sich zu einer solchen Mehrheit zu entwickeln, so lange dieses legitime Bemühen sich im Rahmen und auf dem Boden der gesamtverbindlichen Satzungen des Verbandes vollzieht.

Das Bestreben der Fraktion vollzieht sich jedoch außerhalb des Rahmens der gesamtverbindlichen Satzung. Es mißachtet diese Satzung, es setzt sich über diese Satzung hinweg, es verläßt den Boden der Legitimität. Drei Beispiele hierfür:

1. Die erste Nummer des Fraktions-Reports *berichtet*, wie sie selber erklärt, vom Ergebnis der Informations-Kommission, die mit IG Druck und DGB gesprochen hat. Zu einem solchen *Bericht* ist die Fraktion nicht berechtigt. Berechtigt ist nur die Informations-Kommission selbst, und diese hat ihren *Bericht* noch nicht vorgelegt, weil die Besprechungen noch nicht abgeschlossen sind und von einem *Ergebnis*, das der Fraktions-Report vorwegnimmt und das von beiden Gesprächspartnern festgestellt werden muß, noch nicht die Rede ist. Es handelt sich somit

um eine vorsätzliche Täuschung der VS-Mitglieder über den gegenwärtigen Sachverhalt. Es handelt sich

2. um einen flagranten Vertrauensbruch seitens eines VS-Vorstandsmitgliedes, das der Informations-Kommission angehörte, nicht nur gegenüber seinen VS-Kollegen in der Kommission und den IG-Gesprächspartnern, sondern auch und vor allem gegenüber der allgemeinen Mitgliederschaft, die dieses VS-Vorstandsmitglied durch Berufung in die Kommission mit ihrem Vertrauen ausstattete. Dieses Vorgehen ist illegitim, satzungswidrig und ein grober Verstoß gegen die guten Sitten, ohne die ein Verband wie der VS weder bestehen noch funktionieren kann.

3. Die Fraktion teilt in aller Offenheit mit, daß sie ihren Report nach den ersten zwei Nummern, die der Agitation und der Mitgliederwerbung dienen, hinfort zwar den Redaktionen der Medien zugänglich machen werde, nicht aber der Mehrheit der VS-Mitglieder, die der Fraktion nicht angehören. Das bedeutet, daß Zeitungen und Rundfunkanstalten laufend über Zielsetzung, Strategie und Taktik der Fraktion unterrichtet werden, die eine Kursänderung und Umgestaltung des VS beabsichtigen, die VS-Mitglieder aber vorsätzlich in Unkenntnis darüber gehalten werden, was innerhalb ihres eigenen Verbandes vor sich geht. Damit ist der Tatbestand der Verschwörung gegen den verfassungsmäßigen Bestand des VS gegeben. Die Fraktion ist nicht aus dem VS ausgetreten und hat ihren eigenen Verband gebildet. Sie ist ganz vorsätzlich eine Minderheit innerhalb des Verbandes geblieben, die ihre Aktivität vor der Mehrheit des Verbandes geheimhält bzw. ihr nur nachträglich über die Medien davon das zur Kenntnis gibt, was den Medien tunlich scheint. Das ist eine Verschwörung. Mit ihr verläßt die Fraktion den Boden der Legitimität.

Ich verwende diese Worte ganz vorsätzlich. Ich habe einen solchen Vorgang in ähnlichem und wesentlich größerem Rahmen schon einmal erlebt — und auch die unflätige Gossensprache, die die Verschwörer von ihren Vorgängern übernommen haben — und er hat mich die gute Hälfte meiner Lebensarbeit gekostet. Ich bin nach langen Jahren des Exils, das mir Kollegen vom Zuschnitt Peter Nordens aufgezwungen haben, nach Deutschland und in meine Vaterstadt München zurückgekehrt in dem Vertrauen und in der Überzeugung, daß man hier aus der Vergangenheit etwas gelernt habe und daß es mir endlich erlaubt sein werde, in freier Vereinigung mit meinen deutschen Schriftstellerkollegen in einem zivilisierten und demokratischen Rahmen für die Verbesserung unserer Verhältnisse zu wirken, ohne von denselben Schlagworten, denselben Methoden der Verschwörung, derselben Putschtaktik ein zweites Mal überrannt, belogen, betrogen und zusammengeschlagen zu werden. Ich wünsche diesen Vorgang nicht ein zweites Mal zu erleben, und ich möchte meinen jüngeren Kollegen das erste Mal ersparen. Mögen sie sich in ihrer gutgläubigen Toleranz nicht übertölpeln lassen. Mögen sie nicht glauben, es sei alles nicht so schlimm. Es ist viel schlimmer als sie glauben. Und es ist auch viel später als sie vielleicht meinen.

Erika Runge

Warum IG Druck und Papier?

Im „Fraktions-Report“ wird versucht, mich mit schlecht getarntem Antikommunismus zu diffamieren (... auf einem DKP-Plakat werde ein Theater angepriesen, das gerade ein Stück von mir auf dem Spielplan habe ...). Natürlich gilt der Angriff einer Befürworterin des Anschlusses an die IG Druck und Papier, aber er trifft viel eher die Meinungsfreiheit im VS und das gemeinsame Vorgehen der Autoren für ihre Rechte. Mit Sicherheit kennt man in der „Fraktion“ den Inhalt meines Stückes nicht (ich halte es auch nicht für sinnvoll, im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage die Inhalte meiner oder anderer Arbeiten zu diskutieren), genau so wenig wie man dort weiß, daß ich nie Mitglied der DJU (Deutsche Journalisten-Union) war, dafür aber zur RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union) und zum Syndikat der Filmmacher gehöre. Ich habe den Eindruck, als basiere die Polemik der Fraktionisten kaum auf Sachkenntnis oder gar auf Einsicht in die Lage. Für welches Autorenbild kämpfen sie eigentlich? Für Spitzwegs „Armen Poeten“? Den möchte ich mir nicht in die Ecke hängen! Denn wenn ich heute als Autor auf den großen Markt gehe, auf dem Manuskripte verkauft werden, stehe ich nicht nur dem Verleger gegenüber, sondern auch dem Funk- oder dem Fernsehredakteur, dem Film- oder Schallplattenproduzenten und dem Zeitungsbesitzer. Oft (bei Springer, Bertelsmann und anderen) sind sie sogar in einer Person oder zumindest in einer mächtigen Hand vereint. Und nun verlangt die „Fraktion“, ich solle diese Entwicklung in den Medienbereichen ignorieren, ich soll mich als freischaffender Poet verstehen, in einem liebwerten, ständischen Verband und — nur wenn's gar nicht zu vermeiden ist — in einer zwar mit dem Namen „Kunst“ verzierten, aber recht ineffektiven Intellektuellen- „Gewerkschaft“ organisieren (die Gewerkschaft „Kunst“ ist aus sechs unabhängig nebeneinander existierenden Grüppchen zusammengesetzt, die kaum Verbindung haben und sich nicht gegenseitig unterstützen können: Der internationalen Artistenloge, dem Schutzverband bildender Künstler, dem deutschen Musikverband, der deutschen Orchestervereinigung, der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger und — nicht zuletzt, weil in ihr das technische, künstlerische und intellektuelle Personal zusammen kommt — der Rundfunk-Fernseh-Film-Union). Also: Die „Fraktion“ will auf keinen Fall, daß wir uns einer Industriegewerkschaft (einer zukünftigen Mediengewerkschaft) anschließen, und damit den großen Kulturkonzernen der Unternehmer gestärkt durch Drucker und Setzer, durch Filmcutter, Kameraleute und Tonmeister gegenüberstehen können. Warum will die „Fraktion“ das nicht? Meint man dort, es sei zu prosaisch, sich mit den Realitäten zu konfrontieren (und hat schon vergessen, daß die Journalisten erst als tariffähig anerkannt wurden, nachdem ihre Kollegen von der Technik in der IG Druck und Papier für sie eintraten und mit

Streik drohen)? Oder warum ist die „Fraktion“ daran interessiert, die Schriftstellervertretung so klein, isoliert und ineffektiv wie möglich zu halten? Wem nützt dieser Standpunkt? Ich vermute mächtige politische Interessengruppen im Hintergrund. Die „Fraktion“ setzt ihre Demagogie nun besonders den materiell schlechter gestellten Kollegen gegenüber ein und will den Eindruck erwecken, es ginge ihr auch um unseren finanziellen Vorteil: ein VS ohne Gewerkschaft sei sozusagen die preisgünstigere Interessenvertretung — schon allein wegen der Beiträge. Ich kann nur sagen: Für mich nicht! Denn wenn wir unsere heutige Lage nicht ändern und uns sinnvoller organisieren, zahle ich dreifache Beiträge: Einmal im VS, um meine Interessen gegenüber den Verlegern gewahrt zu wissen; zum anderen in der RFFU, weil ich den größten Teil meiner Einkünfte aus der Arbeit für Fernsehen und Rundfunk beziehe; obendrein aber noch im Syndikat der Filmmacher, damit mir jemand hilft, mich als Autor auf dem freien Filmmarkt zu behaupten. Mein Wunsch ist: Endlich nur einen statt dreier Beiträge, endlich Anschluß der Schriftsteller an die IG Druck und Papier und (im Rahmen einer DGB-Reform) deren Erweiterung zu einer Mediengewerkschaft. Dann — davon bin ich überzeugt — brauche ich weniger Zeit aufzuwenden, um meine Rechte zu vertreten, dann kann ich produktiver arbeiten und schreiben — was ich natürlich auch für die hoffe, die heute noch gegen einen Gewerkschaftsanschluß sind.

Wilfried Schoeller

Nachbarn: Gesinnung und Kasse

Nun wissen wir ganz genau, was mit uns passiert: wir werden von einer Roten Zelle unterwandert. Ein schmerzhaftes Bild, das sich da abzeichnet: „Sturmtruppen der DJU und der DKP“ (Otto Zierer) marschieren in unserem Verband gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Autoren. Riesige Unterwandererstiefel, in Moskau genagelt und auf dialektische Weise geschnürt, trampeln auf unserem Gewissen herum. Unser Gewährsmann hofft, daß Sie die Tritte spüren. Wo das geschieht, weiß er ganz genau: „Wenn wir von linksextremistischen Kreisen sprechen, sprechen wir vom VS in Bayern“ (Peter Norden in der Fernsehsendung TITEL, THESEN, TEMPERAMENTE). Und die Gewerkschaft lauert nur darauf, uns zu kassieren, zumindest „unter die Fuchtel“ zu bringen. Kein Wunder, daß deshalb die „Intensiv-Information“ unseres wehen Bürgen zum Warneschrei verkürzt ist. „Unbill“ steht nämlich — laut Fraktionsreport — „ins Haus“, manche Mitglieder sind sogar „mißtrauisch geworden“, worauf eines vor

Angst flugs „in die Hosen machte“; einigen Besorgten aber stehen „Wolken des Unmuts“ um die Denkerstirn. Unser Chefdenker Peter Norden, der heimwerkende Apokalyptiker, ist inmitten dieses Nebels um unser aller „Wohl und Wehe“ bemüht. Da er schon am Image der CDU/CSU verdient, leistet er seine „schöpferische Arbeit“ gleich für das Image seines/unseres Gewissens mit. Und mit ihm: vierzehn für alle, oder sagen wir besser: die anderen für ihn und seinesgleichen.

In subtilem Deutsch: „Um allen Leichtgläubigen von vornherein Illusionen zu nehmen, müssen nun die Rolladen hochgezogen und Licht in die gute VS-Stube gelassen werden“ (Fraktionsreport). Was da zum Vorschein kommt, ist allerdings wenig geeignet, unseren Beleuchter ins demokratische Licht zu rücken: Da wird fast jeder, der sich in der letzten Zeit deutlich für den Gewerkschaftsbeitritt ausgesprochen hat, schnell ein Mitglied einer „DJU-Fraktion“, die es nicht gibt, und Sprecher dieser Truppe wird man durch Norden auch als Geist: ich war's zum Beispiel (laut Fraktionsreport) auf unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung, obwohl noch nie in der IG Druck und Papier und vom Tatort dreihundert Kilometer entfernt. Solch „schöpferische Arbeit“ an der Wahrheit stimmt für die Zukunft erwartungsfroh; da dürfen wir noch auf manche Falschmeldung hoffen, zumal diese Fraktion der „Unabhängigen“ ihr Gewissen durch Mitgliedausschweis gegen Mißbrauch schützt. Da besteht freilich kaum Gefahr, daß es in allzu bedenkliche Nähe zu den Tatsachen gelangt.

Nein, das wollen wir vermeiden: daß Peter Norden ein „Hilfswilliger“ (Jost Nolte) jener Partei genannt wird, die sich um die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung verdient macht, daß Zierer nicht mehr Otto sondern Quisling heißt, daß Werner van der Bourg zum Makler abgestempelt wird, der schließlich nicht auch noch in die Gewerkschaft kann. Daß dieser Klub mit seiner gut dotierten Demokratie-Pantomime ein schlichtes Erpressungsmanöver versucht, einen „Handstreich von rechts“ (Martin Gregor-Dellin), einen Putsch auf kaltem Weg, den Versuch, „den Bayern-VS von innen zu sprengen“ (Jost Nolte). Daß die Lügen im Fraktionsreport genauso bezeichnend sind wie ihr Hetz-Stil, das „Musterbeispiel praktizierter Demokratie“, jener Spielart, bei der Gesinnung und Kasse unwillkürliche Nachbarn sind. Daß es solchen Spaltern gar nicht um die Gewerkschaftsfrage geht, sondern simpel: um Macht.

Das alles muß nun nicht mehr besonders hervorgehoben werden; es ist in den vergangenen Wochen ja von selbst deutlich geworden. Es geht in den kommenden Monaten auch um etwas anderes: wir müssen die Sachdiskussion ob, wann und zu welchen Bedingungen ein Beitritt des VS zur IG Druck und Papier notwendig ist, mit einem Höchstmaß an Information fortsetzen. Gegner des „Gewerkschaftskurses“, Unentschlossene und Gewerkschaftssympathisanten sind sich, das haben viele Gespräche in den letzten Wochen ergeben, darüber einig, daß wir keine Fraktionen, erst recht keinen Verein im Verein brauchen. Lassen wir diese Fraktion als „separiertes Häufchen“ (Martin Walser) herumsitzen.

Ulrich Sonnemann

An Dieter Lattmann

Dieser Peter Norden muß sich schöpferisch verwählt haben, als er Hugendubel anrufen wollte. Man kennt dort Deinen Namen, Deine Bücher. Um so weniger kennen wir das benutzte Telefonnummernbüchlein; und wie leicht gibt es gerade in einem alphabetisch geordneten — bei zu dicht gedrängten public relations — Verwechslungen! Meine Vermutung ist, daß Norden Hugendubel anrufen wollte, aber in *intensiv*-informativer Aufgelockertheit ein Hugenberg-Double erwischte. Es gibt davon jetzt so viele, daß der Alte — in seinem wie immer gearteten Jenseits — seiner Einzigkeit nur nachtrauern kann.

Eine mögliche Variante würde ich gelten lassen. Da dem Norden, wie er selbst mitteilt, noch nicht einmal die Gesinnung solcher demokratischer Parteien *zu- steht*, an deren Problemen er (schöpferisch) selber arbeitet, kann ein solches Double auch *ihn* erwischt haben. Darüber wissen wir nichts, und nicht einmal von Nordens 46. Buch erwarte ich darüber mit Sicherheit Aufschlüsse.

Nur meine ich angesichts dieses *fraktions-reports*, daß wir sie inzwischen entbehren können. Der Fall ist jetzt auch für Andersdenkende, die für Zivilisationsdefekte sensibel sind, unzweideutig. Inzwischen ging uns ein Rundbrief von Bruno Hampel zu, der das sehr wohltuend klarstellt: aus der Sicht des „parteilosen und fraktionslosen Einzelgängers“ sich von der „unglaublichen Verlogenheit“ der Nordenschen Verfertigung distanziert. „Älteren Kollegen“, schreibt Hampel, „brauche ich den Zeitungstitel nicht zu nennen, an den solcher Jargon erinnert.“

In der Tat nicht, aber um so praktischer ist es, daß dieser Titel — es handelt sich um den *Angriff* des J. Göbbels — jüngeren Kollegen genannt wird. Ich darf das hier nachtragen. Die Diagnose des Falls als VS-Projekt der neuen Harzburger Front wird mit Hampels Wahrnehmung vollständig.

Wenigstens redete *unser Doktor* nicht dauernd von der Freiheit des Geistes. Für nichts hat sie als Wirklichkeit so wenig Verwendung wie für sich selbst als Spruch. Der schlichten Abwesenheit jeglichen Geistes hilft in diesem *fraktions-report* keine tautologische Rede ab, die in Leerformeln für ihn Freiheit verlangt, als könnte er damit bestochen werden: er will nicht.

Mit dieser seiner Freiheit — in einem solchen Fall einfach nicht zu wollen — wird kein Aufwand an Geld fertig. Die Brauchbarkeit des Schriftstückes besteht darin, daß es zur ausgepichtesten Selbstwiderlegung der kokett verkündigten *Unabhängigkeit* seiner Verfasser wurde:

Noch die standesstolze Vereinsgesinnung, auf die es spekuliert, hintergeht es. Auffällig ist das einzige an ihm, was nicht mies ist, sein Druck und Papier.

Eckart Spoo

Über Peter Nordens dichterische Freiheit resp. Unwahrhaftigkeit

Es geht schlichtweg um die „Verteidigung der Freiheit gegen extremistische Gruppen.“ So Nordens Fraktions-Report auf Seite 10. Der Leser bleibt nicht im Unklaren darüber, welche „extremistischen Gruppen“ gemeint sind, vor denen es die Freiheit zu retten gilt. Man erfährt es spätestens auf Seite 15. „Die Fraktion unabhängiger Schriftsteller im VS sieht die Gefahren, die dem VS drohen: Auflösung, Überführung in eine Gewerkschaft, Intoleranz und Agitation durch linksextreme Gruppen der Deutschen Journalisten-Union und der DKP. Dagegen wehren wir uns!“

Ähnlich wie in den fünfziger Jahren das mccarthystische „Komitee Rettet die Freiheit“ prangert Nordens Freiheitsretterfraktion nicht nur Organisationen, sondern auch Personen gleichsam als Rädelsführer an. Nämlich u. a.: Angelika Mechtel (dju), Dr. Wilfried Schoeller (dju), Verleger Wolfhart Eilers (dju), Dieter Lattmann (dju). Extremisten. Agitatoren der Unfreiheit. Sprecher der dju-Fraktion im VS. Darum, bayerische Schriftsteller, wehrt euch gegen diese Unterwanderer . . .

Norden hat eifrig geschnüffelt. Nicht nur die Zugehörigkeit von VS-Mitgliedern zu anderen Organisationen, auch ihr Lebensalter vermag er bekannt zu machen. Was tut's, daß er dabei eine Kollegin älter macht, als sie ist? Was tut's, daß weder Angelika Mechtel noch Wilfried Schoeller, weder Wolfhart Eilers noch Dieter Lattmann der dju angehören? Was tut's, daß die von Norden angegebene Zahl von 57 VS-Mitgliedern, die zugleich dju-Mitglieder seien, eine bloße Erfindung ist? Hauptsache, der Leser lernt das Gruseln vor einer Verschwörung von links, vor der „dju-Fraktion“, vor den kommunistischen „Unterwanderern“. Ein Extremismus-Popanz ist notwendig, damit Norden und seinesgleichen die reale eigene Fraktionsbildung, die reale eigene extremistische Agitation motivieren können.

Warum nicht gleich behaupten, Friedrich Hitzer, Dieter Lattmann, Martin Gregor-Dellin, Elisabeth Endres, Angelika Mechtel und Eckart Spoo seien leibhaftige Agenten des Kreml? Irgendwas wird beim Leser schon hängen bleiben. Irgendwer wird sich schon irritieren lassen.

Es kommt nicht auf Authentizität an, sondern auf den Anschein der Authentizität. Möglichst viele Zahlen und Zitate. Um so glaubhafter wirkt das Ganze. Was tut's, daß gleich zu Anfang des Fraktions-Reports ein Beschluß des Gewerkschaftstags der IG Druck und Papier zitiert wird, der nie gefaßt, nie beraten, nie beantragt worden ist?

Aber ist Nordens Panikmache nicht doch allzu plump geraten? Glauben die Herren, für die er schreibt, die Herren von der CSU, wirklich, daß sich die Schriftsteller dadurch vom Eintritt in die Gewerkschaft abbringen lassen? Halten sie die Intellektuellen für so unintelligent?

Gewiß, wir dürfen Strauß und Springer (der den unwahren Behauptungen Nordens „Welt“-weite Verbreitung ermöglicht) nicht unterschätzen. Wir haben den McCarthyismus, der erneut die Freiheit von Kunst, Publizistik und Wissenschaft und die Rechte der Arbeiterbewegung bedroht, sehr ernst zu nehmen. Wir müssen sehen, wie wirkungsvoll der vom derzeitigen Kultusminister der CSU-Landesregierung, Hans Maier, und von führenden Vertretern großer Konzerne initiierte „Bund Freiheit der Wissenschaft“ heute die Gleichschaltung von Forschung und Lehre, die Ausschaltung kritischer, nonkonformistischer Wissenschaft, die Unterdrückung demokratischer Reformen im Hochschulbereich betreibt. Wir erleben, wie die CSU unter dem Vorwand, die Freiheit gegen extremistische Agitation von links verteidigen zu müssen, die Freiheit des Rundfunks einschränkt. Aber gerade wenn wir all das ernst nehmen (die kleine extremistische Minderheit um Norden würde es für sich allein genommen nicht verdienen, ernst genommen zu werden), müssen wir die Solidarität schaffen, die allein uns stark machen kann. Wessen Freiheit auch immer Norden, von der Osten-Sacken, van der Bourg und Zierer verteidigen mögen, für unser eigenes Recht auf freie Kommunikation in der Presse, im Rundfunk, im Buch müssen wir selber eintreten. Was wir brauchen, ist nicht Unternehmerfreiheit, auch wenn die Arbeits- und Kartell- und Steuergesetze uns noch immer wie Unternehmer behandeln (sehr zu unserem Nachteil). Als Abhängige in der Kulturindustrie, die sich zusehends konzentriert und monopolisiert, brauchen wir die sozialen Rechte, die sich die Arbeiter mit ihren Gewerkschaften bereits erkämpft haben. Mit den Setzern und Druckern, mit den Lektoren und Redakteuren, mit den Tontechnikern und Kameraleuten müssen wir uns in einer Mediengewerkschaft zusammenschließen, um mit mehr Nachdruck bei den Verlegern und beim Staat größere Freiheiten fordern zu können: Freiheit von der Angst vor der Armut im Alter, Freiheit von der Ausbeutung nach dem jetzigen Urheberrecht, Freiheit zum Aushandeln verbindlicher Mindestnormen für Honorare, Freiheit zum Schreiben der Wahrheit. Der einzige offene Weg zur Mediengewerkschaft führt über die IG Druck und Papier. Das Angebot des letzten Gewerkschaftstages steht. Die in der IG Druck und Papier organisierten Journalisten — vor drei Jahren waren es 1400, heute sind es 3200 — werden es auch im eigenen Interesse begrüßen, wenn der VS ebenso wie die dju eine Fachgruppe in der gemeinsamen Gewerkschaft bilden wird. Die Mediengewerkschaft — bisher Wunschtraum vieler Abhängiger, Alptraum der Verleger und reaktionärer Politiker — wird dann bald Gestalt annehmen.

Hermann Stahl

Was für eine schnellebige Zeit! Mir geht's wie damals, als der erste Düsenjäger den Ammersee überflog: die Augen kamen kaum mit. Was wollte ich doch sagen? Ach so: im Heft 1/72 der „VS-Information“, geschrieben im Februar 1972,

äußert sich Herr Otto Zierer (nach seiner Beteiligung an der Delegiertenversammlung in Berlin) zu Überlegungen, die uns alle beschäftigten und noch beschäftigen: Gewerkschaft ja oder nein? Ich stimmte und stimme dem Kollegen zu, der vor etwa 2 Monaten wörtlich rezitiert da schrieb:

„Diese kritischen Fragen und bohrenden Einwände haben eine Anzahl ziemlich präziser Antworten hervorgerufen, die sehr zur Klärung der Situation beigetragen haben.“ Unter weiter: „Unsere Hauptbedenken waren die Zweifel, die wir daran hatten, ob ein in der Gewerkschaft integrierter VS noch in der Lage sein würde, seine bisher nicht ohne Erfolg und Wirksamkeit ausgeübten Tätigkeiten zugunsten seiner Mitglieder würde ausüben können.“ Das ist trotz etwas überraschender Grammatik verstehbar. 2 Seiten weiter in zitierter Information kommt der Kollege zu folgendem Fazit: „Es wurde immer wieder versichert“ (seitens der Gewerkschaft nämlich), „daß niemand daran denkt, die geistige oder ideologische Freiheit der Schriftsteller anzutasten oder den dann als Fachgruppe integrierten VS einseitig parteipolitisch umzufunktionieren.“ Und weiter: „Die mächtige IG Druck und Papier bietet uns diese Unterstützung offenbar ohne gefährliche Bedingungen und Nebenwirkungen an. Und dies geschieht in einem Augenblick, in dem sich Verlegerverbände weigern, mit uns bindende Verhandlungen zu führen, oder die ARD seit fast einem Jahr auf unsere Vorschläge mit Schweigen antwortet.“ Und abschließend schrieb Kollege Zierer den nicht undeutlichen Satz: „Man nötigt uns also von Unternehmerseite den Schritt förmlich auf.“

Es gibt, ungeachtet der so prachtvoll fairen „Intensiv-Information“ der „Fraktion“, ältere Autoren, die keiner Denkhilfe bedürfen ... Ich finde Zierers Pro-Gewerkschaft-Plädoyer, aus dem ich hier zitierte, nach wie vor höchst interessant, es ist ja auch erst 2 Monate alt ... Oder ist mein Immobilismus fatales Symptom meiner Ältlichkeit? Bedürfen ältere Autoren der Armbinde und des schwarzen Krückstocks der Blinden?

Die sog. „Intensiv-Information“ der „Fraktion“ erweckt, äußerst schwungvoll verfaßt, imponierfreudig den Eindruck, der VS in Bayern bestehe aus einer Herde sanft blökender Lämmer, die von bösen Usurpatoren in die Gewerkschaft getrieben werde, hilf- und ahnungslos, weshalb sie, die „Fraktion“, diese Mehrheit und mit ihr den VS zu retten habe.

Mit seinem Rundbrief vom 28. 3. entthob mich der Kollege Bruno Hampel dem Vorhaben, auf die beklemmende Dissonanz zwischen der Toleranz- und Fairplay-Forderung und ihrer Verwirklichung (in der „Intensiv-Information“ der „Fraktion“) eingehend hinzuweisen. Ich stimme dem Kollegen Hampel nachdrücklich zu, und bitte alle an fairer = objektiver Klärung und Meinungsbildung interessierten Kolleginnen und Kollegen, Hampels Text orientierungshalber genau zu lesen.

Mir war von „Meinungsterror“ in der Gewerkschaftsfrage bislang nichts bekannt. Der Prozeß der Klärung war und blieb im Gange. Ich habe ihn nicht mit

„Trimmspielen“ verwechselt, und „Politgeschrei“ kam mir nicht zu Ohren. Erst durch Fraktionsbildung und sog. „Intensiv-Information“ kam etwas in den Klärungsprozeß, das nicht nur von älteren Mitgliedern als demagogische Beeinflussung betrachtet wird.

Das Schreckbild totaler Auflösung unseres VS in eine Gewerkschaft hat keinerlei Realität, und wie weit wir Geschlossenheit unseres VS auch gegebenenfalls innerhalb der Gewerkschaft zu praktizieren wüßten, das würde vom berufsständischen Bewußtsein jedes einzelnen abhängen.

Man idealisiert plötzlich unseren lieben alten Verband, der „die Interessen seiner Mitglieder besser und nachdrücklicher vertreten kann“ (lt. „Intensiv-Information“ der „Fraktion“), „als eine Gewerkschaft, die sich bei 559 Bayern-VS-Mitgliedern erst mit 559 verschieden gelagerten Problemen befassen und einarbeiten müßte“.

Das nenn' ich einen falschen Rührungsschluchzer! SDS und später VS wären demzufolge mit den Problemen sämtlicher Mitglieder befaßt gewesen, hätten immerzu eingreifen, helfen, retten können! Ein Autor, den „sein“ Verleger gern „mein bestes Pferd im Stall“ nannte ('s war allerdings nicht auf die Buchauflagen bezogen), ein Autor, dem der Verleger dann knallend die Tür zuschmiß, als ihm das geistige Profil eines neuen Buchmanuskripts nicht paßte, hat davon nichts gemerkt. Er kam gar nicht auf den Gedanken, beim Verband Hilfe zu suchen: er wußte, daß der Verband in wirklich eklatanten Unrechtsfällen nicht tragend helfen konnte. Und nun: daß die Nothilfen, in akuten Fällen materieller Pein, und im engen Rahmen des dem Verband Möglichen, nicht wegfallen sollen und können, selbst bei einem Anschluß an eine Gewerkschaft nicht wegfallen werden, das dürfte sich langsam herumgesprochen haben, als ein Aspekt langfristiger Vorsorglichkeit.

Die Schwäche unseres Berufsverbandes ist uralte, sie hat historische Provenienz. Seit Kunstschaffen Berufsausübung wurde, waren Künstler Abhängige wider Willen. Jahrhunderte vor Rembrandts Bild von der vermeintlichen „Nachtwache“ schon (und wir wissen, wie Rembrandts Auftraggeber [= Arbeitgeber] auf dieses Werk reagierten). Die Kunst war abhängig von Fürsten, von Päpsten (man studiere Vasari, Maler, Architekt und Begründer der wissenschaftl. Kunstgeschichte, 16. Jahrhundert), die Kunst war abhängig und blieb abhängig vom Feudalismus, schließlich vom (hier unpolitisch gemeint) zunächst individual gehandhabten, schließlich trustgebundenen, von Monopolen kaschierten Kapital. Nicht erst seit dem Barock wurde Kunst zweckgesteuert.

Wir Heutigen stehen, auch mit der jeden Redlichen ernsthaft bewegenden Gewerkschaftsfrage, in einem Umbruch, in einem schmerzhaften Prozeß der Emanzipation.

Unsere Situation ist die der schlesischen Weber, Gerhart Hauptmann nahm sich ihrer an, und wir wissen, gegen welche Widerstände. Es sind die gleichen Widerstände heute. Sie reden von „bestimmten Kreisen der extremen Linken“, sie

behaupten, daß wer einen Anschluß an eine Gewerkschaft auch nur in Ruhe zu Ende geprüft sehen will, „die Gesellschaft im Handgalopp zu verändern“ wünscht. „Auch Demokratie will gelernt sein“, heißt es in jener sog. „Intensiv-Information“. Ich füge hinzu: dieser Lernprozeß ist deshalb für manche Leute so schwierig, weil wir, in unserem Berufsstand wie in allen künstlerischen Berufen, *Demokratie* noch nie gehabt haben.

P.E.N.-Resolution zur Gewerkschaftsfrage

Das P.E.N.-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland hat während seiner Vollversammlung in Dortmund am 8. April 1972 folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Das P.E.N.-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland unterstützt die Bestrebungen des Verbands Deutscher Schriftsteller (VS), sich gewerkschaftlich zu organisieren, und warnt vor allen Spaltungsversuchen.“

Zwei Entschlüsse vom 9. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Nürnberg, Oktober 1971

1.

Der Neunte Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier nimmt mit Interesse Kenntnis von der Diskussion im Verband Deutscher Schriftsteller (VS), um den Anschluß an eine DGB-Gewerkschaft. Die IG Druck und Papier teilt die Auffassung vieler Mitglieder des VS, daß es auch für freischaffende Autoren einer festen gewerkschaftlichen Organisation bedarf, um sozialpolitische und wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen und die Bedingungen der Abhängigkeit von Verlagen, Funkanstalten und anderen Auftraggebern im Medienbereich erträglicher zu gestalten. Die Delegierten des Gewerkschaftstages billigen die Gespräche, die vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier mit Beauftragten des VS über die organisatorischen Möglichkeiten eines Beitritts des VS zur Gewerkschaft geführt worden sind. Weitere Gespräche sollen ebenso offen und aufgeschlossen geführt werden.

Dem Erweiterten Vorstand wird vom Neunten Ordentlichen Gewerkschaftstag die Vollmacht erteilt, einem Antrag des Verbandes der Deutschen Schriftsteller (VS) auf Aufnahme in die Industriegewerkschaft Druck und Papier zustimmen zu können. Über die geeignete Form der Aufnahme entscheidet der Erweiterte Vorstand ebenfalls.

An den DGB appelliert der Neunte Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, im Rahmen der DGB-Reform die Zweckmäßigkeit einer größeren gewerkschaftlichen Organisation im Medienbereich ernsthaft zu prüfen. Der ständig fortschreitenden Konzentration in den Unternehmen der Massenkommunikation (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schallplatten, Film und Fernsehen) muß mit einer auch organisatorischen Konzentration gewerkschaftlicher Aktivität begegnet werden. Das Prinzip der Industriegewerkschaft ist auch im Bereich der Medienindustrie durchzusetzen.

2.

Der Neunte Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier fordert das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft auf, unverzüglich mit den Vorbereitungen zur Gründung eines staatlichen Instituts für Kommunikationsforschung zu beginnen. Die Mitbestimmung von Sachkundigen, die von den zuständigen Berufsorganisationen zu delegieren sind, ist sowohl in der Gründungsphase als auch während der Arbeit dieses Instituts zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Bundesländer ist der günstigste Standort festzulegen.

Die IG Druck und Papier unterstützt den Beschluß der Bundestagung des Bundes Deutscher Grafik-Designer (BDG) vom 8. 7. 1971 und ruft alle Organisationen der Wissenschaftler, Pädagogen, Wort-, Ton- und Bildautoren und aller in der Kommunikationsindustrie Beschäftigten zur Zusammenarbeit auf, um durch koordinierte Mitbestimmungspolitik die immer noch zu große Distanz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischen Konsequenzen abzubauen.

Wie Demokratie Siege erringen kann

22. April 1972. Großer Rathaussaal in München. Die Tische, die bei der Jahresversammlung des VS 1971 noch gut die Hälfte des Raumes eingenommen hatten, fehlten. Gedrängte Stuhlreihen — und doch reichten die Sitzplätze nicht. Es war die bestbesuchte und spannungsvollste Versammlung westdeutscher Schriftsteller nach dem Stuttgarter Kongreß.

215 Mitglieder des größten VS-Landesverbands waren gekommen, bekannte und unbekannte, Angehörige aller Generationen. Alle wußten, daß eine Entscheidung bevorstand, die der weiteren Entwicklung des gesamten VS ihren Stempel aufprägen würde. Viele ahnten, daß die Kontroversen mehr nur als pro- oder antigewerkschaftliche Orientierung beherbergten. Ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Prozesse unseres Landes kam es im inzwischen politisiertesten Landesverband westdeutscher Schriftsteller zum ersten Höhepunkt des Kampfes

zwischen Reaktion und Fortschritt. Welche Chancen hatten die Spalter in dem Bundesland, von dem nach Strauß die „Rettung Deutschlands“ auszugehen habe?

Noch vor Beginn der Versammlung herrschten Beunruhigung und Zaudern unter progressiven, liberalen, demokratisch-konservativen Kollegen vor. Mit unterschiedlichen Kenntnissen, Meinungen und Haltungen in der Gewerkschaftsfrage waren sie sich — soweit sie sich untereinander kannten — einig in der Ablehnung der Sprache, des Tons und der Demagogie von seiten der rechten Spalterfraktion. Doch wer konnte mit Sicherheit sagen, wie die älteren Kollegen reagieren würden, die sogenannte „schweigende Mehrheit“?

Die „Fraktion“ hatte auf die Alten gesetzt. Sie spekulierte offenkundig mit der Rückständigkeit der Älteren, mit ihrer Finanzmisere. Dr. Gerda Walther — über 70 Jahre alt — schrieb in einem Brief aus einem Altersheim in Dießen an mich: die „Fraktion“ hätte ihr das Geld angeboten, doch so schamlos wolle sie nicht sein, dies zu nutzen, um gegen die Leute zu stimmen. Die Alten waren ihnen nicht auf den Leim gekrochen.

Die Dokumentation „Für die Einheit des VS — gegen die Spalterfraktion“, von Älteren und Jüngeren herausgegeben, vor dem 22. 4. 1972 an alle Mitglieder verschickt, hatte wesentlich dazu beigetragen, die reaktionäre Legende vom grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen alt und jung zu widerlegen, den Handstreich der Spalterfraktion minutiös zu dokumentieren, Entschlossenheit und Meinungsvielfalt für die Gewerkschaftsorientierung zu manifestieren. Diese Dokumentation bleibt ein Modell für die Möglichkeit gemeinsamen Handelns. Die Demokraten aller Richtungen waren gut vorbereitet. Gesellschaftspolitisch in Bewegung geraten, rechtlich abgesichert, verfahrensmäßig wachsam, konnten sie nicht überrumpelt werden. In über acht Stunden bewiesen sie ihre Stärke. Keine Anträge zur Geschäftsordnung, kein Flibustieren, kein Manöver der Täuschung der „Fraktionsführer“ kamen durch. Nur die Vorbereitung verhalf uns dazu, den Kampf diszipliniert, sachlich und souverän zu führen.

Der neue Vorsitzende, Martin Gregor-Dellin, erhielt die nötige Mehrheit (157 Stimmen) im ersten Wahlgang. Der „Fraktions“-Kandidat Otto Zierer — 54 Stimmen. Nach langem Hin und Her — die Mehrheit der Anwesenden hatte eine weitere Kandidatur Zierers für den Vorstand abgelehnt und sie schließlich, um keinerlei Vorwände für Wahlanfechtungen zu geben, akzeptiert — hatte Zierer noch ganze 28 Stimmen erhalten.

Gregor-Dellin — im selben Saal ein Jahr zuvor noch mein Antipode in der Gewerkschaftsfrage — hatte inzwischen die Konsequenzen gezogen: „Die Alternative heißt: voran auf dem eingeschlagenen Weg, oder zurück. Man bleibt ja auch nicht auf einem Bahnübergang stehen, wenn der Zug kommt. Mit der ‚Fraktion‘ zurück können und wollen wir nicht... Einen dritten Weg gibt es nicht.“

Die Voraussetzungen dafür sind günstig. In den Vorstand wurde weder ein

Mitglied der „Fraktion“ gewählt noch ein Mitglied einer — wie Kollegen meinten — „grauen Fraktion“, die „weder einen rechten noch einen linken Vorstand haben wollten“. Gewählt wurden ausnahmslos Anhänger des Weges über die IG Druck und Papier zur Mediengewerkschaft, auch wenn ihre verschiedenen politischen und gesellschaftspolitischen Auffassungen interessante Dialoge mit sich bringen dürften: Peter de Mendelssohn (104), Christian Grote (108), Elisabeth Endres (104), Friedrich Hitzer (98), Karl Ude (95), Irina Korschunow (92), Joachim Hackethal (81), Horst Mönnich (78), mit Hermann Stahl und Gerhard Eberle als Stellvertreter des Vorstands. Mit Peter de Mendelssohn wählte die Versammlung einen Autor zum stellvertretenden Vorsitzenden, der heimgekehrt aus langjähriger Emigration, antifaschistische Tradition von gestern in unseren Kampf von heute stellt. Ihre Empfehlung für den Hamburger Schriftstellerkongreß entschied die Versammlung mit drei Viertel Mehrheit: Anschluß des VS an die IG Druck und Papier. Eberhard Horst und Otto Zierer wurden als Delegierte abgewählt.

Dieser Erfolg war das Ergebnis einer kontinuierlichen Arbeit nicht nur unter Linken, sondern der Aktionseinheit auf breiter Grundlage, die Gewerkschafts-skeptiker, aber Fraktionsgegner miteinbeziehend. Die Reaktion — in Gestalt der „Fraktion“ — hat in der ersten Runde eine Niederlage erlitten. Sie wird nicht aufgeben. Wir haben alle ihre weiteren Schritte aufmerksam zu verfolgen. Ich halte für wichtig:

1. Zusammenarbeit auf breitester Grundlage; den Gewerkschaftskurs mit konkreten Argumenten erläutern; das verlangt;
2. die individuellen Bedürfnisse nach Musterverträgen, Stellung im Vertragsverhältnis der Medien (Verlage, Funk, Fernsehen etc.) sind herauszufinden; auch und gerade mit Kollegen, die dem Gewerkschaftskurs gegenüber noch skeptisch stehen;
3. individuelle Erfahrungen mit Abhängigkeit sind in das Konzept einer medienpolitischen Konzeption einzubringen, Voraussetzung für gewerkschaftliche Initiativen.

Die Entscheidung in Hamburg sollte sich zumindest auf ein im Grundriß fertiges Medienkonzept stützen können. Wir sind der Hamburger Entscheidung ein Stück näher gekommen. Gerade aus diesem Grund müssen wir mit weiteren Störmanövern, Spaltungsversuchen und gezielten Verwirrungstaktiken rechnen, die sich nicht nur in Gestalt einer rechten „Fraktion“ anbieten könnten. Von dieser gleichsam offenen Formation der Verleger- und Industrieinteressen wird gegenwärtig ein Modell ausgearbeitet, das „hinsichtlich der Finanzierung klare, konkrete Vorstellungen“ enthalten soll (Peter Norden bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing am 30. April 1972). Demnach soll sich das Modell vor allem auf die Förderung junger Autoren, Altersversorgung, Bedingungen der Unabhängigkeit stützen können. In jedem Fall kündigt sich hier die Absicht an, die Bewegung zur Mediengewerkschaft durch verführerische

Angebote aufzuweichen. Das käme dem Kapital jetzt immer noch billiger als tariflich abgesicherte Musterverträge etc.

In jedem Fall können wir davon ausgehen, daß die in Bayern beispielhafte Aktionseinheit unter Schriftstellern Zerreißproben bestehen kann. In einem Gedenkartikel „Fünfundzwanzig Jahre SDS“ schrieb *Arnold Zweig* 1938:

„Wir begingen nur einen Fehler: wir waren ausdrücklich unpolitisch und machten keinen Unterschied zwischen rechts und links. Wir nahmen Partei für den Schriftsteller gegen den Verleger, nämlich für den materiell Schwächeren gegen den materiell Stärkeren, aber nur, wenn wir die Überzeugung hatten, daß die Klage des Schriftstellers berechtigt war. Welcher Partei der Schriftsteller angehörte, welches seine Gesinnung war oder die seines Kontrahenten, das ging uns überhaupt nichts an. Uns lag die Hebung des Standes am Herzen, die Sicherung besserer Arbeitsbedingungen durch gerechte Verträge, die Beistellung guter, billiger Wohnungen für den geistigen Arbeiter — nicht aber Propaganda für die Republik und den republikanischen Geist, aus dessen Antrieb, als dessen Verkörperung wir doch arbeiteten ...

Und, wie die meisten von uns, überschätzten wir damit das Niveau der Zeitgenossen, unterschätzten die Notwendigkeit, das zu plakatieren, was man an Diensten für sie leistete, und im Kampf gegen den Ungeist, der die Pöbelhaftigkeit selber ist, die Pflicht, unter keinen Umständen vornehm zu fechten. Als einem Schriftsteller wild nationalsozialistischer Prägung die Bibliothek abbrannte, bewilligte ihm der SDS, vertreten durch mich, im Gremium mit noch zwei anderen großen Organisationen, aus den preußischen Geldern tausend Mark ... Keiner dachte auch nur an die Frage, ob man politischen Gegnern oder unzuverlässigen Kantonisten den Kampf um die Existenz erleichtern dürfe. Oft, in den ersten Jahren nach dem Ausbruch der Hitlerei, fragte ich mich, ob das nicht Selbstmord gewesen ist. ... Einmal ein Schutzverbandler, immer ein Schutzverbandler.“

Bei der Vorstandssitzung des bayerischen VS am 2. Mai 1972 wurde Peter Norden, der Führer der Fraktion, einstimmig aus dem Verband deutscher Schriftsteller ausgeschlossen.

Die „Welt am Sonntag“ vom 14. 5. 1972 berichtet, daß *Werner van der Bourg* einen „Freien Deutschen Autorenverband“ beim Vereinsregister, München, angemeldet hat. „Präsident des neuen bayerischen Landesverbands“: *Werner van der Bourg*. Als Präsident des Bundesverbands ist *Otto Zierer* vorgesehen. Peter Norden distanzierte sich von dieser Verbandsgründung.

München, 20. Mai 1972

Friedrich Hitzer

Friedrich Hitzer Europäische Sicherheit in einem noch unsicheren Land

Diese Umfrage machte ich für die sowjetische Wochenzeitung „Literaturnaja gaseta“, die in ihrer Ausgabe vom 26. April 1972 daraus drei Interviews brachte. Die Arbeit, begonnen Anfang Januar, wurde am 19. März 1972 abgeschlossen — in einer Zeit zunehmender Hektik und politischer Spekulationen.

Die Fragen lauteten:

- 1. Welche Rolle spielt Europa bei der Erhaltung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit — als Kontinent, auf dem im Verlauf des Jahrhunderts wiederholte Male Kriege entstanden sind?*
- 2. Wie stehen Sie zu der für das Jahr 1972 einzuberufenden gesamteuropäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit sowie dem unlängst in Brüssel beschlossenen Forum der europäischen Öffentlichkeit, das vom 2. bis 5. Juni stattfinden wird?*
- 3. Welche realen Möglichkeiten würden sich für die Zusammenarbeit der Länder mit verschiedener sozialer Struktur im Bereich von Kultur und Wirtschaft nach Einstellung des Rüstungswettlaufes und der Schaffung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit eröffnen?*
- 4. Die Gegner der Verträge von Moskau und Warschau laufen zugleich Sturm gegen die von fast allen europäischen Regierungen begrüßte Sicherheitskonferenz. Welche Konsequenzen sehen Sie für unser Land, wenn sich diese Kräfte durchsetzen sollten?*
- 5. Tut die Bundesregierung genug, um jenen Kräften entgegenzutreten? Sehen Sie hier Widersprüche zwischen Worten und Taten?*

In der BRD sind Innen- und Außenpolitik so eng miteinander verflochten wie in wenig anderen europäischen Staaten. Das zeigt sich besonders in den Wirkungen der Außenpolitik auf die Innenpolitik. Die Grundlagen und Spekulationen, mit denen die Kräfte der deutschen Reaktion diesen Staat organisiert und ausgenutzt haben — und weiterhin ihren Zielen unterwerfen wollen — sind die Ursachen für diesen Tatbestand. Die deutschen Imperialisten hatten sich nach 1945 eben nicht damit begnügt, erneut den Kapitalismus nur in einem eigens dafür gegründeten Separatstaat zu etablieren, sie wollten auch die Resultate des Zweiten Weltkrieges im europäischen Osten wieder rückgängig machen. Warum sollte man es nicht mit dem mächtigen Amerika und mit Hilfe der von Washington gedeckten Weißwaschung der Naziverbrecher doch noch einmal versuchen, was 1945 so gründlich und katastrophal wie nie zuvor in der Geschichte des imperia-

Friedrich Hitzer: Europäische Sicherheit in einem noch unsicheren Land

listischen Deutschlands mißlungen war? Die bisherigen Mißerfolge dieses Versuchs sind bekannt.

Was in anderen Ländern als Logik der Fakten gilt, muß für die Herrschenden der BRD weder logisch noch faktisch sein. Um so eindrucksvoller und für die Völker Europas beruhigender erschien die Bereitschaft der SPD/FDP-Regierung, mit der Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau einen für die herrschenden Parteien unseres Landes nachgerade sensationellen Realismus zu demonstrieren. Um so verheerender muß jetzt der Eindruck sein, wo alle Welt nach Bonn blickt, voller Ungewißheit auf dieses parlamentarische Riesenroulette starrt — wohin wird die Kugel dieses Mal rollen?

Wer kann von der CDU/CSU noch gekauft werden? Wer bietet mehr als eine Lebensversicherung von 1 Million Mark? In Bonn herrscht gegenwärtig eine Atmosphäre vor, in der hinter den Kulissen einige Abgeordnetenstimmen so gehandelt werden, als wären es Spielkarten, deren Erfolg nur von der Höhe des Einsatzes abhängt. In solchen Zeiten sprechen Käufer und Gekaufte sehr viel von Gewissensentscheidungen für das Vaterland. Was geschieht, wenn noch zwei Abgeordnete abspringen? Wird die CDU/CSU die jetzige Regierung noch vor der Zweiten Lesung der Ostverträge mit Hilfe eines kalten parlamentarischen Putsches stürzen?

Klar ist, nicht „die Deutschen“ sind Vabanquespieler, nicht die Arbeitenden der BRD, sondern ihre gegenwärtigen Herren, ihre Parteien, ihre Demagogen. Klar ist auch, daß die Anerkennung der Tatsachen in Europa durch die SPD/FDP-Regierung das gesamte innenpolitische Leben unseres Landes verändert hat — zum Positiven: nur so ist zu verstehen, daß das Rechtskartell, die CDU/CSU zu einer Hetze angesetzt haben, die an die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges erinnert. Der Reaktion ist es nicht gelungen, die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die Verträge und ein wirksames europäisches Sicherheitssystem zu mobilisieren. Gäbe es Wunder, wäre dies gewiß eines.

In kaum einem Land wird die Bevölkerung mit einem derart massiven und raffinierten Antikommunismus und Antisowjetismus bearbeitet wie in der BRD. Die ältere Generation hat es von Noske über Hitler und Adenauer eingepflicht bekommen, die mittlere und jüngere Generation von der Wiege an — wenn wir 1933 als Schnittpunkt nehmen.

Im Ausland wirkt ja allein die Tatsache als Sensation, daß ein Kanzler an der Spitze dieses Staates steht, der eine antifaschistische Vergangenheit nachweisen kann. An diese Möglichkeit wollte doch schon niemand mehr glauben, nachdem in führenden Ämtern nur noch alte Nazis vorzufinden waren. Diese Sensation brachte der BRD einen neuen Vertrauensgewinn. Man darf aber nicht übersehen, daß imperialistische Kreise auch daran ihre Spekulationen knüpften: man könne ja in Moskau nun nicht mehr sagen, die BRD sei revanchistisch, nachdem ein Antifaschist Kanzler geworden sei. So leicht machen es sich manche Kreise, den Revanchismus loszuwerden. Der Hinweis auf Brandt genügt, man braucht ja

dann nichts mehr gegen die Neofaschisten zu unternehmen. Das sind dann lediglich „nicht ernstzunehmende Begleiterscheinungen einer Demokratie“. Das Fatale ist, daß die Bundesregierung und die ihr nahestehende Presse diese Politik bis jetzt praktiziert hat. Wenn die Regierung bisher nur darum bemüht war, Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU zu praktizieren, zu suchen, ihr bis zur Selbstverleugnung Angebote zu machen, wie soll man dann von der Bevölkerung erwarten, daß sie den Ernst der Lage erkennt, begreift, warum es so viele Widersprüche gibt, so viel Unsicherheit?

„Krieg“

Im Laufe der letzten anderthalb Jahre kam das Wort „Krieg“ und dem Krieg verwandte Begriffe in den Schlagzeilen der Springerpresse, aber auch in liberalen bürgerlichen Zeitungen, immer häufiger vor. Da war von „Nervenkrieg“, „Kriegserklärung“, „Belagerungszustand“ die Rede. Da wurde „geschossen“, „erschossen“, „niedergemacht“. Im Bewußtsein der Menschen hat sich das Wort „Gewalt“ so festgesetzt, daß man an „Frieden“ schon nicht mehr glauben möchte. Dem Leser wird der Eindruck in den Kopf geknüpft: der ordentliche Bürger ist in unserem Land seines Lebens nicht mehr sicher, seit diese SPD/FDP-Koalition regiert — die dann in bewußter Fälschung der Tatsachen von Strauß als „sozialistisch“ bezeichnet wird. Und der Antikommunismus feiert Presse- und Fernsehorgien.

Seit Beginn der Ratifizierungsdebatte zeichnet sich immer deutlicher eine Atmosphäre der Unsicherheit, Angst und Ungewißheit ab, die viele Erinnerungen an die letzten Monate der Weimarer Republik wachrufen. Springer schürt eine Regierungskrise. Das Massenhetzblatt „Bild“ am 8. 3. 72: „Tritt Brandt zurück?“ „Informierte“ journalistische Kreise kolportieren: Strauß ante portas. Andere „informierte“ Kreise kontern: Strauß ist angeschlagen, deshalb gibt es sich so verwegen. Spekulationen über mögliche Neuwahlen und ihren Ausgang jagen sich. Aber was sich da alles zwischen, hinter und durch die Zeilen und Kommentare in Fernsehen, Funk und Presse als „informiert“ anpreist, erleben Hörer und Zuschauer als kaum mehr durchschaubare Vorgänge. Eindeutig wirken lediglich der Antikommunismus und der Nationalismus. Am Antikommunismus beteiligen sich Regierung und Opposition gleichermaßen. Nur die Akzente unterscheiden sich. Für den Bürger, der über viele Jahre hinweg entpolitisiert wurde, sind solche Akzente nicht zu verstehen.

Am 28. Januar verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder ein Gesetz, wozu wenigstens zwei Bundestagsabgeordnete der SPD den Mut zu einer Äußerung hatten: „Die Unionsparteien haben eine Kommunisten-Jagd nach dem Vorbild McCarthy eingeleitet, indem sie fordern, DKP-Mitglieder müßten grundsätzlich aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden und ihre Einstellung als Beamte, Angestellte oder Arbeiter in den öffentlichen Dienst sei zu unterlassen.“ Daß man nicht nur auf die Ausschaltung von Kommunisten aus dem öffent-

lichen Dienst zielt, beweist die Forderung der CDU/CSU, diesen Beschluß auf Jungdemokraten und Jungsozialisten auszudehnen — die Jugendorganisationen der FDP und SPD. Diese Kampagne ging vom sozialdemokratisch regierten Hamburg aus. Der Beschluß wurde von allen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten unterstützt.

Mitglieder linker Studentenorganisationen — besonders die des MSB Spartakus — werden diskriminiert. Spartakusmitglieder haben gegenwärtig keine Berufsperspektive in der BRD. Gewerkschaftlich organisierte Journalisten werden reihenweise entlassen, nicht nur von konservativen Zeitungsbossen, sondern von Zeitungen mit progressivem Image wie dem „Spiegel“ und der „Frankfurter Rundschau“. Diese Journalisten sind nicht nur die entschiedensten Vertreter der Interessen ihrer Kollegen, sondern innerhalb der Redaktionen auch die Aktivsten bei der redaktionellen Durchsetzung einer positiven Berichterstattung über die Verträge, über europäische Sicherheit. Mit der Machtergreifung des Bayerischen Rundfunks durch die CSU — selbst konservative Mitarbeiter des Rundfunks sehen darin einen Gleichschaltungsversuch, der an die Nazis erinnert — bereiten CDU/CSU die Gleichschaltung aller Funk- und Fernsehanstalten vor. Doch der Antikommunismus allein genügt der Reaktion schon nicht mehr. In wachsendem Maß wird die Kriminalität politisiert und die Politik kriminalisiert. Anlaß sind abenteuerliche Anarchisten um Andreas Baader und Ulrike Meinhof, buchstäblich eine Handvoll politischer Desperados. Seit anderthalb Jahren veranstalten die Innenminister der Länder, der Bundesinnenminister gewaltige Polizeieinsätze, die in der Springerpresse als eine Art Blitzkriegsaktionen gefeiert werden, obwohl bis heute kein nennenswerter Erfolg dieser „Jagd auf Verbrecher“ vorliegt. Mit Absicht? Will man die „Baader-Meinhof-Bande“ solange „mit allen Mitteln jagen“ (Bild), bis sich alle dran gewöhnt haben, daß bei diesen Großeinsätzen auch Unschuldige auf offener Straße abgeknallt werden?

Es handelt sich hier um eine systematisch geschürte Bürgerkriegspsychose, um in der Bevölkerung, im Polizeiapparat und in der Justiz den großen Notstandseinsatz vorzubereiten. In der BRD wird heute scharf geschossen, mit Vorliebe bei Tag. Wenn von der Polizei dabei Unschuldige erschossen werden, kann man da eben nichts machen. Man muß sich daran gewöhnen. Hart durchgreifen, lautet die Parole der Reaktion. Und da macht diese Regierung immer noch in liberaler Humanitätsduselei. Das Rechtskartell und seine Demagogen verfahren nach dem Rezept: Nicht alle Verbrecher sind Kommunisten, aber alle Kommunisten sind Verbrecher. Der Satz stammt von Goebbels. Er wird natürlich in Springers Zeitungen nicht als Motto geführt. Im Gegenteil: das Rechtskartell täuscht verbal eine antifaschistische Haltung vor. Seine Losung lautet: „Widerstand gegen den roten Faschismus“, „der rote Dreck muß weg“, „Brandt an die Wand“. Nach Meinung der Strauß-Barzel-Springer ist also zum Beispiel die Sowjetunion ein Land, in dem der „rote Faschismus“ herrscht. Ist es so schwer, sich vorzustellen,

daß für westdeutsche Bürger das Thema „Europäische Sicherheit“ nicht so leicht vorstellbar ist, wenn sie in einer Atmosphäre der Hetze nur erfahren, daß sie sich da eigentlich nur noch auf mehr Kriminalität und Unsicherheit einlassen? Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner meinte in einem Artikel der „Augsburger Allgemeinen“ vom 17. 3. 72, wer den „politischen Radikalismus“ mit polizeilichen Methoden bekämpfen wolle, lande beim KZ. Zu der von Barzel geforderten Gemeinsamkeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und politischem Radikalismus gehöre die Gleichung, Kriminalität-Gewalttaten-Radikalismus-Ostverträge-SPD. Mit dieser Gleichheitsformel könne es keine Gemeinsamkeit geben.

Das sind neue Töne von seiten der SPD-Führung. Sie kommen spät. Mit Erklärungen alleine wird eine solche Gleichheitsformel nicht aus der Wirklichkeit verbannt werden können. Ein anschauliches Lehrstück sind die Vorgänge um Heinrich Böll, der beherzt gegen die Hysterie und Hetze, am Beispiel der Kampagne gegen Baader-Meinhof auftrat und zur Vernunft mahnte. Böll wurde in einer Weise mit Schmutz übergossen, daß ein Namensvetter des Schriftstellers bis heute täglich mit telefonischen Morddrohungen überschüttet wird. Heinrich Böll, fast müde gemacht, erwiderte in einem Artikel: „Mag's also weitergehen; gnadenlos, in Schlagzeilen und mit Pistolen, gnadenlos dumm, gnadenlos faschistisch, gnadenlos demagogisch.“

Sicherheit und Frieden

Natürlich hängt diese demagogische Kampagne damit zusammen, daß Kommunisten und eine wachsende Zahl demokratischer Kräfte in der Bevölkerung an Boden gewonnen haben. Die Herrschenden haben Angst, daß die Arbeitenden mehr und mehr Fragen nach den Ursachen der Unsicherheit stellen. Die Bevölkerung soll daran gehindert werden, daß sie ihre bislang vernünftige Haltung aktiv zum Ausdruck bringt. Wie tief reicht denn das Verständnis und wie weit geht die Kenntnis jenes großen Teil des Volkes, der für die Ratifizierung der Verträge und für eine Sicherheitskonferenz eintritt? Bislang läuft das auf die Formel hinaus: wir wollen keinen Krieg mehr, wir wollen endlich Frieden mit den Russen. Im übrigen können wir sowieso nichts machen. Die da oben tun ohnehin, was sie wollen. Da können wir auch nicht mitreden. Wir haben genug Sorgen mit den steigenden Preisen, den Mieten, der Sicherheit am Arbeitsplatz. Und was macht denn diese Regierung für den kleinen Mann? Die Rüstung ist höher als je zuvor, die Profite steigen, die Massenkaufkraft sinkt.

Das Dilemma, in das sich die Bundesregierung gebracht hat, rührt daher, daß sie dem Großkapital nichts genommen hat, in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen viel an Vertrauen verloren und bisher kaum etwas unternommen hat, wenigstens mit Hilfe einer populären Ostpolitik ihre Anhänger gegen die Reaktion zu mobilisieren. Im Gegenteil: sie hat bis zur ersten Lesung der Ostverträge im Bundestag eher dazu beigetragen, die aktiven Friedenskräfte durch antikom-

munistische Beschlüsse und Maßnahmen zu behindern. Während die Neofaschisten, gedeckt vom Rechtskartell, Märsche auf Bonn vorbereiten — geschützt von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, hat sich die SPD/FDP-Koalition bislang hinter der parlamentarischen Kulisse verschanzt. Gleichzeitig forciert die CDU/CSU ihre soziale Demagogie, bietet sich als Partei des kleinen Mannes an, mit hohlen Versprechungen gegen Inflation, Preistreiberei, Unsicherheit der Arbeitsplätze. Vor allem bei der CSU gibt es die zeitgemäße Anwendung der Nazidemagogie in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Mit den Unterlassungen der Bundesregierung gegenüber ihren Anhängern und Wählern korrespondiert auch die Berichterstattung der bürgerlich liberalen Presse, die Regierung und ihre Ostpolitik unterstützen. Auch das ist zu berücksichtigen, wenn man Bürger der BRD nach ihrer Meinung über die Europäische Sicherheitskonferenz, über die Verträge und die damit zusammenhängenden Vorgänge befragt. Faschistische Großversammlung werden bagatellisiert, aber nicht bekämpft. Veranstaltungen demokratischer Kräfte und Initiativen, bei denen die Bevölkerung aufgeklärt wird, was Verträge und europäische Sicherheitskonferenz unserem Land einbringen, werden zumeist totgeschwiegen, bzw. so schlecht plziert und ohne präzise Inhaltsangabe angegeben, daß sie dem Leser nicht auffallen. Der Münchner Arbeitskreis Europäische Sicherheit, der von Betriebsräten einiger Großbetriebe, von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener politischer Richtungen getragen wird, findet, soweit es die Münchner Lokalpresse betrifft, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt: wer sich nur in diesen Zeitungen informiert — vom Rundfunk und vom Fernsehen ganz zu schweigen —, weiß einfach nicht, daß es diesen Kreis gibt.

Hinzu kommen die von Innenminister Genscher gezeichneten Berichte über die „verfassungsfeindlichen“ Organisationen von „links und rechts“. Dabei weiß jeder, daß die Gleichsetzung von „linkem und rechtem Radikalismus“ nur eine Tarnung für die polizeiliche Überwachung aller Demokraten und Sozialisten darstellt. Im Bericht des Bundesinnenministeriums für das Jahr 1971 gilt die Bad Godesberger Konferenz für eine europäische Sicherheitskonferenz als eine vom „Verfassungsschutz“ zu überwachende Organisation. („Verfassungsschutz“ ist der vertrauensvolle Name für die politische Polizei der BRD.) Diesen Bericht erhalten auch die Redaktionen aller bürgerlichen Massenmedien, die sich sodann darauf einstellen können, wie und ob man über so eine Sache zu berichten hat. Auf diese Weise werden Leser und Hörer dazu gebracht, die Rechtsgefahr gar nicht wahrzunehmen und demokratische Alternativen dringen sehr mühsam in ihr Bewußtsein ein.

„Weltstadt mit Herz“

lautet der Werbeslogan für Bayerns Landeshauptstadt. Warum habe ich mich bei der Wahl meiner Gesprächspartner auf Bürger Münchens beschränkt? Obgleich Bonn die Hauptstadt der Bundesrepublik ist, gilt München als die „heimliche“.

Das gesellschaftspolitische und politische Klima wird wesentlich von München bestimmt. In Bonn wird verwaltet, in Hamburg schimpft man auf München, in München kann man die Bundesrepublik am besten verkaufen. Daran haben wohl auch die Leute gedacht, die zu den Olympischen Spielen 1972 die Jugend der Welt nach München eingeladen haben. München soll der Welt zeigen, daß die BRD mit Revanchismus nichts zu tun hat, sondern mit guter und unauffälliger Organisation. Joie de vivre, legere Gemütlichkeit. (Die Münchner haben sich dafür schon jetzt die teuerste Stadt der BRD eingehandelt.)

Der erste Aufsichtsratsvorsitzende der Olympia-Baugesellschaft heißt — Franz Josef Strauß. Im Kreis der Freunde von Strauß — den Großindustriellen Siemens, Bölkow, Flick rechnet man wohl auch damit, daß Menschen — vor allem in Massen — unangenehme Erinnerungen vergessen werden, zum Beispiel die „Hauptstadt der Bewegung“. So nannten einst die Nazis diese Stadt.

Auf den Münchner Straßen haben die Neonazis heute wenig Resonanz, auch wenn sie von der Polizei in massiver Weise gegen Antifaschisten geschützt werden. Immerhin erwiderte der Münchner Polizeipräsident (SPD) auf die Vorwürfe der hiesigen Jungsozialisten, daß er faschistische Feiern (im Bürgerbräukeller) schützen lasse, wenn Versammlungen faschistischer Griechen nicht zugelassen seien, müßte er auch die Leninfeier (zum 100. Geburtstag) verbieten lassen. Jedenfalls könnten ohne Polizeischutz in München keine Neonazis Versammlungen gegen die Ostverträge abhalten. Die demokratischen Kräfte wären stark genug, sie zu verhindern. Als Gerhard Frey (Deutsche Nationalzeitung) gegen den „Verrat Deutschlands“ durch die Bundesregierung wettete, wurden 1971 Freys Leute geschützt, die Antifaschisten von der Polizei zusammengeschlagen. Ende April 1972 stehen nicht Frey und die Leute der „Aktion Widerstand“ vor Gericht, sondern Teilnehmer der antifaschistischen Demonstration.

In München werden aber nicht nur Polizisten zum Schutz von Naziversammlungen eingesetzt, in dieser Stadt wird mehr als die Hälfte der westdeutschen Rüstung produziert. In München arbeiten die militanten und trickreichen Ostemigranten unter Anleitung ihrer CIA-Bosse. In München ist das Hauptquartier von Franz Josef Strauß. Hauptstadt der Bewegung nur von gestern?

München wird aber nicht von Strauß regiert. In der „heimlichen Hauptstadt“ der BRD regieren — ohne Unterbrechung seit 25 Jahren die Sozialdemokraten. Gesellschaftliche und politische Widersprüche unseres Landes kommen in dieser Stadt auch innerhalb der SPD stärker zum Vorschein als anderswo. Seit zwei Jahren wird innerhalb der Münchner SPD ein zäher Kampf zwischen einem linken und dem rechten Flügel geführt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Rüstungsmonopole und eine absolute Mehrheit der CSU im bayerischen Landtag fordern zu Entscheidungen heraus, die den gewohnten Spielregeln des Vertuschens mehr und mehr ein Ende bereiten. Bei der Debatte um das Gleichschaltungsgesetz der CSU für den Bayerischen Rundfunk rief die sozialdemokratische Abgeordnete Gerda Laufer der Strauß-Partei zu: „Wir lassen die Demokratie

von Ihnen nicht noch einmal zerstören!“ Und Hildegard Hamm-Brücher (FDP) schleuderte der CSU entgegen: „Faschisten seid Ihr!“ (Münchner Merkur vom 2. 3. 72)

5 Antworten auf 5 Fragen

Meine Gesprächspartner wußten, daß ich sie als ihr Landsmann für die sowjetische Wochenzeitung „Literaturnaja gaseta“ anspreche. Den bekannten Gegnern der Verträge stellte ich Zwischenfragen. Im übrigen entschied ich mich für die Methode der Umfrage: jeder hatte Gelegenheit, die fünf Fragen — schriftlich oder mündlich — in einem Zug zu beantworten. Auf diese Weise entstand ein Querschnitt von Positionen, die einerseits die Person vertritt, andererseits Tendenzen und Meinungen von Gruppen widerspiegeln. Der Gesprächspartner hatte die Gelegenheit, sich — aus seiner Lage heraus — so überlegt und durchdacht wie möglich darzustellen.

Dr. Hans-Jochen Vogel, Oberbürgermeister der Stadt München:

„1. Europa steht sicherlich nicht mehr so sehr im Mittelpunkt der weltgeschichtlichen Entwicklung wie etwa im 19. Jahrhundert oder im Mittelalter. Es gibt andere Zentren der Entwicklung, es gibt auch andere Spannungsherde, die mindestens der Bedeutung Europas gleichkommen. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, wer den Weltfrieden sicherer machen will, der wird vor allem auch in Europa für eine Friedensregelung und für einen Fortschritt der Verständigungsmühungen eintreten müssen.

Zu 2: Über das Brüsseler Forum habe ich gerade erst von Ihnen einige Informationen bekommen. Dazu werde ich also nichts Hilfreiches im Moment sagen können. Zur gesamteuropäischen Konferenz teile ich die von der Bundesregierung vertretene Auffassung, daß nach Abschluß der Ratifizierung, nach Abschluß der jetzt laufenden Verhandlungen mit der DDR und nach sorgfältiger Vorbereitung eine solche gesamteuropäische Konferenz stattfinden sollte. Ich glaube, es wird notwendig sein, sie vorzubereiten, so vorzubereiten, daß nicht nur ein rein deklamatorisches Ergebnis erzielt wird, sondern daß die Völker sehen, daß eine solche Konferenz tatsächlich zu greifbaren Ergebnissen führen kann.

Zu 3: Hier gibt es viele Möglichkeiten. Das beginnt schon mit dem Ausbau des Tourismus, daß also über die Grenzen der Gesellschaftsordnung hinweg viele Menschen ihren Urlaub in den jeweils anderen Ländern verbringen; ein Ausbau des wirtschaftlichen Austauschs. Ich glaube, daß gerade zwischen der Sowjetunion, aber auch anderen osteuropäischen Ländern und der Bundesrepublik der Handel noch ganz erheblich ausgebaut werden kann. Ich sehe Kooperationsmöglichkeiten auf wissenschaftlichem Gebiet, wie sie Bundesminister Leussink im Herbst 1970 mit seinen sowjetischen Kollegen diskutiert und besprochen hat. Ich sehe auch Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Stadtentwicklung. Wir erwarten hier am Samstag Herrn Promyslow, den ich in Mos-

kau kennengelernt habe. Es zeigt sich nämlich, daß gerade auf dem Gebiet der Stadtentwicklung die Probleme, denen sich die Städte gegenübersehen — unabhängig von den Gesellschaftsordnungen — sehr weitgehend miteinander übereinstimmen. Gegen die Umweltgefährdung beispielsweise hat man bisher in den sowjetischen Städten — so weit ich das sehe — genau dieselbe Ausgangsposition, dieselbe schlechte Ausgangsposition wie wir. In der Frage der Motorisierung ist man, soweit ich sehe, in osteuropäischen Ländern geneigt, die Fehler zu wiederholen, die wir bereits gemacht haben. Also hier zeigt sich, daß Bürgermeister über gesellschaftspolitische Unterschiede hinweg sehr rasch in ein sehr konkretes Gespräch kommen.

Zu Ziffer 4 fürchte ich, daß man die Realität nicht klar genug einschätzt. Ich halte die Verträge von Moskau und Warschau schon jetzt für eine Realität. Bereits die Unterzeichnung hat die politische Landschaft verändert, und ich glaube, daß sie dem Verlauf der Geschichte und den wirkenden Faktoren so sehr entsprechen, die Verträge, daß dieses Rad gar nicht mehr zurückzudrehen ist. Deswegen bin ich auch nicht sehr glücklich darüber, daß kritische Stimmen, etwa in sowjetischen Zeitungen, für die ich durchaus Verständnis habe, manchmal hier so verstanden werden können, als wenn auf die Entscheidung unmittelbar Einfluß genommen werden will. Das ist nicht hilfreich. Im übrigen bin ich der festen Überzeugung und weiß das aus vielen Versammlungen, daß eine Volksabstimmung über diese Verträge eine breite Mehrheit ergeben würde — 66,70 Prozent. Es zeigt sich, daß das übrigens offenbar auch bei der Oppositionspartei allmählich sich immer mehr herumspricht. Die Gefahren für das Vertragswerk, die würde ich eher darin sehen, daß die Menschen hier fürchten, es gehe darum, daß man sich gegenseitig die Gesellschaftsordnungen, die man jeweils für richtig hält, aufoktroziert. Das ist die Gefahr, die der Opposition tatsächlich die Möglichkeit bieten könnte, Ressentiments zu wecken. Aber ich glaube, das ist alles herum, die Verträge sind eine Tatsache, und ich sehe nicht, daß noch irgend jemand diese Verträge verhindert.

Zu 5 — Ja ich sehe keinerlei Widerspruch.“

Daß hier Dr. Hans-Jochen Vogel, beinahe fatalistisch, eine „Möglichkeit“ der Opposition sieht, „Ressentiments zu wecken“, hängt mit seiner Situation in den politischen Auseinandersetzungen der letzten eineinhalb Jahre zusammen. Mit Hilfe der gesamten bürgerlichen Presse hatte er einen fortschrittlichen SPD-Vorstand gestürzt und muß dieser Tage erleben, daß er — trotz ehemaliger großer Popularität — ziemlich angeschlagen den Kampf gegen die CSU, auf Landesebene, beginnt. Die Problematik dieses Politikers besteht darin, daß er weit mehr als die rechten Sozialdemokraten das üblich tun, glaubt, so weitgehende Zugeständnisse an den Antikommunismus machen zu müssen, wohl in der Absicht, Stimmen von rechts zu halten, daß es auf diese Weise in München zu einer anhaltenden, bisweilen zu äußerster Aggressivität gesteigerten Auseinandersetzung von zwei gleichstarken Flügeln in der SPD kam, die kaum mehr Zeit und Kraft

aufbrachten, die CSU zu bekämpfen, gerade die Münchner gegen Strauß zu mobilisieren, für die Unterstützung der Bundesregierung. Die Münchner Kommunisten gehen bis an den Rand der Selbstverleugnung ihrer Politik, um die Sozialdemokraten zu Aktionen für die Ratifizierung der Verträge anzuregen, wenn nicht schon in Aktionseinheit, dann wenigstens als Sozialdemokraten das Vertragswerk nicht nur verbal, sondern aktiv zu unterstützen.

Vogel will in München nicht mehr kandidieren. Der neue Kandidat, Dr. Georg Kronawitter, von Vogel durchgesetzt, lehnte ein Interview ab, weil „diese Probleme nicht in den Bereich der Kommunalpolitik fallen“. Falls er sich jetzt — als Laie — dazu äußern würde, könnte ihm das unter Umständen die CSU anlasten. Die CSU betreibt aber ihre „Ostpolitik“, auch auf kommunaler Ebene.

Peter Gauweiler, Referent für besondere Fragen beim Generalsekretär der CSU, war sofort zu einem Interview bereit — „natürlich nicht im Namen der Landesleitung der CSU, sondern als Kandidat für den Münchner Stadtrat“:

„1. Was Sie sagen, ist völlig richtig, daß sich die Europäer gerade in diesem Jahrhundert selber zerfleischt haben in zwei Weltkriegen; daß Deutschland eine besonders schicksalsträchtige Rolle gespielt hat, das wilhelminische und das faschistische Deutschland; daß Europa nur noch eine Chance hat, wenn es sich friedlich eint.“

2. „Eine Sicherheitskonferenz kann nur von Nutzen sein. Es darf aber nicht sein, daß eine Macht — irgendeine Macht die Sicherheitskonferenz, nämlich das Bestreben der Völker nach Frieden, für ihre Zwecke, für ihre machtpolitischen Zwecke ausnützt.“

3. „Ich bin der Meinung, daß mit den osteuropäischen Ländern die Zusammenarbeit in all den Bereichen, die Sie erwähnt haben, wesentlich intensiviert werden muß, schon deswegen, weil ich der Meinung bin, daß man sie dann aus ihrer nachstalinistischen Ära rauslösen kann und durch engeren Kontakt der Menschen — zum Beispiel in der Bundesrepublik und in der DDR, durch Jugendaustausch zwischen Polen und der Bundesrepublik —, daß man auch den Leuten in der Sowjetunion zeigen kann, daß das Deutschlandbild, das ihnen zwanzig Jahre lang vorgemacht worden ist, falsch ist, daß die Ressentiments, die eigentlich berechtigten, die die Bevölkerung der Sowjetunion gegenüber Deutschland aus den wirklich schmerzlichen Erfahrungen des Hitlerweltkrieges hat, daß wir uns zumindest bemühen, die nicht vergessen zu machen, sondern sie zu lindern, und daß deswegen auch ein Austausch von Gedanken und Ideen intensiviert werden muß. Dieser Austausch darf aber nicht einseitig sein.“

4. „Die CSU genauso wie die CDU stellt sich nicht gegen eine generelle Aussöhnung mit der Sowjetunion. Im Gegenteil: sie geht noch weiter und fordert ihrerseits einen ausgesprochenen Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion. Um diese Forderung zu konkretisieren, hat der Landesvorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, sogar einen eigenen Entwurf vorgelegt. Das ist nach unserer Mei-

nung ein Beispiel, wie so ein Gewaltverzichtsvertrag ausschauen sollte. Er wird natürlich nicht den Beifall der Sowjetunion finden. Ein Entwurf wird das nie tun. Unsere Einwände gegen den Moskauer Vertrag sind nicht, weil er den Frieden sicherer macht, sondern weil wir zum Beispiel gegen den Vertrag Bedenken haben, schon deswegen, weil die Interpretation des Vertrages in Bonn und in der Sowjetunion eine verschiedene ist. Bundesaußenminister Scheel sagt, durch die Verträge ist noch nicht festgelegt, daß es keine Wiedervereinigung gibt, ist die Oder-Neiße-Grenze nicht endgültig festgelegt. Auf der anderen Seite hat die Sowjetunion, das ist ihr gutes Recht, den Vertrag so zu interpretieren, wie sie es für richtig hält: daß die Oder-Neiße-Grenze die endgültige Westgrenze von Polen ist, daß endgültig festgelegt ist, daß es für die DDR und die BRD keine Wiedervereinigung in dem Sinne gibt.“

5. „Ich bin in der CSU von der Person Franz Josef Strauß wahrscheinlich ein Anhänger, weil ich der Meinung bin, daß seine Politik die richtige und auch die klarere ist und daß es langfristig die Sowjetunion erkennen wird, obwohl sie immer noch gegen uns, meiner Meinung nach in sehr unsachlicher Weise, polemisiert, daß es für sie wesentlich besser ist, in Bonn einen Partner zu haben, der mit ihnen klarere Texte aushandelt, wo jeder weiß, was drin steht.“

Gauweiler ist Anfang zwanzig. Er gibt sich weltmännisch und liberal. Vor zwei Jahren, als Vorsitzender des RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) in München, muckte er, zumindest in Worten, gegen Strauß auf. Heute ist er Strauß-Favorit. Köder für die Jugend. Es gibt nicht viele, die sich so geschickt auf den jeweiligen Adressaten einstellen. Gauweiler weiß, daß er den sowjetischen Leser anspricht.

Hier redet der junge „Referent für besondere Fragen beim Generalsekretär der CSU“ mit Engelszungen. In der Münchner Wirklichkeit mausert er sich während dessen zu einem Spezialisten des politischen Rufmords. Rolf Eckart, ein Lehrer, der sich besonders um antifaschistische Erziehung von Schülern und die Aufklärung der Ostverträge verdient gemacht hat, darf Gauweiler jetzt laut Gerichtsbeschuß „einen Kommunistenspezi im Rathaus“, „Anführer der Prokommunisten bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“, ein „Musterbeispiel für die Unterwanderungsversuche politischer Extremisten“ nennen. Für das SPD-Mitglied Eckart bedeutet das vorläufig eine schwere Berufsschädigung.

Gauweiler war immerhin zu einem Interview bereit. Ältere derselben politischen Couleur verweigerten das. Kurt Wessel, Chefredakteur des *Münchner Merkur*: „Bitte verstehen Sie, daß ich mir angewöhnt habe, Interviews nur direkt zu geben, so daß ich auf Ihren Vorschlag nicht eingehen kann.“

Der *Münchner Merkur* unterscheidet sich in der Hetze gegen die Ostverträge kaum von der Springer-Presse. Sein Chefredakteur hat zudem historische Erfahrungen; Wessel beherrscht die Zusammenhänge zwischen inneren und äußeren Ordnungskonzeptionen des deutschen Imperialismus. Schon vor zwei Jahren

appellierte er an die SPD — als sich dort die ersten linken Tendenzen bemerkbar machten —, sie möge sich doch der Tradition Gustav Noskes erinnern. „Bluthund“ Noske erstickte die deutsche Novemberrevolution im Blut, auch die bayrische Räterepublik in München. Unter den SS-Wachleuten des KZ Dachau fanden sich später ehemalige Schergen der von Noske befehligten Reichswehr.

Prof. Dr. Nikolaus Lobkowicz antwortete erst gar nicht auf meinen Brief und erwiderte dann auf meinen Anruf: „Als Rektor habe ich zur europäischen Sicherheit nichts zu sagen.“ Er verstehe sich zu sehr als Wissenschaftler, als daß er sich zu Dingen äußern könne, über die er nichts zu sagen habe. Nikolaus Maria Johannes von Nepomuk Agilulf Felix Kaspar Prinz von Lobkowicz wurde 1931 in Prag geboren. Seine Wahl zum Rektor der Münchner Universität — der größten der BRD — wurde zunächst zwei Mal von Studenten verhindert. Beim dritten Mal — am 12. Juni 1971 — wurde er unter dem Schutz von 12 Hundertschaften der Polizei und unter handgreiflicher Mitarbeit des Polizeipräsidenten Schreiber (SPD) gewählt. Die bekannteste „wissenschaftliche“ Tätigkeit des Mitglieds der CDU und der CSU Lobkowicz war die eines Assistenten von Prof. Bochenski — bei der Anfertigung des Gutachtens der Adenauer-Regierung für das Verbot der KPD. Lobkowicz ist amerikanischer Staatsbürger und fühlt sich von „Woprossy filosofii“ beschimpft, wo er doch nur einige kritische Bemerkungen über die Sowjetphilosophie geschrieben hätte.

Hans Heigert, Chefredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, will nicht „um drei Ecken herum“ ein Interview geben. „Was meine Kollegen und ich zu Fragen der Sicherheitskonferenz meinen, ist kein Geheimnis und wird nicht verschleiert — es steht immer wieder in der Süddeutschen Zeitung. Die Meinung deckt sich in etwa mit derjenigen der Regierungen in Bonn und Paris. Selbstverständlich können Sie gerne aus der SZ zitieren.“ (Brief vom 19. 1. 72) Heigert nimmt in der Tat — um ihn aus der Zeitung zu zitieren — eine realistische Haltung ein: „Die Ostverträge sind keine allein deutsche Angelegenheit. Auch wenn es nicht um Krieg oder Frieden geht, so sind doch die Interessen einer ganzen Welt berührt. Hüten wir uns vor dem verführerischen Tonfall des ‚Der Starke ist am mächtigsten allein‘.“ Dieser Satz steht in einem Kommentar mit der Überschrift „Die Lage ist nun wirklich ernst.“ (11./12. 3. 72)

Wie wird aber eine solche Position wirksam? Im Kampf gegen das Rechtskartell gibt es lediglich gute Ratschläge an die Adresse der Rechten, nicht so dumm zu sein. Der Antikommunismus ist von verfeinertem Hochmut, so arrogant, daß er es sich leisten kann, die Holzhammermethoden der Springerpresse zu kritisieren. Wie stark sich Heigert am Antikommunismus beteiligt, zeigt ein Kommentar vom 18./19. 3. 72: „Vor lauter Angst, irgend etwas ‚Antikommunistisches‘ zu sagen, scheuen sich viele Eltern, Pädagogen, Schulverwalter und auch Kulturpolitiker vor der baren Feststellung, daß auch unser ‚Feindbild‘ gleichgeblieben ist: die Bundeswehr ist Teil eines militärisch-politischen Bündnissystems gegen

die aggressive, totalitäre Herrschaft des Sowjetkommunismus.“ Die unkritischen Leser einer solchen Zeitung werden vom aktiven Engagement abgehalten.

Helmut Kindler, einer der bekanntesten westdeutschen Verleger, unter anderem Verleger von Büchern Willy Brandts:

„1. Da Europa noch immer nicht sehr viel mehr als ein geographischer Begriff ist, müssen wir davon ausgehen, daß es gar keine ‚Rolle‘ übernehmen kann.

2. Man darf nichts unversucht lassen. Deshalb bin ich für die genannten Konferenzen.

3. Nach Einstellung des Rüstungswettlaufs und der Schaffung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit würden sich natürlich die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ländern mit verschiedener sozialer Struktur verbessern; dabei dürfte man sich aber keinen Illusionen hingeben. Denn die sogenannten sozialistischen Länder haben an humaner Lebensentfaltung sogar einen noch größeren Nachholbedarf als die sogenannten kapitalistischen Länder. Infolgedessen würde, sofern sich das nicht ändert, die Einfuhrsperre für bestimmte kulturelle Güter aus dem Westen wohl leider bestehen bleiben.

4. und 5.: Ich meine, daß die Bundesregierung das menschenmögliche getan hat, um die Beziehungen zur UdSSR, zu Polen und zur DDR zu entkrampfen.“

Helmut Kindlers Unterstützung für alle Bemühungen um ein wirksames Sicherheitssystem in Europa, für die „genannten Konferenzen“, bedeutet meines Erachtens, daß er als einen Teil der friedlichen Koexistenz auch den Wettbewerb der Systeme einbezieht. Aus der Sicht des Unternehmers ist es nur folgerichtig, den Kapitalismus dem Sozialismus vorzuziehen. Die Interessen der Arbeiter und Angestellten sind, wie wir noch sehen werden, qualitativ andere und lassen sich mit denen des Unternehmers nicht vermischen. Entscheidend ist aber Kindlers Bereitschaft zum Wettbewerb auf der Grundlage der politischen Tatsachen, was von einer ganzen Reihe westdeutscher Unternehmer noch nicht für nötig befunden wird.

Prof. Dr. Kurt Sontheimer:

„1. Wenn es gelingt, das gesplittete Europa von heute im Rahmen eines Sicherheitssystems zusammenzubinden, dann ist zweifellos die Chance zur Erhaltung des Friedens in diesem Bereich außerordentlich gestiegen.

2. Deshalb bin ich für die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz 1972, die schon darum wichtig ist, weil man auf ihr feststellen kann, wie weit man in der Gegenwart vorankommt auf dem Weg zu einer Friedenssicherung für Europa. Über das Brüsseler Forum bin ich nicht im Bilde.

3. Es ist außer Zweifel, daß bei einer relativen Verminderung der Rüstungsausgaben, die durch ein Sicherheitssystem ermöglicht werden kann, die Chancen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern des jetzt zweigeteilten Europas außer-

ordentlich wachsen. Ich könnte mir auch denken, daß im Rahmen eines solchen Systems die Gleichartigkeit sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen zwischen den Industriestaaten des Westens und des Ostens zunehmen wird.

4. Die Verträge von Moskau und Warschau sind sicherlich eine Vorbedingung für eine effektive Sicherheitskonferenz. Sollten sich die Gegner der Verträge in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen, so ist ein Rückfall in den Kalten Krieg zu befürchten und damit auch eine nicht zu verantwortende Verunsicherung des Friedens, den Europa für seine Fortentwicklung unbedingt braucht.

5. Die Bundesregierung kämpft im Moment ausschließlich um die Durchsetzung der Ostverträge und betrachtet die Sicherheitskonferenz erst als zweiten Schritt. Ich glaube nicht, daß sie nach Verabschiedung der Ostverträge zögern wird, das Zustandekommen der Konferenz nachdrücklich zu unterstützen. Ich sehe da keinen Widerspruch zwischen Worten und Taten.“

Sontheimer ist ordentlicher Professor am Institut für politische Wissenschaften der staatswirtschaftlichen Fakultät, Universität München. Er gilt als einer der wissenschaftlichen Berater der SPD-Spitze. Nebenbei bemerkt war er mir auf das wärmste von Prof. Lobkowicz empfohlen worden, als „ein kompetenter Mann in diesen Fragen“. Sieht Lobkowicz den Anhänger der Konvergenztheorie als Verbündeten oder als Gegner? Ich meine, daß eine positive Aussage für die Sicherheitskonferenz im Jahre 1972 größeres Gewicht hat als alle Spekulationen, die sich an die Konvergenztheorie knüpfen.

Franz Schönhuber, Vorsitzender des bayerischen Journalistenverbands:

„1. Eine entscheidende Rolle: auch wenn es verschiedene Krisenherde und Kriegsschauplätze in der Welt gibt, wird das Schicksal der Völker in Europa entscheiden.

2. Über das Brüsseler Forum der europäischen Öffentlichkeit bin ich eigentlich erst durch das Interview der ‚Literaturnaja gaseta‘ mit Heinrich Böll informiert worden.“ (Schönhuber hat es im Original gelesen. Es wurde hier nicht nachgedruckt. F. H.) „Ich finde Bölls Gedanken in diesem Interview gut und richtig. Ich möchte abwarten, was das Forum bringt. Möglicherweise gelingt es diesem Forum, gewisse Bedenken, die ich noch habe, abzubauen. Ich glaube nicht — wie andere —, daß eine Finnlandisierung der Bundesrepublik möglich ist. Aber bei einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz wünsche ich mir optimale Resultate für die Bundesrepublik Deutschland. Ich fürchte ein gewisses Übergewicht der Sowjetunion, die sich dort aufgrund ihres Potentials stärker als etwa Frankreich oder Italien artikulieren kann. Was diese Konferenz im Jahr 1972 betrifft, sind meine Vorbehalte größer als meine Zustimmung. Ich gebe aber zu, daß ich noch ein Informationsdefizit habe.

3. Ich bin für Einstellung des Rüstungswettlaufs — mit wirksamen Garantien. Nach dem leninschen Prinzip: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, von allen und für alle Beteiligten. In der Praxis stelle ich mir die Etablierung von Kon-

trollkommissionen in allen Produktionsstätten der jeweiligen Länder vor, die einen ungehinderten Zutritt zu allen militärisch wichtigen Stellen haben. Dann glaube ich, daß eine Zusammenarbeit auf allen genannten Gebieten möglich und wünschenswert ist. Welches System sich als das bessere erweist, soll sich nicht nur im Sport, sondern auch in Kultur, Kunst und Wirtschaft zeigen. Ergebnisse des Wettbewerbs erleichtern den Menschen die Entscheidung für das eine oder andere System. Solche Entscheidungen sind bisher nicht möglich, da nach meiner Meinung die Menschen im Westen wie im Osten bisher manipuliert werden.

4. Ich wehre mich gegen die Formel ‚Gegner der Verträge‘. Man muß das differenzierter sehen. Ich glaube, daß die Annahme der Verträge im derzeitigen Stadium nicht Voraussetzung für die Sicherheitskonferenz ist. Welche Folgen sich daraus ergeben? Ich lehne diesen undifferenzierten Terminus ‚Gegner der Verträge‘ ab und weiß deshalb nicht, was geschehen wird, wenn die genannten Umstände eintreten.

5. Aus meiner Grundhaltung heraus, kann ich diese Frage nur als Advocatus diaboli beantworten: die Bundesregierung tut nicht genug, um jenen Kräften entgegenzutreten. Sie kann auch nicht allzuviel tun, weil sie in der eigenen Partei die sudetendeutsche und schlesische Fraktion am Bein hat, die nur mit großen Vorbehalten dem Regierungskurs folgen. Der Überläufer Hupka ist nur die Spitze eines Eisberges. Zum anderen hat sich in der Großindustrie noch keine einheitliche Willensbildung durchgesetzt, ob die Verträge nutzen oder nicht. Auch auf das ‚nicht‘ hat die Bundesregierung zu achten. So betrachtet sehe ich Widersprüche zwischen Worten und Taten.“

Schönhuber gilt als Allroundjournalist. Er spielt mit dem Polizeipräsidenten Tennis, spricht mit sowjetischen Eishockeyspielern in ihrer Muttersprache und tritt mit seinem Verband für die Beibehaltung der US-Sender Radio Free Europe und Radio Liberty in München ein. Sein „Bayernreport“ in der *Münchner Abendzeitung*, einer liberalen Boulevardzeitung, ist eine Art Wochenchronik mit Hintergrundmaterial und Personalien aus allen Parteien (außer der DKP). Am bekanntesten ist Schönhuber auch als Moderator in der Autoradiosendung „Gute Fahrt“ und seine Tips für persönliche Sicherheit am Steuer lassen einen Mann erkennen, der die Gefahren kennt, wenn man die Fahrbahn zu oft wechselt.

Der Bayerische Journalistenverband ist als Untergliederung des Deutschen Journalistenverbands eine berufsständische Organisation und beherbergt verschiedene ökonomische Interessen, da zu seinen Mitgliedern sowohl Journalisten als auch Verleger gehören. Viel eindeutiger ist das gesellschaftspolitische Interesse bei der Deutschen Journalisten-Union, dem in der IG Druck und Papier organisierten Journalistenverband. Seine Mitglieder vertreten ihre Interessen auf gewerkschaftlicher Grundlage. So sind die Antworten von Eckart Spoo, dem in München wohnhaften Bundesvorsitzenden der DJU, unzweideutig:

„1. Europa als der technisch und ökonomisch höchstentwickelte Kontinent hat eine besondere Verantwortung für den Weltfrieden. Allerdings nicht in dem

bösen alten kolonialistischen und imperialistischen Sinne, daß Europa den Weltgendar und Weltausbeuter spielen dürfte. Im Gegenteil: Gerade wegen des Unheils, das der Kolonialismus und der Imperialismus über die anderen Kontinente gebracht haben, entsteht für uns heute die Verpflichtung, die Volkskräfte dort zu unterstützen, die einer Zukunft ohne Hunger und ohne Krieg zustreben. In Europa ist der Marxismus-Leninismus entstanden, dessen weltverändernde Kraft sich jedem Menschen, der nicht blind ist, jeden Tag aufs Neue erweist, ob einem das nun gefällt oder nicht. In Europa hat der Marxismus-Leninismus reale Macht errungen, zunächst in der Sowjetunion, inzwischen in mehreren weiteren Ländern. Mein eigener Vater — ich bin 35 Jahre alt — gehörte zu den hunderttausenden deutschen Soldaten, die im Hitlerkrieg ausgeschiedt wurden, diese Macht zu brechen, das aber nicht vermochten, sondern bei dieser unheiligen Mission selber den Tod fanden. Aus diesem blutigen Kapitel deutscher und europäischer Geschichte kann es für alle Menschen in der Bundesrepublik, mögen sie den Marxismus-Leninismus noch so entschieden ablehnen, nur eine Lehre geben: das sozialistische Gesellschaftssystem, in den Grenzen, zu denen es inzwischen vorgedrungen ist, zu respektieren. Auf eine Revision des Hitlerkrieges zu sinnen, wäre Aberwitz. Es gibt keinen Frieden gegen den Sozialismus. Frieden in Europa kann nur heißen: Frieden mit dem Sozialismus. Heute steht die Aufgabe, diesen Frieden zu organisieren. Wenn uns das gelingt — und es muß gelingen —, wird ein gewaltiges Potential, das heute vom Militär und von der Rüstungswirtschaft absorbiert ist, frei werden zur Gestaltung einer glücklicheren, reicheren Zukunft der Völker Europas und aller anderen Kontinente, die bisher unschuldige Opfer des europäischen Imperialismus und der von ihm angezettelten Weltkriege waren.

2. Aus der Einstellung, die ich Ihnen eben skizziert habe, kann ich diese Absichten nur begrüßen und unterstützen. Wenn wir den Frieden nicht organisieren und wenn wir es nicht bald tun, wenn wir die Abenteuer des Revanchismus und Militarismus nicht endgültig bändigen, dann bleibt die Gefahr des Krieges, des nuklearen Infernos. Diese Gefahr ist nirgendwo so groß wie im hochgerüsteten Europa.

3. Wenn die Völker Europas erst einmal beginnen, den Frieden zu organisieren, dann werden sie künftig auch auf allen anderen Gebieten zum allseitigen Vorteil zusammenarbeiten können. Ich sehe dann auf die Dauer keine Chance mehr für chauvinistische Hetze und für andere antihumane Ideologien, die heute die internationale Zusammenarbeit behindern. Die Völker in Ost und West werden viel voneinander zu lernen haben, und ich bin — trotz der großen technischen und ökonomischen Potenz der Bundesrepublik — nicht so überheblich zu glauben, daß nur andere Länder von uns zu lernen haben werden; sondern ich glaube, daß auch wir Bundesbürger von den Erfahrungen der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder viel profitieren können. Dabei denke ich beispielsweise an das dortige Bildungs- und Gesundheitswesen. An

den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD ist nämlich vieles dringend Änderungsbedürftig.

4. Gestatten Sie mir, an meine letzten Bemerkungen anknüpfend, folgenden Hinweis: Die Gegner der Verträge von Moskau und Warschau, die Gegner der europäischen Sicherheitskonferenz sind zugleich diejenigen, die den arbeitenden Menschen kein fortschrittliches Programm zu bieten haben, sondern, wenn sie in die Regierung zurückkehren, die sozialen und kulturellen Mißstände in der BRD noch verschlimmern würden. Außenpolitisch würden sie, wenn sie sich durchsetzen könnten, die Bundesrepublik sofort in eine gefährliche Isolation stürzen, nicht nur gegenüber dem Osten, sondern auch gegenüber dem Westen, aus dessen Hauptstädten jetzt die einstimmige Mahnung zu hören ist, die Ratifizierung der Verträge und die Einberufung der Sicherheitskonferenz nicht zu verzögern.

5. In der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen beobachte ich leider immer noch Neigungen, die angebliche nationale Einigkeit, die Gemeinsamkeit mit den Parteien von Barzel und Strauß zu bewahren. Aber Sicherung des Friedens und demokratische Reformen im Inneren sind nicht gemeinsam mit der CDU/CSU zu bewerkstelligen, sondern nur durch Mobilisierung der an Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt interessierten breiten Schichten des Volkes, also durch konsequente Auseinandersetzung mit Strauß, Schröder, Kiesinger, Dregger und Barzel.“

Eckart Spoo war neben einer ganzen Reihe von aktiven gewerkschaftlich organisierten Journalisten, die den Unternehmern nicht mehr paßten, einer der ersten, denen zum 1. Quartal 1971 gekündigt wurde. Sein Chef ist der Verleger der „Frankfurter Rundschau“, die neben der „Süddeutschen Zeitung“ wohl die wichtigste Tageszeitung ist, die auf der Seite der Regierung Brandt/Scheel steht.

Hans Lamm, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde:

„1. Europa ist wieder eine politisch, wirtschaftlich und kulturell ernstzunehmende Gegebenheit, das eine aktive Rolle in der Verwirklichung von Frieden und Sicherheit in aller Welt spielen sollte.

2. Die gesamteuropäische Konferenz ist wünschenswert. Ob sie 1972 bereits mit Erfolgsaussichten durchzuführen ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Wesentlich ist, daß von den Nationen, die in der NATO vereint sind und jenen, die sich im Warschauer Pakt vereint haben, bald Maßnahmen ergriffen werden, die das Mißtrauen der anderen Seite verringern. Zum Beispiel wesentliche und überwachende Abrüstung.

3. Es gibt keine Grenzen für die angedeuteten Möglichkeiten, wenn eine echte und friedliche Völkergemeinschaft, die ganz Europa umfaßt, geschaffen würde. Ob dies bald möglich sein wird, ist eine Frage, die unabhängig von allem Wunschenken zu klären ist.

4. Ich halte diese Frage für hypothetisch, da ich nicht glaube, daß die genannten Kräfte sich durchsetzen werden.

5. Die Bundesregierung verfolgt eine kühle, kluge und zielbewußte Friedens- und Verständigungspolitik und tut gut daran, sich von keinem Störmanöver der Reaktion oder der äußersten Linken irritieren zu lassen.“

Was Hans Lamm mit der „äußersten Linken“ meint, ist nicht klar. Es gibt viele Gruppen, die sich heute als links bezeichnen. Maoistische und trotzkistische Splittergruppen irritieren die Bundesregierung nicht. Unter manchen Sozialdemokraten ist jedoch vor allem die Meinung verbreitet, die Kommunisten sollten am besten den Mund halten, sich selbst verleugnen — dann würde das alles besser gehen. Im übrigen bemüht sich Hans Lamm seit Jahren um die Aufnahme des Prozesses gegen Dr. Kurt Christmann, Kommandeur eines SS-Sonderkommandos in der Ukraine von 1941 bis 1943. (Lew Ginsburg veröffentlichte in diesem Zusammenhang einen dokumentarischen Roman — „Besdna“ —, aus dem wir in unserer Zeitschrift einen Teil veröffentlichten; trotz verschiedener Empfehlungen wollte kein Verlag Ginsburgs Arbeit herausbringen.) Von einer Aufnahme des Prozesses erfuhr die Öffentlichkeit bisher noch nichts. In München kennt man Christmann lediglich als einflußreichen Immobilienhändler. Sein Büro liegt gleich neben dem Justizpalast.

Leo Derrick, Geschäftsführer der Humanistischen Union:

„1. Sicherlich läßt sich die heutige politische Situation Europas in historische Vergleiche einbeziehen. Doch ist nicht zu übersehen, daß die heutige politische und soziale Situation Europas gegenüber wie auch immer vergleichbaren früheren Entwicklungsphasen völlig neue qualitative Züge aufweist. So vermag der Vergleich der Ost-West-Spannungen selbst in den Hochzeiten des Kalten Krieges mit der Gefährdung des Friedens durch das faschistische Deutschland in den 30er Jahren zwar seine moralisch-pädagogische Berechtigung haben, soziologisch gibt er fast nichts her.

So unterschiedlich die Beurteilungen der Ursachen dieser Ost-West-Spannungen sind, über ihre Existenz selber besteht selbst in den unterschiedlichsten politischen Lagern keine Meinungsverschiedenheit. Wenn auch von dieser Ost-West-Spannung gegenwärtig in Europa keine akuten Gefährdungen des Friedens ausgehen, so ist doch die latente Gefahr, die allein durch die geographische Nachbarschaft der Blöcke in diesem Gebiet der Welt besteht, nicht zu übersehen. Da diese Spannungen ihre Ursachen nicht im Bereich des vordergründigen politischen Handelns haben, sondern in den Klassenstrukturen der industrialisierten Gesellschaften des Ostens und Westens, werden sie in absehbarer Zeit nicht zu beseitigen sein. Doch ist es möglich, wenn beiderseits der vorbehaltlose Wille hierzu besteht, diese Spannungen außenpolitisch so zu kanalisieren, daß von ihnen keine Friedensbedrohung mehr ausgehen kann.

2. Eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz hätte die Aufgabe, genau diese politischen Lösungen zu suchen. Zu dem Forum der europäischen Öffentlichkeit kann ich nicht Stellung nehmen, da ich darüber nicht ausreichend informiert bin.

3. Der Ost-West-Konflikt manifestiert sich nicht ausschließlich auf der Ebene zwischenstaatlicher diplomatischer Beziehungen. Vielmehr ist er tief im Bewußtsein der Bevölkerung sowohl der kommunistischen wie der kapitalistischen Staaten verwurzelt. Informations- und Kulturaustausch würden wesentlich dazu beitragen, diesen Konflikt auf dieser sozial-psychologischen Ebene zumindest zu relativieren. Eine stabile politische Kanalisierung des Konflikts würde natürlich auch die Voraussetzungen für einen verstärkten kulturellen Austausch ermöglichen. Hierzu ist allerdings anzumerken, daß in der gegenwärtigen Situation die westlichen Gesellschaften dazu eher und konsequenter bereit sind. Zwar verhärtet sich der soziale Konflikt in der kapitalistischen Gesellschaft, aber dem entspricht (zumindest noch nicht) eine Beschränkung des kulturellen Freiheitspielraums. Anders ist die Lage in den kommunistischen Staaten (Stichwort: Fall Bukowskij). So einsichtig die regressive Kulturpolitik dieser Staaten aus den gegenwärtigen Klassenkonflikten ihrer Gesellschaften zu erklären ist, so negativ ist dies politisch zu beurteilen. So lange z. B. die DDR mit fortschreitender Ost-West-Entspannung ihre ‚Abgrenzungsideologie‘ verhärtet, scheint auf dem Gebiet des kulturellen Austausches keine konsequente Änderung möglich. Anders dürfte die wirtschaftliche Entwicklung zu beurteilen sein. Auf diesem Gebiet sind unmittelbar materielle Interessen sowohl im Osten wie im Westen tangiert. Die Entscheidungen werden nach aller Erfahrung ausschließlich oder fast ausschließlich nach diesen materiellen Interessen gefällt werden. Dabei scheint die Tendenz auf verstärkten Handelsbeziehungen und umfassenderem technisch-wissenschaftlichem Austausch zu bestehen. Eine politische Normalisierung der Verhältnisse wird diese Tendenz mit Sicherheit verstärken.

4. Wenn sich die Gegner der Ostverträge und der Sicherheitskonferenz bei uns durchsetzen würden, so hätte das eine äußerst gefährliche Isolation der BRD zur Folge. Aber gerade aus diesem Grunde sehe ich keine großen Chancen für diese Kräfte, da sie nicht nur gegen die eigene Regierung, sondern gegen alle Partnerstaaten der BRD stehen. Ihre Chancen stehen meiner Ansicht nach in einem ausgesprochenen Mißverhältnis zu der Lautstärke ihres Propagandageschreis.

5. Im Großen und Ganzen meine ich, daß die Bundesregierung in dieser Hinsicht die richtige Politik betreibt. Sicherlich läßt sich in dem einen oder anderen Punkt Besseres vorstellen, aber um das zu beurteilen, müßte man auf die einzelnen Aspekte eingehen, was hier zu weit führen würde. Bloß einen Widerspruch zwischen Worten und Taten der Regierung in dieser Hinsicht zu konstatieren, halte ich für naiv und unpolitisch. Die dialektische Spannung zwischen Programm und Realisierungsmöglichkeiten ist in der Politik eine völlig normale Erscheinung.“

In der ‚Humanistischen Union‘ sind viele prominente Professoren zusammengeschlossen. Ein wichtiger Zweck dieses Zusammenschlusses ist den Idealen der bürgerlich-humanistischen Aufklärung verpflichtet, der Verteidigung der parla-

mentarischen Demokratie. Derrick (SPD), selbst ein begeisterter Anhänger und Praktiker der Zusammenarbeit und ihren Möglichkeiten des Austausches mit der CSSR im Jahre 1968, wo bekanntlich sehr viel und ausführlich diskutiert wurde — während die Rechten handelten —, schneidet hier so viele komplexe Probleme an, über die semesterlang gestritten werden kann. Für problematisch halte ich diese Methode aus dem Grund, weil die Politik von Strauß, Springer, Barzel sich sehr verständlich äußert und der dagegen gerichtete Kampf wohl nicht nur „moralisch-pädagogische Berechtigung“ hat. Bei Derrick wird man an dieser Stelle den Eindruck nicht los, daß der Aufklärer vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht, vor lauter Skepsis auch dann noch über die Rolle des Feuers in der Geschichte Vorträge halten könnte, während das Haus, in dem er wohnt, gerade von Brandstiftern angesteckt wird.

Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Autor mehrerer Bücher, die sich mit dem deutschen Nationalismus auseinandersetzen, als Antifaschist in der amerikanischen Emigration, und Mitglied des Vorstandes der „Humanistischen Union“, sieht die Verhältnisse entschieden eindeutiger:

„1. Die Rolle des Raumes, in dem Entwicklung von Friedenssicherungen die größte Chance hat, da bei deren Nichtentwicklung kein anderer Erdteil mit so unvorstellbarer Vernichtung bedroht ist.

2. Ich begrüße alle seriösen Konferenzveranstaltungen, die die Auflösung der Blöcke und Verständigung der jetzt in ihnen zusammengeschlossenen Staaten fördern können.

3. Die in der Frage genannten verschiedenen sozialen Strukturen könnten auf weit innigere Weise als jetzt miteinander in Wettbewerb treten, was für den Fortschritt der Einsicht in ihre jeweiligen Fehler und Mängel und deren einschneidende Überwindung nur entschieden von Vorteil sein könnte.

4. Die schlimmsten, nämlich nicht mehr auszudenkende; trotz der historischen Präzedenzen.

5. Weder genug noch genügend Richtiges, Hinhauendes. Nur weil in diesem Fall die richtigen Worte selber schon Taten wären, es gerade aber solche Worte nicht oder nur in unauffälligen Ausnahmefällen gibt, muß ich die Frage, die im zweiten Satz von 5. gestellt ist, verneinen.“

Dieter Lattmann, Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller:

„1. Europa hat auf Grund seiner geographischen Lage, seiner Bevölkerungszahl (auf relativ engem Raum), und auf Grund seines Wirtschaftspotentials mit interkontinentalen Verflechtungen für die Gewinnung und Erhaltung des Friedens in der Welt eine Schlüsselfunktion.

2. Es ist wichtig, daß die Regierungen der Länder Europas sich, so bald der Wille zur Verständigung ausreichend vorhanden ist, zu einer gesamteuropäischen Konferenz über die Planung des Friedens und eine größere Sicherheit für Leben und Freiheit der Menschen in verschiedenen Gesellschaftsordnungen zusammen-

finden. Daß unkonventionelle politische Arbeitskreise intereuropäisch an der Vorbereitung einer solchen Sicherheitskonferenz mitarbeiten, halte ich vor allem dann für sinnvoll, wenn diese Gruppen auf die Entspannung der öffentlichen Atmosphäre hinarbeiten, also bestehende Gegensätze überbrücken helfen.

3. Die Organisationen der Künstler und Autoren in den verschiedenen Ländern sollten die Initiative der Verständigungspolitik im wechselseitigen kulturellen Austausch bestärken. Die Regierungen sollten, wo nötig, entsprechende Unterstützung geben.

4. Wenn reaktionäre Kräfte in der Bundesrepublik die Oberhand gewinnen, wäre das Resultat die Fortsetzung des Kalten Krieges. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gutheißt und in der Politik der Verständigung ihre eigene Zukunftschance erkennt.

5. Die Bundesregierung besitzt in dieser Entscheidung im Parlament nicht die gleich große Mehrheit, wie sie nach Meinungsumfragen in der Bevölkerung vorhanden ist. Ich habe jedoch den Eindruck, daß auch CDU und CSU am Zustandekommen der Ratifizierung interessiert sind — sie wollen das gegenwärtig nur nicht öffentlich zugeben, also nicht innerhalb ihres kurzfristigen politischen Programms sanktionieren.“

Dieter Lattmann ist einer der führenden Kräfte in der sozialdemokratischen Wählerinitiative — einer Art öffentlicher Intellektuellenlobby für die SPD. Ich kann mir schwerlich vorstellen, wie man die Politik der CDU/CSU letztlich nur als ein öffentliches Spektakel bewertet. Lattmanns Abwägung erinnert mich an seinen Aufsatz „Wie heimatlos ist heute die politische Linke?“, den er am 18. 2. 1972 im *Vorwärts*, dem Zentralorgan der SPD, veröffentlichte; er schreibt dort u. a.: „Es ist schwierig, einer politischen Partei beizutreten. Denn man sollte es nur tun, wenn man die Absicht hat, das Programm dieser Partei mit sagen wir: 70 Prozent gutzuheißen und mit den Mitgliedern, die man als Parteifreunde oder als Genossen vorfindet, eine gewisse Solidarität einzugehen.“ Ohne daß ich die sicherlich symbolisch gemeinte Prozentverteilung überbewerte, bleibt doch die Frage, was macht man mit den übrigen 30 Prozent? Zu welchem Teil gehört die Tatsache, daß Dieter Lattmann die Sicherheitskonferenz im Prinzip bejaht, aber die Erklärungen der meisten europäischen Regierungen für eine Konferenz im Jahre 1972 noch nicht als hinreichende Verständigungsgrundlage akzeptiert?

Eduard Arzt, parteiloser Metallarbeiter und Betriebsrat, hat beispielsweise die Unterschriften von über 250 gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten gesammelt, die die unverzügliche Ratifizierung der Verträge und die Einberufung der Sicherheitskonferenz für das Jahr 1972 sowie das Forum unterstützen:

„1. Meiner Meinung nach kann Europa nur im Frieden leben. Der Faschismus,

Militarismus und die Hochfinanz in Deutschland und jetzt in der Bundesrepublik sind Feinde von Frieden und Sicherheit in Europa. Wir müssen uns anstrengen, im Kampf gegen diese Kräfte des Unheils den Frieden zu sichern.

2. Jeder Arbeitnehmer müßte für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz eintreten, denn nur diese sichert ihm seinen Arbeitsplatz und sein Leben. Damit müßte man so bald als möglich beginnen. Ich hoffe, daß die Bundesrepublik von so vielen friedlichen Nachbarn umgeben ist, daß ein Krieg vom Boden unseres Landes nicht mehr möglich ist. Das Brüsseler Forum ist wichtig, weil hier Sprecher verschiedener Richtungen und Schichten den Willen der Völker zum Ausdruck bringen.

3. Durch Einstellung des Rüstungswettlaufes würden in Europa Mittel frei, die man sehr dringend für soziale, kulturelle, völkerverbindende Ziele einsetzen könnte.

4. Trotz allem glaube ich nicht, daß sich diese Gegner in der BRD, geschweige denn in Europa durchsetzen werden. Sollten sie trotzdem zum Zuge kommen, so würden sie die BRD in der ganzen Welt isolieren. Die Bundesrepublik sind wir — die Arbeitnehmer, die Lohnabhängigen und ihre Familien.

5. Die Bundesregierung war bis jetzt ihrer Sache zu sicher, jetzt wacht sie plötzlich auf und muß nun zu kämpfen anfangen für die Verträge und die europäische Sicherheit, wobei sie alle Arbeitnehmer, egal welcher politischen Ansicht, auf ihrer Seite haben könnte.“

Günter Ludwig, Vorstandsmitglied des marxistischen Studentenbundes Spartakus, Gruppe Universität München:

„1. Nirgendwo auf der Welt stehen sich sozialistische und kapitalistische Staaten so unmittelbar gegenüber wie in Europa. Auf der einen Seite das imperialistische System, dessen Aggressivität sich mit seiner historischen Überlebtheit nur noch steigert; auf der anderen Seite die sozialistischen Staaten, die ihre Überlegenheit im friedlichen Wettbewerb erweisen können. Militärische Auseinandersetzungen in dieser Hemisphäre würden mit ziemlicher Sicherheit zur Vernichtung fast der gesamten Menschheit führen. Insofern ist Europa eine Nahtstelle der Systemauseinandersetzung. Die Erhaltung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit in diesem Gebiet ist damit Voraussetzung für die Entfaltung der sozialistischen Bewegung als auch überhaupt für die Zukunft der Menschheit.

2. Ich bin Student in München. In dieser Stadt konzentrieren sich die Rüstungsmonopole der BRD. An der Universität schlägt sich das in Kriegsforschung und Antikommunismus nieder, wogegen wir als marxistischer Studentenbund einen beharrlichen Kampf führen. Die Friedensinitiativen der sozialistischen Staaten sind uns dabei eine große Hilfe. Mit dem Hinweis auf die europäische Sicherheitskonferenz können wir wirksam der Hetze der Reaktionäre begegnen, die ihre friedensfeindliche Wissenschaft mit der angeblichen Bedrohung aus dem Osten rechtfertigen wollen. Jeder Schritt in Richtung auf Entspannung in Europa

nützt uns so hier in unserem Kampf für demokratische Lehrinhalte, für eine Ausbildung im Interesse der Auszubildenden und der werktätigen Bevölkerung.

3. Wir haben in der demokratischen Studentenbewegung die Losung ‚Runter mit der Rüstung — mehr Geld für die Bildung‘. In Demonstrationen gegen antidemokratische Hochschulgesetze war diese Losung auf hunderten von Plakaten zu lesen. Damit ist ausgedrückt, daß wir einen untrennbaren Zusammenhang sehen zwischen Ausgaben für Vernichtungsproduktion und sozial-kultureller Misere. Einschränkung der Rüstung würde dagegen Ressourcen freisetzen für die Überwindung des Lehrdefizits, die Ausbildung von Ärzten sowie soziale Reformen allgemein. Ich könnte mir auch vorstellen, daß auf kulturellem Gebiet wechselseitige Theatertourneen, Filmvorführungen, literarische Kontakte etc. dazu beitragen, eine Atmosphäre der Völkerfreundschaft zu fördern. Die verschiedenen nationalen Wirtschaften könnten durch verstärkten Handel bis zum Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse Beziehungen zum wechselseitigen Vorteil pflegen.

4. Militanz nach außen bedeutete immer gleichzeitig Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte im Inneren. CDU/CSU und die ihr nahestehenden Monopolvertreter hetzen nicht umsonst gegen jeden Ansatz einer Entspannungspolitik. Sie wollen die antikommunistische Vogelscheuche dazu benutzen, jede Demokratisierungsbewegung zu verhindern. Schon heute verknüpfen sie die Frage der Verträge mit Verleumdungen gegenüber der DKP und anderen sozialistischen Organisationen. Eine Ablehnung der europäischen Sicherheitskonferenz wäre ein ernster Rückschlag für all jene Kräfte, die hier für sozialen Fortschritt kämpfen.

5. Allerdings. Wir erfahren gerade an der Hochschule das Mißverhältnis zwischen außenpolitischen Entspannungsbemühungen und innenpolitischer Formierung. Während Brandt mit Breschnew verhandelt, unterstützen sozialdemokratische Minister antidemokratische Berufsverbote, die es u. a. Mitgliedern meiner Organisation — dem MSB Spartakus — verweigern sollen, Lehrer an Schulen der BRD zu werden. Während auf der einen Seite Friedensdeklarationen hinausposaunt werden, wird auf der anderen Seite der Rüstungshaushalt drastisch erhöht. Während man außenpolitisch mit Kommunisten an einen Tisch sitzt, startet man zu Hause Hetzkampagnen gegen die DKP. Wir glauben, solange die rechten SPD-Führer ihre Sache nach Gemeinsamkeiten mit der reaktionären CDU/CSU nicht aufgeben, solange kann es kein wirksames Vorgehen aller Demokraten gegen unseren wirklichen Feind, das Großkapital, geben.“

Ähnlich wie im Journalistenbereich werden vor allem aktive Jugendsprecher von den Unternehmern gefeuert. *Mathis Oberhof* ist einer von ihnen. Er ist Vorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in München:

„1. In Europa fanden die beiden Weltkriege statt, quer durch Europa läuft die Grenze zwischen zwei völlig entgegengesetzten Gesellschaftssystemen. Gerade in Europa muß deshalb ein System geschaffen werden, das das friedliche Zusammenleben auch von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich macht.

2. Deshalb ist es auch wichtig, daß gerade jetzt — da die Verträge von Moskau und Warschau in der Ratifizierungsdebatte stehen, auch von bundesdeutscher Seite aus, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit aktiv unterstützt wird. Weil aber die Erfahrung zeigt, daß der Frieden nicht in den Schoß fällt — weil wir dafür kämpfen müssen —, halte ich sowohl das geplante Forum in Brüssel für eine wichtige Aktion, als auch den Vorschlag der Jugendvertretung der Bremerhavener Seebeck-Werft, in diesem Jahre eine Europäische Konferenz der Jugendorganisation zu Fragen der Sicherheit durchzuführen.

3. Gerade wir Jugendlichen sind ja am meisten an einem gesicherten Frieden in Europa interessiert. Es waren junge Menschen in unserem Alter, die 1914 vom Kaiser und 1939 von Hitler auf die Schlachtfelder geschickt wurden. Und wenn wir heute eine Modernisierung unserer Ausbildung verlangen, wenn wir für mehr Schulen kämpfen, dann heißt es immer wieder, es sei kein Geld da. Das stimmt nicht. Es steckt nur im Rüstungshaushalt. Ein europäisches Sicherheitssystem gäbe eine Möglichkeit, dieses unerträgliche Mißverhältnis aufzuheben.

4. All jene, die uns eine zukunftsorientierte Berufsausbildung verweigern, jene, die mich, wegen meines gewerkschaftlichen Engagement als Jugendvertreter aus dem Betrieb entließen, jene sind es auch, die weiterhin am Krieg, an der Hochrüstung verdienen wollen: die großen Industriebosse, die Rüstungsgewinnler. In ihrem Kampf gegen jegliche Entspannung verbünden sie sich mit der braunsten Reaktion. Sie unterstützen diese zum Teil erheblich. Und was in diesen Tagen hier in München wieder an faschistischen Plakaten und Flugzetteln herauskam — mit extremstem Antisowjetismus — das ruft Schauern hervor, wenn man weiß, wie Hitler und Co. seinerzeit begonnen haben.

5. Deshalb fordern fast alle Bundesjugendkonferenzen der verschiedenen Gewerkschaften, was auch in den ‚5 Grundrechten der jungen Generation‘ formuliert ist: sofortige Auflösung bzw. Verbot aller rechtsradikalen Organisationen. Diese Bundesregierung hatte vor zwei Jahren den Wahlkampf auch geführt mit dem Versprechen, die NPD zu verbieten. Sie hat zu lange Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU gesucht und wundert sich dann, wenn sich durch diese Haltung die Rechtskreise in unserem Land ermuntert fühlen.“

Der Bezirksleiter der IG Metall und Landtagsabgeordnete der SPD *Erwin Essl* stellt fest:

„1. Die geschichtlichen Erfahrungen der letzten 200 Jahre lehren uns, daß Europa für die Erhaltung des Friedens in der Welt und der Sicherheit der Menschen zunehmend eine entscheidende Rolle spielt und spielen wird.

2. Ich bejahe eine solche gesamteuropäische Konferenz 1972, die sich mit Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit beschäftigt. Ich bin davon überzeugt, daß bei gutem Willen der Beteiligten eine solche Konferenz ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg zur Einigung Europas sein wird. Das Brüsseler Forum muß als Teil bzw. Vorläufer einer solchen Konferenz angesehen werden.

3. Die Zusammenarbeit der europäischen Länder bietet ungeahnte Möglichkeiten für die wirtschaftliche Kooperation in diesen Ländern mit der Zielsetzung, soziale Unterschiede auszugleichen, den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich zu erhöhen und damit kulturelle Aspekte stärker zum Tragen zu bringen.

4. Die außenpolitischen Konsequenzen im Fall der Nichtratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrags sind im Augenblick in der Endkonsequenz nicht überschaubar. Mit Sicherheit dürfte aber ein Scheitern der Verträge, sowohl im Westen wie im Osten, den Kräften des Kalten Krieges Auftrieb geben; 2. die mühsam aufgebaute Basis des Vertrauens zwischen den Völkern außerordentlich schwächen; 3. weltpolitische Konsequenzen nach sich ziehen, die im Augenblick nur geahnt werden können. Im übrigen glaube ich, daß sich Barzel dieser Konsequenzen so bewußt ist wie der übrige verantwortliche Teil in der Politik und dessentwegen ernsthaft am Scheitern nicht interessiert sein kann.

5. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Bundesregierung genug tut, um ihre Deutschland- und Ostpolitik glaubhaft zu vertreten, würde mir aber eine offensive Haltung gegen die Kräfte wünschen, die verbal diese Verträge und die Sicherheitskonferenz ablehnen.“

Essl ist auch nicht ganz frei vom Glauben an die Vernunft und den Realismus bei Barzel und „dem übrigen verantwortlichen Teil in der Politik“. Die Äußerung über die Kräfte des Kalten Krieges „im Osten wie im Westen“ entspringt der Gleichsetzung von „Links- und Rechtsradikalismus“, womit seit jeher der Antikommunismus verschleiert wird.

Hans Schneider, der Vorsitzende der DKP in Südbayern, spricht für die Partei, deren Mitglieder am aktivsten für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge, für Konsequenzen der Sicherheitspolitik im Interesse der arbeitenden Menschen eintreten.

„1. Dank des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und der demokratischen Kräfte besteht die reale Chance für ein System der wirksamen Sicherung des Friedens in Europa und der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Europa könnte so endlich statt ständiger Unruheherd und Ausgangspunkt verheerender Kriege ein internationaler Faktor der Verständigung und des stabileren Friedens sein.

2. Ich begrüße die Einberufung dieser Konferenz noch 1972. Wir Kommunisten in der BRD treten seit Jahren für die Unverletzbarkeit der Grenzen als entscheidende Voraussetzung für die friedliche Koexistenz, für friedlichen Wettstreit von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen ein. Die Prager Deklaration mit ihren 7 Grundforderungen bedeutet in diesem Sinn einen konstruktiven Beitrag. In diesem Sinn begrüßte unsere Partei auf ihrer 2. PV-Tagung die Initiative zur Einberufung des Forums der europäischen Öffentlichkeit in Brüssel.

3. Es liegt auf der Hand, daß sich durch die Herstellung von gutnachbarlichen

Beziehungen, auf gegenseitigem Vorteil, durch wachsenden kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Austausch Vorteile für die Arbeiterklasse, für alle europäischen Völker ergeben. Die große Chance zur Reduzierung der wahn sinnigen Rüstung in der BRD und ihres allmählichen Abbaus würde von unserem Volk eine schwere Last nehmen, es würden Mittel frei für dringende soziale und kulturelle Reformen.

4. Strauß hat in der Debatte zur Lesung der Verträge im Bundestag erneut sein Nein formuliert. Um sich nicht weiter in der Bevölkerung zu isolieren, erklären Strauß und Barzel, sie seien auch für Gewaltverzicht und Frieden. In Wirklichkeit entfachen die CDU/CSU im Lande eine revanchistische Hetze gegen die vertraglich anerkannte Unverletzlichkeit der bestehenden europäischen Grenzen und gegen die völkerrechtlich anerkannte Existenz der souveränen DDR. Es ist klar, was diese Kreise um Strauß, die sich um die einflußreichsten Rüstungskonzerne gruppieren wollen: Das „Deutschland von 1937“ wiederherzustellen und bei „günstiger Situation“ darüber hinaus vorzustoßen. Wenn sich diese reaktionären Kräfte durchsetzen würden, wäre die große Chance der Entspannung und des Friedens erneut vertan, die BRD wäre weiterhin Hauptstörfried in Europa. Deshalb sind alle Friedenskräfte in unserem Lande aufgerufen, noch stärker als bisher gegen Strauß und Barzel für die Politik der Verträge und der europäischen Sicherheitskonferenz einzutreten.

5. Rechte SPD-Führer und die von ihnen bestimmte Bundesregierung, die in den Verträgen ausdrücklich die Unverletzlichkeit der Grenzen anerkennt, tun in letzter Zeit so als ob doch noch Veränderungen möglich sind und als ob man um die gleichberechtigte völkerrechtliche Anerkennung der DDR herumkommt. Die SPD/FDP-Regierung beginnt jetzt, die vorhandene Bereitschaft breiter Kreise der Bevölkerung zur Unterstützung der Vertragspolitik anzusprechen. Es ist deshalb umso erfreulicher, daß aus Betrieben und Gewerkschaften in letzter Zeit immer stärker die Forderung nach Ratifizierung der Verträge und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz gestellt wird.“

Die Siemensbetriebe sind der größte Industriekonzern in München. In vier verschiedenen Zweigbetrieben sind etwa 35 000 Menschen beschäftigt. Drei Betriebsräte eines Werks — Willi Dick, Hermann Niebler, Walter Weber — haben auf meine Fragen eine gemeinsame Antwort ausgearbeitet, weil sie sich in dieser Sache als „engagierte Arbeiterfunktionäre“ sehen, die hier nur gemeinsame Interessen vertreten:

„1. Trotz des Gebietsverlustes, den das kapitalistische Europa durch den Zweiten Weltkrieg erlitten hat, bildet es nach wie vor eine starke wirtschaftliche und politische Macht. Machtauseinandersetzungen der großen gegensätzlichen Blöcke des Kapitalismus und Sozialismus könnten hier, da die Einflußgrenze mitten durch Europa geht, sehr leicht mit all ihren verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung möglich sein. Es ist deshalb besonders wichtig, daß in Europa der

Beweis einer friedlichen Koexistenz von Systemen unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Auffassung erbracht wird. Ja, es ist sogar für das Überleben Europas dringend notwendig, denn wozu militärische Auseinandersetzungen geführt haben, können wir aus der jüngsten Vergangenheit erfahren.

2. Um Europa auf dem Weg in das Jahr 2000 eine gesicherte Ausgangsbasis zu geben, um Unwissenheit, Not und noch viel verbreitetes Elend zu verbannen, ist es unerlässlich, alle Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gedanken von Frieden und Sicherheit in alle Kreise der Bevölkerung zu bringen. Das in Brüssel beschlossene Forum der europäischen Öffentlichkeit, das vom 2. bis 5. 6. 1972 stattfindet, kann, wenn alle europäischen Regierungen es ernst meinen mit dem Frieden und der Sicherheit in Europa und es tatkräftig unterstützen, ein guter Anfang sein. Wir als engagierte Arbeiterfunktionäre können solche Öffentlichkeitsarbeiten für Frieden und menschlichen Fortschritt nur unterstützen und stehen voll und ganz zu den genannten Forderungen.

3. Durch den Wegfall der Rüstungsmilliarden und die Schaffung eines wirksamen Sicherheitssystems könnte man folgendes zum Beispiel verändern: In den Ländern, in denen man den Gedanken des Sozialismus zu verwirklichen schon versucht, würden die freigewordenen Mittel noch größere Erfolge ermöglichen. In den Ländern des Kapitalismus müßten und könnten mehr als bisher Probleme der echten Menschenbildung in Angriff genommen werden. Im kulturellen Bereich könnte man durch intensivierte Austausch von Künstlern bisherige Vorbehalte abbauen und mehr gegenseitiges Verständnis und damit Achtung erzielen. Im wirtschaftlich technischen Bereich wären Kooperation der Forschung und Entwicklung möglich, die für alle Beteiligten zweifellos kostensparend und anregend wirken würden.

4. Sollte es den Gegnern der Verträge gelingen, das Rad der Zeit anzuhalten, sehen wir uns folgenden Konsequenzen ausgesetzt: im Bereich BRD-DDR eine Verhärtung der kleinen sogenannten zwischenmenschlichen Beziehungen. Im internationalen Bereich der Beziehungen zu den Staaten des Sozialismus werden merkliche Abkühlungen und Verhärtungen eintreten, die sich für uns unter Umständen auch handelspolitisch ungünstig auswirken können. Der innenpolitische Bereich der BRD wird einen weiteren, offeneren faschistischen Zug bekommen.

5. Unserer Meinung nach tut die Bundesregierung zu wenig, um die positiven Möglichkeiten einer europäischen Sicherheitskonferenz und den Verträgen von Moskau und Warschau den Bürgern der BRD nahezubringen. Außerdem sind Verhalten und Äußerungen sozialdemokratischer Minister und Abgeordneter oft nicht dazu angetan, hier positive Änderungen zu erwecken, etwa die Äußerungen des Verteidigungsministers Schmidt.“

Ein Außenstehender könnte annehmen, wenn diese von der Belegschaft gewählten Betriebsräte so sprechen, müßten alle Arbeiter und Angestellten dahinter stehen. Was die drei Arbeiterfunktionäre hier aussprechen, dürfen sie im Betrieb weder schriftlich noch mündlich verbreiten. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz

stören politische Reden den „Betriebsfrieden“. Verstößt ein Betriebsrat dagegen, wird er fristlos entlassen. Das alte Betriebsverfassungsgesetz kann Anfang der 50er Jahre durch, weil die rechte SPD-Führung dem Druck der CDU/CSU nachgab und eine zum Generalstreik bereite Arbeiterschaft mobilisierte. Das von der SPD/FDP-Regierung 1971 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz hat an diesem Teil des Gesetzes nichts geändert.

CDU/CSU operieren sowohl mit der Politik der Angst als auch den Methoden der Beruhigung. Einerseits malen sie die „sowjetische Gefahr“ an die Wand, die Unterminierung des Systems durch „fünfte Kolonnen“, andererseits verbreiten sie die Beruhigungsspielle, das gehöre lediglich zum Bestandteil leerer Drohungen. Am 12. März 1972 hielt Cäsar Axel Springer vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart einen Vortrag mit dem Titel „Das Exempel von Karthago“. Ein bekanntes Brecht-Zitat mißbrauchend („Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten. Noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“) unterstellt er zugleich der Sowjetunion kriegsrische Pläne, zum Untergang eines Volkes (der Deutschen), andererseits beschwichtigt er seine Zuhörer, das seien ja alles nur Worte der Einschüchterung. Der Schluß des Vortrags gerät dem nationalistischen und revanchistischen Pressezaren dann schon in den Bereich des Irrationalen: „Fürchtet euch nicht!“

Jakob Deffner, der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bayern, forderte, wie eine ganze Reihe führender Gewerkschafter, am 10. 3. 1972: „Es darf keine größere und kleinere Veranstaltung der Gewerkschaften vergehen, ohne daß diese unsere Haltung vertreten und begründet wird, unser klares Ja zu diesen Verträgen muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen werden.“ Nur ausgesprochen?

Resolutionen sind wichtig, reichen aber nicht mehr. Wer sich auf das Roulette im Parlament verläßt, macht das Vabanquespiel mit. Aktionen der Arbeiterschaft — bis hin zum politischen Streik — können in gemeinsamem Handeln mit Angehörigen aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte den kalten Strauß-Putsch verhindern, die Ratifizierung der Verträge im Parlament sichern. Strauß hat sehr wohl begriffen, daß ihn solche Aktionen am meisten stören: „Wir — die CDU/CSU als heutige Opposition — müssen unsererseits Herrn Brandt und seine Gefolgschaft eindringlich warnen, in unserem Lande ein Klima zu züchten, das bürgerkriegsähnliche Zustände heraufbeschwört — und dies alles nur, weil sich die Linksregierung in Gefahr sieht. Jetzt fehlte nur noch, daß ein Gewerkschaftsführer politischen Streik androht, wenn die Regierung Brandt nicht mehr die parlamentarische Mehrheit hat.“ Strauß beherrscht die Methode, die die Welt von Hitler her kennt: zügellose Demagogie. Es ist noch nicht zu spät. Doch jedes Zaudern, jedes Bremsen der mobilisierbaren politischen Macht der Arbeiter und Angestellten, breiteren Schichten des Volkes, nur aus Angst davor, weil sich daran Kommunisten beteiligen könnten, ist gleichbedeutend mit dem weiteren

Zurückweichen vor den Kräften der offenen Diktatur, des Revanchismus, der Kriegsvorbereitung. Der Parteivorstand der DKP erklärte angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung:

„In dieser Situation erklärt die DKP ihre Bereitschaft, im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Barzel und Strauß alle Meinungsunterschiede zurückzustellen.

Jetzt gilt es, gemeinsam die Anschläge der reaktionären Kräfte um Barzel und Strauß auf Entspannung und Frieden zurückzuweisen. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau muß durchgesetzt werden. Sie müssen in Kraft treten. Barzel und Strauß dürfen nicht durchkommen.

Gebt den Störenfriedern die richtige Antwort: Verlangt in den Betrieben und Büros, an Universitäten und Schulen die Ratifizierung der Verträge! Handelt mit Kundgebungen, Demonstrationen, Versammlungen, Entschließungen und vielfältigen anderen Aktionen. Jetzt zählt die gemeinsame Tat aller, die Frieden wollen.“

Diesem Appell ist nichts hinzuzufügen.

München, 19. März 1972

Lew Besymenski Europa und seine Feinde

„Bereitet Europa das Begräbnis, nach jeder beliebigen Klasse, doch begrabt es möglichst bald!“ — schrie Ens Boot. Er hat seinen Teil erreicht — der Direktor des mächtigen und geheimnisvollen „Trust D. E.“, der mit dem Geld amerikanischer Supermilliardäre geschaffen worden war. Im Verlauf von etwa 12 Jahren führte der Trust Europa in den Abgrund: die von ihm provozierten zwischenstaatlichen Krisen, Kriege, Hungersnöte und Epidemien vernichteten 350 Millionen Europäer. Der einstmals blühende Kontinent hatte sich in eine „Mittel-europäische Wüste“ verwandelt, auf der das Sternenbanner aufgepflanzt war . . . Dieses apokalyptische Bild hat Ilja Ehrenburg in seinem satirischen Roman „Trust D. E.“ gezeichnet, der in den 20er Jahren viel Staub aufgewirbelt hatte. Viele Jahre später hat Ehrenburg selbst noch geschrieben, daß man seine Satire „Episoden des dritten Weltkriegs“ nennen könne. Natürlich wollte Ehrenburg kein Prophet sein; er wünschte weder den dritten Weltkrieg noch den Untergang Europas. Doch mit dem Gefühl der Verantwortung eines genuineuropäers hatte er begriffen, welche Gefahren unserem alten Kontinent drohen könnten.

Europa ist nicht durch die Tätigkeit von Ens Boot untergegangen. Auch Adolf Hitler hat es nicht vernichten können, obwohl er daraus beinahe eine „mittel-europäische Wüste“ unter der Hakenkreuzflagge gemacht hätte. Doch verfolgt man die Ereignisse der vergangenen Nachkriegsjahrzehnte, kann man den Eindruck nicht loswerden, daß es durchaus reale Kräfte gibt, die Europa in den Abgrund ziehen wollen. Zunächst war es der Versuch, den direkten kriegerischen Konflikt zwischen zwei Teilen Europas zu provozieren; sodann — als die Macht des sozialistischen Europas diese unheilvollen Pläne in den Bereich des Irrealen verwies — wurde Kurs auf die Spaltung des Kontinents genommen und somit die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung negiert.

Die Geschichte hat auch diesen Kurs schon zum Scheitern verurteilt. Von Jahr zu Jahr verstärken sich die Bestrebungen, die europäische Spaltung zu überwinden, und sie nehmen dabei sehr konkrete politische und diplomatische Formen an. Die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit wurde zum Kristallisationspunkt der politischen Tendenz — und nicht von ungefähr versuchen die reaktionären Kräfte in Europa und jenseits seiner Grenzen, die Einberufung der Konferenz zu blockieren.

Der Widerstand gegen die gesamteuropäische Zusammenarbeit nimmt heute verschiedene Formen an. Über einige von ihnen soll hier die Rede sein.

1.

Es ist heute kaum mehr festzustellen, wer als erster auf die Idee kam, einen

politischen Block der westeuropäischen Länder zu gründen. Die Idee von den „Vereinigten Staaten Europas“ hat Lenin schon im Ersten Weltkrieg angeprangert. Die Proselyten dieser Idee reichten dann von Aristide Briand bis Winston Churchill; den Vorrang hatte bald das eine, bald das andere Land Westeuropas. In den 60er Jahren beanspruchten ihn CDU/CSU-Politiker der Bundesrepublik. F. J. Strauß machte seinen aufsehenerregenden „Grand Design“, den „Großen Entwurf“ publik. Dieser „Entwurf“ bezweckte, die Spaltung Europas durch Umwandlung der EWG in ein militärisch-politisches Bündnis mit einheitlicher Militär- und Außenpolitik zu verewigen. Dazu Strauß selbst: „In den nächsten Jahren sollten wir uns vorerst auf den politischen Zusammenschluß der Sechs konzentrieren. Gleichzeitig sollten Großbritannien und weitere europäische Staaten ermuntert werden, dem Gemeinsamen Markt beizutreten. Während dieser Periode müssen ferner die Grundlagen für eine europäische nukleare Abschreckungsmacht gelegt werden, zunächst im Rahmen einer politischen Union der Sechs und schließlich durch Beteiligung des britischen Atompotentials.“ Unter „weiteren europäischen Staaten“ verstand Strauß nicht nur kapitalistische, sondern auch osteuropäische, die er der sozialistischen Gemeinschaft entreißen wollte. Als der „Große Entwurf“ erschien, sprach ich mit einem Mann, der für Strauß die ganze Vorbereitungsarbeit machte. Auf meine Fragen antwortete er eindeutig: Ja, es gehe darum, die politische Ordnung in den Ländern Osteuropas zu verändern. Dasselbe sagte mir auch ganz eindeutig ein Gesinnungskollege von Strauß: Freiherr Karl Theodor von und zu Guttenberg.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit ihm in Bonn. Damals — etwa 1965 — hat es für Guttenberg keinen Zweifel daran gegeben, daß sich — „wenn der Westen will“ — die gesellschaftlichen Ordnungen in Osteuropa von selbst (oder mit Hilfe des Westens?) auflösen, diese Länder begeistert zur gottgesegneten Markt- und Privatwirtschaft (NATO miteinbegriffen) überlaufen würden. So war die Idee eines „Zwischeneuropa“ entstanden.

Seit der Veröffentlichung des „Großen Entwurfs“ mußten sich seine Anhänger von vielen Hoffnungen trennen: Als 1968 die Absichten der internationalen Reaktion gegenüber der Tschechoslowakei scheiterten, brach die Idee eines „Zwischeneuropa“ zusammen. Der Atomwaffensperrvertrag versetzte dem nuklearen Ansinnen von Strauß und Co. einen empfindlichen Schlag. Auch die „politische Integration“ der EWG-Länder geriet ins Stocken. Stattdessen intensivierte sich im gesamteuropäischen Umfang der Trend zu neuen Wegen, neuen Formen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit.

Dennoch tauchen immer wieder neue Varianten von „Entwürfen für Europa“ auf. Sie enthalten selbstverständlich die Aufforderungen zu „politischer Vereinigung“, zu einem „Bundesstaat Westeuropa“. So hob die CDU im Januar 1972 einen Plan aus der Taufe, in dem eine „europäische Regierung“, ein „Europaparlament“ und eine „europäische Staatenkammer“ ausgemalt sind.

Vielleicht hat der Beschluß Englands und dreier anderer Länder, der EWG beizu-

treten, die Eiferer einer Westeuropa-Union ermuntert. Das ist bislang der einzige Punkt des „Großen Entwurfs“, der realisiert wird. Strauß hatte aber schon 1964 gesagt, daß „die wirtschaftliche Integration nicht automatisch zu einer politischen Union“ führe. Und im selben Sinn weiter: „Allein durch ihre dynamischen Einflüsse auf die einzelnen Volkswirtschaften erweist sich die EWG nach wie vor als ein erstklassiges Hilfsmittel zur Bildung einer europäischen Völkergemeinschaft. Verhängnisvoll wäre es jedoch, wollten wir im Gemeinsamen Markt ein Instrument sehen, durch dessen Automatismus . . . allein schon die politische Einheit . . . zustande kommen müßte.“

In die gleiche Kerbe haut Strauß heute, wenn er in der „europäischen Beilage“ schreibt, die gleichzeitig im Frühjahr 1972 von den Zeitungen *Times*, *Welt*, *Monde* und *Stampa* gebracht wurde: „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft führt als solche nicht notwendig zu einer mehr oder weniger straffen, politischen Einheit . . . Aber entscheidend für sie sind die politischen Einsichten.“

2.

Ich habe nichts gegen Zürich, aber in der Nachkriegszeit hat Zürich eine verhängnisvolle Rolle gespielt — als Podest für die Verkündung europafeindlicher Proklamationen.

Am 19. September 1946 hielt Winston Churchill an der Universität Zürich seine berühmte Rede, die wie die von Fulton den Auftakt zum Kalten Krieg gab. In Zürich verkündete Churchill das Prinzip der Absonderung Westeuropas unter dem Panier des Antikommunismus. 25 Jahre später sprach in Zürich Edward Heath, der hier dasselbe Prinzip auf die heutige europäische Lage anzuwenden versuchte.

Heath stellte Betrachtungen über die Zukunft der EWG an und sperrte sich dagegen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nur als Wirtschaftsunion weiterbestehe (welch frappante Ähnlichkeit mit dem Programm von Strauß!). Nach Heath sollte sie zu einer politischen und militärischen Gemeinschaft werden: „Fortschritte in der Ausarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik sollen von einer wachsenden Zusammenarbeit in Angelegenheiten der europäischen Verteidigung begleitet werden.“

Das war nicht das erste Mal, daß Edward Heath eine Lanze für die Militarisierung Westeuropas gebrochen hat. Schon 1966 hatte er sich für eine „britisch-französische Abschreckungsmacht in Treuhänderschaft für Europa“ eingesetzt. 1970 sprach der Vertreter der Tory-Regierung bei den EWG-Verhandlungen, Rippon, ebenfalls vom Plan einer „eigenen europäischen nuklearen und konventionellen Verteidigungsmacht“. Diese Äußerungen stehen auf dem selben Blatt wie der „Große Entwurf“ von Franz Josef Strauß.

In einem Kommentar zu diesen Plänen schrieb die Züricher *Tat*, daß die „europäischen Aspekte“ für die britischen Politiker schon lange attraktiv seien, die bestrebt sind, ihre strategischen Positionen in der Europa- und Weltpolitik zu behalten und gegebenenfalls zu verstärken. Die wirtschaftlichen und finanziellen

Schwierigkeiten Englands bieten jedoch diesen Politikern keinen Spielraum. Wie kann man den Anteil Englands an der militärischen Struktur des Westens steigern? Am aussichtsvollsten findet man in dieser Hinsicht die britisch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Kernwaffen und deren Träger. Die *Times* sieht darin einen „Schlüssel zur nuklearen Zukunft Europas“. Für die weitgehenden britischen Pläne eines „europäischen Kern- und Raketen-Pools“ fehlt jedoch der zahlungsfähige Partner. England hat kein Geld, die Franzosen stehen derartigen Plänen überhaupt skeptisch gegenüber und behalten ihre Sonderstellung. Wer wird die Mittel beisteuern? Theoretisch könnte es die Bundesrepublik sein. Und praktisch? In einem Interview des *General-Anzeigers* vom 17. September 1971 meinte Franz Josef Strauß: „Wir müssen . . . jetzt selbst zur Kasse treten.“ Sein Leib- und Magenblatt — der *Bayernkurier* — stellte am 1. 12. 71 mit größtem Bedauern fest, daß die BRD keine Partnerin bei der Aufstellung westeuropäischer Kernstreitkräfte sein könne „wegen ihrer Verpflichtung, keine Atomwaffen herzustellen unter der gegenwärtigen Regierung“. Heute kann die Bundesrepublik tatsächlich einem nuklearen Pool nicht beitreten. Vielleicht gibt es aber andere Möglichkeiten?

Ohne Zweifel überlegen sich das diejenigen, die heute am Problem der Urananreicherung arbeiten. BRD-Firmen haben das Problem des Uran-Pools (im Zentrifugalverfahren) selber gelöst: zu diesem Zweck hatten sie sich 1970 mit britischen und holländischen Gesellschaften zusammengetan, wobei sie das amerikanische Verfahren ablehnten. Freilich handelt es sich dabei um die friedliche Nutzung von Kernenergie, aber allein schon das Team BRD-England läßt auf die Ausrichtung der Kernpolitik großer Konzerne der beiden Länder schließen, zumal da bereits Verhandlungen im Rahmen der EWG darüber laufen, nach welchem Verfahren im Rahmen der EWG Uran angereichert werden soll.

Das ist aber Zukunftsmusik. Mittlerweile werden Fragen ventiliert, die nicht einmal davon abhängen, ob in der BRD die SPD/FDP-Koalition oder die CDU/CSU am Ruder ist. Die Fließbänder der Rüstungsmonopole haben ihre eigene Logik. Während über den „Kernpool“ diskutiert wird, entwickelt sich eifrig die Luftfahrt- und Raketenindustrie, um Träger für die Todeswaffen zu produzieren. Das wäre eine mögliche Komponente in der neuen Konstellation.

3.

Ich komme oft und gern nach Bayern. Nicht nur wegen der schönen Landschaft; auch die politische Landschaft ist hier so komplex und interessant, daß es sich lohnt, hierfür einige Zeit aufzubringen. Allerdings möchte ich für außerbayrische Leser mit einer traditionellen Vorstellung Schluß machen, wonach Bayern aus Bier, Kühen, Maibäumen und Schuhplattler bestünde — und als Reminiszenz aus dem Braunen Haus und dem Berghof in Berchtesgaden. Bayern ist ein neues, hochentwickeltes Industrieland geworden. Seine Kenntnis erlaubt uns, so manche „Rätsel“ der westdeutschen Politik eher zu entziffern als lediglich die geschichtlichen Parallelen. Das industrielle Bayern hat aber zwei Gesich-

ter. Das eine Gesicht zeigt die stolzen Traditionen der Arbeiterbewegung, das Bayern kämpfender Gewerkschafter, Jugendlicher, das Bayern, wo den Neonazis Paroli geboten wird. Das zweite Gesicht ist vor allem das der großen Firmen, der Alt- und Neureichen, der Karrieremacher um jeden Preis, die auch in der Politik ihr Wort mitreden möchten. Da ist vor allen anderen Ludwig Bölkow, der Mann der MBB.

Stellvertretend für die ganze westdeutsche Flugzeugindustrie hat Bölkow im Gespräch mit einem Korrespondenten der *Wirtschaftswoche* einmal erklärt: „Wenn wir in der BRD auf einem Gebiet etwas intensiv tun, sind wir dann sehr schnell auf oder unter Umständen über dem Niveau der anderen.“

„Das ist ein selbstbewusstes Wort“, bemerkte der Korrespondent. Tatsache bleibt jedoch: Wenn auch die westdeutsche Wirtschaft in der allgemeinen Industriebilanz schon lange aus dem Wunder heraus ist, so wirken auf gewissen Gebieten diese „Wunder“ weiter. Zum Beispiel in der Luft- und Raumfahrtindustrie. In den ersten Nachkriegsjahren war dieser Bereich aus dem Blickfeld verschwunden. Im Flugzeugbau herrschten auf dem Markt die drei Westmächte vor, vor allem die USA. Erst in den 60er Jahren schalteten sich westdeutsche Flugzeugfirmen in den Konkurrenzkampf ein.

Heute ist die Luft- und Raumfahrtindustrie die wichtigste Branche der Rüstungsindustrie in der BRD. 1965 betrug ihr Umsatz 760 Millionen Mark; 1967 waren es 973 Millionen und 1970 bereits 2 Milliarden. Relevant sind auch gewisse qualitative Besonderheiten des Flugzeugbaus.

Erstens der hohe Grad der Konzentration. Nach den am 13. März 1972 veröffentlichten offiziellen Angaben sind im Flugzeug- und Raketenbau 73 Betriebe mit 58 000 Beschäftigten tätig. 95 Prozent der Flugzeugproduktion liegen jedoch in Händen von drei Konzernen: MBB (Umsatz: ca. 1 Milliarde Mark, mehr als 20 000 Arbeiter und Angestellte); Vereinigte Flugtechnische Werke-Fokker GmbH (VFW) (Umsatz: ca. 1 Milliarde Mark, 24 000 Arbeiter und Angestellte); Dornier (360 Millionen Mark, ca. 8000 Arbeiter und Angestellte).

Zweitens sind die Monopole mit dem Staatsapparat im Rahmen des militärisch-industriellen Komplexes eng verbunden. Nach Angaben für 1969 wurden 90 Prozent der Industrieproduktion in Flugzeug- und Raketenbau der Bundesrepublik mit Zuwendungen des Verteidigungsministeriums erzeugt, und 80 Prozent der in dieser Branche Beschäftigten erfüllten Rüstungsaufträge. 1965 bis 1969 erhielten die Firmen für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Flugzeug- und Raketen-technik vom Verteidigungsministerium 5 Milliarden Mark.

Drittens ist Auslandskapital an der westdeutschen Flugzeug- und Raketenindustrie stark beteiligt, arbeiten westdeutsche Firmen mit Rüstungsmonopolen anderer westlicher Länder zusammen: MBB mit Boeing (USA), Westland (England), SNIAS (Frankreich), Hispania aviación (Spanien); VFW mit United Aircraft (USA), Sabca (Belgien), Hispano-Suiza (Frankreich), Fokker (Holland),

Canada Air (Kanada), MTU mit Turbo Union (England); EWR mit Lockheed (USA) und Dornier mit Bell Aerospace (USA).

An der westdeutschen Flugzeug- und Raketenindustrie haben die Anhänger eines Mitwirkens der BRD im „Europäischen Kern- und Raketenpool“ eine erhebliche industrielle Basis. Gerade in Bayern sind das größte Zentrum der Flugzeug- und Raketenindustrie wie auch einige andere Zweige der Rüstungsindustrie entstanden; und deshalb ist es nicht verwunderlich, daß in Bayern auch politische Konstellationen besonders klar sind. Strauß ist nicht nur Vorsitzender der CSU, sondern auch des Aufsichtsrates der Airbus, deren Mitbesitzer die mächtigen Flugzeugbaukonzerne MBB und VFW sind. Ludwig Bölkow ist Mitglied des Rüstungsindustriebeirats der CSU. MdB Müller-Hermann (CDU, Bremen) ist mit dem Konzern VFW-Fokker liiert, und der Chef dieses Konzerns, Knieper, war zu Kiesingers Zeiten Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Der Geschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Herbert Schneider, ist Bundestagsabgeordneter der CDU und Mitglied des Verteidigungsausschusses usw.

Ich bin fern von der primitiven, aber natürlichen Schlußfolgerung, daß alle Eskapaden bayerischer Politiker nur mit direkten materiellen Interessen der bayerischen Flugkonzerne verbunden sind. Diese Interessen spielen mit.

Aber Strauß wäre kein Strauß, wenn er sich nicht um einige *weitgesteckte* Interessen kümmerte. Ja, Strauß und die Seinen sind nicht nur auf Aufträge für die Airbusfirmen und mithin auch für MBB und Fokker erpicht. Im Februar 1971 sagte Strauß beim 70. Jubiläum des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, Dr. Weinhardt, daß alle größeren Projekte der modernen Technik, besonders der Luft- und Raumfahrt, den Bundesrahmen sprengten und daß darum die Gründung von Gesellschaften europäischer Ausmaße notwendig sei.

Die gleiche Ansicht vertritt auch Ludwig Bölkow. Im Januar 1972 trat er mit einem Plan für zwei Supergruppen in Westeuropa hervor, von denen es jede mit den US-Konzernen aufnehmen könne.

Nicht ohne Komik ist noch ein Umstand: unter den Befürwortern der staatlichen Förderung der westdeutschen Luftraumfahrtindustrie befindet sich — Herr Kienbaum, dessen Name im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge des öfteren erwähnt wurde. Kienbaum hat 1971 für die Regierung eine Denkschrift ausgearbeitet, in der er auch die „europäische Konzentration“ auf diesem Gebiet fordert.

Ein Gleiches schlagen britische Flugzeugkonzerne vor. Es handelt sich um die Fusion oder zumindest die enge Zusammenarbeit der Flugzeug- und zugleich auch der ganzen Rüstungsindustrie, d. h. der Wirtschaftszweige Westeuropas, deren Besitzer am wenigsten an Entspannung, Kürzung der Militärhaushalte und friedlicher Entwicklung des Kontinents interessiert sind. Damit ist der militärisch-industrielle Komplex Westeuropas im Entstehen.

4.

Der militärisch-industrielle Komplex Westeuropas hat bereits eine Organisationszentrale: die NATO. Am 2. 6. 1969 wurde beim Generalsekretariat der NATO eine „Industrielle Beratergruppe“ (NIAG) gegründet, in der die größten Rüstungskonzerne der NATO-Länder offiziell vertreten sind. Wie es im amtlichen Bericht des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) heißt, hat sich die NIAG auf Elektronik, Luft- und Raumfahrttechnik konzentriert. Sehen wir uns einmal die Liste der NIAG-Mitglieder an. Ihr Leiter ist Herr Tromp, Vertreter des holländischen Konzerns Philips. Unter den Delegierten aus der BRD findet man dort: Knieper von VFW-Fokker, Pabst von MBB, Diehl vom Rüstungskonzern Diehl und Zenzinger, Abteilungsleiter Verteidigung im BDI.

Neben den Vertretungen der Rüstungsindustrie besteht in der NATO ein kompliziertes System von interregierungsamtlichen Stellen, die den Prozeß der Militarisierung regulieren. Dazu gehören auch die Militäragentur für Standardisierung (MAS) und das Amt für Instandhaltung und Versorgung (NAMS) der NATO. Im Grunde sind diese Ämter verlängerte Arme der amerikanischen Rüstungskonzerne, denn sie haben vor allem die von den NATO-Ländern in den USA erworbenen oder mit amerikanischen Lizenzen gebauten Militäranlagen zu bedienen und zu reparieren. Ebenso das in Westeuropa eingerichtete automatische Fliegerabwehr-Bodenleitungssystem der NATO (NADGE).

Was für kolossale Aufträge und demnach auch Profite die verschiedenen Rüstungskonzerne ergattert haben, ist aus den nachstehenden Angaben ersichtlich, die F. Miksche vor kurzem in dem Buch „Rüstungswettlauf“ angeführt hat:

Baukosten der Militäranlagen (in Mio. Dollar)

Flugplätze	1 008
Marinestützpunkte	240
NADGE-System	338
Abschußrampen für Kernraketen	240
Treibstofflager	408
Fernmeldeanlagen	480
Depots	81
Sonstige Anlagen	800
Insgesamt	3 595

Von dieser Summe entfallen auf die USA 36 Prozent, auf Frankreich 12, auf England 10, auf die BRD 13, auf die übrigen NATO-Länder 29 Prozent.

Wo sind diese Riesensummen abgeblieben? Ein repräsentatives Beispiel für die Funktionsweise des westeuropäischen militärisch-industriellen Komplexes stellt die Verwirklichung des bereits genannten Projekts NADGE dar. Dafür wurde eigens ein internationales Konsortium geschaffen, mit dem Namen HUCO. Die Teilnehmer:

Thomson-Houston (Frankreich)

Marconi Ltd. (England)

Selenia (Italien)

AEG-Telefunken (BRD)

Hollandse signaal apparaten (Holland)

Federführend war aber der US-Großkonzern Hughes Aircraft. Auf der Basis von HUCO wurde eine multinationale Gesellschaft NADGECO organisiert (Sitz: England), die fast eine halbe Milliarde Dollar kassierte. Und in welcher Höhe waren die Steuergelder der westeuropäischen Bevölkerung angesetzt?

Die von Miksche angeführten Zahlen stammen aus der Zeit vor 1970. Der spätere Auftrieb der westdeutschen Rüstungsindustrie hängt mit einigen innerhalb der NATO ausgearbeiteten Projekten zusammen.

Eines von ihnen betrifft das Mehrzweck-Kampfflugzeug vom Typ MRCA. Es wird als das umfassendste Projekt gewertet, das die NATO jemals aufgestellt hat, oder als das größte technologische Programm in Europa nach Christi Geburt (Bundesverteidigungsminister Schmidt).

MRCA 75 (andere Bezeichnung: Panavia 200) kann als Aufklärer, als Bomber (auch mit Kernwaffen) und als Jäger eingesetzt werden. Tausend Maschinen sollen mindestens 10 Milliarden Dollar kosten. Laut NATO-Programm wird die MRCA im Kernwaffeneinsatz als optimal bezeichnet, denn alle neuen NATO-Systeme werden auf die „Prinzipien der Vorwärtsverteidigung, der Integration amerikanischer und europäischer Streitkräfte... der Fähigkeit zur nuklearen Eskalation“ abgestimmt (*Frankfurter Rundschau* vom 12. 6. 1970).

Wie sieht also jetzt die Zusammenarbeit der EWG-Rüstungsmonopole in der Praxis aus? 1968 wurden Vertreter der BRD, Englands und Hollands handels-einig. Nach langem Hin und Her einigten sich die BRD und England auf das Konzept eines Flugzeugs, wobei die BRD-Firmen die führende Rolle übernommen haben. Schließlich entstand 1969 die internationale Gesellschaft Panavia, zu deren Gründern die Konzerne British Aircraft (BAC, England), Fiat (Italien), MBB (BRD), VFW-Fokker (BRD-Holland) gehören. Bald darauf traten die Holländer aus der Gesellschaft aus, wonach das Kapital folgendermaßen verteilt wurde: MBB 50 Prozent, Fiat 17 Prozent und BAC 33 Prozent.

Dieses internationale Konsortium zerfiel seinerseits in 6 Gruppen: Systemtechnik (BRD, England), Programmierung (England), Finanzen und Verwaltung (BRD), Technologie (Italien), Versorgung (BRD) und Absatz (England). Jede dieser Gruppen verteilt die Aufträge unter internationale Konsortien.

Nach Angaben der Zeitschrift *Luftwaffe* (Nr. 12/1971) haben nicht nur west-europäische, sondern auch amerikanische Rüstungskonzerne (Texas Instruments, Litton Industries und Hamilton Standard) Aufträge für den Bau dieser Maschine erhalten.

Das ganze Verbundsystem der Monopole funktioniert in engem Kontakt mit staatlichen Stellen der NATO-Länder. Im Rahmen dieses Blocks ist ein MRCA-

Entwicklungs- und Produktionsamt der NATO (NAMMO) gegründet worden, das von Vertretern der BRD geleitet wird.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie Westeuropas arbeitet auch an anderen gemeinsamen Projekten. Das Kurzstreckenflugzeug VFW 614 wird mit belgischer (Sabca) und englischer (Short Brothers), das Kurz- und Mittelstreckenflugzeug F 28 mit englischer (Short), das taktische Transportflugzeug C 160 mit französischer (SNIAS) und englischer (Hawker Siddeley), die HFB 320 mit spanischer Beteiligung (Casa) gebaut; westdeutscherseits betätigen sich die gleichen zwei Hauptkonzerne: MBB und VFW-Fokker.

Diese beiden Konzerne sind außerdem Partner des internationalen Konsortiums, das den Airbus 200 bauen soll (Aufsichtsratsvorsitzender des westdeutschen Teils: Strauß). Ein französisch-westdeutsches Projekt wird ferner der Bau des Militärflugzeugs Alpha-Jet sein.

Die in der Flugzeug- und Raketenindustrie in der BRD entstandene Lage ist für ganz Westeuropa charakteristisch. Das Bestreben der westeuropäischen Länder, das amerikanische Wirtschaftsdiktat, auch im Flugzeugbau, loszuwerden, ist begreiflich. Das Malheur ist nur, daß als Gegenlösung nur eine neue Runde des Wettrüstens und der Rüstungsbudgets vorgeschlagen wird. Das ist aber eine falsche und gefährliche Alternative.

Ich meine, daß vor den Ländern Westeuropas viele ungelöste Probleme stehen, die genug Beschäftigung für die jetzt mit Militäraufträgen ausgelasteten Industrien bieten würden. Ich will schon gar nicht über die Finanzierungssorgen in der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik sprechen. Zum Beispiel eröffnen sich für die BRD durch die sich jetzt anbahnende Entwicklung große Perspektiven. Claus Grossner stellt zu Recht fest: „Noch gibt es bei MBB auch große Zivilprojekte wie die Hochleistungs-Schnellbahn HSB, noch läßt sich Krauss-Maffei stoppen oder wenigstens beschneiden; noch lassen sich die Lobbyisten-Klüngel in Bonn öffentlich denunzieren...“ (Ro-Ro-Ro 1450, 1971, S. 145)

In der Tat: die friedlichen Perspektiven der bundesdeutschen Wirtschaft sind „noch nicht verloren“. Aber das Gebot der Stunde heißt Wachsamkeit. Wenn sich die westeuropäische Industrie begreiflicherweise aus der Abhängigkeit der USA befreien will, lautet die Frage: um welchen Preis? Die öffentliche Meinung der BRD hätte für die friedensdienende Ausrichtung der Wirtschaft ein gewichtiges Wort zu sagen.

5.

Der politische Plan zur militärischen Umstrukturierung Westeuropas zeichnet sich ziemlich klar ab. Heath spricht von „Verteidigung“ im Rahmen einer erweiterten EWG, während die CDU/CSU direkt vorschlägt, wie diese Projekte praktisch auszuführen seien. In dem im Januar 1972 veröffentlichten „Aktionsprogramm der CDU/CSU für Europapolitik“ wird vorgeschlagen, „unter Nutzung schon bestehender Organe der NATO“ eine „europäische Rüstungsbehörde“ zu bilden. Diese Forderung wird jetzt vordergründig behandelt. Am 2. April

1972 brachte die *Welt am Sonntag* ein politisches Programm Axel Springers, in dem es unumwunden heißt: „Die Bundesrepublik muß aktiv die Erweiterung der EWG zu einem politischen Staatenbund und einer wirksamen Verteidigungsgemeinschaft betreiben.“

Was hat das zu bedeuten? Ein einflußreicher CDU-Politiker und großer EWG-Fachmann setzte mir auseinander, daß im Rahmen einer „Europaregierung“, d. h. des EWG-Ministerrats, ein „europäisches“ — lies: westeuropäisches — Verteidigungsministerium gebildet werden soll. „Dafür ist aber die NATO zuständig.“ Darauf mein Gesprächspartner: „Diese Aufgaben werden sozusagen bei der NATO überlagern. Schon jetzt besteht eine ‚Euro-Group‘ im Rahmen der NATO, das Embryo eines künftigen europäischen Ministeriums, was faktisch ein Ministerium für Angelegenheiten der NATO sein wird.“

Hauptaufgabe der Euro-Group ist es, die Rüstungs- und Umrüstungspläne der europäischen NATO-Länder zu koordinieren. Übrigens gehören ihr außer den EWG-Ländern Griechenland und die Türkei an. Frankreich ist ihr ferngeblieben. Somit wird das geplante „europäische Verteidigungsministerium“ nicht nur eine Filiale der NATO, sondern auch ein Mittel sein, westeuropäischen Ländern, denen das atlantische Diktat nicht behagt, die NATO-Politik aufzuzwingen. Gewiß, wenn die CDU/CSU zu derartigen Projekten ja sagt, so bedeutet das noch nicht, daß sie akzeptiert sind. Im Januar 1972 erklärte die Regierung Brandt/Scheel, daß sie eine „Militarisierung“ der erweiterten EWG nicht gutheiße. Was Frankreich angeht, so hat Präsident Pompidou, wie der britische Premierminister Heath im Juli 1971 eingestand, einer „europäischen“ Zusammenlegung der britischen Kernstreitkräfte mit der „Force de frappe“ nicht zugestimmt.

Aber solche Pläne sind nicht zu den Akten gelegt. Mitte Mai 1972 kam ein Bericht aus Brüssel, wonach die NATO eine Studie bestellt hat, in der die Möglichkeiten des „Europäischen Kern-Pools“ untersucht werden.

6.

Die von Strauß ausgetragene und von Heath nun aufgefrischte Idee einer Transformierung Westeuropas in eine neue Kombination vom Typ eines „Raketen-Kern-Pools“ wurde Anfang Februar 1972 auf dem internationalen Wehrkunde-Treffen in München dargelegt. Dort erhielt die Idee überraschenden Zuspruch: Der amerikanische Senator Gale McGee erklärte in einem vom State Department vorher gebilligten Bericht, die USA würden ihre „Alliierten ermutigen, innerhalb der NATO eine westeuropäische Verteidigungsmacht aufzustellen“. Dabei spielte McGee darauf an, daß eine besondere Rolle in ihrem Rahmen Frankreich mit seinem Kernwaffenpotential spielen könnte.

Ein Teilnehmer des Treffens, der Direktor des Pariser Instituts für Auswärtige Angelegenheiten, Jacques Vernant, umriß das Vorhaben in folgenden Worten: Es liege nahe, „auf den Plan einer Umgruppierung in der Verteidigung zurückzugreifen und dabei von dem neuen Rahmen der erweiterten Europäischen Ge-

meinschaft auszugehen. Über einen reinen ‚Caucus‘ und eine Rüstungskoooperation hinaus, wird hier ein integrierter Verband angestrebt, eine Art von Subsystem innerhalb der NATO ohne direkte Beteiligung der USA, aber weiterhin unter dem amerikanischen Atomschirm... Es bedarf keiner weiteren Begründung dafür, daß sich Frankreich derartigen Vorstellungen verschließt.“ Somit ist klar, daß erstens der Plan Heath-Strauß-McGee ein faktisches Comeback Frankreichs in die Militärorganisation der NATO vorsieht, und daß es sich zweitens um eine neue Runde des Wettrüstens handelt, diesmal mit dem Zentrum in Westeuropa. Was soll's?

Versuchen wir nachzudenken. Was das Ausmaß des Rüstungswettlaufs in Westeuropa betrifft, stellt das Londoner Institut für strategische Studien fest, daß die Rüstungsausgaben „für das Jahr 1980 an die Grenzen des Absurden stoßen“. Die Rüstungen werden immer kostspieliger. Experten behaupten, daß der Kostenpunkt der Militärausrüstung in zehn Jahren durchschnittlich auf das Doppelte ansteigen wird. Und dies als Minimum!

Noch drückender und gefährlicher für die Westeuropäer wäre aber die Aussicht eines internationalen Blocks der Rüstungsmonopole, die zu einer gewaltigen Macht anzuwachsen drohen, eine Macht, die über das Los Westeuropas entscheiden würde. Es ist ferner nicht zu verkennen, daß der Plan Heath-Strauß-McGee Westeuropa im Grunde den US-Strategen ausliefern würde.

Dieser Plan schaltet Westeuropa in die neue Runde des Rüstungswettlaufs ein und ist Wasser auf die Mühlen der transatlantischen Konkurrenten der EWG-Firmen. Ferner bindet er Westeuropa noch fester an die NATO, da die ganze militärische Entwicklung der EWG innerhalb dieses Blocks erfolgen soll. Was England betrifft, so beabsichtigt es, in dem geplanten „Kern- und Raketen-Pool“ Exponent der amerikanischen Globalstrategie und Bevollmächtigter der Rüstungskonzerne zu sein. Also: Ehrenburgs „Trust D. E.“ in Neuauflage!

Hat aber dieser neue „Trust D. E.“ Aussichten auf Erfolg? Das hängt von mehreren Faktoren ab, darunter auch von Faktoren, die außerhalb des Machtbereichs der Rüstungskonzerne liegen. Diese sind nicht stumm — es sind die Menschen, die aus den Lehren der Vergangenheit Konsequenzen gezogen haben.

7.

Dem Plan der Umstrukturierung der EWG in eine EVG mit Kernwaffen stehen Pläne und Aktionen der Umwandlung des europäischen Kontinents in einen Kontinent des Friedens entgegen. Der französische Gewerkschafter Jean Schaefer, Mitglied des französischen Wirtschafts- und Sozialrates, hat sich über mögliche Folgen einer solchen Umwandlung auf dem ökonomischen Sektor Gedanken gemacht:

„Ich möchte auf den Bericht verweisen, der vor acht Jahren von einer Experten-Gruppe unter der Schirmherrschaft der UNO zu dem Thema ‚Die Auswirkungen der Abrüstung auf die Wirtschaft‘ erarbeitet wurde. Was den Kern des Problems betrifft, so hat dieser Bericht nichts von seiner Aktualität eingebüßt, abgesehen

von den statistischen Werten und den Zahlenangaben, die anhand neuer Daten geändert werden könnten. Diese Experten zogen folgende kategorische Schlussfolgerung: alle Länder der Welt könnten ohne Schaden für ihre Wirtschaft in dem kurzen Zeitraum von wenigen Jahren vollständig abrüsten. Und wenn sie sagen, 'ohne Schaden für ihre Wirtschaft', dann ist das sehr bescheiden ausgedrückt, denn der Bericht enthält eine Fülle von Beispielen aus den sozialistischen, aus den kapitalistischen und auch aus den Entwicklungsländern, die beweisen, daß die Abrüstung nicht nur keine Gefahr auf ökonomischem Gebiet darstellen würde, sondern daß sie ein Faktor des ökonomischen und sozialen Aufschwungs wäre, wie ihn die Menschheit noch nicht erlebt hat. Was die 'Nachteile' der Abrüstung betrifft: Entlassung von etwa zwanzig Millionen Soldaten; Herstellung eines neuen industriellen Gleichgewichts, nach der Entmilitarisierung bestimmter Sektoren der Produktion; Umschulung der frei werdenden Hand- und Geistesarbeiter und Wissenschaftler für andere Arbeiten; Umverteilung der produktiven Ressourcen auf neuen Grundlagen; Verwendung der verfügbar werdenden finanziellen Ressourcen — so kann man insgesamt sagen, daß sie durch die Abrüstung selbst behoben werden. Die Abrüstung wird die erforderlichen, ausreichenden Bedingungen für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme schaffen, die durch sie aufgeworfen werden.

Die Nutzung aller so frei werdenden Ressourcen für zivile Zwecke müßte folgendes gestatten:

1. Erhöhung des individuellen Konsums — und folglich der Nachfrage nach Waren — durch die Reduzierung der mit den militärischen Ausgaben zusammenhängenden Steuerlasten sowie Verwendung der gegenwärtig für Rüstungszwecke verbrauchten Rohstoffe für die Produktion von Konsumgütern;
2. Weiterentwicklung des sozialen Konsums, was bedeutet: Befriedigung der nationalen und gemeinschaftlichen Bedürfnisse (Verkehrswesen, Bildungswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit in allen ihren Formen und mit allem, was dazu gehört, Melioration und Fruchtbarmachung der Böden, Reinigung der Luft und des Wassers und allgemein Entfaltung auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet). Das würde die Lösung solcher lebenswichtiger Probleme wie des Energie- und des Wasserproblems, die noch in diesem Jahrhundert katastrophale Ausmaße für die Menschheit annehmen werden, sowie des Problems der internationalen Schnelltransporte (auf dem Schienen- und Wasserweg) ermöglichen. Diese Verlagerung der Anstrengungen vom Krieg auf zivile Werke, auf Friedenszwecke kann und muß einen großen Teil der Haushaltsmittel und Arbeitskräfte (insbesondere aus Forschung und Produktion) binden, die gegenwärtig bei der Waffenproduktion eingesetzt werden, und gleichzeitig müssen neue, ausreichende Arbeitsmöglichkeiten in der Atomindustrie, der Funktechnik und der Elektronik oder beim Raketenbau für zivile Zwecke geboten werden.
3. Eine beträchtliche Erweiterung des Konsum- und Industriegüteraustausches (durch die Aufhebung der diskriminierenden Barrieren und der künstlichen Be-

schränkungen, die häufig durch strategische Erwägungen auf politischem oder militärischem Gebiet diktiert werden) sowie eine allgemeine Expansion durch rationellere Arbeitsteilung und bessere Verwendung der ökonomischen, geographischen und nationalen Ressourcen und Kapazitäten aller Länder der Welt und folglich — was uns augenblicklich beschäftigt — der Länder des europäischen Kontinents. Das bedeutet, daß der Welthandel neue Dimensionen annehmen würde. Es hat tatsächlich den Anschein, daß die Abrüstung nicht nur Vorteile für ein einziges Land oder eine Gruppe von Ländern bringt, sondern den Weg zu einem dauerhaften Frieden, zur Entwicklung der Wirtschaft aller Länder, zur Erhöhung des Wohlstands aller Völker öffnen würde.“

Das sind keine Träume, sondern eine Wirklichkeit, die vor uns steht. Genauer gesagt: eine reale Möglichkeit.

Der Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit der Völker Europas auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur kann zu einer Gesundung der Situation in Europa beitragen, die für die Umwandlung unseres Kontinents in eine Zone des dauerhaften Friedens und der Sicherheit notwendig ist.

Die Tatsachen sprechen für sich. Europa verfügt über ein riesiges Wirtschaftspotential. Hier ist die Hälfte der Industrie und des ingenieurtechnischen Personals und der Wissenschaftler der ganzen Welt konzentriert. Eine gesamteuropäische Zusammenarbeit tut neue Perspektiven zur Verbesserung der Struktur des ökonomischen Austauschs zwischen Ost und West in Europa auf. Ein solcher Austausch schafft Möglichkeiten zu einer effektiveren Realisierung großer Programme in der wissenschaftlich-technischen Sphäre, auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, des Transport- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, bei der Erforschung des Weltraums und der Weltmeere, beim Schutz und der zweckmäßigen Nutzung der Umwelt.

Ich möchte die wichtigsten dieser Möglichkeiten aufzeichnen: Das sind die Projekte:

- über die gemeinsame Tätigkeit der europäischen Staaten für den Umweltschutz und vor allem Sauberhaltung der Europa umspülenden Meere;
- über die Erschließung der Energiequellen;
- über den Aufbau der mächtigen Linien für Energieübertragung und die Schaffung eines einheitlichen Energiesystems für Europa auf dieser Grundlage;

- über die gemeinsame Entwicklung des Transportes und Verkehrs, insbesondere über die Organisierung des transkontinentalen Transports;

Es scheint uns, daß ein großes Interesse auch folgende Vorschläge darstellen:

- über die gemeinsame Weltraum- und Weltozeanforschung;
- über die Vereinbarung der Anstrengungen der europäischen Länder bei der Heilung der Herz- und Blutgefäßkrankheiten, im Kampf gegen Krebs-erkrankungen.

Unter anderen wichtigen Vorschlägen finden wir auch den Vorschlag über die Steigerung des Handelsumsatzes unter den europäischen Ländern um das 1,5- bis 2fache im Laufe von 10 bis 15 Jahren.

- Über die Schaffung einer bilateralen und multilateralen Handelskammer zwecks Entwicklung des Handels;
- über die Bereitstellung kurzfristiger und langfristiger Anleihen und Kredite und die Lieferung von kompletten Ausrüstungen, Maschinen, Industrie- und Landwirtschaftsrohstoffen und anderen Waren auf diese Kredite.

Es wurden auch Gedanken über die Schaffung der neuen und Entwicklung der bestehenden internationalen wissenschaftlich-technischen Forschungszentren zur Ausnützung der Ergebnisse ihrer Arbeit für das Wohl aller Länder Europas an den Tag gelegt.

Es handelt sich insbesondere um die Gründung des Instituts für Umweltschutz/Schutz der Luftvorräte, des Süßwassers, der bestellten Bodenflächen, der wichtigsten Bodenschätze, der Nahrungsmittel, sowie für die Feststellung ihrer rationellen Nutzung und der Aussichten für ihre Wiederherstellung oder ihren Einsatz.

Deshalb ist eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Maßstab ein Gebot der Zeit. Natürlich ist es nicht immer einfach. Das Problem der Formen einer solchen Zusammenarbeit unter den Verhältnissen der zwei unterschiedlichen Integrationsprozesse, die sich auf der Grundlage unterschiedlicher Methoden entwickeln, ist kompliziert. Bei der Behandlung dieses Problems gehen Vertreter verschiedener politischer Strömungen sowie auch der wissenschaftlichen Öffentlichkeit von verschiedenen Positionen aus.

Aber all das spricht gerade dafür, wie wichtig es ist, daß sich die verschiedensten Kräfte — Gewerkschaften und Unternehmer, Kulturschaffende und Wirtschaftswissenschaftler, Physiker, Biologen, Juristen, Historiker und Soziologen — darüber Gedanken machen, wie man es ermöglichen kann, Formen und Methoden der gesamteuropäischen Zusammenarbeit in all ihren Aspekten unter unterschiedlichen Betrachtungsweisen zu erörtern und aufzudecken.

Somit wird die europäische Perspektive heute — ganz anders als in den 30er Jahren — nicht durch die Herren des „Trust D. E.“ bestimmt. Das geschichtliche Ringen zwischen Krieg und Frieden, Reaktion und Fortschritt hat eine neue Dimensionen erhalten. Damit sind so manche alten Rezepte der Ewig-Gestrigen unbrauchbar geworden. Darüber sollte man sich im Klaren sein. Europa läßt sich nicht begraben.

Oskar Neumann Stimmen aus Polen

Während der letzten April-Woche waren wir, eine Journalistengruppe aus der Bundesrepublik, in Polen. In Warschau und Umgebung, in den Hafenstädten der Danziger Bucht, in Krakau und Nova Huta, in Auschwitz, im Auto durch Schlesien, in Wroclaw. Wir sprachen mit Vertretern des Außenministeriums, der Woiwodschaften, der Stadträte, der Gewerkschaften, der Presse und des Rundfunks, mit Arbeitern und Betriebsleitern, Offizieren, Studenten und Professoren.

Ausgesprochen und auch unausgesprochen ist ein Thema immer gegenwärtig — die Verträge —, so unterschiedlich auch die Situationen, die speziellen Gegenstände und die Gesprächspartner sind. Unsere Dolmetscherin Barbara Romanowicz, Tochter einer Lehrerin und eines Lehrers aus der Hauptstadt, ist zweiundzwanzig. So alt etwa war der Kollege, mit dem ich nachts durch Wroclaw gehe, als ihn die Nazis zur Zwangsarbeit hierher deportierten; er spricht deutsch und sagt „Nazis“, nicht „Deutsche“; unter deutschen Arbeitern hat er Freunde, Genossen gefunden, sein Internationalismus beruht auf ebenso festen Erfahrungen, wie sein Haß gegen den Imperialismus. Beim Woiwodschaftsrat in Gdansk steht uns der wissenschaftliche Mitarbeiter des Vorsitzenden Rede und Antwort, der Magister und Planspezialist spricht mit umfassendem Überblick über die Fehler der Vergangenheit, die zu den Dezemberunruhen führten, über gegenwärtige Anstrengungen, neue Erfolge und künftige Probleme eines Gebiets, das 50 Prozent des polnischen Schiffsbaus, 46 Prozent der Fischerei, zwei Drittel der Hafenskapazität des Landes umfaßt. Ausschließlich über die Arbeit in seiner Abteilung redet der Abnehmer in der Waggonfabrik Wroclaw; als er von Poznan dahinkam, war es gerade ein paar Monate her, daß die Front durch diese Werkshalle verlief; die Fertigung, zunächst Kohlewaggons, war längst im Gang, ehe das Dach verglast werden konnte. Solche Sorgen kennt man wiederum nicht in der Lenin-Hütte bei Krakau: ein neues Werk, eine neue Stadt; die Selbstverpflichtung, in diesem Jahr über den Plan hinaus 500 Millionen Zloty zu schaffen, zielt nicht auf Knochenarbeit, sondern auf verbesserte Technologie und Qualität. Und auf die Frage, wie dabei die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaften funktioniert, lacht der technische Direktor Graszewski: „Auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen.“ Sie reichen von der Produktion der sechs Millionen Tonnen Stahl über die Verbesserung des Wohnens und der Verkehrsverbindungen bis zum Umweltschutz — wo bliebe sonst der Erfolg der Konservatoren am Wawel, wie sollten sonst die Bäumchen wachsen, von denen gerade jedes Krakauer Schulkind eines pflanzt? Einen Tag später in Auschwitz. Hunderte Schulkinder kommen aus dem Lager zurück, von der Schwarzen Wand, von den Sammelstellen für Frauenhaare und Kinderschuhe, Koffer, Zahnbürsten und Kämme. Die Mörder haben unsere Sprache gesprochen. In unserm Land leben die Mörder unter uns. Dürfen wir, die aus diesem Land kommen und diese Sprache sprechen, die Menschen in Polen nach ihrer Bereitschaft zu Aussöhnung und Verständigung, nach ihrer Meinung zu den Verträgen von Moskau und Warschau fragen?

Bogdan Trojnicki, Ingenieur der Waggon-Fabrik in Swidnica, hat 1943 seinen Vater in Auschwitz verloren; er selbst wurde um die gleiche Zeit zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. „27 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs“, so betont er nun, „ist es wirklich allerhöchste Zeit, die juristisch-politischen Beziehungen in Europa zu

regeln. Ich denke, daß in der Bundesrepublik Deutschland trotz allem endlich der gesunde Menschenverstand und eine rationale Einschätzung der politischen Realitäten gesiegt haben. Wir erwarten, daß die Ratifizierung, zu der es kommen muß, wenn zwischen Polen und der BRD normale Beziehungen entstehen sollen, eine Atmosphäre der Entspannung zwischen Ost und West schaffen wird, die zu einem System dauerhafter Sicherheit führt". Ingenieur Trojnicki spricht mit der gleichen Selbstverständlichkeit von den Ostverträgen, von den Abkommen mit Moskau und Warschau als einer nicht zu trennenden Einheit, wie die Herren des Außenministeriums, die dabei die Spekulationen einiger CDU/CSU-Politiker auf eine Herauslösung des Warschauer Vertrags aus dem Gesamtkomplex mit jeder nur möglichen Deutlichkeit zurückweisen. „Eine Trennung der Verträge“, hören wir, „zielt auf die Trennung unserer verbündeten Staaten — und das ist doch von westdeutscher Seite nicht Politik der Normalisierung, sondern des kalten Krieges“. Und noch etwas ist für den ehemaligen Zwangsarbeiter aus Swidnica ebenso klar wie für die Diplomaten in Warschau: daß die Ratifizierung Grundlage jeglicher Entwicklung in Richtung einer Annäherung und Zusammenarbeit ist; daß es nur mit der Erfüllung der Verträge nach Buchstaben und Geist weitere Fortschritte in den Beziehungen unserer Länder geben kann, im wirtschaftlichen und im wissenschaftlichen, im kulturellen und im menschlichen Bereich.

Beim Woiwodschaftsrat in Gdansk stehen am Ende eines langen mit großer Offenheit geführten Gesprächs Hoffnung und Sorge dicht beieinander. Zwei Tage vor dem parlamentarisch verbrämten Putschversuch der Barzel und Strauß sind wir mit der Frage konfrontiert: „Wohin wollen die Kräfte Ihres Landes, die Nein sagen? In jedem Fall zurück in den kalten Krieg. Und von da aus — wohin?“ Die so fragen, kennen die AKON, sie haben die Landkarten mit den Stoßkeilen gesehen, die auf Danzig und Pommern, Westpreußen und Ostpreußen, Schlesien und die Sudeten zielen. Sie wissen vom Aufruf aller Revanchistengruppen zur bayerischen Landtagswahl „Strauß an die Macht“ und vom Wahlbündnis von CDU und NPD in Baden-Württemberg. Dürfen wir ihnen beruhigende Worte sagen, da wir selbst den Entscheidungen in äußerster Unruhe entgegensehen? An keinem Ort und an keinem Tag dieser Reise können wir uns dieser Problematik entziehen, nicht hier an der Ostseeküste und schon gar nicht in Niederschlesien, wo die Weberin Leokadia Dobrzyńska aus Lubin endlich fertig werden will mit den Gespenstern ihrer Vergangenheit und unserer Gegenwart: „Meine Mutter wurde am 1. März 1943 im Dorf Baranow nur deshalb von den Okkupanten ermordet, weil mein Vater Mitglied der Polnischen Arbeiterpartei und Soldat der Volksgarde war. Die Nachricht von der Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Polen und der BRD nahm ich mit gemischten Gefühlen auf. Schließlich hatten sich die Erinnerungen an die entsetzliche Nacht der Okkupationszeit wie ein Schleier über die Wirklichkeit gelegt. Möge der Frieden siegen, mögen diesen Frieden alle Kinder dieser Welt finden. Allerdings kann ich nun schon überhaupt nicht mehr verstehen, was sich jene Deutschen vorstellen, die mit uns nicht in Eintracht leben wollen. Was haben sie im Sinn, im Namen welcher Interessen lehnen sie eine Ratifizierung des Vertrages ab? Auf diese Frage hätte ich gern eine Antwort.“ Wir konnten dazu nur sagen: Es sind Interessen, die den Arbeitern der Bundesrepublik ebenso fremd und feindlich, und für uns wohl noch gefährlicher sind, als für das polnische Volk. Bald darauf durften wir unseren Gastgebern freier in die Augen sehen, überzeugender auftreten; hatten doch auf dem Höhepunkt der Bonner Krise die Belegschaften von BMW und Howaldt, von Hanomag und Daimler Benz, von Hoesch und Hagen-Haspe ihr Machtwort für die Sache der Vernunft und der Verständigung gesprochen.

Das Wort von der Sorge in Polen soll nicht mißverstanden werden. Es ist nicht Furcht vor einer Unsicherheit der Westgrenze. Diese weiß man in guter Hut, mit dem Abkommen zwischen der DDR und Volkspolen, das vor über zwanzig Jahren abgeschlossen

wurde, und mit dem Warschauer Pakt, der diese wie jede andere sozialistische Grenze durch die Macht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten garantiert. Tadeusz Kupisz, Bergarbeiter aus der Grube „Thorez“ in Walbrzych, ehemaliger Soldat und Partisan, drückt das Lebensgefühl der Sicherheit und der Entschlossenheit so aus: „Diesen Elementen, die den guten Willen der fortschrittlichen Bürger in der BRD zu einer Normalisierung torpedieren und die sich mit Unterstützung der westdeutschen Revanchisten in der CDU gesammelt haben, sei ins Gedächtnis gerufen, daß wir zusammen mit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft darauf vorbereitet sind, ihre Anschläge und ihren Appetit auf unsere Westgebiete abzuwehren.“ Ist Tadeusz Kupisz einer, der nicht vergessen und nicht vergeben will? „Unrecht können wir nicht vergessen. Ich war Augenzeuge einer Exekution unschuldiger Polen während der ‚Befriedung‘ eines Dorfes. Mein Vater wurde von der Gestapo als Geisel gequält, er kam aus dem Strafvollzug völlig taub zurück. Seit jener Zeit griff ich zur Waffe, wenn ich das Wort ‚Deutscher‘ hörte. Einmal begegnete ich aber auch einem guten Deutschen. Er hatte Mitleid mit dem Los der Polen und sagte voraus, daß Hitler stürzen müßte. Meiner Überzeugung nach ist es gerade dieser Deutsche mit seinen Gesinnungsfreunden, die eine Ratifizierung des Vertrags mit Polen erstreben. Wir wollen und wir werden wie Gleiche mit Gleichen reden und normale Beziehungen zur BRD unterhalten. Und wir werden darüber zur jungen Generation sprechen, um sie daran zu erinnern, daß man um Frieden und Sicherheit auch in Friedenszeiten kämpfen muß.“ Außenminister Stefan Olszowski kann diese Worte noch gar nicht gekannt haben, als er am 27. April vor dem Sejm über die Verträge sprach. Inhaltlich aber hat er aufgegriffen und fortgeführt, was wir überall in Polen erlebten und hörten: „Muß man denn daran erinnern, daß sechs Millionen unserer Bürger umgekommen sind, daß unter den Trümmern des kämpfenden Warschau 800 000 Einwohner begraben worden sind, daß wir etwa 40 Prozent des Volksvermögens verloren haben? Symbol des Grauens und ein Synonym des Völkermordes sind Auschwitz, Birkenau, Stutthof und die Namen anderer nazistischer Vernichtungslager ... Niemand, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, sollte sich wundern, daß die polnische Öffentlichkeit den Vertrag zwischen Polen und der BRD und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in dieser historischen Dimension erörtert.“ Und weiter: „Indem wir von der Regierung der BRD die Anerkennung der Grenze an Oder oder Lausitzer Neiße forderten, ließen wir uns nicht von der Sorge um die Sicherheit dieser Grenze leiten. Die polnische Westgrenze ist genau wie alle anderen Grenzen der Bruderländer genügend von der Macht der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der ganzen sozialistischen Gemeinschaft geschützt. Unsere Forderung, die Bundesrepublik Deutschland solle eine eindeutige Haltung in der Frage der polnischen Westgrenze einnehmen, war allein von dem Umstand getragen, daß nur ein solcher Akt seitens der Regierung der BRD reale Grundlagen für die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen schaffen und dabei — um eine Formulierung von Bundeskanzler Brandt zu gebrauchen — ‚die Keime zukünftiger Streitfälle eliminieren‘ und gleichzeitig als Element der Festigung des Friedens in Europa in Erscheinung treten konnte.“

In den letzten Apriltagen führen wir durch Niederschlesien, die abschließenden Gespräche führten wir in Wrocław. In dem Schulbuch, nach dem mein zwölfjähriger Sohn an einem Münchner Gymnasium Geographie lernen soll, hatte ich soeben noch gelesen, alle jemals hier in Schlesien geschaffenen Werte seien deutscher Hände Arbeit. Das war schon eine Lüge, als hier Arbeiter deutscher und polnischer Nationalität für den Profit der Hendel von Donnersmark und später auch der Flick schufteten. Das wurde ein für allemal ausgestrichen, als die offene Stadt Breslau im Januar 1945 zur Festung erklärt, ein Großteil der Bewohner in die Eiskälte und in den Tod hinausgetrieben, die Kriegführung der verbrannten Erde von Brand- und Sprengkommandos der Wehrmacht bis zur letzten Konsequenz von Stadtteil zu Stadtteil, von Straße zu Straße

exekutiert wurde. Der Leiter der Stadtplanung in Wroclaw, Dr. Jan Gutt, nennt die Ergebnisse: Deutsche Hände hinterließen hier 21 Millionen Kubikmeter Schutt. Nichts sonst, außer der Erinnerung an ihre Verbrechen. Daß daraus, 27 Jahre danach, ein modernes Wirtschafts- und Wissenschaftszentrum, und in seiner Mitte mit dem Rathaus, der Dominsel, dem Markt ein historisches Kulturzentrum geworden ist, muß als eines der polnischen, der sozialistischen Wunder dieses Landes gelten. Und auch das gehört dazu: Als ich zu Dr. Gutt sagte, ich könnte durch meine frühere Stadtratstätigkeit als Koreferent für den Wiederaufbau Münchens, wo wir damals sieben Millionen Kubikmeter Schutt hatten, die ganze Schwere des Wiederaufbaus von Wroclaw erlassen, da sagte er mir in deutscher Sprache: „21 Millionen hier, 7 Millionen in München — jeder Kubikmeter war ein Kubikmeter zuviel.“

Was ist von dieser Gesinnung, von diesen Leistungen wirklich bekannt in der Bundesrepublik, nicht bei einigen besonders Informierten und Interessierten, sondern in der Masse der Bevölkerung? Die danach fragten, waren junge Wissenschaftler der Universität Wroclaw, die über Probleme der Bundesrepublik ihre Doktorarbeit und ihre Habilitation schreiben. Als ich ihnen sagte, was im Schulbuch meines Sohnes steht, hatte ich den Eindruck, ich bestätigte ihnen nur, was sie ohnedies kannten. Um so mehr wollten sie hören, wie sich in jüngster Zeit die Kräfte gegen den Revanchismus entwickeln. Ihr besonderes Interesse galt der DKP. Wir konnten ihnen von Anstrengungen und von Erfolgen der Kommunisten in den Betrieben berichten, und auch von der Schulbuchkonferenz der DKP und von den Initiativen fortschrittlicher Lehrer, Eltern und Schüler, die dahin zielen, mit der Wahrheit über die Geschichte ein Fundament für Frieden und Völkerverständigung in der Zukunft zu legen. Noch einmal bestätigte sich auch in diesem Punkt die Erfahrung, daß die Grundfragen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Volkspolen oben nicht anders diskutiert werden als unten, daß der Institutsdirektor für Politikwissenschaft und Professor der Rechte an der Universität, Jerzy Sommer, sie gar nicht anders stellen und nicht anders beantworten kann als die Sekretärin Anna Sala aus dem Bekleidungswerk „Polgar“ in Kamienna Góra oder der Bauer Jozef Krupa aus Zarskia Wies. Er vertraut auf die junge Generation in der Bundesrepublik, die tönende Parolen ablehne und auf Vernunft und Frieden setze. Aber er ist beunruhigt, „daß in den Lehrbüchern auch heute noch das Leben unserer Länder, die Frage der Grenzen in einem einseitigen und falschen Licht gezeigt werden“. Und das bekamen wir von Anna Sala in gleicher Sache mit nach Hause: „Sicher drücke ich die Meinung aller Polen aus, wenn ich von dem dringlichen Verlangen nach unverzüglicher Ratifizierung schreibe. In der BRD wuchs schließlich schon eine neue Generation heran, die keinerlei Erinnerungen an den Krieg mehr hat. Die jungen Deutschen aus der BRD und die jungen Polen sind durchaus in der Lage, nicht nur auf der Grundlage normalisierter Beziehungen zusammen zu leben, sondern im Laufe der Zeit sogar Freundschaften zu entwickeln. Ich halte das für richtig, obwohl es in der BRD Jugendgruppen gibt, die unserem Land und damit auch einer Ratifizierung gegenüber feindlich gesinnt sind. Mit Sicherheit gäbe es davon weniger, wenn man in der BRD endlich die Finanzierung der Revanchisten einstellen würde. Bestimmt gäbe es auch weniger Gegner einer Ratifizierung, wenn man die Ausbildungspläne in den westdeutschen Schulen ändern und die im Geist der Adenauer-Zeit verfaßten Geschichtsbücher aus dem Verkehr ziehen würde. Seit Kriegsende sind schon viele Jahre vergangen. Es ist also höchste Zeit, die Beziehungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Polen zu normalisieren.“

*

Während diese Notizen in Druck gehen, ist der Bundestag dabei, die Verträge mit Mehrheit zu ratifizieren. Ist die Sache damit gelaufen, können unsere Gesprächspartner, dürfen vor allem auch wir damit beruhigt sein? Golo Mann hat auf die Gefahr hingewiesen, die diesen Ostverträgen aus der Art und Weise ihrer parlamentarischen Behand-

lung droht: „daß sie verwässert werden, bis, ratifiziert oder unratifiziert, nichts Wirk-sames von ihnen übrigbleibt“. (SZ 13./14. 5. 1972) Aus der Anpassung in der Unehrlichkeit derer, die ja sagen, an die Unehrlichkeit derer, die mit nein stimmen, und keinesfalls nur aus den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen im Parlament, resultiert jene gemeinsame Erklärung, die der Neuorientierung viel an Farbe, wenn nicht gar an Substanz nimmt. So darf denn die Verwirklichung der Verträge noch viel weniger als ihre Ratifizierung dem Bonner Spiel vor und hinter den Kulissen überlassen bleiben. Damit die Entwicklung der kommenden Jahre nicht dahin führt, wo Golo Mann sie enden sieht — „bis nichts übrigbleibt als ein beschriebenes Papier, als Katerstimmung und Asche“ — dazu bedarf es des Machtwortes derer, die auf dem Höhepunkt der Bonner Krise für Buchstaben und Geist der Verträge plädiert haben, der arbeitenden Menschen.

„Free Europe“ — Gespräch mit Hauptmann Czechowicz

Wir haben Sie um dieses Gespräch gebeten, Hauptmann Czechowicz, weil wir in München, der Stadt der Olympischen Spiele, zugleich aber einem Zentrum der politischen Rechtskräfte, mit Sorge die Tätigkeit der Institutionen Radio Free Europe und Radio Liberty verfolgen. Sie haben dort sechs Jahre gearbeitet — als Offizier des polnischen Aufklärungsdienstes. Welcher Art war Ihre Tätigkeit, wie beurteilen Sie Freies Europa, was haben Sie dort gesehen und gehört?

Die Ergebnisse meiner Arbeit liegen hier in Warschau vor, zunächst in Form von über 200 Kilo Material — von einigen Proben können Sie sich hier am Tisch überzeugen, und schon sie sind von einer Art, daß kein Mensch zweifeln kann: Dieser Sender ist kein Sender, sondern eine Zentrale oder auch Unterzentrale der Spionage, und zwar einschließlich unmittelbarer Militärspionage.

Sehen Sie zum Beispiel hier diese Ziffern zwischen 0300 und 0325! Sie liegen in dem Bereich, dem das Filing-System Informationen von direkt militärischem Interesse, in diesem Fall über die polnische Armee zuweist. Dieses System wurde vom CIA vorbereitet, es umfaßt für das jeweilige Gebiet, also etwa Polen, alle Lebensbereiche, aufgeschlüsselt nach Kennziffergruppen von 0100 bis 4400. Nach diesem Filing-System ist die Arbeit angelegt, von der Vorbereitung bis zur Verteilung.

Wir wußten schon in den fünfziger Jahren, wer *Free Europe* tatsächlich finanziert, darüber wurde auch in der westlichen Presse geschrieben. Wir wußten weiter, daß sie nicht nur Geld von der Spionage bekommen, sondern daß sie

Spionagetätigkeit durchführen. So entstand für uns die Notwendigkeit, das System dieser Spionage zu erkennen, und ich sollte nach Möglichkeit versuchen, mich zur Arbeit in diesem Zentrum zu bewerben. In unseren Vorbereitungen gingen wir von unseren Kenntnissen hinsichtlich der veränderten Propagandamethoden aus, mit denen RFE in nächster Zukunft zu arbeiten versuchen würde — einem Programm des nicht-primitiven Antikommunismus, etwa auf der Linie der Kennedy-Doktrin, der Arbeiten von Brzesinski bis hin zur „Politik des Brückenschlags“; der Kommunismus soll dabei nicht frontal angegriffen werden, sondern auf der Grundlage des Revisionismus, unter Vorspiegelung der Absicht einer Verbesserung des Kommunismus. Das ist eine veränderte Taktik, dafür brauchten die Leute in München neue Kräfte aus den sozialistischen Ländern. Die alten hatten schon ganz und gar den Status von Emigranten, nach zwanzig, dreißig Jahren verstanden sie schon nicht mehr, was hier geschah, sie waren total isoliert. So entschloß man sich bei *Radio Free Europe*, neue Leute zu werben, Flüchtlinge und auch Journalisten, die nicht nach dem Westen wollten, denen man bessere, zu deutsch höher bezahlte Arbeit anbot. Seit Anfang der sechziger Jahre war dieser gesteigerte Bedarf festzustellen, zum Teil auch als Ersatz für solche, die ausschieden, in Pension gingen, starben. Das haben wir ausgenützt.

Das klingt so, als wären Sie nicht der einzige gewesen.

Ich war nicht der einzige. Sie können das schon daraus entnehmen, daß ich ja im Vorjahr nach Polen zurückkam, wir aber inzwischen vom März dieses Jahres einige neue, recht interessante interne Vorgänge des *Freien Europa* veröffentlichen konnten.

Mein Hauptziel also war *Free Europe*; mein Nebenziel, von dort aus auch Verbindung mit anderen einschlägigen Instituten aufzunehmen. Ich habe Glück gehabt, die Sache funktionierte eineinhalb Jahre später, nachdem ich im August 1963 als Tourist nach England gegangen und dann bei der Rückkehr in Köln geblieben und in der Bundesrepublik um politisches Asyl gebeten hatte: Fasziniert vom Westen wollte ich im Westen bleiben.

Warum aber gerade in der Bundesrepublik?

Weil der Sender in der Bundesrepublik steht und weil die Leute dort im Flüchtlingslager Kontakt suchen. Es ging alles nach Routine, ich wurde nach Zirndorf geschickt, dort von Bundesnachrichtendienstoffizieren verhört, dann — in Nürnberg — von einem Mann der CIA und auch noch von einem Engländer und dann kam Herr Kotorowicz von RFE. Wir wußten, daß er in diesem Lager grassiert und versucht, Kontakte und Informationen zu bekommen.

Kotorowicz hat sich vorgestellt, wir haben viel miteinander gesprochen, er hat großes Interesse an meiner Familie gezeigt und an meinem Studium, und dann kam er mit dem Vorschlag heraus, ich sollte für ihn Berichte zur Situation im Lager schreiben. Er war ziemlich krank, eine Seite paralytisch. Es war schwer für ihn, zweimal in der Woche nach Nürnberg zu kommen. Ich gewann sein Ver-

trauen und sollte nun versuchen, mit neuen Ankömmlingen in Kontakt zu treten, Informationen zu erhalten, dann alles aufschreiben und nach München schicken. Ich habe ihm wahrscheinlich gute Berichte geschrieben; denn im Januar 1964 bekam ich einen Brief von der polnischen Abteilung des *Freien Europa*, Direktor Jan Nowak. Ich sollte mich in München vorstellen, sie wollten Tests machen. Ich kam im Februar, wir machten Tests und nach einer Woche hat mir Herr Nowak gesagt, ich bekäme die Arbeit, müßte aber noch warten, weil keine freie Stelle da sei. Ich sollte mich inzwischen nach Arbeit umsehen, sie würden mit mir in Kontakt bleiben. In Wirklichkeit ging es um die Überprüfung.

In der Folgezeit arbeitete ich zunächst in einer Spielzeugfabrik in Zirndorf, dann in einem Krankenhaus in Nürnberg, schließlich war ich auch noch einige Zeit bei einer Wachkompanie der britischen Rhein-Armee in Hamm.

Inzwischen bekam ich meine Anerkennung als Flüchtling. Ich hatte ja auch eine gute Legende: Mein Vater, Gutsbesitzer aus altem Kleinadel und ziemlich reich, Kriegsteilnehmer, dann bis 1945 in deutscher Gefangenschaft; ich mit Abstammung aus Ostpolen, dort, wo heute die Grenze zwischen weißrussischer und litauischer SSR verläuft, während des Krieges nach dem Osten verschlagen, sechs Jahre tief in Sibirien, schließlich 1946 mit der Mutter nach Polen zurückgekommen — ich konnte schon Grund haben, nach dem Westen zu flüchten.

So hatten schließlich auch die Amerikaner nichts gegen mich. Ich bekam die Mitteilung, die Stelle in München sei für mich frei. Im April 1965 wurde ich eingestellt. Ich konnte zunächst noch nicht an die eigentliche Arbeit gehen. Was die Charakteristik verschiedener Personen und Materialien betrifft, so wußte ich zwar schon vorher in etwa Bescheid. Nun aber mußte ich den genauen Weg zu diesen geheimen Materialien finden und eine Anschlußstelle suchen, wo ich mich in diesen Kreis einschalten und das Material herausholen konnte. Das dauerte ziemlich lange.

Wie ist denn überhaupt Radio Free Europe strukturiert?

Die Tätigkeit ist auf zwei verschiedenen Ebenen geteilt, die propagandistische Arbeit und, als wichtigste Tätigkeit, die geheimdienstliche.

Die Propagandaarbeit zielt dahin, ständig Unruhe und Spannungen im sozialistischen Lager zu stiften, verschiedene Schichten der Bevölkerung gegeneinander und alle gegen die Partei auszuspielen, feindliche Stimmung in dem einen sozialistischen Land gegen andere sozialistische Länder zu machen. Den Polen sagt man, die CSSR hat uns beschubst mit dem Vertrag über die Traktorenfabrik, den Tschechen erklärt man es genau umgekehrt: die Polen haben nur Profit, und die Tschechen sind die Dummen. Das ist die Methode des Cross-Reporting: Zu uns sagt man, die Reformen in Ungarn sind sehr gut, bloß die polnische Regierung und Partei seien rückständig und verstehen das nicht. Zu den Ungarn: die Reformen taugen gar nichts, die Polen haben da mehr erreicht.

Das Hauptziel ist Arbeit gegen die Sowjetunion mit der Absicht, in allen sozialistischen Ländern eine Einstellung gegen die Sowjetunion zu erzeugen. Sie spe-

kulieren da auf nationalistische Gefühle, sie knüpfen an das an, was in der Geschichte passierte, an alte Gegensätze. Die Grundüberlegung ist ganz einfach: Hat die Sowjetunion Schwierigkeiten mit ihren Verbündeten, so ist das gut für die USA, da können die USA an anderen Teilen der Front zwischen Kapitalismus und Sozialismus — in Vietnam, in Südamerika, im Nahen Osten — auf leichteres Spiel rechnen.

Das Hauptziel in diesem totalen, globalen Kampf ist die Schwächung der Sowjetunion. Alle Sender sind im Endziel gegen die Sowjetunion gerichtet. *Radio Liberty*, der Sender, der sich an die Völker der Sowjetunion wendet, spielt sein Spiel nur auf andere Weise. Er sagt, die Sowjetunion muß für alle Völker zahlen, das drückt auf den Lebensstandard. Zur gleichen Zeit sagt *Freies Europa* mit Richtstrahler in alle übrigen Länder: die Sowjetunion beutet euch ökonomisch aus. Das ist der propagandistische Teil.

Wie beurteilen Sie, Hauptmann Czechowicz, vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen die Behauptung, die in einer Sendung des Herrn Löwenthal zugunsten dieser Sender aufgestellt wurde: Wenn es jetzt in den Ländern des Ostens Verständnis für die Politik der Brandt-Scheel-Regierung gebe, so sei das zum guten Teil Verdienst von Radio Free Europe?

Das ist absoluter Quatsch. Im Gegenteil, RFE versucht nicht, Stimmung für Ruhe und Verständigung zu schaffen, sondern für Feindseligkeit. Noch als ich dort war, haben sie gesagt: „Dieser verrückte Brandt, wenn der so weitermacht, verlieren wir noch unsere Posten.“ Schon von daher sind sie überhaupt nicht daran interessiert, daß es zu einer Entspannung und weiter zu einer Sicherheitskonferenz kommt. Darum gehen auch ihre politischen Freundschaften in der Bundesrepublik in eine ganz andere Richtung. Auf einer Dienstbesprechung, die von Nowak geleitet wurde, explodierte er: „Wenn Herr Strauß in diesem Land regieren würde, dann könnte *Freies Europa* noch einmal 25 Jahre hier sitzen.“ Die Liebe beruht übrigens durchaus auf Gegenseitigkeit. Wann immer in den Spalten einer unabhängigeren Zeitung kritische Bemerkungen über die Sender erscheinen, springt die politische Rechte für sie in die Bresche, vom *Bayernkurier* bis zu dieser Propagandasendung des Herrn Löwenthal. Dabei wissen doch alle Beteiligten: Die Sender sind gegen das internationale Recht, das laut geltenden Verträgen die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder verbietet. Genau das aber geschieht von München aus — um nur das letzte Beispiel zu nennen — eben jetzt wieder bei den Wahlen in Polen.

Nun wird dem von den bundesdeutschen Befürwortern und natürlich auch von Free Europe selbst immer das Informationsbedürfnis entgegengehalten.

Wenn sie informieren wollen, sollen sie ihre eigene Gesellschaft informieren. Ich hatte in Gesprächen mit Bürgern der USA und der BRD oft genug den Eindruck, die stellen sich vor, in Warschau laufen die Bären durch die Straßen. Wir informieren unsere Gesellschaft, auch über die Lage im Westen. Ihre Gesellschaft ist überhaupt nicht informiert.

Der *Stern* hat bei mir einen Artikel bestellt. Ich habe ihn geschrieben. Hier ist der Text, Sie können ihn mitnehmen. Im *Stern* ist nichts erschienen. Die Redaktion hat gesagt, wenn sie das so veröffentliche, komme es zu Prozessen. Ich habe erklärt, wenn die Behörden der Bundesrepublik meine Sicherheit garantieren, trete ich als Zeuge auf und stehe mit allen Beweisen zur Verfügung. Seither habe ich nichts mehr gehört von der Sache.

Ich weiß auch, daß zur Situation der Sender eine Fernsehdokumentation, und zwar nicht die des Herrn Löwenthal, gemacht worden ist. Auftraggeber war unter anderem der Bayerische Rundfunk. Er hat die Sendung abgesetzt. Darin gab es eine sehr interessante Szene. Der Reporter stand in den Diensträumen von *Free Europe*. Er nahm die Erklärung entgegen, hier gebe es keine Agentenarbeit und folglich auch keine Geheimnisse. Aber als er vorschlug, ihm doch nun den Panzerschrank dort zu öffnen, geriet die Sekretärin in Panik: Das ginge doch nicht. Und es ging auch nicht.

Wir haben jetzt hier in Warschau eben wieder eine ganze Serie von Dokumenten aus der geheimdienstlichen Tätigkeit in München veröffentlicht. Wir haben dem verantwortlichen Minister der USA-Regierung dazu präzise Fragen gestellt. An erster Stelle die: Sind die Dokumente falsch? Und wir haben angeboten, wenn es Zweifel gibt, kann der Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu uns hierher kommen und die 200 Kilo Material Stück um Stück in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise überprüfen. Wir warten auf Antwort. Und wir stellen die Frage: Wie steht es mit der Information der Gesellschaft im Westen über alle diese Tatsachen?

Was den Eindruck der Informiertheit, des Alles-Wissens der Sender angeht, so ist der Trick ganz einfach. Es werden dort ständig alle Rundfunksendungen abgehört, sowie unsere Zeitungen gelesen und ausgewertet, nicht nur die zentralen Blätter, sondern auch die aus der Provinz und selbst die eigenen Zeitungen der größeren Betriebe. Der normale Hörer oder Leser kann das nicht. Erscheint nun bei uns, etwa über das Petrochemische Werk in Lodz, ein normaler kritischer Artikel, dann hängen sie sich dran, und sie fügen hinzu: „Der Direktor hat in seinem Büro einen Fernsehapparat, er hat auch Cognak im Schrank stehen, und er schenkt dem und jenem ein . . .“. Das erweckt den Eindruck, sie haben überall eigene Leute, die melden alles. Der Hörer erfährt nicht, daß sie gerade die kritischen Bemerkungen aus irgendeiner Zeitung von uns genommen haben. So wird eine solche Information präpariert.

Hauptmann Czechowicz, Sie haben wiederholt, und auch eben in Ihren Ausführungen, als die eigentliche, die wichtigste Tätigkeit von Radio Free Europe die Spionage, die Geheimdiensttätigkeit bezeichnet. Wie stellt sich das nach Ihren persönlichen Erfahrungen dar?

Ich hätte, nachdem ich schon bei *Radio Free Europe* war, in jedem Fall Mittel gefunden, um an diese Abteilung und ihre Materialien heranzukommen. Aber es ging alles dadurch leichter, daß ich zufällig in diese Abteilung direkt eingestellt

wurde. Sie heißt *Radio Free Europe-East Europe Research und Analysis Department*. Chef dieser Abteilung, einer der wichtigsten des *Free Europe*, ist Oberst James Brown, Engländer, naturalisierter Bürger der USA, schon lange im CIA beschäftigt. Dieser Abteilung sind fünf sogenannte *National Units* unterstellt, der tschechoslowakische, polnische, ungarische, bulgarische und rumänische Sektor.

Für die Durchführung der geheimdienstlichen Tätigkeit steht das Auslandsbüro — *Field Office* — zur Verfügung. Solche Büros haben sie in allen Hauptstädten in Westeuropa, die wichtigsten in Wien, London, Paris, Stockholm und Rom. Der Chef von einem solchen Büro ist immer auch der Kaderoffizier des CIA, dem dann wieder fünf sogenannte nationale Korrespondenten unterstellt sind. Sie geben sich als Journalisten aus und versuchen mit allen Reisenden aus unseren Ländern in Verbindung zu kommen, ob es sich um private oder dienstliche Besuche handelt, um Studenten, die dort Praktika machen oder irgend etwas anderes. Dank guter Verbindungen zur Polizei des Ortes und zu den Visastellen des Landes weiß der CIA meistens schon vorher, wer kommt und mit wem es sich lohnt zu sprechen. Bei der Kontaktaufnahme sagen sie niemals, wir sind Leute vom CIA. Sie stellen sich als Radiokorrespondenten oder Journalisten vor — das macht einen besseren Eindruck, sonst wollte keiner mehr sprechen. Sie versuchen zunächst den Gesprächspartner zu testen, ob er Gegner des sozialistischen Systems ist oder nicht, ob er mit *Radio Free Europe* sympathisiert oder nicht, ob er ein Anhänger der USA und des Westens im allgemeinen ist oder nicht. Zutreffendenfalls stellen sie sich vor: Wir sind von *Radio Free Europe*. Aber vorher geht es nach der Tour: Wir sind Landsleute, wir leben schon lange hier, wir haben Sehnsucht nach unserer Heimat, wir wollen wissen, wie es dort geht. Nach diesem ersten Gespräch haben sie eine Vorstellung, ob es sich lohnt, weiter zu sprechen oder nicht. Trotzdem notieren sie aber alles, was ihnen nur in die Hände fällt. Danach wird der Bericht angefertigt. Dafür gibt es jetzt schon Vordrucke, früher dagegen schrieb der Korrespondent oben: Vienna-Büro oder London-Büro, und unten steht dann noch der Name des Kaderoffiziers, also früher zum Beispiel in London Talbot Hood. Auf der rechten Seite werden Nummer und Datum eingetragen. Dazu kommt der Titel, worum es hier geht, und dann eine kurze Zusammenfassung, zwei, drei Sätze des Inhalts, also ganz abgekürzt. Diese erste Seite ist immer in englisch, die folgenden Seiten in der jeweiligen Muttersprache. Diesen Bericht bringt der sogenannte Korrespondent zum Chef. Der sammelt alles und bringt persönlich oder durch seine Sekretärin die Berichte, sagen wir zweimal in der Woche, zum Boß des CIA in dem betreffenden Land. Er schickt sie mit diplomatischer Post zum amerikanischen Konsulat nach München. Von dort aus werden die Dokumente an *Radio Free Europe* weitergeleitet. Dort ist Hans Fischer für den technischen Zufluß von diesen Dokumenten, für ihren Transport und ihre Verteilung verantwortlich. Seine offizielle Bezeichnung ist Verwaltungsdirektor, zuständig für *Security Service*.

Ihm unterstehen tatsächlich auch die Auslandsbüros, die offiziell dem *News Department* unterstellt sind.

Ist James Brown Chef der ganzen Geschichte?

Nein, er leitet eine Abteilung. Hans Fischer macht die technischen Sachen. James Brown ist ein Wissenschaftler, seine Leute analysieren den Inhalt. Hans Fischer hat keine Ahnung, was dort steht, und er versteht wahrscheinlich auch nicht viel davon, wie man das alles ausnützen soll. Das macht das Gehirn von *Radio Free Europe*. Dorthin, zur Abteilung von James Brown, bringen die Mitarbeiter von Hans Fischer — Robert Knauf, Frau Schoonver, Sylvester Ramirez, ein Amerikaner puertorikanischer Abstammung, die Dokumente. Vorher notieren sie die Nummer, die dieses Dokument bekommen soll, und die gleichzeitig das Geheimzeichen des Informanten darstellt. Wenn der Korrespondent den Namen des Informanten festgestellt hat, dann schreibt er eine vorgedruckte weiße Karteikarte aus, mit Vorname, Name, ungefährem Alter, Beruf, Wohnort, kurzer Charakteristik dieses Informanten. Diese Karte hat die gleiche Nummer wie der Bericht hier und kommt in einen braunen Umschlag mit der gleichen Nummer. Dieser geht mit dem Bericht in drei Ausfertigungen zu Fischer. Dort wird nachgesehen, wer der Informant ist; dieser wird, wenn noch nicht erfaßt, registriert. Dann geht das ganze Material zur Abteilung Brown. Die erste Analyse machen die *National Units*. Sie sollen feststellen, ob das, was hier steht, in etwa wahr sein kann oder nicht, ob die Person des Informanten glaubwürdig ist oder nicht. Das geschieht anhand der Personen- und Sachkarteien. In der polnischen Abteilung gibt es über 60 000 Personenkarteikarten, aus der Partei vom Betriebssekretär nach oben; aus dem militärischen Bereich vom Leutnant aufwärts; im Bereich der Sicherheit alle nur möglichen; Journalisten, Wissenschaftler, Schriftsteller soweit erreichbar. Berichtet die Zeitung über eine Ordensverleihung, wird auch das notiert. Kommt die Information nun über einen Betriebsdirektor, ist der bestimmt schon in der Kartei. Außerdem hat auch der Betrieb schon eine Karteikarte. Das gilt für die ganze Industrie, alle Organisationen, die Kirche, die Schulen, Oberschulen und vor allem Hochschulen. So wird das, was im Bericht steht, mit dem verglichen, was sie schon haben. Neues wird ergänzt. Im Fall eines Widerspruchs wird ein *evaluation comment* geschrieben, also eine Einschätzung, ob der neue Bericht tatsächlich stimmen kann. Nach dieser ersten Stellungnahme geht alles wieder zurück zu Jimmy Brown. Seine Leute, erfahrene Geheimdienstler, machen eine zweite Analyse nach dem Gesichtspunkt, ob diese Information wertvoll oder nicht wertvoll ist und für wen.

Die Berichte sind in vier Stufen der Geheimhaltung eingeteilt. Die erste Stufe ist *SLD, strictly limited distribution*. Diese erste Stufe wird nie publiziert, nicht einmal kopiert. Das Original bleibt beim Chef des jeweiligen Evaluation Department, für Polen Herr Kazimierz Zamotski; eine Kopie bekommt die Abteilung Brown; die zweite der sogenannte nationale Direktor, also z. B. der Direktor der polnischen Abteilung im propagandistischen Bereich des Senders, in unserm

Fall Nowak, der aber die Kopie zurückgeben muß. Material der zweiten Stufe — LTD, *limited distribution* — wird in 3 Kopien auf blauem Papier angefertigt. Auch davon können die sogenannten Journalisten von RFE keinen Gebrauch machen. Sie bekommen diese Materialien erst gar nicht zu lesen. Dann kommen die Materialien dritter Stufe, die in 5 Kopien auf grün-gelbem Papier hergestellt werden: ID, also *internal distribution*. Davon können die Journalisten teilweise Gebrauch machen und zwar durch Einsicht in Mappen an Ort und Stelle in der Nationalen Abteilung. In der vierten Stufe ist im Grunde genommen überhaupt nichts mehr geheim. Inhaltlich ist das meistens Quatsch, was beim Kaffee hier geredet wird, Gerüchte. Davon können die Journalisten Gebrauch machen. Sie erhalten diese Texte — noch nicht einmal zwanzig Prozent der Berichte — auf weißem Papier unter der Abkürzung ND, *normal distribution*, in etwa einem Dutzend Kopien. Das bekommt schon jeder Redakteur von der propagandistischen Abteilung auf den Tisch. Davon kann er lesen und sagen, was er will.

Was den Bereich betrifft, in dem ich selbst gearbeitet habe, so gibt es dort nochmals eine Unterteilung — *research* und *analysis*. Das sind nicht nur unterschiedliche Bezeichnungen, das ist auch eine räumliche Trennung. In der ersten Abteilung befinden sich nur offizielle Materialien, also unsere Zeitungen, Mitschnitte von Sendern, Auslandskorrespondenzen. Diese offiziellen Materialien zeigt man auch den Leuten, die dort hinkommen. Die zweite Abteilung zeigen sie niemandem Fremden, außer Kontaktleuten des Geheimdienstes anderer NATO-Staaten. Im polnischen Arbeitsbereich, der auf Korridor F liegt, sieht das zum Beispiel so aus, daß *research* in F 1 beginnt, dann kommen noch ein paar Zimmer dazwischen und in F 9 liegen die Geheimmaterialien in den Safes. Dort befinden sich auch die geheime Kartei und andere geheime Korrespondenzen. Die Kartei, von der ich eben gesprochen habe, das ist die Sach- und Personaliensammlung des nationalen Bereichs. Die Informanten stehen auf einer gesonderten Kartei in Korridor H.

Wenn nicht nach Ihrer Abreise ein bißchen umgebaut wurde.

Ja, da können Sie recht haben.

Und zu dem Sendebetrieb hatten Sie selbst gar keinen Kontakt?

Ich hatte früher, als freier Mitarbeiter, viele Sendungen geschrieben, vielleicht 20 oder 30. Ich habe auch an Diskussionen am runden Tisch öfters teilgenommen und 1966 war ich der sogenannte „Zeuge der Geschichte“: das war der zehnte Jahrestag des Oktobers 1956, ich war damals Student an der Warschauer Universität und schilderte nun, wie das seinerzeit hier alles aussah — Details machen sich ja immer gut.

Zum Schluß, Hauptmann Czechowicz, noch eine sehr indiskrete Frage: Wie haben Sie in München gelebt und mit welchen Erinnerungen haben Sie diese Stadt verlassen?

Ich habe, obwohl ich ja keine große Stelle dort gehabt habe, entschieden mehr

verdient wie ein durchschnittlicher Deutscher. Als *senior researcher* bekam ich netto monatlich 2200 DM. Dabei wohnte ich bei freier Miete zuerst in der Theresienstraße 114 und dann von 1969 bis zum Ende meines Münchner Aufenthalts in einem Apartment Klopstockstraße 8, 11. Stock — sowas kostet dort 600 bis 700 DM, übrigens mit einer sehr komischen Zusammensetzung aus reichen Leuten, Prostituierten und Mitarbeitern von *Radio Free Europe*. So konnte ich mir auch einen hübschen Wagen, einen Renault, leisten, den ich mit Zulassungsschild M - NC 17-06 am Ende auch nach Warschau mitnahm.

Natürlich spreche ich jetzt über alles das sehr viel gelassener als ich es damals gewesen bin. Anfänglich war ich ziemlich nervös. Dann schuf ich mir eine eigene gesellschaftliche Umgebung — ich studierte ja gleichzeitig an der Universität Slawistik — und hatte so die Möglichkeit, nicht ständig mit den Leuten von RFE leben zu müssen. Auf meiner Bude wurde viel gefeiert, manchmal mit zehn und zwanzig Personen, die sich meine Spezialitäten der polnischen Küche schmecken ließen. Außerdem war ich noch in einem Sportclub, um mich fit zu halten — sowas braucht man, um nicht in Komplexe zu verfallen und an einer Psychose kaputt zu gehen. Mit diesem Kreis meiner Bekannten, ja ich darf sagen mit der Freundlichkeit vieler Münchner Einwohner und mit der Schönheit Ihres Landes verbinden mich trotz der ungewöhnlich schwierigen und riskanten Arbeit eines Aufklärers herzliche Erinnerungen und viele Bande der Sympathie.

Conrad Schubler Münchner Prozesse

Die „Deutsche Volksunion“, eine neonazistische Sammlungsbewegung vor allem aus CSU, NPD und Aktion Widerstand, hatte für den April 1971 zu ihrer ersten Massenkundgebung im Schwabingerbräu in München aufgerufen. Über 3000 Münchner Demokraten gingen auf die Straße, „um gegen diese Herausforderung zu protestieren“ (OB Dr. Vogel). Im Anschluß an eine Protestkundgebung, auf der u. a. OB Dr. Vogel und Ministerpräsident a. D. Wilhelm Hoegner zum entschiedenen Widerstand gegen den Neonazismus aufriefen, blockierten die Demonstranten das Bräuhaus. Die Münchner Polizei unter dem Befehl des CSU-Bürgermeisters Steinkohl versuchte mit äußerster Brutalität die Demokraten auseinanderzuknüppeln und den Neonazis den Weg freizumachen. Auf Befehl der Einsatzleitung und in Absprache mit den Neonazis der Aktion Widerstand wurden während der Pressekonferenz des DVU-Chefs Dr. Frey „mehrere der führenden Kommunisten Münchens und Bayerns“ festgenommen. Einigen wurde in diesen Wochen der Prozeß gemacht. Die Kommunisten wurden verurteilt, weil „das Rechtsgut“ der neonazistischen Organisationen „auf öffentliches Auftreten und Gehör geschützt werden muß“. (Amtsgerichtsrat Dr. Hill)

I. Wieder Hauptstadt der Bewegung?

Seit den Vertragsverhandlungen in Moskau und Warschau intensiviert die Reaktion in der Bundesrepublik ihre Anstrengungen, das Land und seine Bevölkerung in die Schüt-

zengraben des Kalten Krieges zurückzubringen. Die Profite der Rüstungskonzerne, die Herrschaft der Monopole werden — fällt der äußere Feind, die sozialistischen Staaten, weg — fragwürdig; die Verleumdung, die Tabuierung der fortschrittlichen, demokratischen Bewegung als „ferngesteuert“, als „totalitär“ wird brüchig.

Die Offensive der Reaktion hat eine organisatorische Seite. Während die CDU/CSU zum alleinigen parlamentarischen Stoßtrupp wird (vgl. die Entscheidung der NPD in Baden-Württemberg, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und stattdessen zur Wahl der CDU aufzurufen), soll auch im außerparlamentarischen Raum eine einheitlichere Sammlungsbewegung geschaffen werden. Unterstützt von CDU/CSU, NPD und Aktion Widerstand versucht der Herausgeber der neonazistischen „Deutschen Nationalzeitung“, diese Sammlungsbewegung in der „Deutschen Volksunion“ zu schaffen.

Zum Ausgangspunkt seiner Bewegung hatte Dr. Frey München auserwählt. In aller Heimlichkeit wurden Ende 1970 die Vorbereitungen zum Gründungskongreß der Faschisten-Union getroffen. Demokratische Organisationen und auch die Stadtverwaltung bekamen dennoch davon Kenntnis. 20 Gewerkschafter — Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre — schrieben unter dem Titel „Stoppen Sie die Nazi-Provokationen in München, Herr Vogel!“ in einem Offenen Brief an den Münchner Oberbürgermeister:

„Dr. Frey lobte im Jahre 1969 nach den Bundestagswahlen Franz Josef Strauß als den Mann der Zukunft, er rief noch vor wenigen Wochen bei der Landtagswahl zur Stimmabgabe für die CSU auf. Diese Tatsachen lassen also auf einen weiteren ‚Freundeskreis Strauß‘ schließen, der sich in München bilden will.

Demokraten dürfen zu den ständigen Provokationen der Rechten nicht länger schweigen. Wir rufen alle Münchner zu Protesten gegen das Treffen der Rechtsextremisten um Dr. Frey auf. Vom Oberbürgermeister der Olympiastadt fordern wir das Verbot der Gründungsaktion der sogenannten Deutschen Volksunion.

Die baldige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch das Parlament in Bonn ist der wirksamste Weg, den Hetzkampagnen des Rechtskartells den Boden zu entziehen.“

OB Vogel, der wenige Monate zuvor schon ein Treffen griechischer Faschisten in München unter ausdrücklichen Polizeischutz gestellt und so seine Durchführung garantiert hatte, unternahm nichts. Die antifaschistischen Gewerkschafter bekamen nicht einmal eine Antwort.

Frey führte sein Gründungsunternehmen durch. Vor dem Tagungslokal, dem „Deutschen Kaiser“, protestierten etwa 200 Demonstranten, vor allem Kommunisten. Gewerkschaften und SPD wollten die „Sache nicht aufwerten“ und blockten Gegenaktionen ab. Die Vorhersage der Kommunisten erfüllte sich bald. Die Nazis fühlten sich ermutigt, nun Großkundgebungen durchzuführen, um ihre Basis zu vergrößern. Zwei Wochen nach dem Gründungsakt im „Deutschen Kaiser“ konstituierte sich in Würzburg die Totschlag-Aktion Widerstand. Nach der Saal-Kundgebung verbreiten sie mit einer vorher ausdrücklich verbotenen Demonstration Terror in den Straßen der Stadt. Im Bericht der Münchner Post (der Zeitung des SPD-Unterbezirks München) heißt es: „Aus einem Lautsprecherwagen tönt: ‚... rücksichtslos Widerstand leisten ... legal gegen eine legalisierte Verzichtspolitik, illegal, subversiv gegen eine illegale Verratspolitik‘. Wem diese Drohung gilt und für wen man den Galgen gedacht hat, der mehrere Plakate ‚ziert‘, ist klar: ‚Hochverräter Willy Brandt, raus aus unserm Vaterland‘ und ‚Seit Moskau wissen wir's genau, Brandt heißt die Verrätersau‘. Und immer wieder hört man den Mordruf: ‚Brandt an die Wand‘. Eine kleine Gruppe von Gegendemonstranten wird mit dem Ruf: ‚Deutschland, wir kommen‘ und ‚Fegt ihn weg, den roten Dreck‘ zusammengeschlagen.“

Der nächste Schritt auf dem Weg zur nazistischen Massenbewegung soll mit der Kundgebung am 3. April im Münchner Schwabingerbräu getan werden. Woche für Woche wird sie in Freys *Deutscher Nationalzeitung* unter dem Motto „Abrechnung mit Brandt, Kampf dem Verrat“ angekündigt. Sinn der DVU sei es, der CDU/CSU den Rücken zu stärken für den Kampf gegen die Ostverträge. Solange noch eine Minderheit an das Reich und an das Recht glaube, sei die deutsche Sache und der deutsche Osten nicht verloren. Es gelte jetzt, den Zweiten Weltkrieg politisch zu gewinnen.

In einer Presseerklärung und Flugblättern ruft die DKP zum gemeinsamen Handeln aller Demokraten gegen die beabsichtigte Provokation der Neonazis auf. Sie fordert von OB Vogel das Verbot der geplanten Veranstaltung und von der Regierung in Bonn das Verbot aller neofaschistischen Organisationen in der BRD. Die DKP veröffentlicht auch die Abschrift eines Fernschreibens des Polizeipräsidiums in München, in dem der Text eines Flugblatts mitgeteilt wird, das die Aktion Widerstand in Würzburg an ihre Anhänger verschickt hat. Die Aktion Widerstand ist u. a. als „Ordner-Truppe“ für die Kundgebung in München-Schwabing vorgesehen. Im erwähnten Flugblatt erklärt sie sich so: „Die Jugend Deutschlands ruft zur Aktion Widerstand. Aktiver Widerstand gegen die rote Regierung, gegen Hoch- und Landesverrat. Wie einst in der düsteren Zeit der napoleonischen Unterdrückung die Reden eines Fichte das deutsche Volk veranlaßt haben, die Fesseln der Unfreiheit abzuschütteln, so ist es jetzt ebenso allerhöchste Zeit, daß wir gegen Unterdrückung, Verfälschung der Demokratie und folgende Versklavung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, allenfalls mit der Waffe in der Hand, kämpfen ... Jetzt gehen genauere Weisungen über die praktische Durchführung des aktiven Kampfes gegen die roten Genossen und Wegbereiter des Kommunismus: SPD, FDP und DKP ... In ganz kurzer Zeit wird die Parole in ganz Deutschland verbreitet sein: ‚Wer hat uns verraten: Die Sozialdemokraten‘ und ‚Brandt an die Wand‘ ... 2. Im Bekanntenkreis spreche man über den roten Hochverrat von SPD/FDP und KPD, dem zwangsläufig der Kommunismus folgen wird. Nur die CDU/CSU-NPD kann uns retten ... 5. Es muß sofort gehandelt werden: Zwischenfälle herbeiführen, damit das Volk aufwacht. 6. Sabotageakte, Sprengstoffanschläge immer dort herbeiführen, wo wir Landesverräter treffen können: in Bonn, in den Parteizentren der Roten, bei Kundgebungen der SPD, FDP und DKP. 7. Direkte vernichtende Angriffe gegen die Verräter Brandt, Wehner, Scheel mit Schußwaffen, Gift und anderen Vernichtungsmitteln. Um drei Verräter ist es nicht schade, wenn wir damit die Freiheit Deutschlands retten können ...“

Gegen diese sich zu CSU und NPD bekennende Bande von Mordhetzern steht die immer breitere Front der demokratischen Organisationen in München. Nach der DKP protestieren der DGB, die SPD, Betriebsräte, Gewerkschafter, zahlreiche Friedens-, Jugend- und Studentenverbände. An der Spitze eines Bürgerkomitees ruft OB Vogel „alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, in einer eindrucksvollen öffentlichen Demonstration gegen diese Herausforderung zu protestieren ...“ Ort: Münchner Freiheit, also knapp 50 m vom Versammlungsort der Nazis entfernt; Zeit: 14 Uhr, wenige Stunden vor Beginn der Nazi-Veranstaltung.

Ein breites Bündnis von Kommunisten und Sozialdemokraten, parteilosen Gewerkschaftern und Studenten unterstützt die von OB Vogel veranstaltete Protestkundgebung und ruft seinerseits auf zu einer vorherigen „Demonstration gegen das Rechtskartell“. Unter der Losung „Der Feind steht rechts — wie eh und je“.

II. 3. April 1971

Der antifaschistische Demonstrationsszug soll um 13 Uhr im Stadtzentrum beginnen. DGB und SPD haben als Organisationen nicht zur Teilnahme aufgerufen. Vogel, der starke Mann in der Münchner SPD, und Ludwig Koch, Kreisvorsitzender des DGB-

München, stehen ganz auf der Linie des Antikommunismus-Beschluß' ihrer Partei: keine Aktionseinheit mit Kommunisten. Es zeigt sich, daß die Mitglieder anders denken, davon ausgehen, daß der Kampf gegen den Faschismus die Einheit aller demokratischen Kräfte erfordert.

Um 13 Uhr sind 2000 Münchner Antifaschisten im Zentrum versammelt. Hinter einem 20 Meter breiten Transparent „Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam gegen rechts“ demonstrieren sie durch die Stadt in Richtung Münchner Freiheit. Hunderte stoßen unterwegs noch hinzu. Die Polizei will verhindern, daß der gewaltige Zug als geschlossener Block auf dem Kundgebungsplatz einzieht. Polizeimotorräder und -autos verbarrikadieren die Zufahrtsstraße. Im Nu sind sie von den Demonstranten beiseite geräumt. Unter den Sprechern „Strauß und Frey üben fleißig — für ein neues dreiunddreißig“ und „Arbeitereinheit gegen Faschismus“ marschieren sie zur Münchner Freiheit, wo sie von etwa 500 bereits Versammelten mit solidarischen Applaus empfangen werden.

In ihren Reden erklärten Ernst Müller-Meiningen jun., Ministerpräsident a. D. Wilhelm Hoegner und OB Dr. Vogel, dem Neonazismus müsse entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden, wenn ein zweiter Hitler und die erneute Zerstörung Münchens durch Bomben verhindert werden sollten. Mit Bedacht aber vermeiden sie es, zu gemeinsamem Handeln aufzurufen. Stattdessen ist zu hören, der Naziaufmarsch sei rechtmäßig und müsse von der Polizei geschützt werden.

Während die offiziellen Redner umgehend unter dem lauten Protest der Demonstranten in ihren Autos verschwinden, ziehen die 3000 Kundgebungsteilnehmer geschlossen die 50 Meter weiter zum Schwabingerbräu, das mittlerweile nach allen Regeln der Polizeikunst massiv abgeriegelt ist. Es war für alle selbstverständlich, den Appell zum entschiedenen Widerstand gegen die Neonazis in die Tat umzusetzen, die geplante Großveranstaltung der DVU zu verhindern.

Die Blockade des Schwabingerbräus beginnt. Sie wird acht Stunden dauern, bis 11 Uhr in der Nacht. Vor der Absperrung der Polizei organisieren die Demonstranten ihre eigene. In fünf, sechs Reihen hintereinander stehen sie an den schmalsten, in fünfzehn, zwanzig an den dichtesten Stellen der hunderte Meter langen Kette rund um das riesige Bräuhaus. Ihnen gegenüber tausend blaue Stadt- und behelmte grüne Bereitschaftspolizisten.

Ihnen gegenüber auch die „Ordner“ der Aktion Widerstand. Walkietalkies am Ohr, verständigen sie die Polizei über „Bewegungen“ der Demonstranten, fordern lautstark spezielles Vorgehen der Polizeieinheiten. Oben, hinter dem Panoramafenster im ersten Stock des Hauses, die gemeinsame Leitung von Polizeispitzen und den Führern des Nazi-Aufmarsches.

Oberster Chef der Polizeitruppen ist CSU-Bürgermeister Steinkohl. Als die Demonstranten ihn zur Diskussion auffordern, verschwindet er eiligst im Hof, wo Dutzende vollbesetzter Polizeiwagen stehen. CSU-Steinkohl weiß warum: die Deutsche Volkunion zählt über 100 CSU-Mitglieder in ihren Reihen. Die Allianz zwischen Polizei und Nazis steht auf solidem Fundament.

Die Solidarität der Demonstranten fügt sich in den zahllosen, ständigen Diskussionen noch fester. Junge Arbeiter, Studenten, Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Christen, sie diskutieren untereinander, sie diskutieren mit Passanten. „Wir stehen hier, um zu verhindern, daß München wieder einmal zur Hauptstadt der Bewegung gemacht wird.“ Sie haken sich unter, wenn jemand die Absperrung durchbrechen will. Erika Runge, Filmemacherin, später vor Gericht: „Wenn jemand durch unsere Absperrung wollte, dann bildeten wir Ketten, um ihn daran zu hindern. Deshalb standen wir ja da.“

Gegen 16 Uhr versucht eine Gruppe der Demonstranten, mit ordnungsgemäßen Ein-

trittskarten in den Versammlungssaal zu kommen. Sie wird von der Polizei gewaltsam gehindert. Die Polizisten lassen nur durch, wer von den „Ordner“ akzeptiert wird. Dabei ist die Veranstaltung als öffentliche angekündigt.

Als Frey gegen 17 Uhr seine Pressekonferenz beginnen will, ist der 2000 Menschen fassende Saal gähnend leer. Die Blockade ist dicht, sie funktioniert. Den DVU-Führern dämmert, daß ihre Großkundgebung zum Großreinfall werden könnte. Es findet — wie Presseleute berichten — eine weitere Lagebesprechung mit der Polizei statt.

Unmittelbar nach dieser Lagebesprechung führt die Polizei zahlreiche Verhaftungen durch. Verhaftet werden ausschließlich Kommunisten, genauer: „mehrere der führenden Kommunisten Münchens und Bayerns“ (Frankfurter Rundschau). Verhaftet wurde nur, wie später ein Polizist vor Gericht aussagte, auf ausdrücklichen Befehl der Einsatzleitung. Die Verhafteten wurden an einem Spalier jubelnd applaudierender „Ordner“ der Aktion Widerstand vorbei zu den Polizeiwagen geführt, wo sie stundenlang bis zum Abtransport ins Polizeipräsidium festgehalten wurden.

Die gezielte Hatz auf die DKP-Funktionäre brachte Polizei und Nazis nichts ein. Die Demonstranten ließen sich nicht einschüchtern. Zwar konnte Frey am Abend die Polizisten loben, „die gegenüber den Demonstranten ihre Pflicht erfüllt haben“, aber er tat dies vor nur „450 Aktivisten — ein Großteil der geladenen Gäste konnte wegen der Gegendemonstranten nichts ins Haus gelangen“.

Die Repräsentanten und Mitglieder von Aktion Widerstand, Aktion Oder-Neiße, von NPD, Exil-CDU und CSU, von Bayernpartei und Deutscher Volkspartei donnern ihre Grußworte in den weithin leeren Saal. Der Großaufmarsch der Neonazis findet ohne Publikum statt. Die „neue Kraft“ ist keine. Hier nicht. In München-Schwabing haben 3000 antifaschistische Demonstranten so gehandelt, wie OB Vogel gesprochen hatte: „Ein Hitler war in München genug!“

III. Die Anklage

Während Dr. Frey unter Polizeischutz auf seiner Pressekonferenz die DKP als verfassungswidrig bezeichnete und ihr Verbot forderte, waren draußen verhaftet worden: der DKP-Bezirksvorsitzende Hans Schneider, sein Stellvertreter Werner Feldmann, das Mitglied des DKP-Parteivorstands Lilo Schneider, das Mitglied des DKP-Kreissekretariats Robert Jung und der DKP-Kandidat bei der Landtagswahl 1970, Conrad Schubler.

Hans Schneider, Lilo Schneider und Conrad Schubler wurden mittlerweile der Prozeß gemacht. Hans Schneider wurde der Aufforderung zu strafbaren Handlungen angeklagt. Er habe aufgerufen, vor dem Schwabingerbräu „mit allen legalen Mitteln“ den Appell von OB Vogel zu verwirklichen.

Lilo Schneider wurde der schweren Körperverletzung angeklagt. Sie habe versucht, ihren von der Polizei festgenommenen Genossen Schubler gewaltsam zu befreien. Schubler wurde der Aufforderung zu strafbaren Handlungen, des Landfriedensbruchs, der Beleidigung, der Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Schubler habe dazu aufgerufen, das Bräuhaus zu blockieren, er habe dazu aufgerufen, das Bräuhaus zu stürmen, er habe sich selbst beim Ansturm auf die Polizei aktiv hervorgetan, er habe die Polizisten „Drecksäue“ geheißt, er habe Polizisten tätlich angegriffen und verletzt, er habe bei seiner Festnahme erheblichen Widerstand geleistet.

Die Anklage umfaßt zwei Ebenen: die politisch-verfassungsrechtliche und die kriminalistische. Indem die Anklage strikt absieht von einer Würdigung des faschistischen Inhalts der DVU-Kundgebung, das Vorgehen der Demonstranten als „strafbare Handlung“ qualifiziert, stellt sie faschistische Organisationen und Ideologie gleichberechtigt neben demokratische Aktivitäten: allen politischen Doktrinen und Organisationen müsse gleichermaßen der grundgesetzliche Anspruch auf Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit eingeräumt werden. Damit würde der Nazismus rechtlich-politisch wieder

offiziell hoffähig gemacht werden — der Nazi-Bewegung wird per Gericht Polizeischutz vor demokratischen Demonstranten verordnet. Der Katalog der kriminellen Delikte soll belegen: Die aktiven Antifaschisten, vor allem die Kommunisten, verstößen nicht nur grundsätzlich gegen die Verfassung, sie bedienen sich auch im einzelnen krimineller Methoden. Verteidigung und Angeklagten kam es darauf an, beide Behauptungen zu widerlegen.

IV. Die Prozesse

Gegen Hans Schneider und Schubler formuliert die Anklage ihr politisch-juristisches Weltbild: Am 3. April 1971 fand vor dem Schwabingerbräu der Zweikampf zweier extremer Gruppen statt, bei dem die eine — die Kommunisten — der anderen verwehrt, was sie selbst für sich beansprucht, nämlich Meinungs- und Informationsfreiheit. Dieses Vorgehen müsse empfindlich bestraft werden, da es an die Grundnormen unserer politischen Verfassung rühre. Für den Nebenkläger — die Anwälte des Polizeipräsidiums München — beweisen die Vorfälle, „daß die Deutschen nicht reif sind für die Demokratie“.

Dem halten Angeklagte und Verteidiger Schmitt-Lerman entgegen:

1. Es handelte sich nicht um das Gegeneinander zweier extremer Gruppen. Die Gegen-demonstranten waren repräsentativ für das demokratische München. Sie waren geschlossen von der Kundgebung zum Versammlungslokal gezogen. Nicht, um dort im gleichberechtigten Nebeneinander mit den Neonazis „pluralistisch“ ihre Meinung kundzutun, sondern um faktisch „den Anfängen zu wehren“, „zu verhindern, daß München noch einmal zur Hauptstadt der Bewegung wird“. Es lag eine echte Verteidigungs- und Widerstandssituation vor.

2. Ein Angriff gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung hätte vorgelegen, wenn die Nazi-Provokation der öffentlichen Mordhetze im Angesicht der Weltöffentlichkeit und mitten in der Olympiastadt *ohne* sichtbaren Widerstand der Öffentlichkeit geblieben und *nicht* als Notwehrsituation der Demokratie verstanden worden wäre.

3. Die Behauptung der Anklage, auch inhaltlich demokratiefeindliche und faschistische Organisationen dürften so lange in keiner Weise an ihrer Entfaltung gehindert werden, als das Bundesverfassungsgericht noch kein formelles Organisationsverbot ausgesprochen habe, ist ebenso gefährlich wie falsch. Tatsächlich sind inhaltlich faschistische und neonazistische Bestrebungen ipso iure — d. h. auch ohne Verbot — verfassungsrechtlich stigmatisiert und begründen ein Nothilferecht und eine Nothilfpflicht des Staatsbürgers zugunsten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dies folgt aus dem allgemeinen verfassungsrechtlichen antifaschistischen Vorbehalt der Verfassungsordnung, dem antifaschistischen Wesensgehalt der Verfassungsordnung selbst, sowie der Einbettung auch der bundesdeutschen Verfassungsentwicklung in die internationale, in der Grundtendenz antifaschistische Autoritätsstruktur, wie sie in den „Feindstaatenklauseln“ der Art. 107,53 der UNO-Charta und in UNO-Resolutionen „gegen das Wiedererstehen nazistischer Organisationen in der BRD“ zum Ausdruck kommt.*

4. Die Nothilfpflicht der Staatsbürger war um so eher gegeben, also Justiz und Polizei ihr verfassungsmäßig vorgeschriebenes Eingreifen ausdrücklich verweigerten. Für die Demonstranten bestand damit das „außergesetzliche Widerstandsrecht“.

5. Faschismus-Analysen zeigen, daß faschistische Organisationen für die an den Kategorien von Schwäche und Stärke orientierten faschismusanfälligen Schichten um so positiver erscheinen, je mehr sie sich als überlegene Autorität und Kraft darstellen können. Den von Völkerrecht und Verfassung vorgeschriebenen Kampf gegen das Wiedererstarken des Nazismus leisten also vor allem die demokratischen Kräfte, die in aktivem poli-

tischem Einsatz den Faschisten diese Art Selbstdarstellung verwehren. Den Demonstranten vom 3. April 71 kommt danach Verfassungsrang zu.

6. Die Bedeutung des entschlossenen Eintretens für demokratischen Fortschritt und friedliche internationale Zusammenarbeit ist längst erwiesen. Hans Schneider und Lilo Schneider sind 1956 bzw. 1961 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe wegen Hochverrats und Staatsgefährdung verurteilt worden, weil sie wie andere Kommunisten damals nahezu allein für heutige Positionen sozialdemokratischer, liberaler und regierungs offizieller Politik eingetreten sind: Anerkennung der deutschen Ostgrenzen, der Staatsqualität der DDR, der Atomwaffen Sperre, der friedlichen Koexistenz. Versuchten die Nazis vor einem Jahr noch, München zu Festung im Kampf gegen die Ostverträge zu machen, so haben in diesen Monaten über 50 000 Münchner mit ihrer Unterschrift für die Ratifizierung der Verträge demonstriert.

Das Gericht — Amtsgerichtsrat Dr. Hill — verwarf die Argumente von Verteidigung und Angeklagten ausnahmslos. Auf den Trümmern einer restlos eingestürzten „kriminellen“ Anklage — auch erfahrene Prozeßbeobachter hatten selten so viele widersprüchliche Eidesleistungen von Polizisten erlebt — sprach der Amtsgerichtsrat sein Urteil: Zwar besäßen die Angeklagten „ernste Motive und anerkennenswerte Ziele“; höher aber stehe das Rechtsgut auch neofaschistischer Organisationen auf öffentliches Auftreten und Gehör. 300,— DM Geldstrafe für Hans Schneider, Freispruch für Lilo Schneider, 800,— DM Geldstrafe für Conrad Schubler.

V. Die Folgen

In einer Pressemitteilung stellte die DKP-Südbayern zu den Prozessen u. a. fest:

„In der Urteilsbegründung werden die Zeugenaussagen der Demonstrationsteilnehmer völlig ignoriert — darunter des Betriebsratsvorsitzenden der Firma Siemens, Willi Dick, des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller, Dieter Lattmann, des Vorsitzenden der Deutschen Journalisten Union, Eckart Spoo, des Mitglieds des Bayrischen Landtags und SPD-Landesvorstandes Bayern, Dr. Jürgen Böddrich, der während der Nazizeit 12 Jahre inhaftierten Widerstandskämpferin Karola Karg, die übereinstimmend die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die neofaschistische Gefahr unterstrichen . . . Mit diesem Urteil ist der Aktion Widerstand, die am 3. 4. 1971 unter dem Schutz der Polizei zu dem DVU-Treffen aufmarschieren konnte, und allen reaktionären Kräften ein richterlicher Freibrief ausgestellt, weiterhin mit Provokationen und Androhungen von Gewalt bis hin zur Mordhetze gegen die Ratifizierung der Ostverträge vorzugehen.“

Das vom Publikum — darunter mehrere ausländische Beobachter — mit Empörung aufgenommenen Urteil macht alle Versicherungen des Nationalen Olympischen Komitees und des Münchner Oberbürgermeisters fragwürdig, die Olympiastadt sei sicher vor neonazistischen Provokationen.“

Lew Ginsburg, sowjetischer Schriftsteller, einer der ausländischen Beobachter in einem Artikel (*Literaturnaja gaseta* vom 1. 5. 72):

„Bei diesem Prozeß war alles bedeutsam: die Atmosphäre, das Kräfteverhältnis und das Verhalten der Teilnehmer . . . Schneider wurde zur Bezahlung von 300 Mark Strafe verurteilt. Das Strafmaß könnte als Lappalie erscheinen: zu Adenauers Zeiten saß Schneider wiederholt dafür im Gefängnis, daß er für einen außenpolitischen Kurs eintrat, den heute die Brandt-Regierung vertritt . . . Und dennoch begriff die Mehrheit der im Saal Anwesenden das Urteil als moralische Ermunterung der Nazisten und als Verurteilung aktiver politischer Tätigkeit der Demokraten.“

Trotz alledem war etwas anderes wichtiger als das Gerichtsurteil. Als Zeugen der Verteidigung sind Menschen zum Prozeß gekommen, die dem ganzen Land bekannt sind: der Publizist Kurt Hirsch, der Vorsitzende des Schriftstellerverbands der BRD, Dieter

* Vgl. hierzu Hans E. Schmitt-Lerman, Kommunisten als Hochschullehrer. Prof. Dr. Horst Holzer, wiss. Rat, München gegen Freie Hansestadt Bremen, S. 27 ff.

Lattmann, die Regisseurin Erika Runge. Der Prozeß, von der Obrigkeit als routinemäßige Gerichtsuntersuchung eines ‚Straßenkrawalls‘ angelegt, schlug in ein ernstes politisches Ereignis um. Zeuge Neumann, ein älterer Ingenieur, sagte: ‚Wir dürfen nicht zulassen, daß im Jahr der Olympiade die Stadt München zu einem Symbol des Faschismus wird.‘ Eine 63jährige Hausfrau sagte als Zeugin: ‚Ich habe im Leben so viel Leid gesehen, so viel Tränen und Blut, daß ich nicht begreifen kann, warum auf der Anklagebank nicht die Neonazisten sitzen?‘

Alle begriffen, daß so oder so dieser Vorfall auf der Straße mit der Frage verknüpft ist, die heute das ganze Land erregt: mit der ‚Ostpolitik‘ der Regierung, mit der Ratifizierung der Verträge, gegen die die Opposition kämpft, mit dem Leben Europas . . .“

Hans Schneider Nach der Ratifizierung

Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ist eine große historische Entscheidung. 27 Jahre nach Hitlers Untergang — nach zwei Jahrzehnten gescheiterter Nachkriegspolitik seiner „Rechtsnachfolger“ in Bonn — können jetzt endlich die Weichen für eine Politik der friedlichen Koexistenz mit unseren sozialistischen Nachbarländern gestellt werden.

20 Jahre lang boykottierten die reaktionärsten, friedensfeindlichen Kreise um Adenauer und Strauß die vertragliche Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind. Mit den ratifizierten Verträgen werden die heutigen Grenzen, einschließlich der Grenze an der Oder und Neiße und der Grenze zwischen der BRD und der DDR als unverletzlich anerkannt. Dies ist die Kernfrage der Verträge, weil damit die Grundlage für normale Beziehungen mit den sozialistischen Staaten geschaffen ist. Grenzfragen waren für die imperialistischen Kräfte in Deutschland immer der Anlaß zum Krieg. Zweimal in diesem Jahrhundert mußte unser Volk dafür mit riesigen Opfern bezahlen. Die völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung in den Verträgen, weder heute noch in Zukunft Gebietsansprüche gegen irgendjemand zu erheben, ist deshalb die erste Voraussetzung zum friedlichen Miteinander.

Wer gewinnt also mit der Ratifizierung?

Gewonnen haben alle, die seit vielen Jahren für eine Politik des Friedens und der Verständigung, für normale Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, vor allem mit der UdSSR und der DDR eintraten. Damit haben auch die sozialistischen Länder gewonnen. Weil der Sozialismus für seine großen Ziele im Interesse der arbeitenden Menschen einfach den Frieden braucht.

Wenn in den Schulbüchern als Konsequenz der Verträge die Kinder die historische Wahrheit erfahren, dann werden auch sie wissen, daß diesen Verträgen ein

langer Kampf gegen die entspannungsfeindlichen Kräfte um Adenauer und Strauß vorausging. Kommunisten und andere Demokraten, die für eine vertragliche Verständigungspolitik mit den sozialistischen Ländern, für gleichberechtigte Beziehungen und gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eingetreten sind, wurden in der Adenauer-Ära mit Gefängnis bestraft und mit beruflichen Repressalien verfolgt. Die DKP war auch im Kampf um die Ratifizierung immer wieder bemüht, die arbeitende Bevölkerung und die Jugend unseres Landes aufzuklären, daß die Verträge vor allem in ihrem eigenen Interesse liegen. Und wenn sich der Erzfeind einer vertraglichen Friedenspolitik, Franz Josef Strauß, über die DKP beklagt, weil sie neben den Gewerkschaften eine der mobilsten Kräfte in der Auseinandersetzung um die Verträge gewesen sei, daß sie vor allem als einigende Kraft „auf der Straße und im Betrieb“ sich erfolgreich bewährte, so bestätigt dies einmal mehr die Richtigkeit der Position der Kommunisten.

Wer verliert durch die Verträge?

Verloren hat die Clique der ultrareaktionären Scharfmacher in der CDU/CSU und ihre imperialistischen Hintermänner aus der Rüstungsindustrie. Verloren haben die unbelehrbaren Ostlandritter, die blind sind für Realitäten und für jeden Fortschritt. Verloren hat also eine kleine Clique, die mit den Interessen unseres Volkes auf Kriegsfuß steht.

Die Sicherung der Grenzen der DDR wäre natürlich auch ohne die Unterschrift von Bonn garantiert. Denn 1972 ist nicht 1922. Doch die vertragliche Anerkennung der Grenzen gibt den Friedenskräften in der Bundesrepublik eine bessere Position zum Kampf gegen die ultrareaktionären Störenfriede in unserem Land, für weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Normalisierung der Beziehungen zur DDR und zu den anderen sozialistischen Ländern.

Die Ratifizierung der Verträge widerspiegelt schließlich den Prozeß der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Fortschritts und des Sozialismus. Wer in Bonn oder anderswo im westlichen Lager heute realistische Politik machen will, der muß sich diesem veränderten Kräfteverhältnis anpassen.

Die Verträge mit Leben erfüllen

Die ratifizierten Verträge bewirken natürlich nicht automatisch den Fortschritt. Die imperialistischen Kräfte bieten nach wie vor alles auf, um Frieden und Fortschritt weiterhin zu behindern. Damit also Wirklichkeit werden kann, was Bundespräsident Heinemann bei der Unterzeichnung der Verträge erklärte, — daß es jetzt nämlich darauf ankomme, vom Gegeneinander in der Vergangenheit zum Miteinander in der Zukunft zu kommen, — ist es vor allem erforderlich, die Verträge mit Leben zu erfüllen, in Buchstaben und Geist Vertragstreue einzuhalten. Der nationalistischen und revanchistischen Propaganda der reaktionären Rechtskreise gegen die Verträge muß jetzt mit aller Entschiedenheit, auch mit gesetzlichen Mitteln, entgegengetreten werden. Die antisowjetische und antikom-

munistische Hetze aus der Zeit des Kalten Krieges, die in krassem Widerspruch zur vertraglich erklärten Bereitschaft zu Verständigung und Zusammenarbeit steht, muß aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und des Staates verschwinden, damit ein Klima der guten Nachbarschaft mit den sozialistischen Staaten geschaffen werden kann.

- Es dürfen keine Steuergelder mehr an Kreise und Organisationen verteilt werden, die nach wie vor revanchistische Propaganda betreiben.
- Die Bundesregierung muß ihre Verpflichtung zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz einhalten und mit sofortigen multilateralen Vorbereitungsgesprächen beginnen.
- Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR müssen mit den erforderlichen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie mit der gleichberechtigten Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO im Interesse der Bürger beider deutscher Staaten normalisiert werden.
- Schließlich wird der Frieden in Europa nur sicherer, wenn die volle völkerrechtliche Anerkennung der staatlichen Selbständigkeit, der Gleichberechtigung und der Souveränität der DDR erfolgt.
- Der beste Weg, um der gefährlichen nationalen und sozialen Demagogie der CDU/CSU den Boden zu entziehen, ist eine Politik der schrittweisen Senkung der Rüstungslasten der Reduzierung der Bundeswehr und ähnliche Maßnahmen.
- Die freiwerdenden Mittel könnten zur Finanzierung der anstehenden dringenden Reformen auf sozialem und kulturellem Gebiet, zur Senkung der Defizite in den Gemeindefinanzen benutzt werden.

Es gibt die Kraft, die diese Politik durchsetzen kann.

Zur Beantwortung der Frage, wer wird schließlich eine solche Politik gegen den Widerstand der reaktionären Kräfte in unserem Land durchsetzen, ist es von besonderer Bedeutung, daß in den Tagen, als Strauß und Barzel den mißlungenen Putsch probten, in bis dahin in der Bundesrepublik nie gekanntem Ausmaß Hunderttausende in Städten durch Proteststreiks und Demonstrationen ihre Bereitschaft für eine Friedenspolitik kund taten. Diese „Ungeduld in der Öffentlichkeit“ mußte selbst der Hausjournalist von Springer am 12. Mai in der „Welt“ als „Tatsache mit einem eigenen politischen Gewicht, das das Urteil des Parlaments beeinflusst“, zur Kenntnis nehmen. Die Demokraten unseres Landes werden die entscheidende Lehre aus der Auseinandersetzung um die Verträge nicht vergessen. Je stärker die demokratische Öffentlichkeit, vor allem die arbeitende Bevölkerung aufgeklärt und politisiert wird, um so wirksamer wird die Politik des Friedens und des Fortschritts in unserem Land sein.

Es zeigte sich, daß auch bei dem gegebenen Kräfteverhältnis in Bonn schließlich die außerparlamentarischen demokratischen Aktionen der Bürger den Ausschlag geben.

In der Tat, dieses demokratische Engagement von Millionen Arbeitern und Angestellten versetzte der CDU/CSU-Führung einen solchen Schreck, daß sie Angst vor der Isolierung bekam und ihre Taktik des offenen Neins ändern mußte. Wie sonst wäre es zu verstehen, daß Abgeordnete der CDU/CSU, die jahrelang von Strauß darauf eingeschworen wurden, die Verträge seien Verrat am deutschen Interesse, sie seien Unterordnung unter den Kreml und „kein Deutscher, der es mit Deutschland gut meint, darf jemals Ja zu diesen Verträgen sagen“, daß sie auf einmal zum Jein umschwenken. Die Niederlage von Strauß und Barzel darf aber nicht zu der Illusion führen, daß sie ihre aggressiven Ziele aufgegeben hätten. Man braucht sich nur in Erinnerung zu rufen, was Barzel am 10. Mai im Bundestag erklärt hat: „Wir kennen die Machtlage in der Welt, aber unser Ziel muß doch dasselbe bleiben.“ Der Versuch, die alte, gescheiterte revanchistische Politik zu erhalten, ist auch der Hauptinhalt der gemeinsamen Entschliebung des Bundestages. Mit dieser Entschliebung versuchen die Kräfte um Strauß ihre Niederlage auszubügeln. Sie wollen ihr aussichtsloses Spiel weitertreiben. Die „gemeinsame Resolution des Bundestages hat heute und morgen bindende Bedeutung für alle Parteien und Regierungen“, fordert die *Die Welt*. In Wirklichkeit kann diese Erklärung des Bundestages den Kern der Verträge, nämlich Unverletzlichkeit der Grenzen, nicht aufheben. Diese Erklärung kann ohne völkerrechtliche Relevanz zu den geschichtlichen Akten gelegt werden.

Für ein Parlament des Volkes

Erschrocken über die Massenaktionen der wach gewordenen Bundesbürger lamentierten Strauß und Barzel im Chor mit den Scharfmachern in den Unternehmerverbänden über den „verfassungswidrigen Druck der Straße“. Ausgerechnet jene Kreise, die mit Abgeordneten handeln wie mit Fußballspielern, die das Bankkonto meinen, wenn sie von Gewissen sprechen, die die menschliche Arbeitskraft nur als Kostenfaktor einkalkulieren, ausgerechnet sie berufen sich auf das Grundgesetz, wenn das Volk sein Recht auf Mitsprache in Anspruch nimmt.

Die erneuten Bestechungs- und Korruptionsskandale offenbaren den Fäulnisprozeß eines Parlaments, in dem die Weichen der Politik im Profitinteresse des Monopolkapitals gestellt sind. Die jüngsten Tatsachen des Verfalls des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik empören die demokratische Öffentlichkeit. Sie stellt die Frage: was ist das für eine Demokratie, in der ein Abgeordneter ungestraft erklären könnte: „Ich habe mein Mandat verkauft, ich habe meine Stimme dem Meistbietenden gegeben.“ Lediglich 90 von 518 „Volksvertretern“ haben bis jetzt freiwillig erklärt, daß sie keinerlei materielle Bindungen durch Beraterverträge, gesellschaftliche Posten, Aufsichtsratsmandate o. ä. Tätigkeiten haben.

Die Kluft zwischen den im Grundgesetz proklamierten Rechten und Prinzipien und der gesellschaftlichen Realität wird nur in dem Maße überwunden werden,

wie der Einfluß des Großkapitals auf das Parlament zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. Auch unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung ist von oben gegen die Macht des Großkapitals nichts zu erwarten. Als Sofortmaßnahmen für eine durchschaubare Demokratie des Parlaments im Interesse des Volkes schlagen deshalb die Kommunisten vor: Alle bedeutenden Gesetzentwürfe öffentlich zu diskutieren. Dabei müssen Vorschläge und Gutachten der Gewerkschaften berücksichtigt werden. Dem Volk muß das Recht gegeben werden, über entscheidende Fragen durch Volksbegehren und Volksentscheid zu bestimmen. Die gesamte Finanzierung der Parteien muß endlich offengelegt werden. „Beraterverträge“ oder ähnliche Einflußnahmen des Großkapitals auf Abgeordnete sind zu unterbinden. Im Grundgesetz muß endlich die Abberufung von Abgeordneten verankert werden.

Gerade die Erfahrungen der jüngsten Zeit zeigen, wie notwendig es ist, daß Kommunisten in die Parlamente, auch in den Bundestag, gewählt werden. Ihr Wirken im Parlament wird auf jeden Fall die Bedingungen für den parlamentarischen Kampf für die arbeitende Bevölkerung erleichtern.

Wie konnte es so weit kommen?

Bei einer ersten Einschätzung der Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Verträge muß man die Frage beantworten: Wie konnte es überhaupt so weit kommen, daß Strauß und Barzel den Sturz der Regierung fordern konnten? Für jeden, der Ohren hatte zu hören, war es klar, daß sich die CDU/CSU den Sturz der Regierung und die Verhinderung der Verträge „mit allen Mitteln“ zum Ziel setzte. Buchstäblich jedes Mittel wurde für dieses Ziel genutzt: Von der heimlichen Koalition mit der NPD und der neonazistischen Aktion Widerstand, bis zu Lügen und Fälschungen und dem Kauf von Abgeordneten.

Die abwartende Haltung der Führungsspitze der SPD nach der Unterzeichnung der Verträge gab Strauß und Barzel erneuten Spielraum. Offensichtlich fürchtete die Parteiführung der SPD eine breite Politisierung der Bevölkerung, in der es so oder so zu einem einheitlichen Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten kommen würde. Das Hinauszögern der Ratifizierung war gekoppelt mit einer antikommunistischen Hetzkampagne rechter SPD-Führer. Der Münchner Antikommunismusbeschuß der SPD, der sozialdemokratische Mitglieder mit Ausschluß bedroht, wenn sie mit Kommunisten gemeinsame Aktionen unternehmen, nützte schließlich Strauß und Barzel. Es kam sogar zu Ausschlüssen von Jungsozialisten aus der SPD, weil sie mit Kommunisten gemeinsam für die Ratifizierung der Verträge aktiv wurden. Besorgt äußerten sich sozialdemokratische Funktionäre über die viel zu lange Duldung revanchistischer und reaktionärer Kräfte wie Hupka und Günter Müller als trojanische Pferde in der SPD. Anstatt die demokratische Bereitschaft der Bevölkerung noch breiter zu organisieren, wurden immer wieder Zugeständnisse an die Gegner der Verträge gemacht, bis schließlich die trojanischen Pferde in der SPD auf Abruf der

CDU/CSU ins Lager der Reaktion überliefen. Als dann Hunderttausende auf die Straße gingen, um die Machtergreifung von Strauß und seiner schwarzbraunen Hundertschaft zu verhindern, ermahnte Brandt „die Kollegen im Ruhrgebiet zur Ruhe und Besonnenheit“. Staatssekretär Ehmke forderte in einem Rundruf die Gewerkschaftsführungen auf, sie möchten für „Ruhe und Mäßigung“ sorgen.

Wo liegt die tiefere Ursache für dieses sonderbare Verhalten der SPD-Führung? Es ist einfach ihre Angst, daß die politisierte Bevölkerung schließlich die systemkritische, antimonopolistische Bewegung verstärken könnte. Obwohl zwar die Massen der sozialdemokratischen Anhänger davon ausgehen, daß die SPD-Führung antikapitalistische Positionen einnimmt, steht diese seit langem auf dem Boden dieses staatsmonopolistischen Systems und tritt für sein effektiveres Funktionieren ein.

Das ist schließlich auch der tiefere Grund dafür, daß es von seiten der SPD/FDP-Koalition zu einer Rettungsaktion für Strauß und Barzel kam. Als am 27. und 28. April von Kiel bis München hunderttausende Arbeiter und Angestellte die Arbeit niederlegten und mit Studenten, Hausfrauen und Rentnern auf die Straße gingen, da war die große Chance gegeben, Strauß, Barzel, Czaja, Hupka und ihre schwarzbraune Mafia vor der friedenswilligen Bevölkerung zu entlarven und zu isolieren. Stattdessen gaben Brandt und andere Ehrenerklärungen ab für die CDU/CSU und sie bieten weiterhin die Hand zu Gemeinsamkeiten in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Aber gerade diese Politik führt nicht heraus aus der komplizierten parlamentarischen Situation. Im Gegenteil. Sie schwächt die Regierung Brandt/Scheel und stärkt Strauß und Barzel.

Das Angebot zur Gemeinsamkeit benützen Strauß und Barzel dazu, von der SPD/FDP-Koalition weitergehende Maßnahmen gegen die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu verlangen. Die großkapitalistischen Kreise werden durch das internationale Kräfteverhältnis zwar zu realistischeren außenpolitischen Konzeptionen gezwungen, aber die Tendenz zur Reaktion nach innen wird nicht schwächer, sondern sie kann sogar stärker werden, wenn die demokratischen Kräfte nicht wachsam sind.

Die herrschenden Kreise befürchten, daß im Gefolge der Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten die demokratische Bewegung Auftrieb erhalten und die politischen Macht- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals ins Wanken geraten. Deshalb die Forderung der Monopole an Genscher und Brandt nach verschärfter Gangart gegen die Gewerkschaften, gegen die progressiven Kräfte in der SPD und anderswo.

Es geht nicht mehr nur gegen die DKP, sondern gegen Kräfte im gewerkschaftlichen Raum und aus der linkssozialistischen Fraktion der SPD, schrieb der erzreaktionäre *Bayern-Kurier* am 13. 5. 1972.

In dieser Zeitung wird dem DGB vorgeworfen, weil Gewerkschaftsführer die außerparlamentarischen Aktionen für die Ratifizierung der Verträge guthießen

oder duldeten, „enthülle sich das keineswegs verfassungskonforme Demokratieverständnis in den DGB-Gewerkschaften“. Der *Bayern-Kurier* forderte von Brandt ein scharfes Vorgehen gegen die Linken. „Er muß ihnen klar machen, daß er (Brandt) in Gemeinschaft mit den Regierungschefs der Länder bereit ist, mit aller Härte gegen potentielle Putschisten vorzugehen. Brandt sollte sich ein Beispiel an dem unvergeßlichen Patrioten Gustav Noske nehmen.“

Gewerkschaften und alle progressiven Kräfte tun also gut daran, wenn sie weiterhin wachsam sind. Wenn der kalte Staatsstreich von Strauß diesmal daneben ging, so ist das vor allem dem demokratischen Engagement der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften zu verdanken. Damit Strauß und Barzel nicht durchkommen, sondern eine Politik des Friedens und des Fortschritts durchgesetzt wird, dürfen die demokratischen Kräfte in den kommenden Wochen nicht nachlassen.

Neuwahlen müssen zur Niederlage der CDU/CSU führen

Die Forderung nach Neuwahlen könnte einen Ausweg aus der verfahrenen Parlamentssituation schaffen, wenn sie zum offensiven Kampf gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU genützt wird. Strauß und Barzel müssen gezwungen werden, Farbe zu bekennen. Deshalb darf jetzt, nach der Ratifizierung der Verträge, keine Zeit verloren gehen. Jetzt gilt es, neue Fakten der Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu schaffen. Eine soziale und demokratische Alternative muß die Macht der Monopole einengen und die Positionen der arbeitenden Bevölkerung stärken. Nur so können die Scharfmacher der CDU/CSU isoliert werden, nur so werden die ratifizierten Verträge Grundlage zu weiteren Erfolgen für Frieden und sozialen Fortschritt.

Aufruf — Bund demokratischer Wissenschaftler

Zu Kongreß und Mitgliederversammlung in Marburg/L. am 1./2. Juli 1972

Die dringend erforderliche Reform der Hochschule wird blockiert. Hoffnungsvolle Ansätze in einigen Bundesländern drohen wieder zerstört zu werden. Konservative und Reaktionäre, denen es ausschließlich um Privilegien geht, haben sich im Bund Freiheit der Wissenschaft organisiert, der jeden Schritt in Richtung auf mehr Demokratie mit allen Mitteln zu verhindern trachtet.

Diese mit Geldmitteln wohlversorgte pressure-group betreibt mit Unterstützung rechter Pressekonzerne eine groß aufgezogene Propaganda, die von restaurativen Kräften in Wirtschaft, Parteien und Staat gefördert wird. Unter dem Schein der Verteidigung der „Freiheit der Wissenschaft“ und der verfassungsmäßigen Ordnung werden in Wahrheit die Freiheit der Wissenschaft immer stärker eingeengt und die verfassungsmäßige Ordnung ausgehöhlt.

Was als Maßnahme gegen sogenannte Radikale ausgegeben wird, zielt tatsächlich auf Pressekonzerne eine groß aufgezogene Propaganda, die von restaurativen Kräften in Wissenschaftler werden in ihrer Laufbahn behindert, als Verfassungsfeinde diffamiert und mit Berufsverbot bedroht. Die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte fortschrittlicher Lehrer, Journalisten und Lektoren sind bereits jetzt in größter Gefahr.

Der wachsende Druck von rechts zeigt sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen: in der Agitation gegen eine Politik der Entspannung und Verständigung gegenüber den sozialistischen Staaten und in der Polemik gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft.

In dieser Lage müssen sich alle Wissenschaftler zusammenschließen, denen es wirklich um Demokratie geht. Emanzipation, Selbstbestimmung und Humanität sollen in Lehrformen und Lehrinhalten, in Fragestellungen und Zielen, in Organisation und Verbreitung von Wissenschaft ihren Ausdruck finden. Dabei muß der Auftrag des Grundgesetzes, einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu schaffen, Leitlinie der politischen Praxis sein. Dieser Auftrag kann nur im Bündnis mit anderen demokratischen Organisationen, vor allem den Gewerkschaften, verwirklicht werden.

Alle Wissenschaftler, die unsere Beurteilung der Lage grundsätzlich teilen und mit unseren Zielen übereinstimmen, fordern wir zur Mitarbeit auf. Kongreß und Mitgliederversammlung finden am 1./2. Juli 1972 in der Universität Marburg statt. Beginn: 11.30 Uhr im Hörsaalgebäude, Biegenstr. 10.

Im Unterschied zum Bund Freiheit der Wissenschaft kann der Bund demokratischer Wissenschaftler nicht mit der Hilfe der ökonomisch Mächtigen rechnen. Wir bitten daher um Spenden auf das Konto:

Herbert Claas, Marburg, PSK Nr. 157145, PSchA Frankfurt/Main.

Diesen Aufruf unterzeichneten bisher:

Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Prof. Dr. W. Alff, Braunschweig; H. Albrecht, Bremen; Prof. Dr. E. Altvater, Berlin; H. Arenz, Berlin; J. Arnold, Kassel; Prof. Dr. L. Arnold, Bremen; Dr. D. Bänsch, Marburg; Dr. M. Bangemann, Metzingen; Prof. Dr. W. Barner, Tübingen; Prof. Dr. H.-W. Bartsch, Lich; Dr. R. Bauer, Bremen; M. Baumgartner, Berlin; Dr. G. Beck, Gießen; Prof. Dr. H.-K. Beckmann, Kassel; Prof. Dr. M. Behrendt, Lüneburg; Prof. Dr. U. Bernbach, Hamburg; H. Bethge, Hamburg; Prof. Dr. K. Beutler, Hannover; Dr. A. C. Bimmer, Marburg; D. Bischoff, Berlin; Prof. Dr. R. Bislich, Bremen; B. Blanke, Berlin; Prof. Dr. Ernst Bloch, Tübingen; Prof. Dr. H. M. Bock, Kassel; G. Bölke, Berlin; H. Böttiger, Frömmern; Bolten, Roetge; Dr. F. Bomhard, Rummelsberg; Dr. D. Boris, Marburg; M. Brater, München; Prof. Dr. H. Braun, Mainz; Prof. Dr. A.-E. Brauneck, Gießen; J. Brauner, Gießen; Dr. W. von Bredow, Köln; K. Brennecke, Berlin; Prof. Dr. M. von Brentano, Berlin; W. Breuer, Köln; Dr. I. Buchholz, Vinnhorst; G. Bühler, Wiesbaden; I. Bühler, Wiesbaden; Prof. Dr. P. Bürger, Bremen; K. Busch, Berlin; H. Claas, Marburg; Prof. Dr. C. Colpe, Berlin; Prof. Dr. G. Curdec, Aachen; Dr. M. Curtius, Marburg; Prof. Dr. K. Dammann, Marburg; D. D. Dankwerts, Hamburg; Dr. K. H. Darenberg, Marburg; Prof. Dr. W. Däubler, Tübingen;

R. Daube, Berlin; U. Degen, Berlin; Dr. F. J. Degehhardt, Quickborn; Dr. L. Dellit, Marburg; Dr.
F. Deppe, Marburg; Dr. H. U. Deppe, Marburg; Prof. Dr. K. Doderey, Darmstadt; Prof. Dr. W.
Dittmann, Berlin; U. Dörger, Frankfurt/M.; Prof. Dr. A. Dress, Bielefeld; Dr. H. R. Dreykluft,
Berlin; F. Duigel, Berlin; Prof. Dr. F. Eberhard, Berlin; K. E. Eiermann, Gießen; D. Eisfel, Pohl-
heim; Dr. W. Emmerich, Bremen; Prof. Dr. W. Fabian, Köln; Prof. Dr. O. G. Fehl, Aachen; G. Fieseler
Kassel; H. Fischer, Berlin; Prof. K. G. Fischer, Reiskirchen; Prof. Dr. O. K. Flechtheim, Berlin;
Dr. J. Forsche, Münster; J. von Freyberg, Marburg; Dr. H. Friedrich, Götingen; J. Frisius, Berlin;
K. Fritzschke, Edingen; Dr. G. Fulberth, Marburg; Prof. Dr. W. Fürst, Friedberg; Prof. Dr. Peter
Fürstenau, Gießen; O. Galm, Frankfurt/M.; Ch. Galm-Grafte, Frankfurt/M.; A. Garbicks, Konstanz;
Prof. Dr. I. Geiss, Hamburg; Dr. L. George, Kroldorf; E. Gerken, Marburg; Dr. G. Giesenfeldt,
Marburg; Prof. Dr. W. Gleiberg, Frankfurt/M.; Prof. Dr. G. Goebel, Berlin; Prof. Dr. A. Görner,
Berlin; B. Goferd, Berlin; Prof. Dr. H. Gollwitzer, Marburg; M. von der Grün,
V. Gransow, Berlin; Dr. Ch. Grimmels, Marburg; Dr. R. Griminger, München; M. von der Grün,
Dortmund; Prof. Dr. Wilhard Grünewald, Schwäbisch Gmünd; K. Gülden, Kassel; W. Güntherotho,
Frankfurt/M.; Prof. Dr. M. Guthier, Darmstadt; Prof. Dr. Jürgen Habermas, Starnberg; Dr. A. Hacker,
Hacker, Erlangen; Dr. D. Haensch, Berlin; Prof. Dr. F. Hahn, Gießen; Prof. Dr. M. Hahn, Bremen;
B. Hamprecht, Berlin; F. Hanefeld, Berlin; G. Hanel, Frankfurt/M.; J. Harter, Marburg; A. Hartle,
München; Dr. W. F. Haag, Berlin; Dr. B. Heidtmann, Berlin; S. Heimann, Berlin; Prof. Dr. H. Hei-
nemann, Lüneburg; M. Heinemann-Knoch, München; Prof. Dr. S. Herkommer, Berlin; E. Hertel, Bayreuth;
Heisler, Frankfurt/M.; Dr. F. Heiter, Bremen; Prof. Dr. W. Hilligen, Gießen; Prof. Dr. J. Hirsch,
R. Hildebrandt, Berlin; R. Hille, Nürnberg; Dr. B. Hövener, Berlin; Dr. B. H. Hoffmann, Hamburg;
Neu-Isering; Dr. Th. Hörper, Heidelberg; Dr. B. Holländer, Aachen; Dr. H. Holz, Marburg; Prof.
Dr. P. Hoffmann, Leverkusen; Prof. Dr. H. Holland, Berlin; K. Horn, Frankfurt/M.; K. Horneffer,
Dr. H. Holzer, München; Prof. Dr. K. Holtkamp, Berlin; Prof. Dr. H. Ibbecke, Berlin; Dr.
Breman; M. Hülsede, Heiligenhaus; U. Huttenlocher, Berlin; Prof. Dr. U. Jaeschke, Duisburg; Dr. I. Jens,
H.-W. Jäger, München; Prof. Dr. U. Jaeggi, Bodum; Prof. Dr. H. Jung, Frankfurt/M.; Prof.
Tübingen; Prof. Dr. W. Jens, Tübingen; E.-M. Jobst, Marburg; Dr. H. Kadé, Darmstadt; Dr. J. Kahl,
Dr. J. Kahn, Karlsruhe; Dr. G. Kaczmarczyk, Berlin; Prof. Dr. G. Kade, Darmstadt; Dr. J. Keitel,
Frankfurt/M.; Dr. E. Käil, Braunschweig; J. Kammler, Altkewers; Dr. J. Kegell, Berlin; A. Klöcker,
Frankfurt/M.; Prof. Dr. G. Kesling, Marburg; Dr. M. Kiesewetter, Berlin; Prof. Dr. K. P. Köster,
Berlin; Prof. Dr. W. Klafki, Marburg; Prof. Dr. H. von Kloden, Hannover; Prof. Dr. A. Kische,
Bielefeld; Dr. H. Klusacek, Köln; Prof. Dr. J. Koch, Berlin; Prof. Dr. W. Kosse, Münster; G. Krader,
Koerber, Unna; P. Knöch, München; I. Koch, Berlin; Prof. Dr. W. Kose, Münster; G. Krader,
Gießen; Dr. W. Kralewski, Tübingen; Dr. O. Krause, Flensburg; Dr. R. Kreckel, München; Prof.
Dr. H. Kremers, Moers; Prof. Dr. Klaus Krickeberg, Bielefeld; H. Kröger, Berlin; B. Kroneberg,
Marburg; I. Krutz-Ahlring, Kassel; Prof. Dr. H. J. Krysmanski, Marburg; Dr. H. Lange, Marburg; Dr. I. Lan-
R. Kühn, Marburg; S. Kundera, München; I. Kurz, Hamburg; Dr. B. Latta, Marburg; Prof. Dr. D.
ger-Ell Sayed, Darmstadt; Prof. Dr. R. Lautmann, Bremen; H. Lederer, Düsseldorf; Prof. Dr. W.
Lautwitz, Nieder-Ramstadt; Prof. Dr. R. Lautmann, Bremen; H. Lederer, Düsseldorf; Prof. Dr. W.
Leungert, Berlin; Dr. V. Lengerke, Berlin; Dr. Th. Lennert, Berlin; S. von Levetzov, Heidelberg;
Prof. Dr. K. Linke, Friedberg; H. Lison, Berlin; Dr. W. Littek, München; D. Löcherbach, Berlin;
M. Luig, Fröndenberg; Dr. B. Lutz, Stuttgart; Prof. Dr. Th. Mahlmann, Marburg; H. Maier-Metzel,
Marburg; Prof. Dr. A. Mann, Aachen; Dr. B. Manstein, Detmold; Dr. D. Marquarding, Odenthal;
Glöbusch; Prof. Dr. F.-W. Marquardt, Berlin; W. Marschal, München; Ch. Marxham, Bremen; Prof.
Dr. I. Maschmann, Lüneburg; G. Mastadt, Berlin; Dr. F. Matakas, Berlin; Dr. G. Mattenklotz, Berlin;
Prof. Dr. F. Maurer, Reutlingen; Dr. Hans Mausbach, Frankfurt/M.; G. A. Meixner, Speikern; Prof.
Dr. T. Mettscher, Bremen; S. Metz-Godel, Niederdorfen; Prof. Dr. A. Metzger, München; H. Metz-
ler, Fröndenberg; Prof. Dr. M. Mezger, Mainz; G. Meyer, Marburg; Dr. U. Meyer, Berlin; Dr.
J. Meyer-Inghwersen, Stuttgart; H.-J. Michels, Essen; Prof. Dr. Alexander Mitscherlich, Frankfurt/M.;
R. Möller, Boxtehude; Dr. E. Münch, Berlin; A. Müller, Köln; Dr. J. J. Müller, Marburg; Prof.
P. Müller, Kassel; Dr. R. W. Müller, Berlin; Dr. Th. Müller, Frankfurt/M.; Prof. Dr. B. Müller-
Hill, Köln; Prof. Dr. W.-D. Narr, Berlin; Dr. F. Neumann, Gießen; A. Neusel, Kassel; Dr. A. Neu-
häuser, Erlangen; Dr. E. Neussüss, Marburg; Dr. M. Nikolinas, Berlin; Prof. Dr. C. Noack, Bremen; Dr.
stadl; Dr. G. Niemöll, Herdecke; Dr. M. Osterland, Göttingen; Prof. Dr. S.
Oppermann, Gießen; C. Ossorio-Capella, Frankfurt; Dr. M. Osterland, Göttingen; Prof. Dr.
A. Paul, Berlin; H. Pfeifer, Konstanz; Dr. H. Pfaffenberger, Konstanz; G. Presch, Konstanz; Prof.
Dr. U. Preuß, Bremen; H. Prinkmann, Gießen; Dr. D. Rabenstein, München; B. Rahne, Berlin;
A. Rang, Berlin; Prof. Dr. H. Rauchenberger, Frankfurt/M.; S. Redt, Annerod; Prof. Dr. H.-W.
Reinhardt, Berlin; R. Renner, Stade; Prof. Dr. H. Ridder, Gießen; Dr. M. Röhnelt, Berlin; Dr.
R. Römer, Marburg; Prof. Dr. E. A. Roloff, Göttingen; F. von Rosen, Marburg; Dr. H. Rosshoff,
Marburg; Dr. Th. Rothschild, Stuttgart; A. Rüters, München; Dr. E. Runge, München; Dr. H. K.
Rupp, Heidelberg; Prof. Dr. H. J. Sandköhler, Gießen; Prof. Dr. K. D. Seemann, Berlin; H. Seifert,
Berlin; Prof. Dr. J. E. Seiffert, Münster; Dr. H. Sörensen, Berlin; E. Spoo, München; R. Spreer,
monett, Berlin; Dr. Ch. Sigrist, Weiperfelden; Dr. G. Sprigath, München; K. Steinbacher, München;
Berlin; B. u. W. Spremburg, Weipferden; Dr. G. Steinhart, Hannover; Dr. K. Steinhaus, Marburg; R. Ströss,
Prof. Dr. H. J. Steinberg, Bremen; W. Steinbrecht, Hannover; Dr. K. Steinhaus, Marburg; R. Ströss,
Berlin; H. Strohhöcker, Sundern; Prof. Dr. G. Stubby, Bremen; Prof. Dr. B. Schäfers, Neustadt; Dr.
H. Schäfer, Frankfurt/M.; H. Schäfer, Kassel; Prof. Dr. B. Schaeffer, Berlin; Dr. U. Schagen, Berlin;
G. Scheffens, Kirchhain; Prof. Dr. G. Schefer, Kassel; Dr. R. Schenda, Tübingen; I. Schenk, Bremen;
Dr. R. Schesswendter, Heidelberg; Prof. Dr. E. Schild, Aachen; Dr. I. Schild, Aachen; Prof. Dr. H.
Schlaefher, Marburg; Prof. Dr. J. Schleifteine, Frankfurt/M.; Dr. E. Schmidt, Frankfurt/M.; M. Schmidt,
Berlin; Prof. Dr. Schmied-Kowitzky, Bergshausen; Dr. F. Smithals, Bremen; D. Schmitz von Hülsen,
Gießen; Dr. H. J. Scholl, Köln; Prof. Dr. L. Schottroff, Mainz; Prof. Dr. W. Schottroff, Mainz;
Dr. H. Schulder, Gießen-Rödgen; Dr. M. Schulder, Gießen-Rödgen; Dr. H. Schulte, Ziegelhausen; Prof.
Dr. H. Schulz, Marburg; Prof. Dr. I. Schulz, Lüneburg; P. W. Schulze, Berlin; Dr. M. Schumann,

Göttingen; Prof. Dr. N. O. Schumann, München; K. T. Schuon, Marburg; Dr. U. Schweikert, Stuttgart; Prof. Dr. J. Taubes, Berlin; Prof. Dr. L. Tent, Marburg; Prof. Dr. M. Teschner, Darmstadt; Prof. Dr. M. Theunissen, Heidelberg; Prof. Dr. H. Thiersch, Tübingen; Dr. J. Tisnar, Stuttgart; Prof. Dr. K. H. Tjaden, Marburg; Dr. M. Tjaden-Steinhauer, Marburg; Prof. Dr. F. Tomberg, Berlin; Prof. Dr. E. Tugendhat, Berlin; Dr. B. Tusching, Marburg; Gösta von Uexküll, Hamburg; F. Vilmar, Frankfurt/M.; Prof. Dr. E. Vogt, Marburg; Dr. P.-G. Völker, Berlin; Dr. R. von Waechter, Berlin; K. Wagner, Kassel; R. Wahsner, Gießen; K. Walter, Marburg; M. Walter, Gießen; Dr. J. Wandmader, Konstanz; H. Weber, München; Prof. Dr. I. Weber-Kellermann, Marburg; Prof. Dr. E. Weigelin, Bonn; Dr. W. Weiland, Marburg; Prof. Dr. W. Weischedel, Berlin; H. J. Weiß, München; K. Werner, Neustadt; Prof. Dr. U. Wessel, Berlin; Prof. Dr. A. Weyer, Neukirchen; H. Wiczorek-Zeul, Rüsselsheim; Dr. F. Winkelmann, Berlin; H. Winkler, Kassel; Dr. U. A. Wolf, Tübingen; Prof. Dr. E. Wulff, Gießen; Prof. Dr. D. Wunderlich, Berlin; W. Wurster, München; Prof. Dr. K. Ziegler, Göttingen; Prof. Dr. K. Zimmermann, Kassel; D. Zitzlaff, Staufenberg; Prof. Dr. P. Zlonicky, Aachen; S. Zöllner, Fröndenberg.

Anmerkungen

DIETER KOHN, geboren 1935 in Köln, lebt als freier Schriftsteller in Düren. Verschiedene Hörspiele, Funkfeatures, Theaterstücke. Veröffentlichungen: 'N', Erzählung, 1970; 'Ausflüge im Fesselballon', Roman, 1971; 'Musik & Gesellschaft', Essays, 1971; 'Grenzen des Widerstands', Essays, 1972; 'Siam-Siam', ein Abenteuerbuch, 1972.

Das abgedruckte Kapitel stammt aus einem Romanentwurf, der als Romanentwurf veröffentlicht wird. Madame Hanau ist historisch; in den Zwanziger Jahren steuerte sie Aktienkurse durch ihre Zeitung. Das Material, mit dem Mechanismen des Kapitalmarktes in ihren Funktionsweisen dargestellt werden, stammt meist aus den heutigen USA.

PETER O. CHOTJEWITZ, geboren in Berlin-Schöneberg, lebt seit fünf Jahren als freier Journalist und Schriftsteller in Rom. »Die vorliegende Erzählung besteht nur hinsichtlich einiger nebensächlicher Behauptungen auf Erfindung, die sich jedoch an der Wahrscheinlichkeit orientiert hat. Die wesentlichen Fakten sind Publikationen entnommen, die zitiert werden können.«

LEW BESYMENSKI, Jahrgang 1920, Studium der Philosophie am Moskauer Institut für Geschichte, Philosophie und Literatur. Ab August 1941 in der Roten Armee; von Stalingrad über Kursk, Bobrystk, Warschau nach Berlin. Nach dem Krieg Abschluß des Studiums. Eintritt in die Redaktion der „Neuen Zeit“; Korrespondent bei mehreren internationalen Konferenzen und Mitglied des Redaktionskollegiums; jetzt Korrespondent der Zeitung in Bonn. Mitglied des Schriftstellerverbands der UdSSR und des sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit. Zeitgeschichtliche Publikationen in deutscher und russischer Sprache, darunter: „Generäle ohne Maske“ (DDR), „Auf der Spur Martin Bormanns“ (DDR), „Der Tod des Adolf Hitler und Sonderakte Barbarossa“ (BRD).

Das Gespräch mit dem polnischen HAUPTMANN CZECHOWICZ führte OSKAR NEUMANN.

Die VS-Dokumentation „Für die Einheit des VS — gegen die Spalterfraktion“ ist bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren zum Preis von 70 Pfennig zu erwerben.

HANS SCHNEIDER, geboren 1919, Maler, im Krieg von 1939-45, zumeist an der Ostfront; achtmal schwer verwundet; nach 1945 Betriebsrat bei BMA, seither gewerkschaftlich organisiert. 15 Monate Gefängnis in der BRD für die Normalisierung zwischen BRD und DDR. Bezirksvorsitzender der DKP, Südbayern.

kürbiskern. Zeitschrift für Literatur und Kritik. Verlegt von Hannes Stütz (GBR). Herausgeber und Redaktion: Walter Fritzsche, Friedrich Hitzler, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Friedrich Hitzler. Erscheinungsweise vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember). Einzelheft DM 4,80, Jahresabonnement DM 16,— zuzüglich Porto. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei Verlag und Redaktion: 8 München 13, Hohenzollernstraße 144, Telefon 30 37 83. Druck: F. C. Mayer, 8 München 23, Kunigundenstraße 19. © Copyright kürbiskern. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Postcheckkonto München 333 81. Deutsche Bank, Zweigstelle Kurfürstenplatz, Konto Nr. 33/00832. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

...hören Sie mal rot! „pläne“

Wenn's nach dir ging

die MÜNCHENER SONGGRUPPE
u. a. mit „Lied vom Bayernland“
„Aktionseinheit“, „Angela Davis“
30-cm-LP, stereo, mit Beilage
Best.-Nr. 88 104, DM 22,—

Linksrheinisches

„Rheinlied“, „Lied vom Gastarbeiter Luigi“
gesungen von der Singgruppe „Solidarität“
17-cm-Single, stereo
Best.-Nr. Peng 14, DM 5,—

Der Baggerführer Willibald

Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
17-cm-Single, stereo
Best.-Nr. Peng 6, DM 5,—

Brecht die Macht der Monopole

Die Conrads
u. a. mit „Lied vom Aufmucken“,
Mieter Song-Familienballade
30-cm-LP, stereo, m. Beilage
Best.-Nr. 88 102, DM 22,—

B. Brecht / Songs-Gedichte-Prosa

Hanns Ernst Jäger
u. a. mit: Lied von der Schlacht — Lied
von der Moldau — Fragen eines lesenden
Arbeiters — Die Nachtlager
30-cm-LP, stereo
Best.-Nr. 44 101, DM 22,—

Süverkrüps Hiltparade

u. a. mit: „Die Revolution ist beendet —
Das gesunde Volksempfinden — Die Kunst,
Andersmeinende für den Sozialismus zu
gewinnen“
30-cm-LP, stereo
Best.-Nr. 22 303, DM 22,—

Gesamtverzeichnis anfordern beim Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel. 12 50 93



Aus der Kürbiskern-reihe (DM 9,80)

Jiri Hajek:

Demokratisierung oder
Demontage?
Prager Handbuch
Erste umfassende Analyse der
tschechoslowakischen Krise aus der
Sicht eines tschechischen Marxisten.

Agnes Hufner, Gerd Peter, Peter Schütt:

Aktion Roter Punkt
Wie organisiert man einen
Verkehrsstreik gegen
Tariferhöhungen!

Johannes R. Becher:

Gedichte 1911—1958
Die erste repräsentative Auswahl
von Becher-Gedichten in der BRD

Kürbiskern- reihe

Literatur und Kritik in der Sammlung Luchterhand Taschenbücher

H.C. Artmann das suchen nach dem gestrigen tag

Band 15 DM 4,80

Miguel Angel Asturias Weekend in Guatemala

Band 26 DM 9,80

Jurek Becker Jakob der Lügner

Band 1 DM 7,80

Hartmut Bitomsky Die Rote des Rots von Technicolor

Band 69 DM 7,80

Michail Bulgakow Hundeherz

Band 5 DM 4,80

Hilde Domin (Hrsg.) Nachkrieg und Unfrieden

Band 7 DM 7,80

Marguerite Duras Zerstören, sagt sie

Band 12 DM 4,80

Georg Fülberth Proletarische Partei und bürgerliche Literatur

Band 60 DM 7,80

Helga Gallas Marxistische Literaturtheorie

Band 19 DM 9,80

Helga Gallas (Hrsg.) Strukturalismus als interpretatives Verfahren

Band 35 DM 9,80

Günter Grass Gesammelte Gedichte

Band 34 DM 9,80

Helmut Heißenbüttel Das Textbuch

Band 3 DM 7,80

Helmut Heißenbüttel Zur Tradition der Moderne

Band 51 DM 9,80

Günter Herburger Eine gleichmäßige Landschaft

Band 68 DM 9,80

Hans Heinz Holz Vom Kunstwerk zur Ware

Band 65 DM 9,80

Eugène Ionesco Der Schlamm/ Das große Massakerspiel

Band 17 DM 7,80

Ernst Jandl Der künstliche Baum

Band 9 DM 4,80

Ernst Jandl Laut und Luise

Band 38 DM 7,80

Franz Jung Der Torpedokäfer

Band 56 DM 9,80

Kieseritzky das eine wie das andere

Band 45 DM 7,80

Wolfgang Hermann Körner Die Verschwörung von Berburg

Band 44 DM 7,80

Leo Löwenthal Erzahlkunst und Gesellschaft

Band 32 DM 9,80

Georg Lukács Die Seele und die Formen

Band 21 DM 9,80

Georg Lukács Solschenizyn

Band 28 DM 4,80

Georg Lukács Die Theorie des Romans

Band 36 DM 7,80

Kurt Marti Abratzky oder Die kleine Brockhütte

Band 24 DM 4,80

Franz Mon Lesebuch

Band 57 DM 4,80

Pablo Neruda Viele sind wir

Band 73 DM 9,80

Helga M. Novak Aufenthalt in einem irren Haus

Band 46 DM 9,80

Gerhard Rühm Ophelia und die Wörter

Band 74 DM 9,80

Jean-Paul Sartre Der Intellektuelle und die Revolution

Band 30 DM 7,80

Anna Seghers Überfahrt

Band 48 DM 7,80

Anna Seghers Aufstellen eines Maschinengewehrs im Wohnzimmer der Frau Kamptschick

Band 14 DM 7,80

Michael Scharang Zur Emanzipation der Kunst

Band 27 DM 4,80

Dorothee Sölle Das Recht ein anderer zu werden

Band 43 DM 4,80

Alexander Solschenizyn Nemow und das Flittchen

Band 20 DM 4,80

Alexander Solschenizyn Im Interesse der Sache

Band 75 DM 9,80

Ernst S. Steffen Rattenjagd

Band 33 DM 7,80

Jörg Steiner Ein Messer für den ehrliehen Finder

Band 37 DM 7,80

Gisela Steinwachs Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in Natur

Band 40 DM 9,80

Marlene Stenten Großer Gelbkopf

Band 47 DM 4,80

Heinrich Vormweg Eine andere Lesart

Band 52 DM 7,80

Gabriele Wohmann Gegenangriff

Band 55 DM 7,80

Christa Wolf Nachdenken über Christa T.

Band 31 DM 7,80

Ausführliche Prospekte der
„Sammlung Luchterhand“
erhalten Sie in Ihrer
Buchhandlung



SOZIALISTISCHE POLITIK



17

Paul Oehlke: Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien / Rainer Tetzlaff: Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika / Rainer Lohse: "Reinhaltung des Staatsapparates" / Kurt Hartwig: Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse / Walter Brusche: Zu einigen Problemen der VR-China / Klaus Pickhaus, Dieter Raulf: Klassenkämpfe in Großbritannien / Dorlies Pollmann: Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation? / Dokumentation: "Verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst"

18

erscheint Anfang Juni und enthält voraussichtlich:

Rosa Luxemburgs ökonomische Erklärung des Imperialismus / Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Errichtung der fortschrittlichen Demokratie / Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole / Anmerkungen zum Vergleich des Verfassungsrechts in der BRD und der DDR / Trotzistische Variante der Kritik an den sozialistischen Ländern / Besprechung von "Klassenkämpfe in Westeuropa"

Bezugsbedingungen: 1972 erscheinen insgesamt 6 Nummern. Preis des Einzelheftes: 4,- DM, Doppelheft: 8,- DM. Jahresabonnement: 18,- DM.

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, 1 Berlin 41 Postfach 270

Herausgegeben in Westberlin

das neue buch rowohlt



1/DM 7,-



2/DM 7,-



3/DM 5,-



4/DM 6,-



5/DM 5,-



6/DM 4,-

Die Reihe mit dem leuchtroten Rahmen
Herausgeber Jürgen Manthey